

**31. Parteitag der CDU Deutschlands**

**7. bis 8. Dezember, Hamburg Messe**

**CDU**

**Sammlung der Anträge  
und Empfehlungen  
der Antragskommission**

<b>A - WIRTSCHAFT FÜR DEN MENSCHEN - SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IM 21. JAHRHUNDERT.....</b>	<b>3</b>
<b>B - STATUT .....</b>	<b>107</b>
<b>C - SONSTIGE .....</b>	<b>112</b>
<b>D - LEITFRAGEN ZUM NEUEN GRUNDSATZPROGRAMM DER CDU .....</b>	<b>227</b>
<b>E - ANPASSUNG VON § 22 STATUT AN DIE VORGABEN DER DS-GVO.....</b>	<b>269</b>

**31. Parteitag der CDU Deutschlands**

**7. bis 8. Dezember, Hamburg Messe**

**CDU**

**Wirtschaft für den Menschen –**

**Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert.**

## Antrag Nr. A 1 - Bundesvorstand

1 1.  
2 **WIRTSCHAFT FÜR DEN MENSCHEN – Soziale Marktwirtschaft im 21.**  
3 **Jahrhundert**  
4 **Wir leben in einer Zeit tiefgreifender, schneller Veränderungen.**  
5 **Digitalisierung und die Alterung der Gesellschaft bedeuten einen**  
6 **doppelten Strukturwandel. Zugleich werden die Werte, die unser**  
7 **Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell wie auch unsere freiheitlich-**  
8 **demokratische Grundordnung ausmachen, von innen wie von außen**  
9 **infrage gestellt. Wir stehen in einem Systemwettbewerb, der unser**  
10 **Modell der Sozialen Marktwirtschaft im Kern betrifft. Dem wollen wir**  
11 **mit einer klaren Haltung begegnen. Diese Haltung ist geprägt von**  
12 **den Werten Freiheit, Solidarität und Eigenverantwortung, von Mut**  
13 **und Optimismus.**  
14 **Mit diesem Antrag wollen wir – zum Auftakt einer umfassenden**  
15 **Diskussion über unsere grundsätzliche programmatische**  
16 **Ausrichtung für die Zukunft – die grundlegenden Werte und**  
17 **Positionen beschreiben, mit denen wir die Soziale Marktwirtschaft**  
18 **für das 21. Jahrhundert stärken wollen. Denn für uns ist die Soziale**  
19 **Marktwirtschaft ein Zukunftsmodell. Im weiteren Verlauf der**  
20 **Grundsatzprogrammdiskussion wollen wir zusammen mit unseren**  
21 **Mitgliedern Antworten auf die im Antrag formulierten Fragen**  
22 **entwickeln.**

Zur Ziffer 1 gehören die Anträge A 1, A 3, A 4, A 6, A 7 und A 10 bis A 14

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 1, A 3, A 6, A 7, A 10, A 12 und A 13 in folgender Fassung anzunehmen:

1.

### **WIRTSCHAFT FÜR DEN MENSCHEN – Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert**

---

Wir leben in einer Zeit tiefgreifender, schneller Veränderungen. Digitalisierung und die demografische Entwicklung bedeuten einen doppelten Strukturwandel. Hinzu treten Herausforderungen durch Globalisierung und Migration. Zugleich werden die Werte, die unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell wie auch unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ausmachen, von innen wie von außen infrage gestellt. Wir stehen in einem Systemwettbewerb, der unser Modell der Sozialen Marktwirtschaft im Kern betrifft. Dem wollen wir mit einer klaren Haltung begegnen. Diese Haltung ist geprägt von den Werten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sowie von Eigenverantwortung, Mut und Optimismus.

Mit diesem Antrag wollen wir – zum Auftakt einer umfassenden Diskussion über unsere grundsätzliche programmatische Ausrichtung für die Zukunft – die grundlegenden Werte und Positionen beschreiben, mit denen wir die Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert stärken wollen. Denn die Soziale

Marktwirtschaft ist auch ein Zukunftsmodell.  
Im weiteren Verlauf der  
Grundsatzprogrammdiskussion wollen wir  
zusammen mit unseren Mitgliedern Antworten  
auf die im Antrag formulierten Fragen  
entwickeln.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge  
A 2, A 5 und A 9 bei Ziffer 23 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 8  
und A 15 bei Ziffer 4 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge  
A 4, A 11 und A 14 abzulehnen.

### **Antrag Nr. A 2 - BV KPV**

Ziffer 1, Zeile 2

Ändere

„Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“

in

„Ökologische und Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“

### **Antrag Nr. A 3 - BV KPV**

Ziffer 1, Zeile 5

Streiche: Alterung der Gesellschaft

Setze: „demografischer Wandel“

### **Antrag Nr. A 4 - BV KPV**

Ziffer 1, Zeile 9

Streiche:

Wir stehen in einem Systemwettbewerb, der unser Modell der Sozialen  
Marktwirtschaft im Kern betrifft.

Setze:

„Außerdem stehen wir in einem internationalen Systemwettbewerb (u.a. mit

China und Russland), der unser Modell der Sozialen Marktwirtschaft im Kern betrifft.“

## **Antrag Nr. A 5 - BV KPV**

Ziffer 1, Zeile 22

Am Ende der Ziffer folgenden Text einfügen:

Vor 24 Jahren hat Heiner Geißler auf dem Bundesparteitag in der Hansestadt Hamburg den Begriff „soziale und ökologische Marktwirtschaft“ geprägt. Heute geht es darum die Marktwirtschaft für das digitale Zeitalter fit zu machen. Unsere Werte und Regeln müssen wir auch in einer globalisierenden Welt der Internetkonzerne und Hard- und Softwareanbieter durchsetzen. Uns muss es darum gehen der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft in der Digitalisierung Geltung zu verschaffen. Die Digitalisierung ist eine ähnliche Zäsur wie die Industrialisierung am Ende des 19. Jahrhunderts. Neue Verwerfungen und Verunsicherungen werden sichtbar. Es ist an der CDU Antworten zu geben, wie wir auch in Zukunft eine funktionierende Marktwirtschaft erhalten, die den Menschen dient. Wir müssen Antworten geben auf die Sorgen und Nöte der Menschen.

Wir sind die Partei mit Ludwig Ehrhardt, dem Verfechter der Marktwirtschaft, aber einer sozialen. Wir sind die Partei mit Klaus Töpfer, dem ersten Bundesumweltminister, mit dem Credo, die Schöpfung zu bewahren aber mit marktwirtschaftlichen Instrumenten.

Wir wollen das Versprechen „Wohlstand für alle“ erneuern und wollen uns weiter zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft in unserem Grundsatzprogramm bekennen.

- Nur uns kann es gelingen die Konflikte zwischen Wohlstand und Wachstum auf der einen Seite und dem Erhalt unserer Natur und Umwelt auf der anderen Seite aufzulösen.
- Nur uns kann es gelingen die Konflikte zwischen kostengünstiger weltweiter Arbeitsteilung und Massenproduktion auf der einen Seite und der Ökobilanz auf der anderen Seite aufzulösen.
- Nur uns kann es gelingen die Konflikte zwischen dem Einsatz neuer Technologien auf der einen Seite und der Risikoabschätzung auf der anderen Seite aufzulösen.

## **Antrag Nr. A 6 - EAK**

Ziffer 1, Zeilen 18 bis 19

Ändere

„Denn für uns ist die Soziale Marktwirtschaft ein Zukunftsmodell“

in

„Denn die Soziale Marktwirtschaft ist ein Zukunftsmodell“

## Antrag Nr. A 7 - LV CDU in Niedersachsen

Ziffer 1, Zeilen 4 bis 6

Ändere

„Wir leben in einer Zeit tiefgreifender, schneller Veränderungen. Digitalisierung und die Alterung der Gesellschaft bedeuten einen doppelten Strukturwandel.“

in

„Wir leben in einer Zeit tiefgreifender, schneller Veränderungen. Globalisierung, Migration, Digitalisierung und die Alterung der Gesellschaft bringen einen mehrfachen Strukturwandel mit sich.“

## Antrag Nr. A 8 - LV Sachsen

Ziffer 1, Zeile 13

Nach (...) und Optimismus.

füge ein:

Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts, sagte Ludwig Erhard einst. Niemand sollte sich täuschen: Jede Form der sozialistischen Zwangsbeglückung wird unweigerlich im Verlust von Wohlstand und Lebengrundlagen enden. Alle gut gemeinten Ideen müssen immer dem Grundsatz unterworfen sein: Schaden oder nützen sie unserer Wirtschaft? Dabei geht es nicht darum, dass die Wirtschaft ein ethischer Selbstzweck wäre - es ist simpler: Sie ist notwendige Lebensgrundlage jeglichen gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Handelns. Jegliche Humanität und jeglicher Umweltschutz werden verloren, wenn wir die ökonomischen Grundlagen in unserem Land verlieren. Daher muss eine gute Wirtschaftspolitik Pflichtaufgabe für alle Bereiche staatlichen Handelns und demzufolge Querschnittsaufgabe aller Bundesministerien sein.

Maxime staatlichen Handelns muss immer ein ökonomischer kategorischer Imperativ sein: Zuerst muss erwirtschaftet werden, was ausgegeben werden kann. Diese konservative Betrachtung staatlicher Politik wird im Tagesgeschäft allzu oft vergessen. Es darf in unserem Land nicht primär um das Verteilen von fremdem Geld gehen, sondern zuallererst muss sichergestellt sein, dass wir überhaupt Geld erwirtschaften.

Die Neidkultur in Deutschland wollen wir durch eine Kultur des Ermöglichens ersetzen. Wer durch eigenes Tun, gute Rahmenbedingungen aber auch glückliche Umstände zu Wohlstand gekommen ist darf nicht einem Generalverdacht ausgesetzt sein, der ihn negativ stigmatisiert. Es gibt keinen Grund, einem Lottogewinner den Gewinn nicht zu gönnen. Noch viel weniger gibt es einen Grund, einem erfolgreichen Unternehmer seinen Gewinn nicht zu gönnen. Das Risiko des Scheiterns, beeinflussbare und nicht beeinflussbare Rahmenbedingungen sollten darauf hinwirken, dass wirtschaftlicher Erfolg etwas Schönes und Wünschenswertes ist. Erst dort, wo der Markt versagt, hat die Sozialpolitik ihre Aufgaben wahrzunehmen. Das schmälert aber nicht den Wert von Gewinn, daher sollten wir jedem Neidkomplex deutlich entgegen treten.

**Antrag Nr. A 9 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 1, Zeilen 2-3

Streiche: „Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“

Setze: „Von der Sozialen zur Nachhaltigen Marktwirtschaft“

**Antrag Nr. A 10 - KV Hannover-Stadt**

Ziffer 1, Zeile 18

Ändere

„Denn für uns ist die Soziale Marktwirtschaft ein Zukunftsmodell.“

in

„Denn die Soziale Marktwirtschaft ist ein Zukunftsmodell.“

**Antrag Nr. A 11 - KV Reutlingen**

Zeilen 1 – 593

Streiche: Zeilen 1 bis 593.

**Antrag Nr. A 12 - KV Steinfurt**

Ziffer 1, Zeile 12/13

Streiche: „Eigenverantwortung, von Mut und Optimismus.“

Setze: „Gerechtigkeit“

**Antrag Nr. A 13 - KV Stuttgart**

Ziffer 1, Zeilen 11-13

Ändere ab „Diese Haltung ist geprägt von...“

in

„Diese Haltung ist geprägt von den Werten Freiheit, Eigenverantwortung und Solidarität, von Mut und Optimismus.“

**Antrag Nr. A 14 - KV Unna**

Ziffer 1, Zeile 2

Streiche:

„Wirtschaft für den Menschen -“

füge ein



„Gerecht, verantwortlich, nachhaltig –,

## Antrag Nr. A 15 - KV Warendorf-Beckum

Ziffer 1, Zeilen 9 bis 13

Streiche: „Wir stehen ...“ bis „und Optimismus“

Setze:

„Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft basiert auf einem christlich geprägten Menschenbild. Danach ist die Würde des Menschen unantastbar. Sein „Wert“ bemisst sich demnach nicht in erster Linie an seinem materiellen Leistungsvermögen, sondern daran, ob seine Beziehung zur Schöpfung, zu den Mitmenschen und zu sich selber gemäß dem christlichen Liebesgebot in einem umfassenden Sinn davon geprägt ist, auf das Gute hinzuwirken. Dieses erfordert Verantwortungsbewusstsein vor Gott und den Menschen, Gestaltungswillen, Mut und Leistungsbereitschaft.

Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen wollen wir immer wieder ausbalancieren zwischen den Polen Individualität und Gemeinwohl, Eigen- und Gesamtverantwortung, Kapital und Arbeit, Wettbewerb und Marktmacht. In einem solchen, gerecht weiterentwickelten Gesellschaftssystem können die Menschen ihr Leben als Individuum und in Gemeinschaft mit anderen selbstbestimmt, erfolgreich und solidarisch gestalten. Wo Menschen dazu nicht in der Lage sind, werden sie von der Solidargemeinschaft unterstützt.

Eine so im Sinne Ludwig Erhards gestaltet Soziale Marktwirtschaft bringt Wohlstand für alle. Sie leistet damit einen wesentlichen Beitrag, dass alle Menschen ein Leben in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit führen können. Dieses maßgeblich von den christlichen Soziallehren und der CDU geprägte Erfolgsmodell der Bundesrepublik kann bei sorgfältiger Weiterentwicklung den Wettbewerb mit anderen gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen und Gesellschaftssystemen bestehen.“

## Antrag Nr. A 16 - Bundesvorstand

23 2.  
24 **Unsere Soziale Marktwirtschaft ist herausgefordert.**  
25 **Die Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschafts- und**  
26 **Gesellschaftsordnung unserer freiheitlichen Demokratie. Sie ist**  
27 **Grundlage für Wohlstand und Sicherheit und verbindet Chancen für**  
28 **den Einzelnen mit dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir**  
29 **Christdemokraten waren bereits bei der Einführung der Sozialen**  
30 **Marktwirtschaft vor siebzig Jahren überzeugt, dass sie der richtige**  
31 **Weg ist, um möglichst allen Menschen ein Leben in Wohlstand zu**  
32 **ermöglichen. Nach den erlebten Erfolgen sind wir auch heute von**  
33 **der Sozialen Marktwirtschaft zutiefst überzeugt: von ihrem**  
34 **Menschenbild, von ihren Grundprinzipien, von ihren Werten, von**  
35 **ihrer Anpassungsfähigkeit an neue Herausforderungen und von**  
36 **ihren Erfolgchancen.**  
37 **Erfolg und Sicherheitsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft**  
38 **sind für die Zukunft nicht selbstverständlich. Sie müssen jeden Tag**  
39 **aufs Neue erarbeitet und die dazugehörige Haltung muss bekräftigt**

Zur Ziffer 2 gehören die Anträge A 16 bis A 19 und A 21 bis A 23

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 16 bis A 19 und A 21 bis A 23 in folgender Fassung anzunehmen:

2.

**Unsere Soziale Marktwirtschaft ist herausgefordert.**

Die Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unserer freiheitlichen Demokratie. Sie ist

40 werden. Wir leben und arbeiten global vernetzt. Digitalisierte  
41 Prozesse, globale Mobilität und das Zusammenwachsen Europas  
42 sind längst für viele von uns Teil des Alltags geworden. Von diesen  
43 Entwicklungen profitieren wir vielfältig: Wir exportieren unsere  
44 Produkte „Made in Germany“ in alle Welt. Das macht uns  
45 wirtschaftlich stark und schafft viele gute Arbeitsplätze in  
46 Deutschland. Die internationale Zusammenarbeit – vor allem im  
47 Europäischen Binnenmarkt – beschleunigt den Austausch und die  
48 Entwicklung von Wissen und Technologie und ermöglicht  
49 zusätzlichen Wohlstand. Waren und Dienstleistungen aus dem  
50 Ausland sorgen für Vielfalt. Weil dadurch Preise für eine Reihe von  
51 Angeboten gesunken sind, können wir uns mehr leisten. Das  
52 Internet macht Informationen zugänglich, schafft Transparenz und  
53 erleichtert uns vieles im alltäglichen Leben – im Beruf wie auch  
54 privat, für Bürger wie für Unternehmen. Zugleich fragen sich viele  
55 Menschen, was die Veränderungen durch Globalisierung,  
56 Digitalisierung, Migration und die Alterung der Gesellschaft für sie  
57 persönlich und für unser Zusammenleben bedeuten. Sie wollen  
58 wissen, ob sie auf sichere Arbeitsplätze und eine gute Alters-,  
59 Gesundheits- und Pflegeversorgung vertrauen können. Sie wollen  
60 die Gewissheit, dass es auch ihren Kindern und Enkeln mindestens  
61 genauso gut geht wie ihnen.

Grundlage für Wohlstand und Sicherheit und verbindet Chancen für den Einzelnen mit dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir Christdemokraten sind bereits seit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft vor siebzig Jahren überzeugt, dass sie der richtige Weg ist, um möglichst allen Menschen ein Leben in Wohlstand zu ermöglichen. Nach den erlebten Erfolgen sind wir auch heute von der Sozialen Marktwirtschaft zutiefst überzeugt: von ihrem Menschenbild, von ihren Grundprinzipien, von ihren Werten, von ihrer Anpassungsfähigkeit an neue Herausforderungen und von ihren Erfolgchancen.

Erfolg und Sicherheitsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft sind für die Zukunft nicht selbstverständlich. Sie müssen jeden Tag aufs Neue erarbeitet und die dazugehörige Haltung muss bekräftigt werden. Wir leben und arbeiten global vernetzt. Digitalisierte Prozesse, globale Mobilität und das Zusammenwachsen Europas sind längst für viele von uns Teil des Alltags geworden. Von diesen Entwicklungen profitieren wir vielfältig: Wir exportieren unsere qualitativ hochwertigen Produkte „Made in Germany“ in alle Welt. Das macht uns wirtschaftlich stark und schafft viele gute Arbeitsplätze in Deutschland. Die internationale Zusammenarbeit – vor allem im Europäischen Binnenmarkt – beschleunigt den Austausch und die Entwicklung von Wissen und Technologie und ermöglicht

zusätzlichen Wohlstand. Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland sorgen für Vielfalt. Weil dadurch Preise für eine Reihe von Angeboten gesunken sind, können wir uns mehr leisten. Das Internet macht Informationen zugänglich, schafft Transparenz und erleichtert uns vieles im alltäglichen Leben – im Beruf wie auch privat, für Bürger wie für Unternehmen. Zugleich fragen sich viele Menschen, was die Veränderungen durch Globalisierung, Digitalisierung, Migration, Klimawandel und demografischen Wandel für sie persönlich und für unser Zusammenleben bedeuten. Sie wollen wissen, ob sie auf sichere Arbeitsplätze und eine gute Alters-, Gesundheits- und Pflegeversorgung vertrauen können. Sie wollen die Gewissheit, dass es auch ihren Kindern und Enkeln mindestens genauso gut geht wie ihnen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 20 bei Ziffer 13 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 24 und A 25 bei Ziffer 7 zu behandeln.

## **Antrag Nr. A 17 - BV KPV**

Ziffer 2, Zeile 56

Streiche: Alterung der Gesellschaft

Setze: „demografischer Wandel“

## **Antrag Nr. A 18 - EAK**

Ziffer 2, Zeilen 28 bis 30

Ändere

„Wir Christdemokraten waren bereits bei der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft vor siebzig Jahren überzeugt...“

in

„Wir Christdemokraten wissen seit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft...“

### **Antrag Nr. A 19 - EAK**

Ziffer 2, Zeile 55

Nach

„... durch Globalisierung,“

füge ein

„Klimawandel“

### **Antrag Nr. A 20 - KV Hannover-Land**

Ziffer 2, Zeile 59

Nach

„Sie wollen wissen, ob sie auf sichere Arbeitsplätze und eine gute Alters-, Gesundheits- und Pflegeversorgung vertrauen können.“

füge ein:

„Unternehmer und Freiberufler machen sich Sorgen um eine weiter zunehmende Bürokratisierung und die jetzt schon beträchtlichen Sozillasten. Sie wollen wissen, ob sie in Zukunft die notwendigen Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften haben oder ob dieses durch Anforderungen, die unmittelbar mit ihrem Geschäft nichts zu tun haben, immer weiter gelähmt wird.“

### **Antrag Nr. A 21 - KV Hannover-Stadt**

Ziffer 2, Zeile 28/29

Ändere

„Wir Christdemokraten waren bereits bei der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft...“

in

„Wir Christdemokraten sind bereits seit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft...“

### **Antrag Nr. A 22 - KV Rastatt**

Ziffer 2, Zeile 43

Nach ...„Wir exportieren unsere“ ...

füge ein: „qualitativ hochwertigen“

### **Antrag Nr. A 23 - KV Steinfurt**

Ziffer 2, Zeile 56

Streiche: „Alterung der Gesellschaft“

Setze: demografische Entwicklung

### **Antrag Nr. A 24 - KV Stuttgart**

Ziffer 2, Zeilen 25-36

Streiche die Zeilen 25 bis 36.

Setze:

Wir Christdemokraten haben die soziale Marktwirtschaft mit der Balance zwischen vielen Freiheiten und sozialer Verantwortung entwickelt. Wirtschaftlicher Fortschritt, sozialer Frieden, Wachstum und Wohlstand sind seit 1948 Grundlage des Erfolgsmodells der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Basis für den ökonomischen Wohlstand sind die Innovationsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft der Gesellschaft. Dabei ist der Treiber für den Wohlstand das Streben nach Gewinn. Dazu müssen die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger sowie grundsätzlich offene Märkte sichergestellt sein. Der Staat garantiert dabei die Rechtssicherheit und definiert die Regeln und Grenzen für wirtschaftliches Handeln. Er muss dabei darauf bedacht sein, einen angemessenen Ausgleich zwischen der wirtschaftlichen Freiheit des Einzelnen und der Solidarität mit der Gemeinschaft herzustellen, ohne dabei die Bürger aus der Eigenverantwortung zu entlassen. Die Freiheit im wirtschaftlichen Handeln findet ihre Grenzen dann, wenn ethische Fragen berührt werden und der Wettbewerb zwischen wirtschaftlichen Akteuren national wie international eingeschränkt wird. Die Idee der sozialen Marktwirtschaft fußt auf dem Verständnis einer humanen Ordnung, die dem Menschen die freie Entfaltung erlaubt und den Rahmen steckt, der Nachhaltigkeit, sozialen Ausgleich und Fairness ermöglicht.

### **Antrag Nr. A 25 - KV Stuttgart**

Ziffer 2, Zeile 40

Ergänzung von folgendem Absatz nach „...bekräftigt werden.“:

„Nicht die Eingriffe des Staates, sondern die Regeln des freien Marktes, die auf einer Wettbewerbsordnung fußen, sind die Voraussetzung für Wohlstand und nachhaltig soziale Sicherungssysteme. Wir haben daher Vertrauen in die Korrekturmechanismen der Sozialen Marktwirtschaft. Ein staatlicher Eingriff kann nur in absoluten Ausnahmefällen zulässig sein.“

**Antrag Nr. A 26 - Bundesvorstand**

62 3.  
63 Die politischen Veränderungen weltweit stellen uns vor weitere  
64 Herausforderungen: Freier Welthandel mit offenen Märkten, der uns  
65 Wohlstand gebracht hat, ist keine Selbstverständlichkeit mehr.  
66 Stattdessen sind wirtschaftspolitische Maßnahmen Gegenstand  
67 protektionistischen Vorgehens: Renationalisierungen, Populismus,  
68 Etatismus und autoritäre Modernisierungsmodelle, die vermeintlich  
69 erfolgreich sind, finden Akzeptanz. Solche illiberalen Ansätze  
70 fordern unsere freiheitlich-demokratische Ordnung offensiv heraus.  
71 Staatlich geplante Volkswirtschaften und staatseigene Unternehmen  
72 haben heute beträchtliche Macht. Der Systemwettbewerb zwischen  
73 diesen staatlich gelenkten Volkswirtschaften auf der einen und  
74 Kapitalismusformen, die weitestgehend allein auf den ungeordneten  
75 Markt vertrauen, auf der anderen Seite, wirft die Frage nach dem  
76 richtigen Weg auf: einer freiheitlichen Grundordnung auf Basis  
77 christlicher Werte.  
78 Wir sind überzeugt: Die richtige Antwort ist die Soziale  
79 Marktwirtschaft. Ihre Leitgedanken geben uns auch für die Zukunft  
80 Orientierung. Die Soziale Marktwirtschaft steht für eine starke  
81 integrative Kraft, politische und gesellschaftliche  
82 Aushandlungsprozesse und die Fähigkeit zum Kompromiss. Das  
83 unterscheidet sie von autoritären Modellen. Die Soziale  
84 Marktwirtschaft bietet uns gestern wie heute die Instrumente für  
85 eine erfolgreiche Ordnungspolitik. Diese Instrumente wollen wir auf  
86 die Herausforderungen und Veränderungen des 21. Jahrhunderts  
87 richtig anwenden. Denn nur dann, wenn wir uns der Grundprinzipien  
88 der Sozialen Marktwirtschaft immer wieder vergewissern, sie  
89 erneuern und stärken, kann sie uns, unseren Kindern und Enkeln  
90 auch unter veränderten Bedingungen ermöglichen, frei, sicher und  
91 gut zu leben.

Zur Ziffer 3 gehören die Anträge A 26 bis A 32

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 26 bis A 31 in folgender Fassung anzunehmen:

3.  
Die politischen Veränderungen weltweit stellen uns vor weitere Herausforderungen: Freier Welthandel mit offenen Märkten, der uns Wohlstand gebracht hat, ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Stattdessen sind wirtschaftspolitische Maßnahmen wieder häufiger Gegenstand protektionistischen Vorgehens: Renationalisierungen, Populismus einschließlich gezielter Falschinformationen, und autoritäre Modernisierungsmodelle, die vermeintlich erfolgreich sind, finden Akzeptanz. Solche illiberalen Ansätze fordern unsere freiheitlich-demokratische Ordnung offensiv heraus. In vielen Teilen der Welt haben staatlich geplante Volkswirtschaften und staatseigene Unternehmen heute beträchtliche Macht. Der Systemwettbewerb zwischen diesen staatlich gelenkten Volkswirtschaften auf der einen und Kapitalismusformen, die weitestgehend allein auf den ungeordneten Markt vertrauen, auf der anderen Seite, wirft die Frage nach dem richtigen Weg auf: einer freiheitlichen Grundordnung auf Basis christlicher Werte.

Die richtige Antwort ist die Soziale Marktwirtschaft. Ihre Leitgedanken geben uns auch für die Zukunft Orientierung. Die Soziale Marktwirtschaft steht für eine starke integrative Kraft, politische und

gesellschaftliche Aushandlungsprozesse und die Fähigkeit zum Kompromiss. Sie bietet uns gestern wie heute die Instrumente für eine erfolgreiche Ordnungspolitik. Diese Instrumente wollen wir auf die Herausforderungen und Veränderungen des 21. Jahrhunderts richtig anwenden. Denn nur dann, wenn wir uns der Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft immer wieder vergewissern, sie erneuern und stärken, kann sie uns, unseren Kindern und Enkeln auch unter veränderten Bedingungen ermöglichen, frei, sicher und gut zu leben.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 32 als erledigt zu betrachten.

### **Antrag Nr. A 27 - BV CDA**

Ziffer 3, Zeilen 83

Ändere

„Das unterscheidet sie von autoritären Modellen.“

in

„Das unterscheidet sie von autoritären sowie rein liberalen Modellen.“

### **Antrag Nr. A 28 - KV Böblingen**

Ziffer 3, Zeile 65/66

Streiche "mehr. Stattdessen"

Setze: "Immer wieder"

### **Antrag Nr. A 29 - KV Hannover-Stadt**

Ziffer 3, Zeile 78

Streiche ersatzlos: „Wir sind überzeugt.“

## Antrag Nr. A 30 - KV Herne

Ziffer 3, Zeilen 66 - 69

Ergänzung nach...erfolgreich sind,

„finden auch unter Zuhilfenahme gezielter Falschinformationen, Akzeptanz.“

## Antrag Nr. A 31 - KV Mettmann

Ziffer 3, Zeilen 71-72

Ändere

„Staatlich geplante Volkswirtschaften und staatseigene Unternehmen habe heute beträchtliche Macht.“

in

„In weiten Teilen der Welt haben staatlich geplante Volkswirtschaften und staatseigene Unternehmen heute beträchtliche Macht.“

## Antrag Nr. A 32 - KV Steinfurt

Ziffer 3, Zeile 70

Streiche: „fordern unsere ...heraus.“

Setze: „lehnen wir strikt ab.“

## Antrag Nr. A 33 - Bundesvorstand

92 4.  
93 In der Sozialen Marktwirtschaft steht der Mensch im Mittelpunkt.  
94 Soziale Marktwirtschaft kann nach unserem christdemokratischen  
95 Verständnis nur mit einem Wertegerüst funktionieren. Das  
96 christliche Menschenbild definiert mit Würde, Freiheit und  
97 Verantwortung die Werte für das Individuum und seine Rolle in der  
98 Gesellschaft. Hier verbindet sich unsere Wirtschafts- und  
99 Gesellschaftsordnung untrennbar mit unserer freiheitlichen  
100 Demokratie. Sie vereint christlich-soziale, liberale und konservative  
101 Elemente, die sich gegenseitig ergänzen. Die Soziale  
102 Marktwirtschaft traut dem Menschen etwas zu, statt ihn zu  
103 bevormunden. So hat jeder die Chance, sich so zu entfalten, wie es  
104 seinen persönlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht. Wir  
105 müssen die Frage beantworten, wie diese Werte bewahrt und  
106 gestärkt werden können – für den Zusammenhalt unserer  
107 Gesellschaft und für das Funktionieren unseres Wirtschaftsmodells.  
108 Unsere Ordnungspolitik des 21. Jahrhunderts stellt klare Regeln auf.  
109 Richtig ausgestaltet bietet sie Menschen vielfältige Chancen. Sie  
110 sorgt dafür, dass sich das Leben der Menschen heute und in  
111 Zukunft gut entwickelt. Politik und Wirtschaft müssen den  
112 Menschen dienen. Sie sind Mittel für ein freies, sicheres und gutes  
113 Leben der Menschen in unserem Land. Dabei gestaltet Politik in der  
114 Sozialen Marktwirtschaft Veränderungen mit Optimismus und einem

Zur Ziffer 4 gehören die Anträge A 8, A 15, A 33 bis A 35 und A 37 bis A 43

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 8, A 15, A 33 bis A 35 und A 39 bis A 43 in folgender Fassung anzunehmen:

4.

**In der Sozialen Marktwirtschaft steht der Mensch im Mittelpunkt.**

Soziale Marktwirtschaft kann nach unserem christdemokratischen Verständnis nur mit einem Wertegerüst funktionieren. Das christliche Menschenbild definiert mit Würde, Freiheit, Solidarität und Verantwortung vor Gott und seinem eigenen Gewissen die Werte



115 **festen Blick in die Zukunft. Sie muss die richtigen**  
116 **Rahmenbedingungen und Anreize setzen, damit alle Menschen an**  
117 **Wohlstand, Chancen und Fortschritt teilhaben können. Dies gilt**  
118 **eben auch für Digitalisierung und technischen Fortschritt. Sie**  
119 **müssen so gestaltet werden, dass sie gleichermaßen den Menschen**  
120 **nützlich sind, unser Land wettbewerbsfähig machen und es**  
121 **wirtschaftlich stärken. Denn das Erwirtschaften ist Voraussetzung**  
122 **für das Verteilen und für soziale Politik im Dienst unserer**  
123 **Gesellschaft.**

für das Individuum in der Gesellschaft. Hier verbindet sich unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung untrennbar mit unserer freiheitlichen Demokratie. Sie vereint christlich-soziale, liberale und konservative Elemente, die sich gegenseitig ergänzen. Die Soziale Marktwirtschaft traut dem Menschen etwas zu, statt ihn zu bevormunden. So hat jeder die Chance, sich so zu entfalten, wie es seinen persönlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht. *Wir müssen die Frage beantworten, wie diese Werte bewahrt und aufs Neue gestärkt werden können – für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für das Funktionieren unseres Wirtschaftsmodells, gerade in Zeiten der Globalisierung und bei Handelsbeziehungen mit autokratischen Staaten.*

Unsere Ordnungspolitik des 21. Jahrhunderts muss klare Regeln aufstellen. Richtig ausgestaltet bietet sie Menschen vielfältige Chancen. Sie sorgt dafür, dass sich das Leben der Menschen heute und in Zukunft gut entwickelt. Politik und Wirtschaft müssen den Menschen dienen. Sie sind Mittel für ein freies, sicheres und gutes Leben der Menschen in unserem Land. Dabei gestaltet Politik in der Sozialen Marktwirtschaft Veränderungen mit Optimismus und einem festen Blick in die Zukunft. Sie muss die richtigen Rahmenbedingungen und Anreize setzen, damit alle Menschen an Wohlstand, Chancen und Fortschritt teilhaben können. Dies gilt eben auch für Digitalisierung und

technischen Fortschritt. Sie müssen so gestaltet werden, dass sie gleichermaßen den Menschen nützlich sind, unser Land noch wettbewerbsfähiger machen und es wirtschaftlich stärken. Denn das Erwirtschaften ist Voraussetzung für das Verteilen und damit für eine solidarische und soziale Politik im Dienst unserer Gesellschaft. Das unterstreicht: Wirtschaften ist kein Selbstzweck, sondern die Lebensgrundlage jeglichen gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Handelns.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 36 bei Ziffer 21 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 38 abzulehnen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 37 als erledigt zu betrachten.

## **Antrag Nr. A 34 - BV Senioren-Union**

Ziffer 4, Zeile 97

Streiche: „und seine Rolle“

## **Antrag Nr. A 8 - LV Sachsen**

Ziffer 1, Zeile 13

Nach (...) und Optimismus.

füge ein:

Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts, sagte Ludwig Erhard einst. Niemand sollte sich täuschen: Jede Form der sozialistischen Zwangsbeglückung wird unweigerlich im Verlust von Wohlstand und Lebengrundlagen enden. Alle gut gemeinten Ideen müssen immer dem Grundsatz unterworfen sein: Schaden oder nützen sie unserer Wirtschaft? Dabei geht es nicht darum, dass die Wirtschaft ein ethischer Selbstzweck wäre - es ist simpler: Sie ist notwendige Lebensgrundlage jeglichen gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Handelns. Jegliche Humanität und jeglicher Umweltschutz werden verloren, wenn wir die ökonomischen Grundlagen in unserem Land verlieren. Daher muss eine gute Wirtschaftspolitik Pflichtaufgabe

für alle Bereiche staatlichen Handelns und demzufolge Querschnittsaufgabe aller Bundesministerien sein.

Maxime staatlichen Handelns muss immer ein ökonomischer kategorischer Imperativ sein: Zuerst muss erwirtschaftet werden, was ausgegeben werden kann. Diese konservative Betrachtung staatlicher Politik wird im Tagesgeschäft allzu oft vergessen. Es darf in unserem Land nicht primär um das Verteilen von fremdem Geld gehen, sondern zuallererst muss sichergestellt sein, dass wir überhaupt Geld erwirtschaften.

Die Neidkultur in Deutschland wollen wir durch eine Kultur des Ermöglichens ersetzen. Wer durch eigenes Tun, gute Rahmenbedingungen aber auch glückliche Umstände zu Wohlstand gekommen ist darf nicht einem Generalverdacht ausgesetzt sein, der ihn negativ stigmatisiert. Es gibt keinen Grund, einem Lottogewinner den Gewinn nicht zu gönnen. Noch viel weniger gibt es einen Grund, einem erfolgreichen Unternehmer seinen Gewinn nicht zu gönnen. Das Risiko des Scheiterns, beeinflussbare und nicht beeinflussbare Rahmenbedingungen sollten darauf hinwirken, dass wirtschaftlicher Erfolg etwas Schönes und Wünschenswertes ist. Erst dort, wo der Markt versagt, hat die Sozialpolitik ihre Aufgaben wahrzunehmen. Das schmälert aber nicht den Wert von Gewinn, daher sollten wir jedem Neidkomplex deutlich entgegen treten.

### **Antrag Nr. A 35 - KV Gelsenkirchen**

Ziffer 4, Zeile 122

Streiche: „das Verteilen und für“

Setze: „solidarische und“

### **Antrag Nr. A 36 - KV Hannover-Land**

Ziffer 4, Zeile 123

Nach „... im Dienst unserer Gesellschaft.“

füge ein:

„Die Ausbildungsperspektive junger Menschen muss sich vom Ideal des Hochschulabschlusses lösen. Eine funktionierende Marktwirtschaft braucht ein starkes Handwerk und Gewerbe. Den jungen Menschen müssen die in diesem Bereich liegenden Chancen für ein erfülltes Berufsleben mit gutem Verdienst und entsprechendem Alterssicherungsaufbau viel stärker als bisher nahegebracht werden.“

### **Antrag Nr. A 37 - KV Hannover-Stadt**

Ziffer 4, Zeile 101

Ändere

„Die Soziale Marktwirtschaft traut dem Menschen etwas zu, statt ihn zu bevormunden.“

In

„Die Soziale Marktwirtschaft traut den Menschen und den Unternehmen etwas zu, statt sie zu bevormunden.“

### **Antrag Nr. A 38 - KV Hannover-Stadt**

Ziffer 4, Zeile 103

Ändere

„So hat jeder die Chance, sich so zu entfalten, wie es seinen persönlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht.“

in

„So musst jeder die Chance haben, sich so zu entfalten, wie es seinen persönlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht.“

### **Antrag Nr. A 39 - KV Herne**

Ziffer 4, Zeile 107

Ergänzung nach Wirtschaftsmodells:

„gerade in der globalisierten Welt und in Handelsbeziehungen mit autokratischen Modellen.“

### **Antrag Nr. A 40 - KV Herne**

Ziffer 4, Zeile 120

Streiche: „machen“

Setze: „halten“

### **Antrag Nr. A 41 - KV Mettmann**

Ziffer 4, Zeile 108

Streiche:

„...stellt klare Regeln auf.“

Setze:

„muss klare Regeln aufstellen.“

### **Antrag Nr. A 42 - KV Vechta**

Ziffer 4, Zeile 105/106

Nach: ...wie diese Werte bewahrt ...

Füge ein: „, neu gestaltet...“

**Antrag Nr. A 43 - KV Warendorf-Beckum**

Ziffer 4, Zeile 96

Nach „...Würde,...“.

füge ein:

„Solidarität,“

**Antrag Nr. A 15 - KV Warendorf-Beckum**

Ziffer 1, Zeilen 9 bis 13

Streiche: „Wir stehen ...“ bis „und Optimismus“

Setze:

„Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft basiert auf einem christlich geprägten Menschenbild. Danach ist die Würde des Menschen unantastbar. Sein „Wert“ bemisst sich demnach nicht in erster Linie an seinem materiellen Leistungsvermögen, sondern daran, ob seine Beziehung zur Schöpfung, zu den Mitmenschen und zu sich selber gemäß dem christlichen Liebesgebot in einem umfassenden Sinn davon geprägt ist, auf das Gute hinzuwirken. Dieses erfordert Verantwortungsbewusstsein vor Gott und den Menschen, Gestaltungswillen, Mut und Leistungsbereitschaft.

Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen wollen wir immer wieder ausbalancieren zwischen den Polen Individualität und Gemeinwohl, Eigen- und Gesamtverantwortung, Kapital und Arbeit, Wettbewerb und Marktmacht. In einem solchen, gerecht weiterentwickelten Gesellschaftssystem können die Menschen ihr Leben als Individuum und in Gemeinschaft mit anderen selbstbestimmt, erfolgreich und solidarisch gestalten. Wo Menschen dazu nicht in der Lage sind, werden sie von der Solidargemeinschaft unterstützt.

Eine so im Sinne Ludwig Erhards gestaltete Soziale Marktwirtschaft bringt Wohlstand für alle. Sie leistet damit einen wesentlichen Beitrag, dass alle Menschen ein Leben in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit führen können. Dieses maßgeblich von den christlichen Soziallehren und der CDU geprägte Erfolgsmodell der Bundesrepublik kann bei sorgfältiger Weiterentwicklung den Wettbewerb mit anderen gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen und Gesellschaftssystemen bestehen.“

**Antrag Nr. A 44 - Bundesvorstand**

124 **5.**  
125 **Soziale Marktwirtschaft ist ein Konzept der Verantwortlichkeit.**  
126 **Freiheit, Verantwortung und Solidarität gehören in der Sozialen**  
127 **Marktwirtschaft untrennbar zusammen. Der einzelne Mensch hat die**  
128 **Freiheit, eigenverantwortlich zu handeln und sein Leben nach**  
129 **seinen Vorstellungen zu gestalten. Zugleich übernimmt er die**  
130 **Verantwortung für seine Entscheidungen. Wenn der Einzelne seinen**  
131 **Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten kann, hilft die**  
132 **Gemeinschaft. Dann hat der Staat die Aufgabe, einen sicheren**

Zur Ziffer 5 gehören die Anträge A 44 bis A 54

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 44 bis A 54 in folgender Fassung anzunehmen:

**5.****Soziale Marktwirtschaft ist ein Konzept der**

133 **Schutz vor Armut zu gewährleisten. Wer auf die Solidarität des**  
134 **Staates baut, hat zugleich Pflichten ihm gegenüber: Er muss die**  
135 **Eigenverantwortung wieder übernehmen, sobald er dazu in der Lage**  
136 **ist. Die Solidarität sichert somit ein Risiko der Freiheit ab, wenn es**  
137 **notwendig ist, ohne die Gemeinschaft zu überfordern. Deutschland**  
138 **tut dies mit einem der besten Sozialsysteme der Welt. Es ist**  
139 **einzigartig in seiner Konzeption und elementarer Bestandteil**  
140 **unserer Sozialen Marktwirtschaft. Um es für die Zukunft zu sichern,**  
141 **müssen wir die richtige Balance zwischen gesellschaftlicher**  
142 **Solidarität und gestärkter Eigenverantwortung finden. Es gilt zu**  
143 **klären, wie weit die Selbstverantwortung des Einzelnen reicht und**  
144 **wo die Solidarität der Gesellschaft anfängt.**

### **Verantwortlichkeit.**

Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit gehören in der Sozialen Marktwirtschaft untrennbar zusammen. Dabei hat der einzelne Mensch die Freiheit, eigenverantwortlich zu handeln und sein Leben nach seinen Vorstellungen zu gestalten, solange er damit anderen nicht schadet. Wenn der Einzelne seinen Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten kann, hilft die Gemeinschaft. Dann hat die Gemeinschaft die Aufgabe, einen sicheren Schutz vor Armut zu gewährleisten. Wer auf die Solidarität der Gemeinschaft baut, hat zugleich Pflichten ihr gegenüber: Er muss die Eigenverantwortung wieder übernehmen, sobald er dazu in der Lage ist. Dies muss der Sozialstaat stets deutlich machen. Die Solidarität sichert somit ein Risiko der Freiheit ab, wenn es notwendig ist. Deutschland tut dies mit einem der besten Sozialsysteme der Welt. Es ist einzigartig in seiner Konzeption und elementarer Bestandteil unserer Sozialen Marktwirtschaft. Um es für die Zukunft zu sichern, müssen wir das richtige Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Solidarität und gestärkter Eigenverantwortung finden. *Es gilt zu klären, wie weit die Selbstverantwortung des Einzelnen reicht und wo die Solidarität der Gemeinschaft anfängt.*

**Antrag Nr. A 45 - BV CDA**

Ziffer 5, Zeile 125

Ändere

„Soziale Marktwirtschaft ist ein Konzept der Verantwortlichkeit.“

in:

„Soziale Marktwirtschaft ist ein Konzept von Verantwortlichkeit, Solidarität und Gerechtigkeit.“

**Antrag Nr. A 46 - BV CDA**

Ziffer 5, Zeile 137

Streiche:

„Die Solidarität sichert somit ein Risiko der Freiheit ab, wenn es notwendig ist, ohne die Gemeinschaft zu überfordern.“

Setze:

„Die Solidarität sichert somit ein Risiko der Freiheit ab, wenn es notwendig ist.“

**Antrag Nr. A 47 - BV KPV**

Ziffer 5, Zeile 132

Streiche:

„Dann hat der Staat die Aufgabe, einen sicheren Schutz vor Armut zu gewährleisten.“

**Antrag Nr. A 48 - BV KPV**

Ziffer 5, Zeile 134

Streiche: Staates

Setze: „Gemeinschaft“

**Antrag Nr. A 49 - BV KPV**

Ziffer 5, Zeile 144

Streiche: Gesellschaft

Setze: „Gemeinschaft“

**Antrag Nr. A 50 - KV Mettmann**

Ziffer 5, Zeile 141

Streiche:

„...die richtige Balance...“

Setze:

„...das richtige Verhältnis...“

### **Antrag Nr. A 51 - KV Rastatt**

Ziffer 5, Zeile 134

Nach

...„Wer auf die Solidarität des Staates baut, hat zugleich Pflichten ihm gegenüber.“...

füge ein:

„Für die wir passende Rahmenbedingungen schaffen.“

### **Antrag Nr. A 52 - KV Stuttgart**

Ziffer 5, Zeilen 142-144

Streiche:

(„Es gilt zu klären...bis Gesellschaft anfängt.“)

Setze:

„Es muss immer lohnenswert sein, eigenverantwortlich zu handeln anstatt sich auf staatliche Leistungen zu verlassen.“

### **Antrag Nr. A 53 - KV Warendorf-Beckum**

Ziffer 5, Zeile 130

Nach „ ... Entscheidungen.“

füge ein:

„Zur Übernahme von Verantwortung gehört auch, das Handeln nicht nur am Eigenwohl sondern auch am Gemeinwohl zu orientieren.“

### **Antrag Nr. A 54 - KV Warendorf-Beckum**

Ziffer 5, Zeile 133

Streiche:

„Wer auf die Solidarität des Staates baut, hat zugleich Pflichten ihm gegenüber.“

Setze:



„Wer auf die Solidarität des Staates und der Gesellschaft baut, hat zugleich Pflichten diesen gegenüber.“

## Antrag Nr. A 55 - Bundesvorstand

145 **6.**  
146 **Zusätzlich bietet die beitragsfinanzierte und selbstverwaltete**  
147 **Sozialversicherung den Menschen die Chance, ihren**  
148 **Lebensstandard gegen die großen Lebensrisiken abzusichern. Jeder**  
149 **kann sich darauf verlassen, dass er angemessen versorgt wird,**  
150 **wenn er alt, krank, pflegebedürftig oder erwerbsunfähig wird. Darauf**  
151 **sind wir stolz, denn diese Sicherheit ist Grundlage für unseren**  
152 **starken gesellschaftlichen Zusammenhalt.**  
153 **Die alternde Gesellschaft fordert unsere Sozialversicherung jedoch**  
154 **heraus. Es ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, sie so zu**  
155 **entwickeln, dass sich auch unsere Kinder und Enkel auf eine gute**  
156 **Absicherung der Lebensrisiken verlassen können. Wir müssen**  
157 **immer wieder prüfen, wie die verschiedenen Säulen der sozialen**  
158 **Sicherung ausgestaltet und finanziert werden sollen und welche**  
159 **Rolle der Arbeitslohn dabei in Zukunft spielt. Klar ist: Die**  
160 **Lohnzusatzkosten müssen begrenzt werden, denn sie machen**  
161 **Arbeit teurer und gefährden damit Arbeitsplätze im europäischen**  
162 **und globalen Wettbewerb. Daher wollen wir, dass die Beiträge zur**  
163 **Sozialversicherung weiterhin unter 40 Prozent bleiben.**  
164 **Grundsätzlich müssen wir vor allem die Frage beantworten, wie wir**  
165 **auch in Zukunft eine gute Alters-, Gesundheits- und**  
166 **Pflegeversorgung auf einem angemessenen und verlässlichen**  
167 **Niveau sicherstellen können, ohne diejenigen, die die Systeme**  
168 **heute und morgen finanzieren, zu überfordern.**

Zur Ziffer 6 gehören die Anträge A 55 bis A 66

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 55, A 57, A 58, A 60, A 61, A 63, A 64 und A 66 in folgender Fassung anzunehmen:

**6.**  
Zusätzlich bietet die beitragsfinanzierte und selbstverwaltete Sozialversicherung den Menschen die Chance, ihren Lebensstandard gegen die großen Lebensrisiken abzusichern. Jeder soll sich darauf verlassen können, dass er angemessen versorgt wird, wenn er alt, krank, pflegebedürftig oder erwerbsunfähig wird. Denn diese Sicherheit ist Grundlage für unseren starken gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die demografische Entwicklung und auch der Wandel der Arbeitswelt fordern unsere Sozialversicherung jedoch heraus. Es ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, sie so zu entwickeln, dass sich auch unsere Kinder und Enkel auf eine gute Absicherung der Lebensrisiken verlassen können. Wir müssen immer wieder prüfen, wie die verschiedenen Säulen der sozialen Sicherung ausgestaltet und finanziert werden sollen und welche Rolle der Arbeitslohn dabei in Zukunft spielt. Klar ist: Die Lohnzusatzkosten müssen begrenzt werden, denn sie machen Arbeit teurer und gefährden damit Arbeitsplätze im europäischen und globalen Wettbewerb. Daher wollen wir, dass die Beiträge zur

Sozialversicherung weiterhin unter 40 Prozent bleiben. Gleichzeitig muss die Selbstverwaltung der Sozialversicherung weiter gestärkt werden. *Grundsätzlich müssen wir vor allem die Frage beantworten, wie wir auch in Zukunft eine gute Alters-, Gesundheits- und Pflegeversorgung auf einem angemessenen, menschenwürdigen und verlässlichen Niveau sicherstellen können, ohne diejenigen, die die Systeme heute und morgen finanzieren, zu überfordern.*

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 59 an den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt sowie an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 62 und A 65 an den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 56 abzulehnen.

## **Antrag Nr. A 56 - BV CDA**

Ziffer 6, Zeile 159 bis 163

Ändere

„Klar ist: Die Lohnzusatzkosten müssen begrenzt werden, denn sie machen Arbeit teurer und gefährden damit Arbeitsplätze im europäischen und globalen Wettbewerb. Daher wollen wir, dass die Beiträge zur Sozialversicherung weiterhin unter 40 Prozent bleiben.“

in:

„Klar ist: Die Lohnzusatzkosten können nicht unbegrenzt steigen.“

## **Antrag Nr. A 57 - BV Junge Union**

Ziffer 6, Zeile 150

Streiche: „alt“

**Antrag Nr. A 58 - BV Junge Union**

Ziffer 6, Zeile 153

Nach

„Darauf sind wir stolz, denn diese Sicherheit ist Grundlage für unseren starken gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

füge ein

„Dieselbe Sicherheit muss auch für das Alter gelten.“

**Antrag Nr. A 59 - BV Junge Union**

Ziffer 6, Zeile 163

Nach

„Daher wollen wir, dass die Beiträge zur 163 Sozialversicherung weiterhin unter 40 Prozent bleiben“

füge ein

„Hierzu ist der Wettbewerb im Gesundheitswesen sowohl auf der Leistungs- als auch der Finanzierungsseite zu stärken, um Qualität und Effizienz der Gesundheitsversorgung voranzubringen. In der Alterssicherung gilt es, der immer weiter anwachsenden Lebenserwartung gerecht zu werden. Zur Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung führt langfristig an einer Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung kein Weg vorbei. Gleichzeitig benötigen wir mehr Transparenz in der Altersvorsorge durch ein säulenbergreifendes Renteninformationssystem. So kann jeder auf einen Blick erkennen, wie wichtig ein späteres Renteneintrittsalter und mehr eigenverantwortliche Vorsorge für einen auskömmlichen Lebensabend sind.“

**Antrag Nr. A 60 - BV Senioren-Union**

Ziffer 6, Zeilen 164-168

Ändere:

...Alters-, Gesundheits- und Pflegeversorgung auf einem angemessen und verlässlichen Niveau.

in:

„...und die Würde des Menschen wahrende Alters-, Gesundheits- und Pflegeversorgung auf einem verlässlichen Niveau.“

**Antrag Nr. A 61 - KV Böblingen**

Ziffer 6, Zeile 163

Nach "...bleiben."

füge ein:

"Gleichzeitig muss die Selbstverwaltung der Sozialversicherung gestärkt werden."

### **Antrag Nr. A 62 - KV Rastatt**

Ziffer 6, Zeile 168

Am Ende der Ziffer folgende Punkte einfügen:

- Vereinfachung des Ausbildungssystems für die Pflegeberufe
- Stärkung häuslicher Pflege
- Entbürokratisierung
- Anpassung des Pflegeversicherungszusatz bei Kinderlosen, zur Stärkung von Familien die für ein Funktionieren des Systems sorgen.

### **Antrag Nr. A 63 - KV Steinfurt**

Ziffer 6, Zeile 148/149

Streiche: „Jeder kann sich darauf verlassen,“

Setze: „Jeder sollte sich darauf verlassen können,“

### **Antrag Nr. A 64 - KV Steinfurt**

Ziffer 6, Zeile 153

Streiche: „alternde Gesellschaft“

Setze: demografische Entwicklung“

### **Antrag Nr. A 65 - KV Vechta**

Ziffer 6, Zeile 167-168

Streiche: ... , ohne diejenigen, die die Systeme heute und morgen finanzieren, zu überfordern.

Setze „. Hierzu ist es erforderlich, dass alle Bürgerinnen und Bürger in die Sozialversicherungssystem einzahlen.“

### **Antrag Nr. A 66 - KV Warendorf-Beckum**

Ziffer 6, Zeile 153

Nach „Die alternde Gesellschaft...“

füge ein:

„und fortschreitendes Lohndumping durch Tariffucht“

**Antrag Nr. A 67 - Bundesvorstand**

169 7.  
170 Ein starker Staat setzt den Ordnungsrahmen.  
171 In der Sozialen Marktwirtschaft hat der Staat eine klare Rolle: Er ist  
172 Schiedsrichter und setzt den Ordnungsrahmen bzw. die Leitplanken,  
173 innerhalb derer Wirtschaft und Gesellschaft frei agieren. Diese  
174 Freiheit wollen wir weiter stärken. Zugleich stellt der Staat sicher,  
175 dass die Regeln eingehalten werden. Der Ordnungsrahmen muss  
176 angemessen und leistungsfähig für die gesamte Gesellschaft sein.  
177 Diese Regeln gehören zur Sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen ihre  
178 Durchsetzung stärken.  
179 Als wirtschaftlicher Akteur soll der Staat – und zwar auf allen  
180 Ebenen – nur dann eingreifen dürfen, wenn er Aufgaben besser als  
181 Private erledigen kann. In diesen Fällen spielt die kommunale  
182 Daseinsvorsorge auch künftig eine bedeutende Rolle. Wichtig ist,  
183 dass der Staat sich bei unternehmerischen Beteiligungen – auch zu  
184 Rettungszwecken – zurückhält und bestehende Beteiligungen  
185 zurückführt. Denn der Staat soll sich stärker auf seine Kernaufgaben  
186 konzentrieren. So kann er diese auch ohne eine Erhöhung der  
187 Staatsquote besser als bisher erfüllen und zu soliden Staatsfinanzen  
188 beitragen.

Zur Ziffer 7 gehören die Anträge A 24, A 25, A 67 bis A 74, A 76 bis A 78 und A 80 sowie A 217

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 67, A 72 und A 73 in folgender Fassung anzunehmen:

7.  
**Ein starker Staat setzt den  
Ordnungsrahmen.**

In der Sozialen Marktwirtschaft hat der Staat eine klare Rolle: Er ist Schiedsrichter und setzt den Ordnungsrahmen bzw. die Leitplanken, innerhalb derer Wirtschaft und Gesellschaft frei agieren. Diese Freiheit wollen wir weiter stärken. Zugleich stellt der Staat sicher, dass die Regeln eingehalten werden. Der Ordnungsrahmen muss angemessen und leistungsfähig für die gesamte Gesellschaft sein. Diese Regeln gehören zur Sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen ihre Durchsetzung stärken.

Als wirtschaftlicher Akteur soll der Staat nur dann eingreifen, wenn er Aufgaben besser als Private erledigen kann. Dabei bleibt die Daseinsvorsorge Kern kommunaler Selbstverwaltung. Wichtig ist, dass der Staat sich bei unternehmerischen Beteiligungen – auch zu Rettungszwecken – zurückhält und bestehende Beteiligungen kritisch überprüft und gegebenenfalls zurückführt. Denn der Staat soll sich stärker auf seine Kernaufgaben konzentrieren. So kann er diese auch ohne eine Erhöhung der Staatsquote besser als bisher erfüllen und zu soliden Staatsfinanzen

beitragen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 71 an den Bundesfachausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sowie an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 74 an den Bundesfachausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse und Stadt und Land sowie an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 75 bei Ziffer 9 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 79 bei Ziffer 11 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 81 bei Ziffer 13 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 68 bis A 70, A 76 und A 78 abzulehnen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 24, A 25, A 77 und A 80 sowie A 217 als erledigt zu betrachten.

### **Antrag Nr. A 68 - BV CDA**

Ziffer 7, Zeile 173 bis 174

Streiche: „Diese Freiheit wollen wir weiter stärken.“

### **Antrag Nr. A 69 - BV CDA**

Ziffer 7, Zeile 186 bis 188

Streiche:

„So kann er diese auch ohne eine Erhöhung der Staatsquote besser als bisher erfüllen und zu soliden Staatsfinanzen beitragen.“

### **Antrag Nr. A 70 - BV Junge Union**

Ziffer 7, Zeile 186

Streiche: „ohne eine Erhöhung“

Setze: „bei einer Senkung“

**Antrag Nr. A 71 - BV KPv**

Ziffer 7, Zeile 188

Am Ende der Ziffer folgenden Text anfügen:

„Wir müssen die Rolle des Staates neu austarieren und uns fragen, ob nicht der Aufbau und Erhalt von Infrastruktur in den hoheitlichen Bereich gehören, wobei der Betrieb in den Wettbewerb gestellt werden sollte.“

**Antrag Nr. A 72 - BV KPv**

Ziffer 7, Zeile 182

Nach „nach „künftig eine bedeutende Rolle.“

füge ein:

Daseinsvorsorge ist der Kern kommunaler Selbstverwaltung. Es geht dabei um eine am Gemeinwohl orientierte Grundversorgung der Menschen, als Ausdruck der Sozialen Marktwirtschaft, die sich immer als ein Bündnis der Stärkeren mit den Schwächeren in der Gesellschaft versteht.

Daseinsvorsorge orientiert sich an den Menschen, ihren Bedürfnissen und Lebenslagen. Daseinsvorsorge umfasst insbesondere Leistungen, deren Erbringung einer besonderen Infrastruktur bedarf. Gesellschaftliche Bedingungen verändern auch den Kanon der Leistungen der Daseinsvorsorge. Kommunale Daseinsvorsorge sichert die Lebensqualität in unserem Land. Kommunen gewährleisten eine bürgernahe, flächendeckende, sozialverträgliche Wahrung öffentlicher Aufgaben auf hohem Niveau. Wir erwarten Wertschätzung und Respekt der besonderen deutschen Tradition und Erfahrung auf allen Ebenen. Die Menschen sollen vor Ort selbst entscheiden, welche Leistungen in welcher Form angeboten werden. Wir brauchen einen weiten Handlungsrahmen um kommunale Selbstverwaltung wieder erlebbar zu machen.

Wir müssen den Fragen nachgehen, wie wir den Gewährleistungsauftrag auch in Zukunft sichern, die demokratische Legitimation besser herausstellen und mehr Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit bewirken.

**Antrag Nr. A 73 - LV CDU in Niedersachsen**

Ziffer 7, Zeilen 179 bis 188

Ändere

„Als wirtschaftlicher Akteur soll der Staat – und zwar auf allen Ebenen – nur dann eingreifen dürfen, wenn er Aufgaben besser als Private erledigen kann. In diesen Fällen spielt die kommunale Daseinsvorsorge auch künftig eine bedeutende Rolle. Wichtig ist, dass der Staat sich bei unternehmerischen Beteiligungen – auch zu Rettungszwecken – zurückhält und bestehende Beteiligungen zurückführt. Denn der Staat soll sich stärker auf seine Kernaufgaben konzentrieren. So kann er diese auch ohne eine Erhöhung der Staatsquote besser als bisher erfüllen und zu soliden Staatsfinanzen beitragen.“

in

„Als wirtschaftlicher Akteur soll der Staat – und zwar auf allen Ebenen – nur dann eingreifen dürfen, wenn er Aufgaben besser als Private erledigen kann. In diesen Fällen spielt die kommunale Daseinsvorsorge auch künftig eine bedeutende Rolle. Wichtig ist, dass der Staat sich bei unternehmerischen Beteiligungen – auch zu Rettungszwecken – zurückhält und bestehende Beteiligungen kritisch überprüft. Denn der Staat soll sich stärker auf seine Kernaufgaben konzentrieren. So kann er diese auch ohne eine Erhöhung der Staatsquote besser als bisher erfüllen und zu soliden Staatsfinanzen beitragen.“

### **Antrag Nr. A 74 - KV Böblingen**

Ziffer 7, Zeile 185

Nach "zurückführt."

füge ein:

"Insbesondere natürliche Monopole wie beispielsweise Infrastrukturnetze können in staatlicher Hand bzw. staatlich reguliert sein. Ihren Betrieb dagegen sollen Private übernehmen."

### **Antrag Nr. A 75 - KV Herne**

Ziffer 7, Zeile 177

Streiche:

„Wir wollen ihre Durchsetzung stärken.“

Setze:

„Der Staat muss dabei immer und jederzeit befähigt bleiben, diesen Ordnungsrahmen auch durchzusetzen. Deshalb wollen wir diese Regeln stärken.“

### **Antrag Nr. A 76 - KV Mettmann**

Ziffer 7, Zeilen 179-188

Streiche:

„Als wirtschaftlicher Akteur (...) Staatsfinanzen beitragen.“

### **Antrag Nr. A 217 - KV Rastatt**

Ziffer 24, Zeile 497

Nach

...„So sollen Bund, Länder und Kommunen keine neuen Schulden aufnehmen und darüber hinaus bestehende Schulden abbauen.“...

füge ein:

„Genauso wenig darf aber unsere Infrastruktur für die kommenden Generationen



totgespart werden. Investitionen braucht es vor allem in den Bereichen Stromnetze, Straßen, Breitband, sowie Forschung und Entwicklung.“

### **Antrag Nr. A 77 - KV Stuttgart**

Ziffer 7, Zeilen 186 -188

Streiche:

(„So kann er diese...Staatsfinanzen beitragen.“)

Setze:

„Ein starker Staat zeichnet sich insbesondere durch seine Handlungsfähigkeit auch in wirtschaftlichen Krisensituationen aus. Um auch angesichts des demografischen Wandels diese Handlungsfähigkeit sicherzustellen, streben wir mittelfristig eine Staatsquote deutlich unter 40 Prozent an. Ebenso ist der Anteil der Sozialausgaben am Bundeshaushalt, der gegenwärtig über 50 Prozent liegt, auf deutlich unter 40 Prozent zurückzuführen. Statt der rein konsumtiven Ausgaben müssen dazu im Verhältnis – neben der Bildung – die Investitionen in Infrastruktur und in Innovationen erhöht werden.“

### **Antrag Nr. A 25 - KV Stuttgart**

Ziffer 2, Zeile 40

Ergänzung von folgendem Absatz nach „...bekräftigt werden.“:

„Nicht die Eingriffe des Staates, sondern die Regeln des freien Marktes, die auf einer Wettbewerbsordnung fußen, sind die Voraussetzung für Wohlstand und nachhaltig soziale Sicherungssysteme. Wir haben daher Vertrauen in die Korrekturmechanismen der Sozialen Marktwirtschaft. Ein staatlicher Eingriff kann nur in absoluten Ausnahmefällen zulässig sein.“

### **Antrag Nr. A 24 - KV Stuttgart**

Ziffer 2, Zeilen 25-36

Streiche die Zeilen 25 bis 36.

Setze:

Wir Christdemokraten haben die soziale Marktwirtschaft mit der Balance zwischen vielen Freiheiten und sozialer Verantwortung entwickelt. Wirtschaftlicher Fortschritt, sozialer Frieden, Wachstum und Wohlstand sind seit 1948 Grundlage des Erfolgsmodells der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Basis für den ökonomischen Wohlstand sind die Innovationsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft der Gesellschaft. Dabei ist der Treiber für den Wohlstand das Streben nach Gewinn. Dazu müssen die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger sowie grundsätzlich offene Märkte sichergestellt sein. Der Staat garantiert dabei die Rechtssicherheit und definiert die Regeln und Grenzen für wirtschaftliches Handeln. Er muss dabei darauf bedacht sein, einen angemessenen Ausgleich zwischen der wirtschaftlichen Freiheit des Einzelnen und der Solidarität mit der Gemeinschaft herzustellen, ohne dabei die Bürger aus der Eigenverantwortung zu entlassen. Die Freiheit im

wirtschaftlichen Handeln findet ihre Grenzen dann, wenn ethische Fragen berührt werden und der Wettbewerb zwischen wirtschaftlichen Akteuren national wie international eingeschränkt wird. Die Idee der sozialen Marktwirtschaft fußt auf dem Verständnis einer humanen Ordnung, die dem Menschen die freie Entfaltung erlaubt und den Rahmen steckt, der Nachhaltigkeit, sozialen Ausgleich und Fairness ermöglicht.

### **Antrag Nr. A 78 - KV Unna**

Ziffer 7, Zeilen 183/184

Streiche: „- auch zu Rettungszwecken -“

### **Antrag Nr. A 79 - KV Warendorf-Beckum**

Ziffer 7, Zeile 176

Nach „ ... für die gesamte Gesellschaft sein.“

füge ein:

„Deshalb muss wettbewerbs- und mittelstandsfeindlichen Tendenzen zu marktbeherrschenden Strukturen stärker entgegengewirkt werden.“

### **Antrag Nr. A 80 - KV Warendorf-Beckum**

Ziffer 7, Zeilen 182-188

Streiche:

„Wichtig ist...“ bis Staatsfinanzen beitragen.“

### **Antrag Nr. A 81 - Auslandsverband Brüssel**

Ziffer 7, Zeilen 173 bis 175 werden wie folgt ergänzt:

„Diese Freiheit wollen wir weiter stärken. Wir wollen die Attraktivität von Gründungen und unternehmerischer Initiative in Deutschland stärken. Zugleich stellt der Staat sicher, dass die Regeln eingehalten werden.“

### **Antrag Nr. A 82 - Bundesvorstand**

189 **8.**  
190 **Wir brauchen eine Debatte über die Grenzen staatlicher**  
191 **Regulierung. Regulierung ist zwar erforderlich zur Einhaltung von**  
192 **Regeln, jedoch kann sie auch ein Hindernis für Wohlstand sein.**  
193 **Denn dort, wo Auflagen und Bürokratie zur Bremse werden, müssen**  
194 **sie auf ein notwendiges Mindestmaß zurückführt werden. Dazu**  
195 **wollen wir die Potenziale der Digitalisierung nutzen und das „one in,**  
196 **one out“-Prinzip auch in der Europäischen Union zur Regel machen.**  
197 **Wir sehen vor allem in den Bereichen Wohnungsbau, Verwaltung,**  
198 **Energie-, Digital- und Verkehrsinfrastruktur sowie**  
199 **Gesundheitsversorgung und weiteren Dienstleistungen dringenden**  
200 **Handlungsbedarf zur Deregulierung und für flexible Verfahren bei**

Zur Ziffer 8 gehören die Anträge A 82 bis A 84 und A 86 bis A 90

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 82 bis A 84 und A 86 bis A 88 in folgender Fassung anzunehmen:

**8.**

Wir brauchen eine Debatte darüber, wo auf Regulierung verzichtet werden kann. Regeln

201 **zentralen Projekten. Es gilt, Antworten darauf zu finden, wie**  
202 **staatliche Regulierung begrenzt werden muss und wie wir digitale**  
203 **Prozesse zur Deregulierung nutzen können.**

sind wichtig, um dem Markt – wo nötig – Grenzen zu setzen und ihn in den Dienst von Menschen und Umwelt zu stellen. Gleichzeitig können sie zum Hindernis für Innovation und Wachstum werden. Denn dort, wo Auflagen und Bürokratie zur Bremse werden, müssen sie auf ein notwendiges Mindestmaß zurückgeführt werden. Dazu wollen wir die Potenziale der Digitalisierung nutzen und zumindest das „one in, one out“-Prinzip auch in der Europäischen Union zur Regel machen. Wir sehen vor allem in den Bereichen Wohnungsbau, Verwaltung, Energie-, Digital- und Verkehrsinfrastruktur sowie Gesundheitsversorgung und weiteren Dienstleistungen Handlungsbedarf zur Deregulierung und für flexible, beschleunigte und rechtssichere Verfahren, insbesondere bei zentralen Projekten. *Es gilt, Antworten darauf zu finden, wie Regulierung begrenzt werden muss und wie wir digitale Prozesse zur Deregulierung nutzen können.*

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 90 an den BACDJ zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 85 bei Ziffer 12 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 89 abzulehnen.

## **Antrag Nr. A 83 - BV CDA**

Ziffer 8, Zeile 190 bis 203

Ändere

„Wir brauchen eine Debatte über die Grenzen staatlicher Regulierung. Regulierung ist zwar erforderlich zur Einhaltung von Regeln, jedoch kann sie

auch ein Hindernis für Wohlstand sein. Denn dort, wo Auflagen und Bürokratie zur Bremse werden, müssen sie auf ein notwendiges Mindestmaß zurückgeführt werden. Dazu wollen wir die Potenziale der Digitalisierung nutzen und das „one in, one out“-Prinzip auch in der Europäischen Union zur Regel machen. Wir sehen vor allem in den Bereichen Wohnungsbau, Verwaltung, Energie-, Digital- und Verkehrsinfrastruktur sowie Gesundheitsversorgung und weiteren Dienstleistungen dringenden Handlungsbedarf zur Deregulierung und für flexible Verfahren bei zentralen Projekten. Es gilt, Antworten darauf zu finden, wie staatliche Regulierung begrenzt werden muss und wie wir digitale Prozesse zur Deregulierung nutzen können.“

in:

„Wir brauchen eine Debatte darüber, wo auf Regulierung verzichtet werden kann. Regeln sind wichtig, um dem Markt klare Grenzen zu setzen und ihn in den Dienst von Menschen und Umwelt zu stellen. Gleichzeitig können sie zum Hindernis für Innovationen und Wohlstand werden. Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung nutzen, um unnötige Bürokratie abzubauen. Dazu wollen wir das „one in, one out“-Prinzip auch in der Europäischen Union zur Regel machen.“

### **Antrag Nr. A 84 - BV Junge Union**

Ziffer 8, Zeilen 200 bis 201

Ändere

„und für flexible Verfahren bei zentralen Projekten.“

in

„und für flexible, beschleunigte und rechtssichere Verfahren, insbesondere bei zentralen Projekten“

### **Antrag Nr. A 85 - BV KPV**

Ziffer 8, Zeile 203

Am Ende der Ziffer nachfolgenden Text anfügen:

„Wir müssen aber auch klären, wie der Ordnungsrahmen für die Digitalisierung angepasst werden muss und wie unsere Werte und Regeln auch in einer globalagierenden Welt der Internetkonzerne und Hard- und Softwareanbieter durchgesetzt werden können.“

### **Antrag Nr. A 86 - KV Hannover-Stadt**

Ziffer 8, Zeile 193-196

Ändere

„Denn dort, wo Auflagen und Bürokratie zur Bremse werden, müssen sie auf ein notwendiges Mindestmaß zurückgeführt werden. Dazu wollen wir die Potenziale der Digitalisierung nutzen und das „one in, one out“-Prinzip auch in der Europäischen Union zur Regel machen.“

in

„Auflagen und Bürokratie müssen auf ein unbedingt notwendiges Mindestmaß zurückgeführt werden. Dazu wollen wir die Potenziale der Digitalisierung nutzen und zumindest das „one-in, one-out“-Prinzip auch in der Europäischen Union zur Regel machen.“

### **Antrag Nr. A 87 - KV Mettmann**

Ziffer 8, Zeilen 197-201

Streiche: „Wir sehen vor allem (...) bei zentralen Projekten.“

### **Antrag Nr. A 88 - KV Rhein-Erft**

Ziffer 8, Zeile 203

Nach „Prozesse zur Deregulierung nutzen.“

füge ein:

„Deregulierung kann aber nicht nur auf den Staat begrenzt bleiben.“

### **Antrag Nr. A 89 - KV Steinfurt**

Ziffer 8, Zeile 194/195

Streiche: „Dazu wollen wir die Potenziale der Digitalisierung nutzen und“

Setze:

„ Das „one in – one out“-Prinzip wollen wir auch in der Europäischen Union zur Regel machen.“

### **Antrag Nr. A 90 - KV Vechta**

Ziffer 8, Zeile 197 – 201

Streiche:

Wir sehen vor allem in den Bereichen Wohnungsbau, Verwaltung, Energie-, Digital- und Verkehrsinfrastruktur sowie Gesundheitsversorgung und weiteren Dienstleistungen dringenden Handlungsbedarf zur Deregulierung und für flexible Verfahren bei zentralen Projekten.

Setze:

"Darüber hinaus ist es erforderlich, insbesondere Berichts- und Dokumentationspflichten abzubauen und im Bereich des Datenschutzes Unternehmen und Vereine wieder spürbar zu entlasten

### **Antrag Nr. A 91 - Bundesvorstand**

204 9.  
205 Für seine Aufgaben muss der Staat handlungsfähig sein und durch

Zur Ziffer 9 gehören die Anträge A 75, A 91, A 93, A 95 bis A 98 und A 101 bis A 104 sowie A 220

206 funktionierende Institutionen Recht und Gesetz anwenden. Das  
207 Geld, das er zur Verfügung hat, muss er vernünftig einsetzen. Daher  
208 müssen bestehende Staatsaufgaben stets auf ihre Wirksamkeit und  
209 Notwendigkeit geprüft und unnötige Aufgaben konsequent abgebaut  
210 werden. So können die verfügbaren Mittel für wichtige  
211 Zukunftsfragen eingesetzt werden. Der Staat hat gegenüber seinen  
212 Bürgern die Verantwortung, die ihm zugewiesenen Aufgaben  
213 bestmöglich zu erfüllen. Bei diesen Aufgaben müssen wir  
214 entscheiden, welche Ebene sie am besten bewältigen kann. Dabei  
215 gilt der Grundsatz der Subsidiarität: Erst wenn eine staatliche  
216 Aufgabe nicht vor Ort erledigt werden kann, wird sie auf die  
217 nächsthöhere Ebene übertragen – auf das Land, den Bund oder die  
218 Europäische Union. Gleiches gilt für finanzielle Fragen. Dabei ist zu  
219 prüfen, ob Kommunen und Länder mehr Verantwortung für ihre  
220 Steuereinnahmen übernehmen können. Zudem sollen  
221 Zuständigkeiten und ihre Finanzierung klarer strukturiert und auch  
222 für den Steuerzahler erkennbarer werden.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 91, A 93, A 95, A 97, A 98 und A 102 in folgender Fassung anzunehmen:

## 9.

Für seine Aufgaben muss der Staat handlungsfähig sein und durch funktionierende Institutionen Recht und Gesetz anwenden. Das Geld, das er zur Verfügung hat, muss er vernünftig einsetzen. Daher müssen bestehende Staatsaufgaben stets auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit geprüft und unnötige Aufgaben (einschließlich Subventionen) konsequent abgebaut werden. So können die verfügbaren Mittel für wichtige Zukunftsfragen eingesetzt werden. Der Staat hat gegenüber seinen Bürgern die Verantwortung, die ihm zugewiesenen Aufgaben bestmöglich zu erfüllen. Bei diesen Aufgaben müssen wir entscheiden, welche Ebene sie am besten bewältigen kann. Dabei gilt der Grundsatz der Subsidiarität: Erst wenn eine staatliche Aufgabe nicht von den Gemeinden, Städten und Landkreisen vor Ort erledigt werden kann, wird sie auf die nächsthöhere Ebene übertragen – auf das Land, den Bund oder die Europäische Union. Gleiches gilt für finanzielle Fragen. Dabei ist zu prüfen, ob Kommunen und Länder mehr Verantwortung für ihre Steuereinnahmen übernehmen können und wie wir strukturschwache Regionen im diesem Kontext handlungsfähig halten. Zuständigkeiten und ihre Finanzierung sollten klarer strukturiert und auch für den Steuerzahler erkennbarer werden. Wir wollen

auch klären, wie wir Mischfinanzierung abbauen können.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 103 und A 104 an den Bundesfachausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sowie an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 92, A 94, A 99 und A 100 bei Ziffer 17 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 105 bei Ziffer 16 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 101 abzulehnen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 75 und A 96 sowie A 220 als erledigt zu betrachten.

## **Antrag Nr. A 92 - BV Junge Union**

Ziffer 9, Zeile 222

Nach „erkennbar werden“

füge ein

„Wir sind strikt gegen Substanzbesteuerung. Die Vermögenssteuer darf nicht wieder aktiviert werden. Sofern die Erbschaftsteuer beibehalten wird, ist sie zumindest so mittelstandsfreundlich auszugestalten, dass der Fortbestand von Familienunternehmen bei der Unternehmensübertragung gewährleistet ist. Eine Aushöhlung der Eigenkapitalbasis darf nicht stattfinden.“

## **Antrag Nr. A 93 - BV KPV**

Ziffer 9, Zeilen 204 ff

Ersetze Ziffer 9 durch nachfolgenden Text:

9.

Für seine Aufgaben muss der Staat handlungsfähig sein und durch funktionierende Institutionen Recht und Gesetz anwenden. Das Geld, das er zur Verfügung hat, muss er vernünftig einsetzen. Daher müssen bestehende Gesetze stets auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit geprüft und unnötige Regelungen konsequent abgebaut werden. So können die verfügbaren Mittel für wichtige Zukunftsfragen eingesetzt werden. Dabei gilt für uns der Grundsatz der

Subsidiarität: Erst wenn der Einzelne und die Familie überfordert sind und die Gemeinden, Städte und Landkreise die Aufgabe nicht vor Ort erledigen können wird sie auf die nächsthöhere Ebene übertragen - auf das Land, den Bund oder die Europäische Union.

Der Staat hat gegenüber seinen Bürgern die Verantwortung, die ihm zugewiesenen Aufgaben bestmöglich zu erfüllen. Bei diesen Aufgaben müssen wir entscheiden, welche Ebene sie am besten bewältigen kann. Wir wollen klären, wie wir auch für die Bürger transparente Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten herstellen können und wie wir Mischfinanzierungen abbauen können. Dazu gehört eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen. Dabei ist zu prüfen, ob Kommunen und Länder mehr Steuereinnahmen erhalten müssen. Zudem sollen Zuständigkeiten und ihre Finanzierung klarer strukturiert und auch für den Steuerzahler erkennbarer werden.

### **Antrag Nr. A 94 - BV MIT**

Ziffer 9, Zeile 222

Nach „erkennbar werden“ einen neuen Absatz einfügen:

„Wir sind strikt gegen Substanzbesteuerung. Die Vermögenssteuer darf nicht wieder aktiviert werden. Sofern die Erbschaftsteuer beibehalten wird, ist sie zumindest so mittelstandsfreundlich auszugestalten, dass der Fortbestand von Familienunternehmen bei der Unternehmensübertragung gewährleistet ist. Eine Aushöhlung der Eigenkapitalbasis darf nicht stattfinden.“

### **Antrag Nr. A 95 - BV Senioren-Union**

Ziffer 9, Zeile 209

Nach: ... und unnötige Aufgaben ...

füge ein: „sowie Subventionen“

### **Antrag Nr. A 96 - KV Böblingen**

Ziffer 9, Zeile 222

Nach "werden."

füge ein:

"Länder und Kommunen sind gefordert, das Notwendige zu tun, um Ihren Verantwortlichkeiten auch gerecht zu werden."

### **Antrag Nr. A 97 - KV Gelsenkirchen**

Ziffer 9, Zeile 220

Nach „können“

füge ein:

„und wie wir strukturschwache Regionen im diesem Kontext handlungsfähig



halten“

### **Antrag Nr. A 98 - KV Hannover-Stadt**

Ziffer 9, Zeile 222

Nach

„Zudem sollen Zuständigkeiten und ihre Finanzierung klarer strukturiert und auch für den Steuerzahler erkennbarer werden.“

füge ein

„Mischfinanzierungen durch verschiedene Ebenen sollen unterbleiben. Sie vermindern die Kostentransparenz und führen zu unnötigem Verwaltungsaufwand.“

### **Antrag Nr. A 75 - KV Herne**

Ziffer 7, Zeile 177

Streiche:

„Wir wollen ihre Durchsetzung stärken.“

Setze:

„Der Staat muss dabei immer und jederzeit befähigt bleiben, diesen Ordnungsrahmen auch durchzusetzen. Deshalb wollen wir diese Regeln stärken.“

### **Antrag Nr. A 99 - KV Osnabrück-Land**

Ziffer 9, Zeile 222

Nach „erkennbar werden“

füge ein:

„Wir sind strikt gegen Substanzbesteuerung. Die Vermögenssteuer darf nicht wieder aktiviert werden. Sofern die Erbschaftsteuer beibehalten wird, ist sie zumindest so mittelstandsfreundlich auszugestalten, dass der Fortbestand von Familienunternehmen bei der Unternehmensübertragung gewährleistet ist. Eine Aushöhlung der Eigenkapitalbasis darf nicht stattfinden.“

### **Antrag Nr. A 100 - KV Paderborn**

Ziffer 9, Zeile 222

Hinter „erkennbar werden“ einen neuen Absatz einfügen:

„Wir sind strikt gegen Substanzbesteuerung. Die Vermögenssteuer darf nicht wieder aktiviert werden. Sofern die Erbschaftsteuer beibehalten wird, ist sie zumindest so mittelstandsfreundlich auszugestalten, dass der Fortbestand von Familienunternehmen bei der Unternehmensübertragung gewährleistet ist. Eine

Aushöhlung der Eigenkapitalbasis darf nicht stattfinden.“

### **Antrag Nr. A 101 - KV Steinfurt**

Ziffer 9, Zeile 218:

Streiche ersatzlos: „Dabei ist zu prüfen,...übernehmen können.“

### **Antrag Nr. A 102 - KV Steinfurt**

Ziffer 9, Zeile 220/221:

Streiche: „Zudem sollten“

füge ein nach „Finanzierung“ das Wort „sollten“.

### **Antrag Nr. A 103 - KV Stuttgart**

Ziffer 9, Zeilen 218-222

Streiche:

(„Dabei ist zu prüfen...“)

Setze:

„Darum wollen wir die Länder und Kommunen im Sinne dieser Subsidiarität mit echten Gestaltungsmöglichkeiten für die Einnahmen ihrer Steuern ausstatten. Durch die dezentrale Handlungsfähigkeit wollen wir Landes- und Kommunalparlamente stärken, indem sie zukünftig beispielsweise über den Hebesatz auf ihren Anteil der Einkommensteuer selbst entscheiden können. Zudem treten wir für mehr Transparenz ein: Das regionale Steueraufkommen soll für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erkennbar ausgewiesen werden.“

### **Antrag Nr. A 220 - KV Unna**

Ziffer 24, Zeile 502

Füge ein

„Wie kann der Bund einen guten und gerechten Finanzausgleich für die von ihm verantworteten Sozialgesetzbücher gegenüber den Kommunen herstellen?“

### **Antrag Nr. A 104 - KV Vechta**

Ziffer 9, Zeile 218 – 220

Streiche:

Dabei ist zu prüfen, ob Kommunen und Länder mehr Verantwortung für ihre Steuereinnahmen übernehmen können.

Setze: „Die Bund-Länder-Finanzbeziehungen sind dahingehend zu reformieren, dass die Länder mehr Steuerautonomie erhalten. Auch die

Eigenverantwortlichkeit der Kommunen ist zu stärken.“

## Antrag Nr. A 105 - Auslandsverband Brüssel

Ziffer 9, Zeile 222

Nach „Steuerzahler erkennbarer werden.“

füge ein

„Das deutsche Steuerrecht ist nach wie vor zu komplex, auch und gerade im internationalen Vergleich. Umständliche Regelungen und Bürokratie sind ein Standortnachteil. Wir wollen die Steuergesetzgebung zum Wohle der Bürger und Wirtschaftsbeteiligten grundlegend vereinfachen.“

## Antrag Nr. A 106 - Bundesvorstand

223 **10.**  
224 **Gleichwertige Lebensverhältnisse sind ein wichtiges Anliegen,**  
225 **damit wir sowohl in der Stadt als auch auf dem Land gut leben**  
226 **können. Einerseits wachsen Ballungszentren durch den Zuzug vieler**  
227 **Menschen. Dadurch wird Wohnraum knapp und teurer. Andererseits**  
228 **benötigen die Menschen auf dem Land gute medizinische**  
229 **Versorgung, gute Arbeitsplätze und gute Schulen sowie**  
230 **funktionierende – gerade auch digitale – Infrastruktur. Wir brauchen**  
231 **dazu eine wirksame Regional- und Strukturpolitik, die den**  
232 **Ansprüchen der Menschen gerecht wird. Was muss getan werden,**  
233 **damit sich die Bürger künftig weiterhin die Miete oder ein eigenes**  
234 **Zuhause leisten können? Und wie kann das Leben im ländlichen**  
235 **Raum dauerhaft attraktiver gemacht werden?**

Zur Ziffer 10 gehören die Anträge A 106 bis A 112

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 106, A 108 bis A 110 und A 112 in folgender Fassung anzunehmen:

### **10.**

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind ein wichtiges Anliegen, damit wir sowohl in der Stadt als auch in ländlichen Regionen gut leben können. Wohnraum wird in Ballungszentren, teilweise aber auch in ländlichen Regionen, knapp und teuer. Gleichzeitig leiden andere Städte und Regionen unter Wohnungsleerstand und den daraus resultierenden gesellschaftlichen Problemen. Zudem benötigen die Menschen in den ländlichen Regionen gute Gesundheitsversorgung, gute Arbeitsplätze und gute Bildung sowie intakte Verkehrswege, funktionierende Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur und ein gutes ÖPNV-Angebot. Wir brauchen dazu eine wirksame Regional- und Strukturpolitik, die den Ansprüchen der Menschen gerecht wird, Strukturschwächen überwindet und auch den

ländlichen Raum stärkt. *Was muss getan werden, damit sich die Menschen künftig weiterhin die Miete oder ein eigenes Zuhause leisten können? Wie kann das Leben in strukturschwachen Regionen dauerhaft attraktiver gemacht werden? Und wie können wir Anreize gestalten, dass Unternehmen neue attraktive Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen schaffen?*

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 107 an den Bundesfachausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sowie an den BACDJ zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 111 aus systematischen Gründen unberücksichtigt zu lassen.

## **Antrag Nr. A 107 - BV Junge Union**

Ziffer 10, Zeile 232

Nach „Ansprüchen der Menschen gerecht wird.“

füge ein

„Wir wollen das Wohneigentum in Deutschland stärken. Es ist Garant für die Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten am Wohlstand des Landes und verbreitert das Wohnraumangebot auf dem Markt, das auch zu sinkenden Mieten beiträgt. Zugleich stellt es eine solide Säule der privaten Altersvorsorge dar und stärkt die Eigenverantwortung für die Werthaltigkeit des eigenen Wohnbestands. Dazu müssen junge Menschen und Familien in die Lage versetzt werden, leichter zur eigenen Immobilie zu kommen. Der Staat darf sich am Eigenheimerwerb nicht finanziell bereichern, sondern sollte ihn fördern, indem er Freibeträge auf die Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb des selbstgenutzten Wohnraums einräumt.

Um ferner eine Verbreiterung des Angebots auf den Wohnungsmärkten zu erzielen, lehnen wir staatliche Preismanipulationen wie eine Mietpreisbremse ab. Sie verstetigt nur den Status Quo und schützt die solventen Mieter vor Preisanstiegen, während der Finanzierungsspielraum für öffentliche und private Investoren zur Schaffung zusätzlichen Wohnraums eingegrenzt wird.“

## **Antrag Nr. A 108 - BV KPV**

Ziffer 10, Zeile 230

Streiche:

Wir brauchen dazu eine wirksame Regional- und Strukturpolitik, die den Ansprüchen der Menschen gerecht wird. Was muss getan werden, damit sich die Bürger künftig weiterhin die Miete oder ein eigenes Zuhause leisten können? Und wie kann das Leben im ländlichen Raum dauerhaft attraktiver gemacht werden?

Setze:

Wir brauchen dazu eine wirksame Regional- und Strukturpolitik, die den Ansprüchen der Menschen gerecht wird, Strukturschwäche überwindet und den ländlichen Raum stärkt. Wie können wir Anreize schaffen, dass Unternehmen neue attraktive Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen. Wie können wir neue Arbeitsformen durch digitalen Vernetzung fördern? Was muss getan werden, damit mehr Menschen sich ihr Eigenheim oder ihre eigene Wohnung oder ihre Miete leisten können? Und wie kann das Leben im ländlichen Raum dauerhaft attraktiver gemacht werden?

### **Antrag Nr. A 109 - KV Gelsenkirchen**

Ziffer 10, Zeile 227

Nach „teuer“

füge ein:

„Gleichzeitig leiden andere Städte und Regionen unter Wohnungsleerstand und den daraus resultierenden gesellschaftlichen Problemen.“

### **Antrag Nr. A 110 - KV Vechta**

Ziffer 10, Zeile 226 - 229

Streiche: ... Einerseits wachsen Ballungszentren durch den Zuzug vieler Menschen. Dadurch wird Wohnraum knapp und teuer. Andererseits benötigen die Menschen auf dem Land gute medizinische Versorgung, ...

Setze: „Wohnraum wird in Ballungszentren, teilweise aber auch auf dem Land, knapp und teuer. Die Menschen benötigen überall im Land gute medizinische Versorgung, ...“

### **Antrag Nr. A 111 - KV Vechta**

Ziffer 10, Zeile 232 - 235

Streiche:

Was muss getan werden, damit sich die Bürger künftig weiterhin die Miete oder ein eigenes Zuhause leisten können? Und wie kann das Leben im ländlichen Raum dauerhaft attraktiver gemacht werden?

Setze:

„Es muss alles getan werden, damit sich die Bürger künftig weiterhin die Miete

oder ein eigenes Zuhause leisten können!“

## Antrag Nr. A 112 - KV Warendorf-Beckum

Ziffer 10, Zeile ab 229

Streiche:

„sowie funktionierende – gerade auch digitale – Infrastruktur.“

durch:

„sowie intakte Verkehrswege, funktionierende Glasfaser- und Mobilfunkinfrastruktur und ein gutes ÖPNV-Angebot.“

## Antrag Nr. A 113 - Bundesvorstand

236 11.  
237 **Der Wettbewerb ist Motor für den Wohlstand.**  
238 **Ein fairer Wettbewerb ist ein Wohlstandstreiber in der Sozialen**  
239 **Marktwirtschaft. Er bringt immer wieder neue und bessere Güter und**  
240 **Dienstleistungen hervor. Er schafft Innovationen und Vielfalt. Er**  
241 **sorgt dafür, dass das Luxusgut von heute zum allgemeinen**  
242 **Gebrauchsgut von morgen wird. Gleichzeitig kann ein**  
243 **funktionierender Wettbewerb dazu beitragen, dass unsere**  
244 **Unternehmen zu erfolgreichen „Global Playern“ werden. Damit der**  
245 **Wettbewerb zu Wohlstand für alle führt, muss seine**  
246 **Funktionsfähigkeit sichergestellt und geschützt werden. Die Märkte**  
247 **müssen für neue Unternehmen offen sein – auch in der digitalen**  
248 **Welt. Wettbewerbsschranken müssen abgebaut, Monopole und**  
249 **Kartelle verhindert werden. Durch Auflösung staatlicher Monopole**  
250 **und transparenten Wettbewerb – beispielsweise in den Bereichen**  
251 **Telekommunikation und Energie – konnten in der Vergangenheit**  
252 **wichtige Vorteile für die Verbraucher erreicht werden. Wir müssen**  
253 **daher die Frage beantworten, wie auch in anderen Bereichen durch**  
254 **mehr Wettbewerb eine bessere Situation für die Menschen erreicht**  
255 **werden kann.**

Zur Ziffer 11 gehören die Anträge A 79, A 113 bis A 117, A 119, A 120 und A 122

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 113 bis A 115, A 117 und A 120 in folgender Fassung anzunehmen:

11.

### **Der Wettbewerb ist Motor für den Wohlstand.**

Ein fairer Wettbewerb ist der Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft und entscheidender Wohlstandstreiber. Er ist zentrales Element unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens – im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Wettbewerb sorgt für eine effiziente Verteilung von Ressourcen und die Vermeidung von Verschwendung. Er bringt immer wieder neue und bessere Güter und Dienstleistungen hervor. Er schafft Innovationen und Vielfalt. Er sorgt dafür, dass das Luxusgut von heute zum allgemeinen Gebrauchsgut von morgen wird. Gleichzeitig kann ein funktionierender Wettbewerb dazu beitragen, dass unsere Unternehmen zu erfolgreichen „Global Playern“ werden. Denn

Unternehmen können am Weltmarkt besser bestehen, wenn sie sich im Wettbewerb erfolgreich entwickelt haben. Damit der Wettbewerb zu Wohlstand für alle führt, muss seine Funktionsfähigkeit sichergestellt und geschützt werden. Die Märkte müssen für neue Unternehmen offen sein – auch in der digitalen Welt. Wettbewerbsschranken müssen abgebaut, Monopole und Kartelle verhindert werden. Durch Auflösung staatlicher Monopole und transparenten Wettbewerb – beispielsweise in den Bereichen Telekommunikation und Energie – konnten in der Vergangenheit wichtige Vorteile für die Verbraucher erreicht werden. *Wir müssen daher die Frage beantworten, wie auch in diesen und anderen Bereichen durch mehr Wettbewerb und maßgeschneiderte Ansätze eine bessere Situation für die Menschen erreicht werden kann.*

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 116 an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 118 bei Ziffer 23 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 121 bei Ziffer 25 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 123 bei Ziffer 28 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 79, A 119 und A 122 als erledigt zu betrachten.

## **Antrag Nr. A 114 - BV KPV**

Ziffer 11, Zeilen 249 ff

Streiche: „...Durch Auflösung ... Menschen erreicht werden kann.“

Setze:

„Durch Auflösung staatlicher Monopole und transparenten Wettbewerb – beispielsweise in den Bereichen Telekommunikation und Energie – konnten in der Vergangenheit wichtige Vorteile für die Verbraucher erreicht werden. Wir sehen allerdings auch die Grenzen der Liberalisierung in der Frage der Infrastruktur. Besonders deutlich wird es bei den Verwerfungen beim Ausbau der Stromnetze und Glasfasernetze sowie beim flächendeckenden Mobilfunk mit 5G. Wir müssen daher die Frage beantworten, wie auch in anderen Bereichen durch mehr Wettbewerb und die Sicherung der Infrastruktur in öffentlicher Hand eine bessere Situation für die Menschen erreicht werden kann.“!

## **Antrag Nr. A 115 - LV CDU in Niedersachsen**

Ziffer 11, Zeilen 238 bis 244

Ändere

„Ein fairer Wettbewerb ist ein [...] Global Playern werden.“

in

„Ein fairer Wettbewerb ist der Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft und entscheidender Wohlstandstreiber. Er ist zentrales Element unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens - im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Wettbewerb sorgt für eine effiziente Verteilung von Ressourcen und die Vermeidung von Verschwendung. Er schafft Innovation, Vielfalt und bringt verbesserte Güter und Dienstleistungen hervor. Unternehmen können am Weltmarkt besser bestehen, wenn Sie sich im Wettbewerb erfolgreich entwickelt haben.

Ein rechtlicher Rahmen mit klaren und rechtssicheren Regeln, transparente Marktinformationen und niedrige Zutritts-, bzw. Austrittsschranken sorgen für Fairness. Fairer Wettbewerb ist somit das zentrale Anliegen christdemokratischer Wettbewerbspolitik.“

## **Antrag Nr. A 116 - LV Hamburg**

Ziffer 11, Zeile 255

Nach „(...) werden kann.“

füge ein:

„11a

Wir haben die Wende in der Energiepolitik erfolgreich eingeleitet. Jetzt ist es an der Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Wir stellen fest, dass der Anteil der erneuerbaren Energieträger an der Energieerzeugung deutlich zunimmt. Wir sind stolz auf das, was wir in kurzer Zeit erreicht haben. Andererseits hat der Ausstoß an Luftschadstoffen nicht in dem erwarteten Ausmaß abgenommen. Daher liegen wichtige Aufgaben vor uns: Der Gesetzgeber hat die Energiewirtschaft stark reguliert und nicht immer die richtigen Anreize gesetzt. Die öffentlichen Abgaben und Umlagen führen zu hohen Preisen für die Verbraucher und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen,



soweit diese davon nicht befreit sind. Wir wollen den Ordnungsrahmen für die Energiewirtschaft deshalb fortentwickeln und wieder stärker an marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausrichten. Dazu ist es notwendig, unsere Energiepolitik widerspruchsfrei in das europäische System des Handels mit Emissionsrechten einzuordnen. Vorrangig muss es sein, den Ausstoß an Luftschadstoffen zu verringern. Wir wollen deshalb einen technologieneutralen Ansatz verfolgen: Solange die Obergrenzen nicht überschritten werden, sollten die Energieerzeuger selbst entscheiden, auf welchem Wege sie Energie erzeugen. Die bestehenden Umlagen wollen wir schrittweise abbauen. Wir wollen unsere Energiepolitik konsequent an den Kriterien der Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit ausrichten. “

### **Antrag Nr. A 117 - KV Rastatt**

Ziffer 11, Zeilen 249 - 252.

Streiche:

... "Durch Auflösung staatlicher Monopole und transparenten Wettbewerb – beispielsweise in den Bereichen Telekommunikation und Energie – konnten in der Vergangenheit wichtige Vorteile für die Verbraucher erreicht werden"...

Setze:

"Durch Auflösung staatlicher Monopole und transparenten Wettbewerb konnten in der Vergangenheit wichtige Vorteile für die Verbraucher erreicht werden. Gleichzeitig soll der Staat, dort wo der Wettbewerb keine zufriedenstellenden Ergebnisse gebracht hat - beispielsweise im Bereich Netzausbau im Mobilfunk und Breitband - den Rahmen vorgeben."

### **Antrag Nr. A 118 - KV Rheinisch-Bergischer Kreis**

Ziffer 11, Zeilen 240 Ende, 240-242

Streiche: „

„Er sorgt dafür, dass das Luxusgut von heute zum allgemeinen Gebrauchsgut von morgen wird.“

Setze:

„Er sorgt dafür, dass Güter für einen größeren Kreis von Personen zugänglich werden unter dem Aspekt der Ressourceneffizienz und der ökologischen Nachhaltigkeit.“

### **Antrag Nr. A 119 - KV Steinfurt**

Ziffer 11, Zeile 240

Ergänze hinter „Vielfalt.“ folgenden Text:

„Fairer Wettbewerb heißt auch, dass für alle Marktteilnehmer Lohndumping ausgeschlossen und die Belastungen für die Umwelt mit ihren Folgekosten in die Preiskalkulation einfließen müssen. Markt und Wettbewerb funktionieren über die Preisfindung. Preise sind nur dann vergleichbar, wenn sich einzelne Marktteilnehmer nicht

durch ungerechte Entlohnung oder durch vermeidbare Umweltbelastungen Kostenvorteile verschaffen und das Verursacherprinzip umgehen.“

### **Antrag Nr. A 120 - KV Vechta**

Ziffer 11, Zeile 244

Streiche:

...zu erfolgreichen „Global Playern“ werden.

Setze: ...“auch auf dem Weltmarkt erfolgreich bestehen können.“

### **Antrag Nr. A 121 - KV Warendorf-Beckum**

Ziffer 11, Zeilen 250-252

Ändere und ergänze nach

„transparenten Wettbewerb...(bis)..erreicht werden“:

„konnten in einigen Bereichen in der Vergangenheit wichtige Vorteile für den Verbraucher erzielt werden. Einige dieser Vorteile sind allerdings auch durch Tariffucht erzielt worden. Immer mehr Unternehmen praktizieren ein Geschäftsmodell, sich durch Lohndumping Wettbewerbsvorteile gegenüber Mitbewerbern zu verschaffen und bringen dadurch viele mittelständische Unternehmen in Bedrängnis. Deshalb gilt es mehr Augenmerk auf Fairness im Wettbewerb im Sinne gerechter Rahmenbedingungen zu setzen.“

### **Antrag Nr. A 122 - KV Warendorf-Beckum**

Ziffer 11, Zeile 253

Nach „ ...beantworten,“

füge ein:

„durch faireren Wettbewerb eine bessere Situation für die Menschen erreicht werden kann.“

### **Antrag Nr. A 79 - KV Warendorf-Beckum**

Ziffer 7, Zeile 176

Nach „ ... für die gesamte Gesellschaft sein.“

füge ein:

„Deshalb muss wettbewerbs- und mittelstandsfeindlichen Tendenzen zu marktbeherrschenden Strukturen stärker entgegengewirkt werden.“

### **Antrag Nr. A 123 - Auslandsverband Brüssel**

Ziffer 11, Zeile 244

In Zeile 244 wird folgender Satz eingefügt:

„Dazu leisten Freihandel und offene Märkte einen wichtigen Beitrag.“

## **Antrag Nr. A 124 - Bundesvorstand**

256 **12.**  
257 **Internationale Vernetzung und digitaler Wandel verändern den**  
258 **Wettbewerb. In rasantem Tempo entwickeln sich digitale Märkte,**  
259 **Plattformen und Dienstleistungen sowie soziale Netzwerke. Viele**  
260 **dieser Märkte sind komplex und global ausgerichtet. Wertschöpfung**  
261 **geschieht vielfach durch datenbasierte Prozesse, die an beliebigen**  
262 **Orten der Welt angesiedelt sein können. Diese Entwicklungen**  
263 **fördern zwar Innovationen und damit neue Waren und**  
264 **Dienstleistungen, die uns das Leben einfacher machen. Sie bringen**  
265 **jedoch auch große Herausforderungen für den Wettbewerb mit sich,**  
266 **z. B. durch steigende Marktmacht oder Preisverzerrungen durch**  
267 **Algorithmen. Wir brauchen daher einen Ordnungsrahmen für die**  
268 **digitale Welt. Er muss einen fairen Wettbewerb sicherstellen und so**  
269 **Vertrauen in die digitalen Märkte stärken. Er muss Innovationen**  
270 **fördern, Datenschutz und Privatautonomie sowie Meinungsvielfalt**  
271 **gewährleisten. Und schließlich muss er für eine faire Besteuerung**  
272 **digitaler Wertschöpfung sorgen sowie Haftung und**  
273 **Rechtsdurchsetzung effektiv ermöglichen. Wir stehen vor der**  
274 **Aufgabe, den Ordnungsrahmen dafür ganzheitlich und flexibel zu**  
275 **gestalten.**

Zur Ziffer 12 gehören die Anträge A 85, A 124, A 125 und A 127 bis A 130

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 85, A 124, A 125 und A 127 bis A 130 in folgender Fassung anzunehmen:

### **12.**

Internationale Vernetzung und digitaler Wandel verändern den Wettbewerb. In rasantem Tempo entwickeln sich digitale Märkte, Plattformen und Dienstleistungen sowie soziale Netzwerke. Viele dieser Märkte sind komplex und global ausgerichtet. Wertschöpfung geschieht vielfach durch datenbasierte Prozesse, die an beliebigen Orten der Welt angesiedelt sein können. Diese Entwicklungen fördern zwar Innovationen und damit neue Waren und Dienstleistungen, die uns das Leben einfacher machen. Sie bringen jedoch auch große Herausforderungen für den Wettbewerb und den Sozialstaat mit sich, z. B. durch Tendenzen zur Monopolisierung, Preisverzerrungen durch Missbrauch von Algorithmen oder auch prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Eine durchsetzungsstarke digitale Ordnungspolitik ist notwendig, um auch fairen Wettbewerb in digitalen Märkten zu ermöglichen. Wir brauchen daher einen Ordnungsrahmen für die digitale Welt. Er muss einen fairen Wettbewerb – auch zwischen Online- und

klassischen Unternehmen – grenzüberschreitend sicherstellen und so Vertrauen in die digitalen Märkte stärken. Er muss Innovationen fördern, Datenschutz und Privatautonomie sowie Meinungsvielfalt gewährleisten. Und schließlich muss er für eine faire Besteuerung digitaler Wertschöpfung sorgen sowie Haftung und Rechtsdurchsetzung effektiv ermöglichen und ethischen Belangen Rechnung tragen. *Wir stehen vor der Aufgabe, den Ordnungsrahmen dafür ganzheitlich und flexibel zu gestalten.*

Die Modernisierung und der Ausbau unserer Infrastrukturen sind für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland von zentraler Bedeutung. Die Planung großer Vorhaben gerät immer wieder ins Stocken. Im Vergleich zum europäischen und außereuropäischen Ausland sind unsere Planungsverfahren deutlich zu lang. Wir wollen deshalb unser Planungsrecht entschlacken und uns auch auf europäischer Ebene für handhabbare Rechtsvorschriften einsetzen. Die Beteiligungsrechte der Umwelt- und Naturschutzverbände wollen wir auf ein angemessenes Maß zurückführen. Oft hilft eine breite öffentliche Debatte im Vorfeld der Entscheidung, ob ein Vorhaben verwirklicht werden soll.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 126 bei Ziffer 15 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag  
A 131 bei Ziffer 28 zu behandeln.

## **Antrag Nr. A 125 - BV CDA**

Ziffer 12, Zeile 265

Ändere

„Sie bringen jedoch auch große Herausforderungen für den Wettbewerb mit sich, z.B. durch steigende Marktmacht oder Preisverzerrung durch Algorithmen.“

in:

„Sie bringen jedoch auch große Herausforderungen für den Wettbewerb und den Sozialstaat mit sich, z.B. durch steigende Marktmacht, Preisverzerrung durch Algorithmen oder prekäre Beschäftigungen.“

## **Antrag Nr. A 126 - BV KPv**

Ziffer 12, Zeile 273

Streiche:

„Wir stehen vor der Aufgabe, den Ordnungsrahmen dafür ganzheitlich und flexibel zu gestalten.“

Setze:

„Deshalb müssen wir im Zusammenwirken mit der EU unsere Ordnungsrahmen für die Digitalisierung zum Nutzen und zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln. Dabei wollen wir darauf achten, dass praktikable, gut verständliche und leicht umsetzbare Regelungen gefunden werden. Insbesondere die soziale Marktwirtschaft bietet einen zukunftsfähigen Handlungsrahmen, der die Marktkräfte entfalten und den Schutz der Menschen gewährleisten kann.“

## **Antrag Nr. A 85 - BV KPv**

Ziffer 8, Zeile 203

Am Ende der Ziffer nachfolgenden Text anfügen:

„Wir müssen aber auch klären, wie der Ordnungsrahmen für die Digitalisierung angepasst werden muss und wie unsere Werte und Regeln auch in einer globalagierenden Welt der Internetkonzerne und Hard- und Softwareanbieter durchgesetzt werden können.“

## **Antrag Nr. A 127 - LV CDU in Niedersachsen**

Ziffer 12, Zeilen 267 ff.

Ändere

„Wir brauchen daher einen Ordnungsrahmen für die digitale Welt. Er“

in:

„Digitale Märkte neigen zu Monopolbildung. Eine Monopolgefahr besteht auch dann, wenn Unternehmen in abgegrenzten Märkten tätig sind. Aufgrund zunehmender Verflechtungen, bspw. durch Kundendaten, ist eine Monopolgefahr nicht immer offensichtlich. Unternehmenskäufe können ebenso wettbewerbsverzerrend wirken, auch wenn die heutige Unternehmensgröße oder Marktmacht der aufzukaufenden Unternehmen unbedeutend erscheinen. In diesen Fällen muss ein Eingreifen in den Markt unter Einbeziehung drohender Wohlfahrtsverluste abgewogen werden. Eine durchsetzungsstarke digitale Ordnungspolitik ist notwendig, um auch fairen Wettbewerb in digitalen Märkten zu ermöglichen. Dieser digitale Ordnungsrahmen“

### **Antrag Nr. A 128 - LV Hamburg**

Ziffer 12, Zeile 275

Nach „(...) zu gestalten.“

füge ein:

„12a

Die Modernisierung und der Ausbau unserer Infrastrukturen ist für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland von zentraler Bedeutung. Die Planung großer Vorhaben gerät immer wieder ins Stocken, weil sich Betroffene und einzelne Interessengruppen dagegen zur Wehr setzen. Im Vergleich zum europäischen und außereuropäischen Ausland sind unsere Planungsverfahren deutlich zu lang. Wir wollen deshalb unser Planungsrecht entschlacken und uns auch auf europäischer Ebene für handhabbare Rechtsvorschriften einsetzen. Die Beteiligungsrechte der Umwelt- und Naturschutzverbände wollen wir auf ein angemessenes Maß zurückführen. Demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen vertreten die Interessen der Allgemeinheit und müssen daher das letzte Wort haben, ob ein Vorhaben umgesetzt wird. Wir wollen deshalb eine breite öffentliche Debatte im Vorfeld der Entscheidung, ob ein Vorhaben verwirklicht werden soll, ermöglichen.“

### **Antrag Nr. A 129 - KV Rastatt**

Ziffer 12, Zeile 268

Nach

... "Wir brauchen daher einen Ordnungsrahmen für die digitale Welt." ...

füge ein:

"Er muss einen fairen Wettbewerb im Netz, aber auch zwischen Online- und klassischen Unternehmen sicherstellen. Nur durch einen klaren Ordnungsrahmen kann Vertrauen in die digitalen Märkte geschaffen werden, ohne diese gegen die klassischen Märkte auszuspielen."

**Antrag Nr. A 130 - KV Rhein-Erft**

Ziffer 12, Zeile 268

Streiche: „Wir brauchen einen Ordnungsrahmen für die digitale Welt.“

Setze: „Wir brauchen einen Ordnungsrahmen für die digitale Ethik.“

**Antrag Nr. A 131 - Auslandsverband Brüssel**

Ziffer 12, Zeilen 267 und 268 werden wie folgt ergänzt:

„Wir brauchen daher eine Anpassung der internationalen Handelsabkommen, auch und gerade im Rahmen der Welthandelsorganisation, an die neuen Entwicklungen in Digitalisierung und Dienstleistungen sowie einen Ordnungsrahmen für die digitale Welt“.

**Antrag Nr. A 132 - Bundesvorstand**

276 **13.**  
 277 **Soziale Marktwirtschaft bedeutet unternehmerische Dynamik.**  
 278 **Die Soziale Marktwirtschaft lebt von wettbewerbsfähigen und**  
 279 **innovativen Unternehmen sowie verantwortungsbewussten**  
 280 **Unternehmern. In Deutschland tragen gerade der Mittelstand und**  
 281 **Familienunternehmen maßgeblich zum Wohlstand unseres Landes**  
 282 **bei. Wir wollen auch in Zukunft Unternehmern, Investoren und**  
 283 **Gründern herausragende Rahmenbedingungen bieten. Sie sollen im**  
 284 **Wettbewerb mit bestehenden Geschäftsmodellen um das beste**  
 285 **Ergebnis für die Menschen konkurrieren. Unser Ziel ist, dass die**  
 286 **erfolgreichen Unternehmen von morgen bereits heute bei uns**  
 287 **gegründet werden – denn das hat uns in Deutschland stark**  
 288 **gemacht. Für den Erfolg unseres Landes ist es wichtig, dass Frauen**  
 289 **und Männer bereit sind, ein Unternehmen zu gründen und Risiken**  
 290 **zu übernehmen. Dazu müssen wir die Frage beantworten, welche**  
 291 **Weichenstellungen erforderlich sind, damit mehr Menschen Neues**  
 292 **wagen und Innovationen anstoßen.**  
 293 **Zu guten Rahmenbedingungen für Mittelstand und Industrie gehört**  
 294 **auch eine grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung, die**  
 295 **den Veränderungen im globalen Steuerwettbewerb gerecht wird.**  
 296 **Dabei müssen wir eine faire Besteuerung von Unternehmen – vor**  
 297 **allem denen, die im Internet tätig sind – sicherstellen. Die Frage ist:**  
 298 **Wie muss eine solche faire Unternehmensbesteuerung der Zukunft**  
 299 **aussehen – auch im Hinblick auf den Europäischen Binnenmarkt?**

Zur Ziffer 13 gehören die Anträge A 20, A 81,  
A 132, A 133 und A 135

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge  
A 132 und A 133 in folgender Fassung  
anzunehmen:

**13.**

**Soziale Marktwirtschaft bedeutet  
unternehmerische Dynamik.**

Die Soziale Marktwirtschaft lebt von  
wettbewerbsfähigen und innovativen  
Unternehmen sowie  
verantwortungsbewussten Unternehmern. In  
Deutschland tragen gerade der Mittelstand  
und Familienunternehmen maßgeblich zum  
Wohlstand unseres Landes bei. Wir wollen  
auch in Zukunft Unternehmern, Investoren  
und Gründern einschließlich Start-Ups  
herausragende Rahmenbedingungen bieten.  
Sie sollen im Wettbewerb mit bestehenden  
Geschäftsmodellen um das beste Ergebnis  
für die Menschen konkurrieren. Unser Ziel ist,  
dass die erfolgreichen Unternehmen von  
morgen bereits heute bei uns gegründet

werden – denn das hat uns in Deutschland stark gemacht. Für den Erfolg unseres Landes ist es wichtig, dass Frauen und Männer bereit sind, ein Unternehmen zu gründen und Risiken zu übernehmen. *Dazu müssen wir die Frage beantworten, welche Weichenstellungen erforderlich sind, damit mehr Menschen Neues wagen und Innovationen anstoßen.*

Zu guten Rahmenbedingungen für Mittelstand und Industrie gehört auch eine grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung, die den Veränderungen im globalen Steuerwettbewerb gerecht wird. Dabei müssen wir eine faire Besteuerung von Unternehmen – vor allem denen, die im Internet tätig sind – sicherstellen. Die Frage ist: *Wie muss eine solche faire Unternehmensbesteuerung der Zukunft aussehen – auch im Hinblick auf den Europäischen Binnenmarkt?*

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 134 bei Ziffer 17 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 20, A 81 und A 135 als erledigt zu betrachten.

## **Antrag Nr. A 133 - KV Böblingen**

Ziffer 13, Zeile 282

Nach „Investoren“

füge ein:

„Start-Ups“



## Antrag Nr. A 20 - KV Hannover-Land

Ziffer 2, Zeile 59

Nach

„Sie wollen wissen, ob sie auf sichere Arbeitsplätze und eine gute Alters-, Gesundheits- und Pflegeversorgung vertrauen können.“

füge ein:

„Unternehmer und Freiberufler machen sich Sorgen um eine weiter zunehmende Bürokratisierung und die jetzt schon beträchtlichen Sozillasten. Sie wollen wissen, ob sie in Zukunft die notwendigen Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften haben oder ob dieses durch Anforderungen, die unmittelbar mit ihrem Geschäft nichts zu tun haben, immer weiter gelähmt wird.“

## Antrag Nr. A 134 - KV Steinfurt

Ziffer 13, Zeile 280

Ergänze hinter „Unternehmen“ die Wörter „und Managern.“

## Antrag Nr. A 135 - KV Warendorf-Beckum

Ziffer 13, Zeile 297

Nach „sicherstellen“

füge ein:

„und unfaire Steuervermeidung vor allem von großen, international tätigen Unternehmen muss unterbunden werden.“

## Antrag Nr. A 81 - Auslandsverband Brüssel

Ziffer 7, Zeilen 173 bis 175 werden wie folgt ergänzt:

„Diese Freiheit wollen wir weiter stärken. Wir wollen die Attraktivität von Gründungen und unternehmerischer Initiative in Deutschland stärken. Zugleich stellt der Staat sicher, dass die Regeln eingehalten werden.“

## Antrag Nr. A 136 - Bundesvorstand

300 **14.**  
301 **Wir wollen starke Unternehmer in unserem Land und setzen auf eine**  
302 **Kultur, in der Leistung und unternehmerischer Erfolg, aber auch ein**  
303 **offener Umgang mit Fehlern mehr Wertschätzung erfahren. Dabei**  
304 **muss gelten: Entscheidungsverantwortung und Haftung fallen**  
305 **zusammen. Wer die unternehmerische Freiheit will, hohe Gewinne**  
306 **machen zu können, muss auch für Verluste und Folgen von**  
307 **Fehlverhalten einstehen.**  
308 **Deutschlands Unternehmen und Mittelständler stehen nicht nur im**  
309 **internationalen Wettbewerb. Weil sie so erfolgreich sind, befinden**

Zur Ziffer 14 gehören die Anträge A 136 bis A 140

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 136 bis A 139 in folgender Fassung anzunehmen:

**14.**

Wir wollen starke Unternehmer in unserem

310 **sie sich auch im Visier ausländischer Investoren. Gerade im Fall von**  
311 **Investitionsprojekten ausländischer Staatskonzerne müssen wir hier**  
312 **passende Antworten entwickeln. Brauchen wir eine strategische**  
313 **Industriepolitik, um u. a. den Herausforderungen durch**  
314 **internationale Investitionen in sensible Unternehmensbereiche**  
315 **wirksam zu begegnen?**

Land und setzen auf eine Kultur, in der Leistung, Erfahrung und unternehmerischer Erfolg, aber auch ein offener Umgang mit unternehmerischen Fehlern mehr Wertschätzung erfahren. Dabei muss gelten: Entscheidungsverantwortung und Haftung fallen zusammen. Wer unternehmerische Freiheit will, muss auch für Verluste und Folgen von Fehlverhalten einstehen.

Deutschlands Unternehmen, insbesondere Mittelständler, stehen nicht nur im internationalen Wettbewerb. Weil sie so erfolgreich sind, befinden sie sich auch im Visier ausländischer Investoren. Das gefährdet zum Teil sensible Wirtschaftszweige sowie die Mitbestimmung in den Betrieben. Gerade im Fall von Investitionsprojekten ausländischer Staatskonzerne müssen wir hier passende Antworten entwickeln. *Brauchen wir eine strategische Industriepolitik, um u. a. den Herausforderungen durch internationale Investitionen in sensible Unternehmensbereiche wirksam zu begegnen?*

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 140 aus systematischen Gründen unberücksichtigt zu lassen.

## **Antrag Nr. A 137 - BV CDA**

Ziffer 14, Zeile 310

Nach

„Weil sie so erfolgreich sind, befinden sie sich auch im Visier ausländischer Investoren.“

füge ein:

„Das gefährdet zum Teil sensible Wirtschaftszweige sowie die Mitbestimmung in den Betrieben.“

### Antrag Nr. A 138 - BV Senioren-Union

Ziffer 14, Zeile 302-303

Nach: ...unternehmerischer Erfolg...

Füge ein: „...und Erfahrung...“

### Antrag Nr. A 139 - KV Vechta

Ziffer 14, Zeile 302-303

Streiche: „...aber auch ein offener Umgang mit Fehlern mehr ...“

### Antrag Nr. A 140 - KV Vechta

Ziffer 14, Zeile 312-315

Streiche:

„Brauchen wir eine strategische Industriepolitik, ... Unternehmensbereiche wirksam zu begegnen?“

### Antrag Nr. A 141 - Bundesvorstand

316 **15.**  
 317 **Soziale Marktwirtschaft heißt: Freiheit statt Bevormundung.**  
 318 **Wir schreiben den Menschen nicht vor, wie sie zu leben haben. Die**  
 319 **freie Entscheidung der Konsumenten ist Voraussetzung für eine**  
 320 **funktionierende Wirtschaft. Wir wollen, dass Verbraucher über**  
 321 **Produkte und Dienstleistungen – gerade in Zeiten der Digitalisierung**  
 322 **und Automatisierung – möglichst umfangreich, transparent und**  
 323 **sachlich informiert sind. Daher müssen wir eine Antwort darauf**  
 324 **geben, wie wir Verbraucher in ihren Entscheidungsmöglichkeiten**  
 325 **stärken, ohne sie in ihren Entscheidungen und ihrem Verhalten zu**  
 326 **bevormunden.**  
 327 **Ein wichtiges Feld ist der Umgang mit Daten. Wir bekennen uns zu**  
 328 **einer zukunfts- und innovationsorientierten Datenpolitik zum Wohle**  
 329 **der Bürger, die die wirtschaftliche Nutzung von Daten unter**  
 330 **Berücksichtigung des Datenschutzes ermöglicht. So erhalten vor**  
 331 **allem Startups und der Mittelstand in Deutschland bessere Chancen**  
 332 **im Wettbewerb mit internationalen Großkonzernen und die**  
 333 **Möglichkeit zur Innovation. Das Eigentum an Daten und deren**  
 334 **Nutzung müssen klar geregelt, transparent und für den Einzelnen**  
 335 **nachvollziehbar sein. So können Verbraucher selbstbestimmt**  
 336 **entscheiden. Wir bekennen uns zu den Grundsätzen des Schutzes**  
 337 **personenbezogener Daten und wollen auch, dass Betriebe,**  
 338 **insbesondere die mittelständischen Unternehmen, Herr über ihre**

Zur Ziffer 15 gehören die Anträge A 126 und A 141 bis A 149

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 126, A 141, A 142, A 144, A 146, A 147 und A 149 in folgender Fassung anzunehmen:

**15.**

**Soziale Marktwirtschaft heißt: Freiheit statt Bevormundung.**

Wir schreiben den Menschen nicht vor, wie sie zu leben haben. Die freie Entscheidung der Konsumenten ist Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft. Wir wollen, dass Verbraucher über Produkte und Dienstleistungen – gerade in Zeiten der Digitalisierung und Automatisierung –

339 **Daten bleiben. Auf dieser Basis wollen wir Innovationen und den**  
340 **Wettbewerb um die besten Lösungen fördern. In Zeiten, in denen**  
341 **Nutzer für unentgeltliche Leistungen ihre Daten preisgeben, ist zu**  
342 **prüfen, welchen Wert Daten haben und ob sie mit einem**  
343 **entsprechenden Preisschild versehen werden können.**

möglichst umfangreich, transparent und sachlich informiert sind. *Daher müssen wir eine Antwort darauf geben, wie wir Verbraucher in ihren Entscheidungsmöglichkeiten stärken, ohne sie in ihren Entscheidungen und ihrem Verhalten zu bevormunden.*

Ein wichtiges Feld ist der Umgang mit Daten. Wir bekennen uns zu einer zukunfts- und innovationsorientierten Datenpolitik zum Wohle der Bürger, die die wirtschaftliche Nutzung von Daten unter Berücksichtigung des Datenschutzes ermöglicht. So erhalten vor allem Startups und der Mittelstand in Deutschland bessere Chancen im Wettbewerb mit internationalen Großkonzernen und die Möglichkeit zur Innovation. Die Frage des Eigentums an Daten und deren Nutzung muss klar, praxistauglich und ausgewogen geregelt sowie transparent und für den Einzelnen nachvollziehbar sein, damit er selbstbestimmt entscheiden kann. Wir bekennen uns zu den Grundsätzen eines angemessenen Schutzes personenbezogener Daten. Dies gilt auch für Betriebe und die Mitarbeiter in Betrieben. Auf dieser Basis wollen wir Innovationen und den Wettbewerb um die besten Lösungen fördern. Im Zeitalter der globalen Kommunikation sollten nationale Regelungen zu Daten möglichst in ein europäisches und internationales Regelungsgefüge eingebettet sein. *In Zeiten, in denen Nutzer für unentgeltliche Leistungen ihre Daten*

*preisgeben, ist zu prüfen, welchen Wert Daten haben und ob sie mit einem entsprechenden Preisschild versehen werden können.*

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 143 an das Netzwerk Digitalisierung zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 145 und A 148 an den BACDJ sowie an das Netzwerk Digitalisierung zu überweisen.

## **Antrag Nr. A 142 - BV CDA**

Ziffer 15, Zeile 336 bis 339

Ändere

„Wir bekennen uns zu den Grundsätzen des Schutzes personenbezogener Daten und wollen auch, dass Betriebe, insbesondere die mittelständigen Unternehmen, Herr über ihre Daten bleiben.“

in:

„Wir bekennen uns zu den Grundsätzen des Schutzes personenbezogener Daten und wollen, dass Betriebe und Angestellte Herr über ihre Daten bleiben.“

## **Antrag Nr. A 143 - BV Junge Union**

Ziffer 15, Zeile 327-343

Streiche:

„Ein wichtiges Feld ... entsprechenden Preisschild versehen werden können.“

Setze:

„Ein wichtiges Feld ist der Umgang mit Daten. Wir bekennen uns zu einer zukunfts- und innovationsorientierten Datenpolitik, die die wirtschaftliche Nutzung von Daten ermöglicht. Um dem wichtigen Anspruch der Bürger hinsichtlich des Schutzes ihrer Daten gerecht zu werden, streben wir eine Politik im Sinne der Datensouveränität an, in der es dem einzelnen Menschen und dem einzelnen Unternehmen eigenbestimmt obliegt, jederzeit die Vergabe, Weitergabe an Dritte, Speicherung und Löschung von Daten vorzunehmen. Hierzu müssen wir den Staat ertüchtigen, Sicherheit und Ordnung auch in der digitalen Welt zu garantieren. Einen wie auch immer gearteten Dateneigentumsbegriff lehnen wir ebenso entschieden ab wie eine Bepreisung von Daten.“

**Antrag Nr. A 144 - BV Junge Union, BV MIT, KV Osnabrück-Land, KV Paderborn**

Ziffer 15, Zeile 334

Nach „transparent“

füge ein

„praxistauglich, ausbalanciert“

**Antrag Nr. A 145 - BV KPV**

Ziffer 15, Zeile 340

Nach „Lösungen fördern.“

füge ein:

„Wir wollen prüfen, ob die bestehenden grundgesetzlichen Regeln ausreichen, den Schutz der Bürger in ihrer Selbstbestimmung in der digitalen Welt zu gewährleisten oder ob ein eigenständiges Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung in das Grundgesetz aufgenommen werden sollte. Mit der Weiterentwicklung eines eigenständigen „digitalen Bürgerschutzrechts“ müsste auch sichergestellt werden, dass die Verwendung personenbezogener Daten und deren wirtschaftliche Nutzung von Daten besser geregelt werden.“

**Antrag Nr. A 126 - BV KPV**

Ziffer 12, Zeile 273

Streiche:

„Wir stehen vor der Aufgabe, den Ordnungsrahmen dafür ganzheitlich und flexibel zu gestalten.“

Setze:

„Deshalb müssen wir im Zusammenwirken mit der EU unsere Ordnungsrahmen für die Digitalisierung zum Nutzen und zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln. Dabei wollen wir darauf achten, dass praktikable, gut verständliche und leicht umsetzbare Regelungen gefunden werden. Insbesondere die soziale Marktwirtschaft bietet einen zukunftsfähigen Handlungsrahmen, der die Marktkräfte entfalten und den Schutz der Menschen gewährleisten kann.“

**Antrag Nr. A 146 - EAK, KV Hannover-Stadt**

Ziffer 15, Zeilen 336 bis 337

Ändere

„Wir bekennen uns zu den Grundsätzen des Schutzes personenbezogener Daten“

in

„Wir bekennen uns zu den Grundsätzen eines angemessenen Schutzes personenbezogener Daten“

### **Antrag Nr. A 147 - KV Hannover-Stadt**

Ziffer 15, Zeile 339

Nach

„... die mittelständischen Unternehmen, Herr über ihre Daten bleiben.“

füge ein

„Wir wissen, dass überzogener Datenschutz das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielt.“

### **Antrag Nr. A 148 - KV Vechta**

Ziffer 15, Zeile 333-343

Streiche:

Das Eigentum an Daten und deren Nutzung müssen klar geregelt, transparent und für den Einzelnen nachvollziehbar sein. So können Verbraucher selbstbestimmt entscheiden. Wir bekennen uns zu den Grundsätzen des Schutzes personenbezogener Daten und wollen auch, dass Betriebe, insbesondere die mittelständischen Unternehmen, Herr über ihre Daten bleiben. Auf dieser Basis wollen wir Innovation und den Wettbewerb um die besten Lösungen fördern. In Zeiten, in denen Nutzer für unentgeltliche Leistungen ihre Daten preisgeben, ist zu prüfen, welchen Wert Daten haben und ob sie mit einem entsprechenden Preisschild versehen werden können.

Setze:

„Konkret setzen wir uns dafür ein, das Eigentum an Daten neu zu regeln. Dabei wollen wir uns am estnischen Modell orientieren, in dem der Bürger grundsätzlich Eigentümer seiner Daten ist und über den Abruf dieser Daten durch Behörden umgehend und automatisiert informiert wird. So können Eigentum an Daten und deren Nutzung durch staatliche Stellen transparent und für den Einzelnen nachvollziehbar gestaltet werden.“

### **Antrag Nr. A 149 - Auslandsverband Brüssel**

Ziffer 15, in Zeile 340 wird eingefügt:

„Im Zeitalter der globalen Kommunikation sind müssen nationale Regelungen zu Daten in ein harmonisches europäisches und internationales Regelungsgefüge eingebettet sein.“

### **Antrag Nr. A 150 - Bundesvorstand**

344 16.  
345 **Soziale Marktwirtschaft bedeutet: Leistung lohnt sich.**  
346 **Etwas zu leisten, ist nach unserem Menschenbild Teil der**

Zur Ziffer 16 gehören die Anträge A 105 und A 150 bis A 163 sowie A 214

347 **Selbstverwirklichung eines selbstbestimmten Menschen. Für uns ist**  
348 **klar: Wer etwas leistet, wer hart arbeitet und sich an die Regeln hält,**  
349 **muss am Ende mehr haben, als wenn er nichts tut. Dies gilt sowohl**  
350 **beim Lohn als auch bei der Rente – weil wir Arbeits- und**  
351 **Leistungsleistung anerkennen. Leistungs- und Chancengerechtigkeit**  
352 **müssen gewahrt werden. So werden Menschen motiviert, neue**  
353 **Chancen zu ergreifen. Dazu sind Freiräume zu erhalten, neu zu**  
354 **schaffen und Fehlanreize zu beseitigen.**  
355 **Wohlstand für alle heißt auch, dass sowohl Arbeitnehmer als auch**  
356 **Unternehmen am Wirtschaftswachstum teilhaben. Klar ist: Wir**  
357 **wollen die Leistungsträger in der Mitte unserer Gesellschaft**  
358 **entlasten, damit sie genug finanziellen Spielraum haben, um über**  
359 **den größeren Anteil ihres Einkommens selbst verfügen zu können.**  
360 **Wir müssen daher die Frage beantworten, wie künftig Leistung**  
361 **besser belohnt werden kann und wie viele Abgaben der Staat**  
362 **einnehmen darf, ohne die Leistungsbereitschaft der Menschen**  
363 **einzuschränken. Für eine faire Besteuerung muss zudem die Frage**  
364 **beantwortet werden: Was sind die Besteuerungsgrundlagen der**  
365 **Zukunft?**

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 105, A 150 bis A 152, A 155, A 159, A 160, A 162 und A 163 in folgender Fassung anzunehmen:

16.

**Soziale Marktwirtschaft bedeutet: Leistung lohnt sich.**

Etwas zu leisten, ist nach unserem Menschenbild Teil der Selbstverwirklichung eines selbstbestimmten Menschen. Für uns ist klar: Wer etwas leistet, wer hart arbeitet, wer sich an die Regeln hält, muss am Ende mehr haben, als wenn er nichts tut. Dies gilt sowohl beim Lohn als auch bei der Rente – weil wir Arbeits- und Leistungsleistung anerkennen. Leistungs- und Chancengerechtigkeit müssen gewahrt und auch bei der Besteuerung berücksichtigt werden. So werden Menschen motiviert, neue Chancen zu ergreifen. Dazu sind Freiräume zu erhalten, neu zu schaffen und Fehlanreize zu beseitigen.

Wohlstand für alle heißt auch, dass sowohl Arbeitnehmer aller Einkommensschichten als auch Unternehmen am Wirtschaftswachstum teilhaben. Klar ist: Wir wollen die Leistungsträger in der Mitte unserer Gesellschaft entlasten, damit sie genug finanziellen Spielraum haben, um über den größeren Anteil ihres Einkommens selbst verfügen zu können. Mehr Netto vom Brutto für die Erwerbstätigen ist nicht nur ein wichtiger Schritt in Richtung Leistungsgerechtigkeit, sondern fördert auch selbstverantwortliches Wirtschaften anstelle



von staatlicher Fürsorge. *Wir müssen daher die Frage beantworten, wie künftig Leistung besser und angemessener belohnt werden kann und wie viele Abgaben der Staat einnehmen darf, ohne die Leistungsbereitschaft der Menschen einzuschränken.* Für eine faire Besteuerung muss zudem die Frage beantwortet werden: *Was sind die Besteuerungsgrundlagen der Zukunft? Und wie können wir das Steuerrecht vereinfachen und für den Einzelnen verständlicher machen?*

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 153 an den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 157 gemeinsam mit den C-Anträgen zum Solidaritätszuschlag zu behandeln und dort anzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 156 und A 158 abzulehnen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 154 und A 161 sowie A 214 als erledigt zu betrachten.

## **Antrag Nr. A 151 - BV Junge Union**

Ziffer 16, Zeile 359

Nach „selbst verfügen zu können“

füge ein

„Dazu gehört insbesondere, die Steuerquote entgegen der Entwicklung der letzten Jahre wie-der zu senken und nicht weiter einen internationalen Spitzenplatz bei der Steuer- und Abgabenlast einzunehmen. Mehr Netto vom Brutto für die fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist nicht nur ein wichtiger Schritt in Richtung Leistungsgerechtigkeit, sondern fördert auch selbstverantwortliches Wirtschaften anstelle von staatlicher Fürsorge.“

**Antrag Nr. A 152 - LV Hamburg**

Ziffer 16, Zeile 359

Nach „(...) zu können.“

füge ein:

„Wir wollen unser Steuerrecht vereinfachen und mit dem Steuerrecht die richtigen Ansätze für ein selbstbestimmtes Leben setzen. Wir wollen den „Mittelstandsbauch“ bei der Einkommensbesteuerung abbauen und durch einen linear-progressiven Tarifverlauf ersetzen. Für Steuererhöhungen und die Anhebung der Spitzensteuersätze sehen wir in einer Zeit, in der die Steuereinnahmen höher als je zuvor sind, keinen Anlass. Das Ehegattensplitting wollen wir künftig durch ein Familiensplitting ersetzen.“

**Antrag Nr. A 214 - LV Sachsen**

Ziffer 24, Zeile 502

Nach (...) Gestaltungsmöglichkeiten haben?

füge ein:

Wir wollen den Mittelstand entlasten: Die im internationalen Vergleich hohe Steuer- und Abgabenquote gekoppelt mit einer historisch positiven volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit haben die öffentlichen Kassen gefüllt. Anders als andere Parteien glauben machen wollen, müssen wir nicht primär überlegen, wie wir diese Gelder ausgeben sollen. Vielmehr muss es unser Ziel sein, diejenigen zu entlasten, die diese Gelder erwirtschaften: Bürgerinnen und Bürger, Unternehmerinnen und Unternehmer. Es ist Zeit für eine umfassende Steuererleichterung.

**Antrag Nr. A 153 - KV Hannover-Land**

Ziffer 16, Zeile 354

Nach

„Dazu sind Freiräume zu erhalten, neu zu schaffen und Fehlanreize zu beseitigen.“

füge ein:

„Wir erkennen die Drucksituation, in der sich die Berufstätigen durch die Veränderungen der Arbeitswelt, zugleich auch der Gesellschafts- und Familienstrukturen, befinden. Wir beobachten mit Sorge die Zunahme an Krankmeldungen wegen psychischer Probleme. Soziale Marktwirtschaft bedeutet hier, einen Ausgleich zu schaffen zwischen dem Leistungsinteresse unseres Wirtschaftssystems und der Belastungsgrenze der Berufstätigen. Sie bedeutet aber auch, im Interesse der Sozialsysteme, Verfahrensweisen bei der Erfassung von Erkrankungen regelmäßig zu überprüfen und gegebenenfalls neu zu justieren. Soziale Unterstützung können und wollen wir nur denen geben, die sie wirklich und nachweisbar brauchen, da diese Unterstützung von der Allgemeinheit jeden Tag neu erwirtschaftet werden muss.“

**Antrag Nr. A 154 - KV Hannover-Stadt**

Ziffer 16, Zeile 356

Nach

„Wohlstand für alle heißt auch, dass sowohl Arbeitnehmer als auch Unternehmen am Wirtschaftswachstum teilhaben.“

füge ein

„Durch die sogenannte "Kalte Progression" und durch die steigende Belastung mit immer höheren Sozialabgaben ist die Mitte unserer Gesellschaft steuer- und abgabenbezogen stark belastet. Gerade auch im niedrigen Einkommensbereich können durch steuerliche Entlastungen wertvolle Spielräume für Familien geschaffen werden, die aufgrund steigender Mieten und Immobilienpreise armutsgefährdet sind.“

**Antrag Nr. A 155 - KV Hannover-Stadt**

Ziffer 16, Zeile 358

Nach

„Klar ist: Wir wollen die Leistungsträger in der Mitte unserer Gesellschaft...“

füge ein

„und Menschen mit niedrigem Einkommen...“

**Antrag Nr. A 156 - KV Mettmann**

Ziffer 16, Zeile 345

Streiche: „... Leistung lohnt sich.“

Setze: „... Leistung soll sich lohnen.“

**Antrag Nr. A 157 - KV Rastatt**

Ziffer 16, Zeile 359

Nach

... "Wir wollen die Leistungsträger in der Mitte unserer Gesellschaft entlasten, damit sie genug finanziellen Spielraum haben, um über den größeren Anteil ihres Einkommens selbst verfügen zu können."...

füge ein:

"Daher fordern wir konkrete steuerliche Entlastungen. Die Abschaffung der kalten Progression sowie die komplette Abschaffung des Solidaritätsbeitrages wären kurzfristig umsetzbare Ziele, die für eine spürbare Entlastung der Mitte sorgen"

**Antrag Nr. A 158 - KV Rheinisch-Bergischer Kreis**

Ziffer 16, Zeile 345

Nach: Soziale Marktwirtschaft bedeutet: Leistung lohnt sich

füge ein: „und stiftet Identität“

**Antrag Nr. A 159 - KV Steinfurt**

Ziffer 16, Zeile 361

Ergänze hinter „besser“ die Wörter „und gerechter“

**Antrag Nr. A 160 - KV Unna**

Ziffer 16, Zeilen 351/352

Nach:

Leistungs- und Chancengerechtigkeit müssen

füge ein:

„auch bei der Besteuerung“ („ ... gewahrt bleiben.“)

**Antrag Nr. A 161 - KV Unna**

Ziffer 16, Zeilen 360 bis 363

Nach:

Wir müssen daher die Frage beantworten, wie künftig Leistung besser belohnt werden kann und wie viele

füge ein:

„Steuern und“ („... Abgaben der Staat einnehmen darf, ohne die Leistungsbereitschaft der Menschen einzuschränken.)

**Antrag Nr. A 162 - KV Warendorf-Beckum**

Ziffer 16, Zeile 347

Nach „ ... Menschen“

füge ein:

„Deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass die Menschen für ihre Arbeit einen angemessenen, fairen Lohn erhalten. Wir fordern: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“.“

## Antrag Nr. A 163 - KV Warendorf-Beckum

Ziffer 16, Zeile 353

Streiche: „Dazu ...Fehlanreize zu beseitigen“:

Setze:

„Dazu ist einerseits der massiven Ausweitung des Niedriglohnsektor entgegenzuwirken, Fehlanreize zu beseitigen und besonders für Selbstständige Freiräume zu erhalten und neu zu schaffen.“

## Antrag Nr. A 105 - Auslandsverband Brüssel

Ziffer 9, Zeile 222

Nach „Steuerzahler erkennbarer werden.“

füge ein

„Das deutsche Steuerrecht ist nach wie vor zu komplex, auch und gerade im internationalen Vergleich. Umständliche Regelungen und Bürokratie sind ein Standortnachteil. Wir wollen die Steuergesetzgebung zum Wohle der Bürger und Wirtschaftsbeteiligten grundlegend vereinfachen.“

## Antrag Nr. A 164 - Bundesvorstand

366 17.  
367 **Darüber hinaus findet die Verdienst- und Vermögensverteilung in**  
368 **Deutschland immer weniger Akzeptanz, obwohl seit 2005 die Schere**  
369 **zwischen Arm und Reich in Deutschland nicht weiter auseinander**  
370 **gegangen ist. Zudem müssen wir die Entwicklung der Einkünfte aus**  
371 **Arbeit und Kapital in den Blick nehmen. Dabei wollen wir möglichst**  
372 **vielen Menschen beim Aufbau eines eigenen Vermögens helfen,**  
373 **anstatt Vermögende zu bestrafen. Unternehmen und ihre Vorstände**  
374 **sind insbesondere bei der Entlohnung zu ethischem Verhalten**  
375 **aufgerufen. Sie müssen darauf achten, dass sie durch ihr Handeln**  
376 **das Vertrauen und die Akzeptanz ihrer Mitarbeiter und der**  
377 **Gesellschaft behalten. Es stellt sich grundsätzlich die Frage: Was**  
378 **sind in einer zunehmend internationalisierten, digitalisierten und**  
379 **globalisierten Arbeitswelt leistungsgerechte Löhne?**

Zur Ziffer 17 gehören die Anträge A 92, A 94, A 99, A 100, A 134, A 164, A 165 und A 167 bis A 172

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 92, A 94, A 99, A 100, A 164, A 168, A 169, A 171 und A 172 in folgender Fassung anzunehmen:

17.

Wir wollen möglichst vielen Menschen beim Aufbau eines eigenen Vermögens helfen, anstatt Vermögende beispielsweise durch eine Wiedererhebung der Vermögensteuer zu bestrafen. Eine Ausweitung der Substanzbesteuerung würde insbesondere mittelständischen Unternehmen schaden. Unternehmen und ihre Vorstände sind insbesondere bei der Entlohnung zu verantwortungsvollem und ethischem Verhalten aufgerufen. Sie müssen darauf

achten, dass sie durch ihr Handeln das Vertrauen und die Akzeptanz ihrer Mitarbeiter und der Gesellschaft behalten. Es stellt sich grundsätzlich die Frage: *Was sind in einer zunehmend internationalisierten, digitalisierten und globalisierten Arbeitswelt leistungsgerechte Löhne?*

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 165 an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 166 bei Ziffer 26 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 167 und A 170 aus systematischen Gründen unberücksichtigt zu lassen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 134 als erledigt zu betrachten.

## **Antrag Nr. A 92 - BV Junge Union**

Ziffer 9, Zeile 222

Nach „erkennbar werden“

füge ein

„Wir sind strikt gegen Substanzbesteuerung. Die Vermögenssteuer darf nicht wieder aktiviert werden. Sofern die Erbschaftsteuer beibehalten wird, ist sie zumindest so mittelstandsfreundlich auszugestalten, dass der Fortbestand von Familienunternehmen bei der Unternehmensübertragung gewährleistet ist. Eine Aushöhlung der Eigenkapitalbasis darf nicht stattfinden.“

## **Antrag Nr. A 94 - BV MIT**

Ziffer 9, Zeile 222

Nach „erkennbar werden“ einen neuen Absatz einfügen:

„Wir sind strikt gegen Substanzbesteuerung. Die Vermögenssteuer darf nicht wieder aktiviert werden. Sofern die Erbschaftsteuer beibehalten wird, ist sie zumindest so mittelstandsfreundlich auszugestalten, dass der Fortbestand von Familienunternehmen bei der Unternehmensübertragung gewährleistet ist. Eine Aushöhlung der Eigenkapitalbasis darf nicht stattfinden.“

**Antrag Nr. A 165 - LV Hamburg**

Ziffer 17, Zeile 373

Nach „(...) zu bestrafen.“

füge ein:

„Vermögensaufbau ist ein wesentlicher Baustein für die sichere Versorgung im Alter. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass mehr Menschen in Deutschland die Möglichkeiten, die die Kapitalmärkte heute bieten, stärker nutzen. In diesem Zusammenhang möchten wir auch die Ausgabe von Belegschaftsaktien steuerlich begünstigen. Belegschaftsaktien geben den Beschäftigten die Möglichkeit, in ihr Unternehmen zu investieren und am Erfolg zu partizipieren.“

**Antrag Nr. A 166 - KV Hannover-Stadt**

Ziffer 17, Zeile 379

Nach

„... digitalisierten und globalisierten Arbeitswelt leistungsgerechte Löhne?“

füge ein neue Ziffer 17a ein

„17a.

Soziale Marktwirtschaft braucht Zinsgerechtigkeit in Europa.

Zum inneren Frieden gehört aber auch der Schutz der europäischen Sparer.

Eine Inflationsrate, die die Zinsen langfristig übersteigt, ist kalte Enteignung.

Dieser Zustand fördert die Altersarmut und erschwert die Vermögensbildung für

alle Bürger Europas. Deutschland sollte für die Vorteile der Sozialen

Marktwirtschaft bei allen Bürgern und Parteien in der Europäischen Union

werben, um die Friedens- und Wohlstandsunion abzusichern.“

**Antrag Nr. A 167 - KV Mettmann**

Ziffer 17, Zeilen 367-379

Streiche:

„Darüber hinaus findet die Verdienst- und Vermögensverteilung (...) leistungsgerechte Löhne?“

**Antrag Nr. A 99 - KV Osnabrück-Land**

Ziffer 9, Zeile 222

Nach „erkennbar werden“

füge ein:

„Wir sind strikt gegen Substanzbesteuerung. Die Vermögenssteuer darf nicht wieder aktiviert werden. Sofern die Erbschaftsteuer beibehalten wird, ist sie zumindest so mittelstandsfreundlich auszugestalten, dass der Fortbestand von Familienunternehmen bei der Unternehmensübertragung gewährleistet ist. Eine

Aushöhlung der Eigenkapitalbasis darf nicht stattfinden.“

### **Antrag Nr. A 100 - KV Paderborn**

Ziffer 9, Zeile 222

Hinter „erkennbar werden“ einen neuen Absatz einfügen:

„Wir sind strikt gegen Substanzbesteuerung. Die Vermögenssteuer darf nicht wieder aktiviert werden. Sofern die Erbschaftsteuer beibehalten wird, ist sie zumindest so mittelstandsfreundlich auszugestalten, dass der Fortbestand von Familienunternehmen bei der Unternehmensübertragung gewährleistet ist. Eine Aushöhlung der Eigenkapitalbasis darf nicht stattfinden.“

### **Antrag Nr. A 168 - KV Rheinisch-Bergischer Kreis**

Ziffer 17, Zeile 379

Am Ende des Textes füge ein:

„Wie können Unternehmen und ihre Vorstände zu verantwortungsvollem Handeln angehalten werden?“

### **Antrag Nr. A 169 - KV Steinfurt**

Ziffer 17, Zeile 368-370

Streiche: „ , obwohl seit 2005...auseinander gegangen ist“

### **Antrag Nr. A 134 - KV Steinfurt**

Ziffer 13, Zeile 280

Ergänze hinter „Unternehmen“ die Wörter „und Managern.“

### **Antrag Nr. A 170 - KV Vechta**

Ziffer 17, Zeile 377-379

Streiche:

„Es stellt sich grundsätzlich die Frage: Was sind in einer zunehmend internationalisierten, digitalisierten und globalisierten Arbeitswelt leistungsgerechte Löhne?“

### **Antrag Nr. A 171 - KV Warendorf-Beckum**

Ziffer 17, Zeile 368

Streiche:

„... , obwohl seit 2005 die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland nicht weiter auseinandergegangen ist.“



## Antrag Nr. A 172 - Auslandsverband Brüssel

Ziffer 17, in Zeile 373 wird eingefügt:

Die Einführung einer Vermögenssteuer lehnen wir daher ab und setzen uns mittelfristig für die Abschaffung der Erbschaftssteuer ein.

Unsere österreichischen Nachbarn, bei denen es weder Vermögens- noch Erbschaftssteuer gibt, haben damit gute Erfahrungen gemacht. Auch in der CDU Deutschlands sind beide Forderungen nicht neu. Sie sollten in einem Beschluss zur sozialen Marktwirtschaft ausdrücklich festgehalten sein.

## Antrag Nr. A 173 - Bundesvorstand

380 **18.**  
381 **Arbeit ist ein zentrales Element der Sozialen Marktwirtschaft.**  
382 **Anständige Arbeit ist mehr als nur Broterwerb. Sie bedeutet Würde**  
383 **und die Chance, für sich und seine Familie zu sorgen. Arbeit ist**  
384 **daher nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial sehr wichtig. Es**  
385 **ist herausragend, dass in Deutschland so viele Menschen wie noch**  
386 **nie zuvor Arbeit haben und die Zeiten massenhafter Arbeitslosigkeit**  
387 **hinter uns liegen. Mehr noch: Vollbeschäftigung ist in einigen**  
388 **Regionen Deutschlands mittlerweile Realität. Und wir arbeiten**  
389 **daran, sie für ganz Deutschland zu erreichen. Wir wollen, dass so**  
390 **viele Menschen wie möglich in sozialversicherungspflichtige und**  
391 **gut entlohnte Beschäftigung kommen.**

Zur Ziffer 18 gehören die Anträge A 173 und A 174

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 173 anzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 174 abzulehnen.

## Antrag Nr. A 174 - KV Unna

Ziffer 18, Zeile 382

Streiche: Anständige“

## Antrag Nr. A 175 - Bundesvorstand

392 **19.**  
393 **Durch den digitalen Wandel entstehen neue Berufsbilder und**  
394 **Arbeitsplätze. Bestehende Arbeitsplätze werden sich durch weitere**  
395 **Automatisierungs- und vor allem Digitalisierungsprozesse**  
396 **verändern, manche werden wegfallen. Infolge des demografischen**  
397 **Wandels werden in Deutschland immer weniger Menschen im**  
398 **erwerbsfähigen Alter sein. Diesen neuen Anforderungen müssen wir**  
399 **mit einer Bildungs- und Weiterbildungsoffensive an Schulen,**  
400 **Berufsbildungsstätten, Fachhochschulen und Universitäten sowie in**  
401 **die Breite der Bevölkerung hinein begegnen. Wir brauchen eine**  
402 **Weiterbildungskultur, die echte Chancen eröffnet und den**  
403 **Menschen ermöglicht, ihre berufsbezogene Entwicklung stärker**  
404 **eigenverantwortlich zu organisieren. In einer gemeinsamen**  
405 **Anstrengung von Wirtschaft und Staat müssen wir dafür sorgen,**  
406 **dass wir in Deutschland dauerhaft Fachkräfte haben, die wir**  
407 **brauchen. Hierzu müssen wir das inländische Fachkräftepotenzial**  
408 **besser nutzen. Es gilt, insbesondere die individuellen Chancen auf**  
409 **Erwerbstätigkeit für ältere Menschen und Frauen weiter zu**

Zur Ziffer 19 gehören die Anträge A 175 bis A 183

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 175, A 176, A 178, A 182 und A 183 in folgender Fassung anzunehmen:

### **19.**

Durch den digitalen Wandel entstehen neue Berufsbilder und Arbeitsplätze. Bestehende Arbeitsplätze werden sich durch weitere Automatisierungs- und vor allem Digitalisierungsprozesse verändern, manche werden wegfallen. Infolge des

410 **verbessern. Wir müssen auch Langzeitarbeitslose über noch**  
411 **zielgenauere Maßnahmen wirtschaftlich und gesellschaftlich wieder**  
412 **integrieren und ihnen den Weg zurück in die Eigenverantwortung**  
413 **aufzeigen. Zudem müssen wir gezielte und qualifizierte**  
414 **Zuwanderung – aus Europa und darüber hinaus – noch besser als**  
415 **bisher ermöglichen, um den Bedarf an Fachkräften zu decken. Der**  
416 **digitale Wandel stellt auch neue Anforderungen an das Arbeitsrecht**  
417 **und die Arbeitszeitgestaltung. So stellt sich die Frage, wie wir in**  
418 **Zukunft z. B. mit Arbeitsformen wie Crowdfunding umgehen wollen.**  
419 **Insgesamt müssen die Rahmenbedingungen für die Berufstätigkeit**  
420 **den Interessen der Beschäftigten – gerade mit Blick auf die**  
421 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf – und der Unternehmen gerecht**  
422 **werden. Wie können wir dazu beitragen, dass der Bedarf an**  
423 **Fachkräften gedeckt und die Gestaltung des Arbeitsrechts den**  
424 **Anforderungen der Digitalisierung entsprechend erfolgt?**

demografischen Wandels werden in Deutschland immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter sein. Diesen neuen Anforderungen müssen wir mit einer Bildungs- und Weiterbildungsoffensive an Einrichtungen der frühen Bildung, Schulen, Berufsbildungsstätten, Fachhochschulen und Universitäten sowie in die Breite der Bevölkerung hinein begegnen. Wir brauchen eine altersunabhängige Weiterbildungskultur, die echte Chancen eröffnet und den Menschen ermöglicht, ihre berufsbezogene Entwicklung stärker eigenverantwortlich zu organisieren. In einer gemeinsamen Anstrengung von Wirtschaft und Staat müssen wir dafür sorgen, dass wir in Deutschland dauerhaft Fachkräfte haben, die wir brauchen. Hierzu müssen wir das inländische Fachkräftepotenzial besser nutzen. Es gilt, insbesondere die individuellen Chancen auf Erwerbstätigkeit für ältere Menschen und Frauen weiter zu verbessern. Wir müssen auch Langzeitarbeitslose über noch zielgenauere Maßnahmen wirtschaftlich und gesellschaftlich wieder integrieren und ihnen den Weg zurück in die Eigenverantwortung aufzeigen. Zudem müssen wir gezielte und qualifizierte Zuwanderung – aus Europa und darüber hinaus – noch besser als bisher ermöglichen, um den Bedarf an Fachkräften zu decken. Hierzu wollen wir die Chancen des Europäischen Binnenmarktes optimal nutzen. Der digitale Wandel stellt auch neue Anforderungen an das Arbeitsrecht und die

Arbeitszeitgestaltung. So stellt sich die Frage, wie wir in Zukunft z. B. mit Arbeitsformen wie Crowdfunding umgehen wollen. Insgesamt müssen die Rahmenbedingungen für die Berufstätigkeit den Interessen der Beschäftigten – gerade mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – und der Unternehmen gerecht werden. *Wie sieht ein modernes Arbeits- und Sozialrecht aus, das auch im Zeitalter der Digitalisierung für gesunde und gute Arbeitsbedingungen sorgt? Wie können wir dazu beitragen, dass der Bedarf an Fachkräften gedeckt wird?*

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 179 an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern sowie an den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 180 an den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 181 aus systematischen Gründen unberücksichtigt zu lassen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 177 abzulehnen.

## **Antrag Nr. A 176 - BV CDA**

Ziffer 19, Zeile 422 bis 424

Ändere

„Wie können wir dazu beitragen, dass der Bedarf an Fachkräften gedeckt und die Gestaltung des Arbeitsrechts den Anforderungen der Digitalisierung entsprechend erfolgt?“

in:

„Wie sieht ein modernes Arbeits- und Sozialrecht aus, das auch im Zeitalter der Digitalisierung für gesunde und gute Arbeitsbedingungen sorgt? Wie können wir dazu beitragen, dass der Bedarf an Fachkräften gedeckt wird?“

**Antrag Nr. A 177 - BV Senioren-Union**

Ziffer 19, Zeile 397-398

Streiche:

...im erwerbsfähigen Alter sein.

Setze:

„... einer Erwerbstätigkeit nachgehen.“

**Antrag Nr. A 178 - BV Senioren-Union**

Ziffer 19, Zeile 401

Nach: Wir brauchen eine ...

Füge ein: „altersunabhängige“

**Antrag Nr. A 179 - KV Hannover-Land**

Ziffer 19, Zeile 415

Nach

„Zudem müssen wir gezielte und qualifizierte Zuwanderung – aus Europa und darüber hinaus – noch besser als bisher ermöglichen, um den Bedarf an Fachkräften zu decken.“

füge ein:

„Wir wissen, dass wir bei jeder Zuwanderung, auch der qualifizierten, durch die kulturelle Differenz zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Zuwanderern möglicherweise neue Probleme in unserer Gesellschaft hervorrufen oder bestehende Probleme verstärken. Wir müssen diese Herausforderung aus wirtschaftlichen Gründen aber annehmen und werden ihr dadurch begegnen, dass wir einerseits für eine offene Gesellschaft werben, andererseits alle Zuwanderer von Anfang an auf unsere rechtlichen und kulturellen Standards verpflichten.“

**Antrag Nr. A 180 - KV Hannover-Stadt**

Ziffer 19, Zeile 424

Nach

„... Anforderungen der Digitalisierung entsprechend erfolgt?“  
füge eine neue Ziffer 19a ein

„19a.

Wenn wir die soziale Marktwirtschaft für alle bewahren wollen, müssen wir sie für die Arbeit der Zukunft fit machen. Bereits heute arbeiten viele hochqualifizierte Menschen nicht mehr im

Rahmen klassischer Beschäftigungsverhältnisse. Regelmäßig sind sie nicht mehr bei KMU's oder Großunternehmen beschäftigt, sondern vermarkten ihre Fähigkeiten und Dienstleistungen über digitale Plattformen oder Personalvermittlungsagenturen. Zu den angebotenen Leistungen gehören umfangreiche IT-Lösungen für Unternehmen, Interims-Management u.a. Diese Fachkräfte werden oftmals im Rahmen von Beraterverträgen für einen begrenzten Zeitraum beschäftigt und dementsprechend deutlich höher als festangestellte Arbeitnehmer entlohnt. Zwischen ihren Arbeitseinsätzen bilden sie sich weiter oder finden Zeit für private Unternehmungen. Durch die Digitalisierung entwickeln sich diese Trends von früheren Randerscheinungen der Arbeitswelt möglicherweise einmal zu einer Norm. In der heutigen Zeit bieten auch Unternehmer Leistungen vom Handwerk bis zur Programmierung von Datenbanken über Online-Plattformen an. Im Rahmen dieser neuen Arbeitswelt wird der Arbeitnehmer von gestern möglicherweise zum Kleinunternehmer in eigener Sache von morgen. Sein Angebot besteht dabei aus der von ihm im Rahmen seines Arbeitslebens erworbenen Qualifikation. Diese Entwicklung birgt enormes Umwälzungspotenzial für unser Sozialversicherungssystem, Regulierungsregime, Arbeitsschutz und vieles mehr. Wir müssen daher die Frage diskutieren, wie wir im Sinne der sozialen Marktwirtschaft die Entwicklung positiv für die Stärkung unserer sozialen Marktwirtschaft nutzen“

### **Antrag Nr. A 181 - KV Vechta**

Ziffer 19, Zeile 422-424

Streiche:

„Wie können wir dazu beitragen, dass der Bedarf an Fachkräften gedeckt und die Gestaltung des Arbeitsrechts den Anforderungen der Digitalisierung entsprechend erfolgt?“

### **Antrag Nr. A 182 - KV Warendorf-Beckum**

Ziffer 19, Zeile 399

Nach

„Bildungs- und Weiterbildungsoffensive an“

füge ein:

„...Einrichtung der frühen Bildung,...“

### **Antrag Nr. A 183 - Auslandsverband Brüssel**

Ziffer 19, in Zeile 415 wird eingefügt:

„Hierzu wollen wir die Chancen des Europäischen Binnenmarktes optimal nutzen.“

### **Antrag Nr. A 184 - Bundesvorstand**

425 **20.**  
426 **In vielen Bereichen wird menschliche Arbeit unersetzlich bleiben**  
427 **und an Bedeutung gewinnen. Die Dienstleistung am Menschen ist in**

Zur Ziffer 20 gehören die Anträge A 184 und A 185

428 **den Berufen der Betreuung, Pflege und vor allem Bildung von**  
 429 **großer Relevanz. Wir wollen, dass diese für unsere Gesellschaft so**  
 430 **wichtigen Berufe angemessene Achtung und Bezahlung erhalten.**  
 431 **Denn sie berühren zentrale Bereiche unseres sozialen Miteinanders.**  
 432 **Wir müssen daher die Frage diskutieren, wie der Markt für soziale**  
 433 **Dienstleistungen – insbesondere im Gesundheits- und**  
 434 **Pflegebereich – gestaltet werden kann.**

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 184 und A 185 in folgender Fassung anzunehmen:

## 20.

In vielen Bereichen wird menschliche Arbeit unersetzlich bleiben und an Bedeutung gewinnen. Die Dienstleistung am Menschen ist in den Berufen der Betreuung, medizinischen Versorgung, Pflege und vor allem Bildung von großer Bedeutung. Wir wollen, dass diese für unsere Gesellschaft so wichtigen Berufe angemessene Achtung und Bezahlung erhalten. Denn sie berühren zentrale Bereiche unseres sozialen Miteinanders.

## Antrag Nr. A 185 - BV Senioren-Union

Ziffer 20, Zeile 428

Nach: ... Berufen der Betreuung,

füge ein: „medizinischen Versorgung,“

## Antrag Nr. A 186 - Bundesvorstand

435 **21.**  
 436 **Bildung ist unser wichtigster Rohstoff der Zukunft.**  
 437 **Unser Anspruch ist es, bei Bildung, Forschung und Entwicklung**  
 438 **Weltspitze zu sein. Deutschland wird seine Position als international**  
 439 **führender Wirtschaftsstandort unter den Herausforderungen von**  
 440 **Digitalisierung und Globalisierung nur halten können, wenn wir**  
 441 **Bildung viel stärker als bisher in den Blick rücken. Unsere**  
 442 **wirtschaftlichen Erfolge haben sehr viel mit den vielfältigen**  
 443 **Bildungschancen zu tun. Bildung ist aber auch der Schlüssel für**  
 444 **individuelle Lebenschancen. Wichtig ist es deshalb, dass Menschen**  
 445 **in unserem Land leistungsbereit sind und vergleichbare**  
 446 **Bildungschancen unabhängig von ihrer regionalen und sozialen**  
 447 **Herkunft haben. Deutschland ist überall dort besonders erfolgreich,**  
 448 **wo sich Bildung und Praxis gegenseitig bereichern. Für uns sind die**  
 449 **betriebliche und die akademische Bildung gleichwertig. Beide**  
 450 **Bildungswege sollen gute Karriereperspektiven für alle bieten.**

Zur Ziffer 21 gehören die Anträge A 36, A 186 bis A 188 und A 190 bis A 194

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 186 bis A 188, A 191, A 193 und A 194 in folgender Fassung anzunehmen:

## 21.

**Bildung ist unser wichtigster Rohstoff der Zukunft.**

Unser Anspruch ist es, bei Bildung, Forschung und Entwicklung Weltspitze zu sein. Deutschland wird seine Position als

international führender Wirtschaftsstandort unter den Herausforderungen von Digitalisierung und Globalisierung nur halten können, wenn wir Bildung viel stärker als bisher in den Blick rücken. Unsere wirtschaftlichen Erfolge haben sehr viel mit den vielfältigen Bildungschancen ab dem frühen Kindesalter zu tun. Bildung ist aber auch der Schlüssel für individuelle Lebenschancen. Wichtig ist es deshalb, dass Menschen in unserem Land leistungsbereit sind, vergleichbare Bildungschancen unabhängig von ihrer regionalen und sozialen Herkunft haben und von gleichwertigen Bildungsangeboten profitieren können. Deutschland ist überall dort besonders erfolgreich, wo sich Bildung und Praxis gegenseitig bereichern. Für uns sind die berufliche – insbesondere die duale- und die akademische Bildung gleichwertig. Beide Bildungswege sollen gute Karriereperspektiven für alle bieten. Bildung muss auch die zentralen Elemente unserer Sozialen Marktwirtschaft vermitteln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 190 an den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 192 an den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation sowie an den Bundesfachausschuss Gesellschaftlicher Zusammenhalt zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 189 bei Ziffer 23 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag

A 36 als erledigt zu betrachten.

## **Antrag Nr. A 187 - BV Senioren-Union**

Ziffer 21, Zeilen 444-447

Ändere:

Wichtig ist es deshalb, dass Menschen in unserem Land leistungsbereit sind und vergleichbare Bildungschancen unabhängig von ihrer regionalen und sozialen Herkunft haben.

in:

„Wichtig ist es deshalb, dass Menschen in unserem Land leistungsbereit sind, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft bundesweit die gleichen Bildungschancen haben und von gleichwertigen Bildungsangeboten profitieren können.“

## **Antrag Nr. A 188 - LV CDU in Niedersachsen**

Ziffer 21, Zeile 450

Nach

„[...] Bildungswege sollen gute Karriereperspektiven für alle bieten.“

füge ein

„Bildung muss stärker als bisher die zentralen Elemente unserer Sozialen Marktwirtschaft vermitteln, um die Prinzipien unseres wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenlebens als bedeutenden Bestandteil unseres gesellschaftlichen Wertegerüsts zu verankern.“

## **Antrag Nr. A 189 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 21, Zeile 439

Nach „...Herausforderungen...“

füge ein

„eines nachhaltigen Wirtschaftens,“

## **Antrag Nr. A 190 - KV Böblingen**

Ziffer 21, Zeile 447

Nach "haben."

füge ein:

"Dabei wollen wir ganz im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft grundsätzlich am Wettbewerb der Bildungssysteme in den Bundesländern festhalten."



**Antrag Nr. A 36 - KV Hannover-Land**

Ziffer 4, Zeile 123

Nach „... im Dienst unserer Gesellschaft.“

füge ein:

„Die Ausbildungsperspektive junger Menschen muss sich vom Ideal des Hochschulabschlusses lösen. Eine funktionierende Marktwirtschaft braucht ein starkes Handwerk und Gewerbe. Den jungen Menschen müssen die in diesem Bereich liegenden Chancen für ein erfülltes Berufsleben mit gutem Verdienst und entsprechendem Alterssicherungsaufbau viel stärker als bisher nahegebracht werden.“

**Antrag Nr. A 191 - KV Hannover-Stadt**

Ziffer 21, Zeile 447

Nach

„Wichtig ist es deshalb, dass Menschen in unserem Land leistungsbereit sind und vergleichbare Bildungschancen unabhängig von ihrer regionalen und sozialen Herkunft haben.“

füge ein

„Dabei bedürfen Kinder besonderer staatlicher Fürsorge.“

**Antrag Nr. A 192 - KV Rastatt**

Ziffer 21, Zeile 447

Nach

...“Wichtig ist es deshalb, dass Menschen in unserem Land leistungsbereit sind und vergleichbare Bildungschancen unabhängig von ihren regionalen und sozialen Herkunft haben.“...

füge ein:

„Wir fordern deshalb ein kostenfreies, verpflichtendes letztes Kindergartenjahr.“

**Antrag Nr. A 193 - KV Rastatt**

Ziffer 21, Zeile 448

Nach

"Deutschland ist überall dort besonders erfolgreich, wo sich Bildung und Praxis gegenseitig bereichern."...

füge ein

"Deshalb bekennen wir uns zur Dualen Ausbildung und wollen diese stärken."

### **Antrag Nr. A 194 - KV Vechta**

Ziffer 21, Zeile 449

Streiche: ...betriebliche

Setze: ... „berufliche“ ...

### **Antrag Nr. A 195 - Bundesvorstand**

451 **22.**  
452 **Bildung ist gemeinsam mit Offenheit für Neues sowie dem**  
453 **Leistungs- und Wettbewerbsprinzip eine entscheidende**  
454 **Voraussetzung für den Umgang mit neuen Technologien. Um die**  
455 **immer kurzfristigeren Wandlungsprozesse auf dem eigenen**  
456 **Arbeitsplatz mitgehen zu können, wird lebenslanges Lernen ein**  
457 **entscheidender Standortfaktor werden. Zugleich gilt es, die digitalen**  
458 **Kompetenzen von Schülern und Studenten von Anfang an stärker zu**  
459 **entwickeln. Diesen Themen müssen wir mehr politische**  
460 **Aufmerksamkeit beimessen und folgende Fragen beantworten: Wie**  
461 **können wir noch bessere Bildungsqualität sicherstellen? Welche**  
462 **Bildungsinhalte brauchen wir in Zukunft? Wird unser föderales**  
463 **Bildungssystem diesen Ansprüchen noch gerecht, damit wir in dem**  
464 **Bereich die nötige Dynamik entfalten? Und: Wer soll für was in**  
465 **unserem Bildungssystem verantwortlich sein?**

Zur Ziffer 22 gehören die Anträge A 195 bis A 198

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 195 bis A 198 in folgender Fassung anzunehmen:

#### **22.**

Bildung ist gemeinsam mit Offenheit für Neues sowie dem Leistungs- und Wettbewerbsprinzip eine entscheidende Voraussetzung für den Umgang mit neuen Technologien und Entwicklungen, wie etwa der Künstlichen Intelligenz. Um die immer kurzfristigeren Wandlungsprozesse auf dem eigenen Arbeitsplatz mitgehen zu können, wird lebenslanges Lernen ein entscheidender Standortfaktor werden. Zugleich gilt es, die digitalen Kompetenzen von Schülern und Studenten schon früh stärker zu entwickeln. Deshalb wollen wir auch die digitale Infrastruktur an Schulen ausbauen. Diesen Themen müssen wir mehr politische Aufmerksamkeit beimessen.

### **Antrag Nr. A 196 - LV CDU in Niedersachsen**

Ziffer 22, Zeile 454

Nach

„[...] für den Umgang mit neuen Technologien.“

füge ein:

„Die „Künstliche Intelligenz“ ist eine Schlüsseltechnologie der Zukunft. Sie hat das Potenzial, unser Leben und unsere Arbeit zu verändern. Daraus ergeben sich für die Gesellschaft, den Staat und die Wirtschaft große Chancen, aber auch Herausforderungen. Es gilt, die enormen Potenziale der Technologie zu nutzen.“

### **Antrag Nr. A 197 - KV Rastatt**

Ziffer 22, Zeile 459

Nach

„Zugleich gilt es, die digitalen Kompetenzen von Schülern und Studenten von Anfang an stärker zu entwickeln.“...

füge ein:

„Deshalb wollen wir auch die digitale Infrastruktur an Schulen ausbauen.“

### **Antrag Nr. A 198 - KV Warendorf-Beckum**

Ziffer, 22, Zeile 458

Streiche: „von Anfang an“

Setze: „schon früh“.

### **Antrag Nr. A 199 - Bundesvorstand**

466 **23.**  
467 **Soziale Marktwirtschaft ist Verantwortung für kommende**  
468 **Generationen.**  
469 **Soziale Marktwirtschaft kann nur erfolgreich sein, wenn sie**  
470 **nachhaltig ist. Das bedeutet: Wachstum und Wohlstand dürfen nicht**  
471 **zulasten der kommenden Generationen oder der Schöpfung gehen;**  
472 **sie müssen nachhaltig sein. Das ist fester Bestandteil**  
473 **christdemokratischer Politik. Deutschland und die Europäische**  
474 **Union können Wegbereiter sein, das Nachhaltigkeitsprinzip auch**  
475 **global noch stärker zu verankern. Die Perspektive über unsere**  
476 **Grenzen hinaus ist entscheidend, da wir die großen**  
477 **Herausforderungen nur global lösen können. Das betrifft**  
478 **beispielsweise die Bedrohung durch den Klimawandel. Wir**  
479 **bekennen uns ausdrücklich zu gemeinsamen europäischen,**  
480 **internationalen, multilateralen Lösungen. Dabei wollen wir**  
481 **Instrumente nutzen, die in der Sozialen Marktwirtschaft angelegt**  
482 **sind: Wir wollen Umweltschäden infolge wirtschaftlicher Prozesse**  
483 **und gesellschaftlicher Entwicklungen stärker mit angemessenen**  
484 **Preisen in einen funktionsfähigen Marktmechanismus einbeziehen**  
485 **und so Schäden effizient reduzieren. Die Nutzung von Ressourcen**

Zur Ziffer 23 gehören die Anträge A 2, A 5, A 9, A 118, A 189 und A 199 bis A 212 sowie A 228, A 235 bis A 237, A 243 und A 244

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 2, A 5, A 9, A 118, A 189, A 199, A 200 und A 202 bis A 209 sowie A 228, A 235 bis A 237, A 243 und A 244 in folgender Fassung anzunehmen:

**23.**

**Soziale Marktwirtschaft ist Verantwortung für kommende Generationen.**

Soziale Marktwirtschaft kann nur erfolgreich sein, wenn sie nachhaltig ist. Die nachhaltige und ökologische Marktwirtschaft ist die

486 **sowie Infrastruktur muss stärker als bisher in solche**  
487 **Marktmechanismen eingebettet werden. Zugleich müssen wir uns**  
488 **die Frage nach den Grenzen unseres ressourcenintensiven**  
489 **Wachstums stellen: Wie können wir mit geringerem**  
490 **Ressourceneinsatz Wachstum erreichen?**

Soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts. Das bedeutet: Wachstum und Wohlstand dürfen nicht zulasten zukünftiger Generationen gehen; sie müssen nachhaltig sein. Die Verantwortung für die Schöpfung im Sinne eines bewahrenden Umgangs ist klarer Auftrag christdemokratischer Politik. Deutschland und die Europäische Union sollen Wegbereiter sein, das Nachhaltigkeitsprinzip auch global noch stärker zu verankern. Die Perspektive über unsere Grenzen hinaus ist entscheidend, da wir die großen Herausforderungen nur global lösen können. Das betrifft beispielsweise die Wirkungen hohen Bevölkerungswachstums und vor allem die Bedrohung durch den Klimawandel. Wir bekennen uns ausdrücklich zu gemeinsamen europäischen, internationalen, multilateralen Lösungen. Dabei wollen wir Instrumente nutzen, die in der Sozialen Marktwirtschaft angelegt sind: Wir wollen Umweltschäden infolge wirtschaftlicher Prozesse und gesellschaftlicher Entwicklungen stärker mit angemessenen Preisen in einen funktionsfähigen Marktmechanismus einbeziehen und so Schäden effizient reduzieren bzw. verhindern. Die Nutzung von Ressourcen sowie Infrastruktur muss stärker als bisher in solche Marktmechanismen eingebettet werden. So sind wir davon überzeugt, dass sich nationale und internationale Klimaschutzziele durch eine möglichst umfassende und grenzüberschreitende Bepreisung der

Emission von Treibhausgasen deutlich effizienter und mit weniger Wettbewerbsverzerrung erreichen lassen als durch teure – oft nur nationale – Einzelmaßnahmen. Zugleich müssen wir uns die Frage nach den Grenzen unseres ressourcenintensiven Wachstums stellen: *Wie können wir mit geringerem Ressourceneinsatz Wachstum erreichen?*

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 210 an den Bundesfachausschuss Umwelt und Landwirtschaft sowie an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 201, A 211 und A 212 aus systematischen Gründen unberücksichtigt zu lassen.

## **Antrag Nr. A 200 - BV Junge Union**

Ziffer 23, Zeile 486-487

Nach

„bisher in solche Marktmechanismen eingebettet werden.“

füge ein

„Oberstes Ziel sollte dabei sein, dass CO<sub>2</sub>-Emissionen marktwirtschaftlich und technologieoffen zu den geringsten Kosten für Unternehmen und Bürger eingespart werden. Hierzu muss der staatliche Anteil am Strompreis konsequent abgesenkt werden, damit Preissignale auch bei Verbrauchern ankommen. Abgaben, Umlagen und Steuern haben mittlerweile einen Anteil von über 50 Prozent am Strompreis erreicht und beeinträchtigen nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, sondern behindern auch wettbewerbsfähige und klima-freundliche Innovationen.“

## **Antrag Nr. A 2 - BV KPV**

Ziffer 1, Zeile 2

Ändere

„Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“

in

„Ökologische und Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“

## **Antrag Nr. A 5 - BV KPV**

Ziffer 1, Zeile 22

Am Ende der Ziffer folgenden Text einfügen:

Vor 24 Jahren hat Heiner Geißler auf dem Bundesparteitag in der Hansestadt Hamburg den Begriff „soziale und ökologische Marktwirtschaft“ geprägt. Heute geht es darum die Marktwirtschaft für das digitale Zeitalter fit zu machen. Unsere Werte und Regeln müssen wir auch in einer globalisierenden Welt der Internetkonzerne und Hard- und Softwareanbieter durchsetzen. Uns muss es darum gehen der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft in der Digitalisierung Geltung zu verschaffen. Die Digitalisierung ist eine ähnliche Zäsur wie die Industrialisierung am Ende des 19. Jahrhunderts. Neue Verwerfungen und Verunsicherungen werden sichtbar. Es ist an der CDU Antworten zu geben, wie wir auch in Zukunft eine funktionierende Marktwirtschaft erhalten, die den Menschen dient. Wir müssen Antworten geben auf die Sorgen und Nöte der Menschen.

Wir sind die Partei mit Ludwig Ehrhardt, dem Verfechter der Marktwirtschaft, aber einer sozialen. Wir sind die Partei mit Klaus Töpfer, dem ersten Bundesumweltminister, mit dem Credo, die Schöpfung zu bewahren aber mit marktwirtschaftlichen Instrumenten.

Wir wollen das Versprechen „Wohlstand für alle“ erneuern und wollen uns weiter zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft in unserem Grundsatzprogramm bekennen.

- Nur uns kann es gelingen die Konflikte zwischen Wohlstand und Wachstum auf der einen Seite und dem Erhalt unserer Natur und Umwelt auf der anderen Seite aufzulösen.
- Nur uns kann es gelingen die Konflikte zwischen kostengünstiger weltweiter Arbeitsteilung und Massenproduktion auf der einen Seite und der Ökobilanz auf der anderen Seite aufzulösen.
- Nur uns kann es gelingen die Konflikte zwischen dem Einsatz neuer Technologien auf der einen Seite und der Risikoabschätzung auf der anderen Seite aufzulösen.

## **Antrag Nr. A 201 - EAK**

Ziffer 23, Zeilen 467 bis 468

Ändere

„Soziale Marktwirtschaft ist Verantwortung für kommende Generationen“

in

„Soziale Marktwirtschaft sorgt für Nachhaltigkeit bei Ressourcen, Umwelt und Klima“

**Antrag Nr. A 202 - EAK**

Ziffer 23, Zeilen 470 bis 473

Ändere

„Wachstum und Wohlstand dürfen nicht zulasten der kommenden Generationen oder der Schöpfung gehen; sie müssen nachhaltig sein. Das ist fester Bestandteil christdemokratischer Politik.“

in

„Wachstum und Wohlstand dürfen nicht zulasten zukünftiger Generationen gehen. Die Verantwortung für die Schöpfung im Sinne eines bewahrenden Umganges ist klarer Auftrag christdemokratischer Politik.“

**Antrag Nr. A 203 - EAK**

Ziffer 23, Zeilen 477 bis 478

Ändere

„Das betrifft beispielsweise die Bedrohung durch den Klimawandel.“

in

„Das betrifft beispielsweise die Wirkungen hohen Bevölkerungswachstums und die Bedrohung durch den Klimawandel.“

**Antrag Nr. A 204 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 19, Zeile 393

Nach

„Durch...“

füge ein

„den Fokus auf nachhaltiges Wirtschaften und“

**Antrag Nr. A 205 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 23, Zeile 470

Nach „ist.“

Füge ein

„Die Nachhaltige Marktwirtschaft ist die Soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts.“

**Antrag Nr. A 206 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 23, Zeile 474

Streiche: „können“

Setze: „wollen“

**Antrag Nr. A 207 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 23, Zeile 485

Streiche: „Schäden effizient reduzieren“

Setze: „darauf hinwirken, dass Schäden gar nicht erst entstehen“

**Antrag Nr. A 189 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 21, Zeile 439

Nach „...Herausforderungen...“

füge ein

„eines nachhaltigen Wirtschaftens,“

**Antrag Nr. A 228 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 25, Zeile 504

Streiche: „Soziale“

Setze: „Nachhaltige“

**Antrag Nr. A 235 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 26, Zeile 536

Streiche: „Soziale“

Setze: „Nachhaltige“

**Antrag Nr. A 236 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 26, Zeile 541

Streiche: „Sozialen“

Setze: „Nachhaltigen“



**Antrag Nr. A 237 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 26, Zeile 544

Nach „...von“

füge ein

„Nachhaltigkeit,“

**Antrag Nr. A 243 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 28, Zeile 570

Streiche: „Soziale“

Setze: „Nachhaltige“

**Antrag Nr. A 244 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 28, Zeilen 574-575

Streiche:

„Denn Soziale Marktwirtschaft ...statt Abschottung“.

Setze:

„Denn Nachhaltige Marktwirtschaft bedeutet Freiheit und Verantwortung statt Abschottung und sichert die globale Transformation zu einer nachhaltigen Welt.“

**Antrag Nr. A 9 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 1, Zeilen 2-3

Streiche: „Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“

Setze: „Von der Sozialen zur Nachhaltigen Marktwirtschaft“

**Antrag Nr. A 208 - KV Hannover-Stadt**

Ziffer 23, Zeile 478

Nach

„Das betrifft beispielsweise die Bedrohung durch den Klimawandel.“

füge ein

„Das betrifft beispielsweise die Bedrohung durch den Klimawandel und unkontrolliertes Bevölkerungswachstum.“

**Antrag Nr. A 209 - KV Hannover-Stadt**

Ziffer 23, Zeile 490

Nach

„Wie können wir mit geringerem Ressourceneinsatz Wachstum erreichen?“

füge eine neue Ziffer 23a ein

„23a.

Soziale Marktwirtschaft führt zu besserem Umweltschutz.

Im Umweltschutz setzen wir in Deutschland und der Europäischen Union zu stark auf Vorschriften und Vorgaben. Technischer Fortschritt kann durch die Soziale Marktwirtschaft sachgerechter und effektiver begleitet werden als durch starre Vorschriften und politisches Wunschdenken. Umweltabgaben, z.B. eine CO<sub>2</sub>-Steuer o.ä. sind effektiver und gerechter als Fahrverbote oder Subventionen. Die Energiewende bedarf einer marktwirtschaftlichen Neuausrichtung, wenn sie gelingen soll, sonst scheitert sie im Dschungel der Subventionsregelungen.“

**Antrag Nr. A 210 - KV Rastatt**

Ziffer 23, Zeile 487

Nach

...„Die Nutzung von Ressourcen sowie Infrastruktur muss stärker als bisher in solche Marktmechanismen eingebettet werden.“...

füge ein:

„Wir wollen Plastikmüll und Schadstoffe reduzieren, Schieneninfrastruktur stärken, alternative Antriebe fördern und alternative Energien weiterentwickeln.“

**Antrag Nr. A 118 - KV Rheinisch-Bergischer Kreis**

Ziffer 11, Zeilen 240 Ende, 240-242

Streiche: „

„Er sorgt dafür, dass das Luxusgut von heute zum allgemeinen Gebrauchsgut von morgen wird.“

Setze:

„Er sorgt dafür, dass Güter für einen größeren Kreis von Personen zugänglich werden unter dem Aspekt der Ressourceneffizienz und der ökologischen Nachhaltigkeit.“

**Antrag Nr. A 211 - KV Unna**

Ziffer 23, Zeilen 466 bis 490

Dieser gesamte Abschnitt sollte zwischen Ziffer 3 und Ziffer 4 platziert werden.

**Antrag Nr. A 212 - KV Vechta**

Ziffer 23, Zeile 489-490

Streiche:

„Wie können wir mit geringerem Ressourceneinsatz Wachstum erreichen?“

**Antrag Nr. A 213 - Bundesvorstand**

491 **24.**  
492 **Nachhaltigkeit leitet uns auch in der Finanz- und Sozialpolitik. Wir**  
493 **stehen für solide Finanzen. Denn wir wollen die**  
494 **Handlungsspielräume unserer Kinder und Enkel vergrößern anstatt**  
495 **ihnen Kosten aufzubürden. So sollen Bund, Länder und Kommunen**  
496 **keine neuen Schulden aufnehmen und darüber hinaus bestehende**  
497 **Schulden abbauen. Auch in den Sozialversicherungen muss**  
498 **Generationengerechtigkeit eine zentrale Rolle spielen. Denn die**  
499 **Schulden von heute sind die Steuern und Beiträge von morgen. Wie**  
500 **kann Generationengerechtigkeit in der Finanz- und Sozialpolitik**  
501 **sichergestellt werden, damit unsere Kinder und Enkel mehr**  
502 **Gestaltungsmöglichkeiten haben?**

Zur Ziffer 24 gehören die Anträge A 213, A 215, A 216, A 218, A 219 und A 221

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 213 und A 216 in folgender Fassung anzunehmen:

**24.**

Nachhaltigkeit leitet uns auch in der Finanz- und Sozialpolitik. Wir stehen für solide Finanzen. Denn wir wollen die Handlungsspielräume unserer Kinder und Enkel vergrößern anstatt ihnen Kosten aufzubürden. So sollen Bund, Länder und Kommunen keine neuen Schulden aufnehmen und darüber hinaus bestehende Schulden abbauen, vor allem in wirtschaftlich guten Zeiten. Auch in den Sozialversicherungen muss Generationengerechtigkeit eine zentrale Rolle spielen. Denn die Schulden von heute sind die Steuern und Beiträge von morgen. *Wie kann Generationengerechtigkeit in der Finanz- und Sozialpolitik sichergestellt werden, damit unsere Kinder und Enkel mehr Gestaltungsmöglichkeiten haben?*

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 215 an den Bundesfachausschuss Umwelt und Landwirtschaft, den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt sowie an den BACDJ zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 218 an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 219 an den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt sowie an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 214 bei Ziffer 16 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 217 bei Ziffer 7 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 220 bei Ziffer 9 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 221 abzulehnen.

## **Antrag Nr. A 214 - LV Sachsen**

Ziffer 24, Zeile 502

Nach (...) Gestaltungsmöglichkeiten haben?

füge ein:

Wir wollen den Mittelstand entlasten: Die im internationalen Vergleich hohe Steuer- und Abgabenquote gekoppelt mit einer historisch positiven volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit haben die öffentlichen Kassen gefüllt. Anders als andere Parteien glauben machen wollen, müssen wir nicht primär überlegen, wie wir diese Gelder ausgeben sollen. Vielmehr muss es unser Ziel sein, diejenigen zu entlasten, die diese Gelder erwirtschaften: Bürgerinnen und Bürger, Unternehmerinnen und Unternehmer. Es ist Zeit für eine umfassende Steuererleichterung.

## **Antrag Nr. A 215 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 24, Zeile 499

Nach „...von morgen.“

füge ein

„Wir werden uns dafür einsetzen, das Leitprinzip der Nachhaltigkeit und die Generationengerechtigkeit als ein weiteres Staatsziel in einem neuen Artikel 20b im deutschen Grundgesetz zu verankern.“

## **Antrag Nr. A 216 - KV Rastatt**

Ziffer 24, Zeilen 495 – 497

Ändere

„So sollen Bund, Länder und Kommunen keine neuen Schulden aufnehmen und darüber hinaus bestehende Schulden abbauen.“

in:

„So sollen Bund, Länder und Kommunen keine neuen Schulden aufnehmen und darüber hinaus bestehende Schulden abbauen, vor allem in wirtschaftlich guten Zeiten.“

### **Antrag Nr. A 217 - KV Rastatt**

Ziffer 24, Zeile 497

Nach

...„So sollen Bund, Länder und Kommunen keine neuen Schulden aufnehmen und darüber hinaus bestehende Schulden abbauen.“...

füge ein:

„Genauso wenig darf aber unsere Infrastruktur für die kommenden Generationen totgespart werden. Investitionen braucht es vor allem in den Bereichen Stromnetze, Straßen, Breitband, sowie Forschung und Entwicklung.“

### **Antrag Nr. A 218 - KV Stuttgart**

Ziffer 24, Zeile 497

Ergänzung von folgendem Absatz nach „...bestehende Schulden abbauen“:

Nachhaltige Finanzpolitik bedeutet auch, die öffentlichen Haushalte transparenter und nachhaltiger zu gestalten. Verbindlichkeiten jeglicher Art sind in Haushalten transparent zu bilanzieren und solide Gegenfinanzierungen und Rückstellungen aufzuzeigen. Die öffentlichen Haushalte von Bund, Länder und Kommunen machen heute Leistungsversprechen, ohne zu klären, wie diese in Zukunft gedeckt sind. Sie überlassen die Bürde ihrer Entscheidungen den nachfolgenden Generationen und stehen damit im offenen Widerspruch zur Generationengerechtigkeit.

### **Antrag Nr. A 219 - KV Stuttgart**

Ziffer 24 Zeilen 499-50

Streiche: („Wie kann Generationengerechtigkeit“)

Setze:

„So muss zum Beispiel bei der Rente sichergestellt werden, dass diejenigen, die heute in das Rentensystem wesentlich mehr einzahlen als ältere Generationen, etwa gleich hohe Rentenansprüche wie die heutige Rentnergeneration erwerben. Die Rentenbeiträge müssen dabei gedeckelt sein und die Leistungen gegebenenfalls angepasst werden. Insgesamt muss der deutliche Anstieg der Sozialausgaben an den Ausgaben des Bundes von 30% in 1992 auf inzwischen über 50% wieder zugunsten verstärkter Investitionstätigkeit in Bildung,

Forschung und Infrastruktur reduziert werden.“

## Antrag Nr. A 220 - KV Unna

Ziffer 24, Zeile 502

Füge ein

„Wie kann der Bund einen guten und gerechten Finanzausgleich für die von ihm verantworteten Sozialgesetzbücher gegenüber den Kommunen herstellen?“

## Antrag Nr. A 221 - KV Vechta

Ziffer 24, Zeile 496

Streiche: „... keine neuen Schulden aufnehmen ...“

## Antrag Nr. A 222 - Bundesvorstand

503 25.  
504 **Soziale Marktwirtschaft setzt auf die Sozialpartnerschaft.**  
505 **Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung sind wesentliche Faktoren**  
506 **für den Erfolg der deutschen Wirtschaft im internationalen**  
507 **Wettbewerb und den sozialen Zusammenhalt in unserer**  
508 **Gesellschaft. Die Grundlagen der Sozialpartnerschaft und**  
509 **Mitbestimmung werden derzeit stark herausgefordert. Die**  
510 **Digitalisierung verändert unsere Wirtschafts- und Arbeitswelt in**  
511 **rasanter Geschwindigkeit. Wir wollen gute Arbeitsplätze, denn nur**  
512 **dann können wir im internationalen Wettbewerb um gute Fachkräfte**  
513 **bestehen. Dazu gehören faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen,**  
514 **eine verlässliche soziale Absicherung in Selbstverwaltung und**  
515 **moderne Arbeitszeitmodelle.**  
516 **Wir sind davon überzeugt, dass die Sozialpartner auch in Zukunft**  
517 **eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Arbeitsregelungen haben**  
518 **sollen. Zugleich sind wichtige Anpassungen erforderlich, damit das**  
519 **Modell auch weiterhin die Bedürfnisse von Arbeitnehmern wie**  
520 **Arbeitgebern noch zeitgemäß decken kann. Wir wollen eine**  
521 **moderne und zukunftsgerichtete Tarifpartnerschaft. Dazu wollen wir**  
522 **weitere Flexibilisierungen erreichen und den relevanten Akteuren in**  
523 **den jeweiligen Branchen mehr Gestaltungsspielräume ermöglichen.**  
524 **Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Subsidiarität: Sozial- und**  
525 **Tarifpartner sollen die sie betreffenden Angelegenheiten regeln,**  
526 **damit ihr Wirken für Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch in Zukunft**  
527 **attraktiv bleibt. Darüber hinaus setzen wir auf eine**  
528 **Sozialpartnerschaft, die den Arbeitnehmern hilft, Vermögen**  
529 **aufzubauen. Hierzu wollen wir neue Wege zu Gewinn- und**  
530 **Kapitalbeteiligungen eröffnen. Denn wir wollen diese Partnerschaft**  
531 **stärken und die Partner in Verantwortung stellen, ohne dies**  
532 **mittelbar oder unmittelbar gesetzlich zu erzwingen. Gemeinsam**  
533 **müssen wir die Frage beantworten: Wie sieht die**  
534 **Sozialpartnerschaft der Zukunft aus?**

Zur Ziffer 25 gehören die Anträge A 121, A 222 bis A 227 und A 229 bis A 232

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 222 und A 223 in folgender Fassung anzunehmen:

25.

**Soziale Marktwirtschaft setzt auf die Sozialpartnerschaft.**

Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung sind wesentliche Faktoren für den Erfolg der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Die Grundlagen der Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung werden derzeit stark herausgefordert. Die Digitalisierung verändert unsere Wirtschafts- und Arbeitswelt in rasanter Geschwindigkeit. Wir wollen gute Arbeitsplätze, denn nur dann können wir im internationalen Wettbewerb um gute Fachkräfte bestehen. Dazu gehören faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen, eine verlässliche soziale Absicherung in Selbstverwaltung und moderne

Arbeitszeitmodelle.

Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft leben davon, dass es gute Möglichkeiten gibt, für Beschäftigte sich gewerkschaftlich zu organisieren und für Unternehmen Mitglied in Arbeitgeberverbänden zu sein. Wir sind davon überzeugt, dass die Sozialpartner auch in Zukunft eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Arbeitsregelungen haben sollen. Zugleich sind wichtige Anpassungen erforderlich, damit das Modell auch weiterhin die Bedürfnisse von Arbeitnehmern wie Arbeitgebern noch zeitgemäß decken kann. Wir wollen eine moderne und zukunftsgerichtete Tarifpartnerschaft. Dazu wollen wir weitere Flexibilisierungen erreichen und in den jeweiligen Branchen mehr Gestaltungsspielräume ermöglichen. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Subsidiarität: Sozial- und Tarifpartner sollen die sie betreffenden Angelegenheiten regeln, damit ihr Wirken für Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch in Zukunft attraktiv bleibt. Darüber hinaus setzen wir auf eine Sozialpartnerschaft, die den Arbeitnehmern hilft, Vermögen aufzubauen. Hierzu wollen wir neue Wege zu Gewinn- und Kapitalbeteiligungen eröffnen. Denn wir wollen diese Partnerschaft stärken und die Partner in Verantwortung stellen, ohne dies mittelbar oder unmittelbar gesetzlich zu erzwingen. *Gemeinsam müssen wir die Frage beantworten: Wie sieht die Sozialpartnerschaft der Zukunft aus und wie*

*können wir sie stärken?*

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 229 an den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 228 bei Ziffer 23 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 224 bis A 227 und A 230 bis A 232 abzulehnen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 121 als erledigt zu betrachten.

### **Antrag Nr. A 223 - BV CDA**

Ziffer 25, Zeile 511

Nach

„Die Grundlagen der Sozialpartnerschaft werden derzeit stark herausgefordert.“

füge ein:

„Mit großer Sorge sehen wir das Sinken der Tarifbindung. Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft leben davon, dass Beschäftigte sich gewerkschaftlich organisieren und Unternehmen Mitglied in Arbeitgeberverbänden sind. Wir wollen die Tarifbindung stärken und die Frage beantworten, auf welche Weise das am besten gelingen kann.“

### **Antrag Nr. A 224 - BV CDA**

Ziffer 25, Zeile 522

Streiche:

„Dazu wollen wir weitere Flexibilisierung erreichen und den relevanten Akteuren in den jeweiligen Branchen mehr Gestaltungsspielraum ermöglichen.“

Setze:

„Dazu wollen wir den relevanten Akteuren in den jeweiligen Branchen mehr Gestaltungsspielraum ermöglichen.“

### **Antrag Nr. A 225 - BV CDA**

Ziffer 25, Zeile 530 bis 532

Ändere

„Denn wir wollen diese Partnerschaft stärken und die Partner in Verantwortung stellen, ohne dies mittelbar oder unmittelbar gesetzlich zu erzwingen.“



in:

„Denn wir wollen diese Partnerschaft stärken und für Arbeitnehmer und Arbeitgeber Anreize schaffen, sich an ihr zu beteiligen.“

### **Antrag Nr. A 226 - BV Junge Union**

Ziffer 25, Zeile 532

Nach „erzwingen“

füge ein

„Allerdings achten wir auch die grundgesetzlich geschützte negative Koalitionsfreiheit. Wir wollen gerade innovative Startups, sonstige Gründer und kleinere Mittelständler, die sich gegen eine Tarifpartnerschaft entscheiden, im Wettbewerb nicht benachteiligen, indem wir für staatliche Regeln Ausnahmen nur für Tarifpartner zulassen. Um auch diese Unternehmen für die Tarifpartnerschaft zu gewinnen, sind die Tarifparteien aufgefordert, attraktive Angebote zu machen.“

### **Antrag Nr. A 227 - BV MIT**

Ziffer 25, Zeile 532:

Nach „erzwingen“ einen Absatz einfügen:

„Allerdings achten wir auch die grundgesetzlich geschützte negative Koalitionsfreiheit. Wir wollen gerade innovative Startups, sonstige Gründer und kleinere Mittelständler, die sich gegen eine Tarifpartnerschaft entscheiden, im Wettbewerb nicht benachteiligen, indem wir für staatliche Regeln Ausnahmen nur für Tarifpartner zulassen. Um auch diese Unternehmen für die Tarifpartnerschaft zu gewinnen, sind die Tarifparteien aufgefordert, attraktive Angebote zu machen.“

### **Antrag Nr. A 228 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 25, Zeile 504

Streiche: „Soziale“

Setze: „Nachhaltige“

### **Antrag Nr. A 229 - KV Hochsauerland**

Ziffer 25, Zeile 527

Hinter dem Wort „bleibt“ nachfolgenden Text einfügen:

„Dies setzt voraus, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer organisieren. Dazu müssen sie sich begegnen – im Betrieb, in der Mittagspause, beim Stammtisch. Die Möglichkeit, unabhängig von Zeit und Ort zu arbeiten, führt nicht nur dazu, dass Arbeit besser mit dem Privatleben vereinbar wird, sondern auch zur Auflösung fester Arbeitsverhältnisse und fester Betriebszugehörigkeit.“

Wir sehen die Gefahr, dass der Betrieb als erlebbare soziale Einheit nicht mehr wahrgenommen wird und nur noch virtuell besteht. Dies gefährdet die Grundlage der Mitbestimmung. Eine moderne und zukunftsgerichtete Tarifpartnerschaft muss daher Organisationsformen finden, die sicherstellen, dass alle an einem Produkt Arbeitenden (virtuell oder real) über gemeinsame Betriebsräte ihre Mitbestimmungsrechte wahrnehmen können.

Dabei ist auch die Fragen zu beantworten, wer ist heute Arbeitnehmer, ab wann ist man Betriebszugehöriger, was macht einen modernen Betrieb aus? Diese Fragen sind elementar für die Zukunft der Mitbestimmung. Moderne Arbeitsweisen und neue Beschäftigungsverhältnisse dürfen nicht zum schleichenden Tod der Mitbestimmung führen.“

### **Antrag Nr. A 230 - KV Paderborn**

Ziffer 25, Zeile 532

Hinter „erzwingen“ einen Absatz einfügen:

„Allerdings achten wir auch die grundgesetzlich geschützte negative Koalitionsfreiheit. Wir wollen gerade innovative Startups, sonstige Gründer und kleinere Mittelständler, die sich gegen eine Tarifpartnerschaft entscheiden, im Wettbewerb nicht benachteiligen, indem wir für staatliche Regeln Ausnahmen nur für Tarifpartner zulassen. Um auch diese Unternehmen für die Tarifpartnerschaft zu gewinnen, sind die Tarifparteien aufgefordert, attraktive Angebote zu machen.“

### **Antrag Nr. A 231 - KV Warendorf-Beckum**

Ziffer 25, Zeile 521

Ergänze und ändere nach „Tarifpartnerschaft“:

„Die fortschreitende Aushöhlung der Tarifpartnerschaft wollen wir durch eindeutige Stärkung der Allgemeinverbindlichkeit beenden. Gleichwohl wollen wir weitere Flexibilisierungen ...“

### **Antrag Nr. A 121 - KV Warendorf-Beckum**

Ziffer 11, Zeilen 250-252

Ändere und ergänze nach

„transparenten Wettbewerb...(bis)..erreicht werden“:

„konnten in einigen Bereichen in der Vergangenheit wichtige Vorteile für den Verbraucher erzielt werden. Einige dieser Vorteile sind allerdings auch durch Tariffucht erzielt worden. Immer mehr Unternehmen praktizieren ein Geschäftsmodell, sich durch Lohndumping Wettbewerbsvorteile gegenüber Mitbewerbern zu verschaffen und bringen dadurch viele mittelständische Unternehmen in Bedrängnis. Deshalb gilt es mehr Augenmerk auf Fairness im Wettbewerb im Sinne gerechter Rahmenbedingungen zu setzen.“

**Antrag Nr. A 232 - Auslandsverband Brüssel**

Ziffer 25, in Zeile 532 wird eingefügt:

„Die Sozialpartner können ihre Belange besser regeln als der Staat. Einigungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften verdienen daher wo immer möglich Vorrang gegenüber gesetzgeberischer Initiative.“

**Antrag Nr. A 233 - Bundesvorstand**

535 **26.**  
 536 **Soziale Marktwirtschaft ist unser Modell für Europa.**  
 537 **Unsere von Freiheit, Solidarität, Eigenverantwortung, Mut und**  
 538 **Optimismus geprägte Haltung soll uns auch in Europa für die**  
 539 **Zukunft gemeinsam stark machen. Dabei stehen der Europäische**  
 540 **Binnenmarkt und der Euro als stabile Währung im Herzen des**  
 541 **Modells der Sozialen Marktwirtschaft für Europa, das wir im**  
 542 **Lissaboner Vertrag verankert haben. Die Europäische Union hat die**  
 543 **Kraft, einem Ordnungsrahmen Geltung zu verleihen, der angesichts**  
 544 **von Globalisierung und Digitalisierung Markt und Wettbewerb**  
 545 **schützt.**  
 546 **Für uns ist klar: Die Stabilität des Euro kann nur mit soliden**  
 547 **Finanzen sichergestellt werden. Wir müssen die Regeln des**  
 548 **Stabilitäts- und Wachstumspakts stärken und politisch konsequent**  
 549 **umsetzen. Die Vergemeinschaftung von Schulden in der**  
 550 **Europäische Union lehnen wir weiterhin ab – denn auch in der**  
 551 **Wirtschafts- und Währungsunion dürfen**  
 552 **Entscheidungsverantwortung und Haftung nicht auseinanderfallen.**  
 553 **Wir wollen eine unabhängige Europäische Zentralbank, die**  
 554 **Geldwertstabilität in der Eurozone sicherstellt. Monetäre**  
 555 **Haushaltsfinanzierung ist nicht ihre Aufgabe.**

Zur Ziffer 26 gehören die Anträge A 166, A 233, A 234 und A 238

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 233 und A 238 in folgender Fassung anzunehmen:

**26.**  
**Soziale Marktwirtschaft ist unser Modell für Europa.**

Unsere von Freiheit, Solidarität, Eigenverantwortung, Mut und Optimismus geprägte Haltung soll uns auch in Europa für die Zukunft gemeinsam stark machen. Dabei stehen der Europäische Binnenmarkt und der Euro als stabile Währung im Herzen des Modells der Sozialen Marktwirtschaft für Europa, das wir im Lissaboner Vertrag verankert haben. Die Europäische Union hat die Kraft, einem Ordnungsrahmen Geltung zu verleihen, der angesichts von Globalisierung und Digitalisierung Markt und Wettbewerb schützt und neue Chancen eröffnet.

Für uns ist klar: Die Stabilität des Euro kann nur mit soliden Finanzen sichergestellt werden. Wir müssen die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts stärken und politisch konsequent umsetzen. Die Vergemeinschaftung von Schulden in der Europäische Union lehnen wir weiterhin ab –

denn auch in der Wirtschafts- und Währungsunion dürfen Entscheidungsverantwortung und Haftung nicht auseinanderfallen. Wir wollen eine unabhängige Europäische Zentralbank, die Geldwertstabilität in der Eurozone sicherstellt. Die Finanzierung von Haushalten europäischer Staaten ist nicht ihre Aufgabe.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 234 an den Bundesfachausschuss Europapolitik sowie an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 235 bis A 237 bei Ziffer 23 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 166 als erledigt zu betrachten.

## **Antrag Nr. A 234 - BV Junge Union**

Ziffer 26, Zeile 551-552

Nach

„Wirtschafts- und Währungsunion dürfen Entscheidungsverantwortung und Haftung nicht auseinanderfallen.“

füge ein

„Zentrale Bausteine für einen starken europäischen Stabilitätsrahmen sind deshalb die Entwicklung eines geregelten Insolvenz- und Austrittsverfahrens sowie die Eigenkapitalunterlegung von Staatsanleihen in den Bankbilanzen.“

## **Antrag Nr. A 235 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 26, Zeile 536

Streiche: „Soziale“

Setze: „Nachhaltige“

## **Antrag Nr. A 236 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 26, Zeile 541

Streiche: „Sozialen“

Setze: „Nachhaltigen“

### Antrag Nr. A 237 - KV Bad Kreuznach

Ziffer 26, Zeile 544

Nach „...von“

füge ein

„Nachhaltigkeit,“

### Antrag Nr. A 166 - KV Hannover-Stadt

Ziffer 17, Zeile 379

Nach

„... digitalisierten und globalisierten Arbeitswelt leistungsgerechte Löhne?“

füge ein neue Ziffer 17a ein

„17a.

Soziale Marktwirtschaft braucht Zinsgerechtigkeit in Europa.

Zum inneren Frieden gehört aber auch der Schutz der europäischen Sparer.

Eine Inflationsrate, die die Zinsen langfristig übersteigt, ist kalte Enteignung.

Dieser Zustand fördert die Altersarmut und erschwert die Vermögensbildung für

alle Bürger Europas. Deutschland sollte für die Vorteile der Sozialen

Marktwirtschaft bei allen Bürgern und Parteien in der Europäischen Union

werben, um die Friedens- und Wohlstandsunion abzusichern.“

### Antrag Nr. A 238 - Auslandsverband Brüssel

Ziffer 26, Zeilen 542 bis 545 werden wie folgt ergänzt:

„Die Europäische Union hat die Kraft, einem Ordnungsrahmen Geltung zu verleihen, der angesichts von Globalisierung und Digitalisierung Markt und Wettbewerb schützt und neue Chancen eröffnet.“

### Antrag Nr. A 239 - Bundesvorstand

556 27.  
557 **Der Binnenmarkt ist eine wichtige Grundlage für wirtschaftliche**  
558 **Entwicklung und Wohlstand in Europa. Um diesen Wohlstand in**  
559 **Europa zu erhalten, sind Strukturreformen notwendig. Entscheidend**  
560 **ist aber auch, Barrieren im Binnenmarkt abzubauen und damit den**  
561 **Wettbewerb zu stärken. Wir wollen einen echten gemeinsamen**  
562 **europäischen Markt mit europäischen Unternehmen als „Global**  
563 **Champions“. Dies gilt insbesondere für die Schlüsselbereiche der**  
564 **Digitalwirtschaft, des Energiesektors und des Kapitalmarkts. Gerade**  
565 **hier brauchen wir europaweit einheitliche Standards und**  
566 **Marktregeln. So kann sich der Europäische Binnenmarkt**  
567 **weiterentwickeln, der unseren Unternehmen ausreichend**  
568 **Wachstums- und Innovationschancen bietet.**

Zur Ziffer 27 gehören die Anträge A 239 bis A 241

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge A 239 bis A 241 in folgender Fassung anzunehmen:

**27.**

Der Binnenmarkt ist eine wichtige Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand in Europa. Um diesen Wohlstand in Europa

zu erhalten und zu mehren, sind  
Strukturreformen notwendig. Entscheidend ist  
aber auch, Barrieren im Binnenmarkt  
abzubauen und damit den Wettbewerb zu  
stärken. Wir wollen einen echten  
gemeinsamen europäischen Markt mit  
europäischen Unternehmen als „Global  
Champions“. Dies gilt insbesondere für die  
Schlüsselbereiche der Digitalwirtschaft, des  
Energiesektors und des Kapitalmarkts.  
Gerade hier brauchen wir europaweit  
einheitliche Standards und Marktregeln.  
Hinzu kommen offene Grenzen innerhalb des  
Schengen-Raums, ein leistungsfähiges  
europäisches Transport- und Verkehrsnetz  
und eine flächendeckende Dateninfrastruktur  
auf dem neuesten Stand. So kann sich der  
Europäische Binnenmarkt weiterentwickeln,  
der unseren Unternehmen ausreichend  
Wachstums- und Innovationschancen bietet.

### **Antrag Nr. A 240 - Auslandsverband Brüssel**

Ziffer 27, Zeilen 558 und 559 werden wie folgt ergänzt:

„Um diesen Wohlstand in Europa zu erhalten und zu mehren, sind  
Strukturreformen notwendig.“

### **Antrag Nr. A 241 - Auslandsverband Brüssel**

Ziffer 27, in Zeile 566 wird eingefügt:

„Hinzu kommen offene Grenzen innerhalb des Schengenraums, ein  
leistungsfähiges europäisches Transport- und Verkehrsnetz und eine  
flächendeckende Dateninfrastruktur auf dem neuesten Stand.“

**Antrag Nr. A 242 - Bundesvorstand**

569 **28.**  
570 **Soziale Marktwirtschaft bedeutet Offenheit statt Abschottung.**  
571 **Freihandel und Globalisierung sind Wachstums- und**  
572 **Wohlstandstreiber. Sie haben Milliarden Menschen aus der Armut**  
573 **geführt. Grundlage für freien Handel sind offene Märkte und faire**  
574 **Regeln. Denn Soziale Marktwirtschaft bedeutet Freiheit und**  
575 **Verantwortung statt Abschottung. International stehen die**  
576 **Leitgedanken der Demokratie wie auch der Sozialen Marktwirtschaft**  
577 **unter Druck und im Wettbewerb mit konkurrierenden Gesellschafts-**  
578 **und Wirtschaftsmodellen. Diese Systemfrage zeigt sich immer**  
579 **deutlicher – und ihr stellen wir uns mit einer klaren Haltung:**  
580 **Demokratie und Soziale Marktwirtschaft gehören für uns untrennbar**  
581 **zusammen. Dafür und für die dahinterliegenden Werte und**  
582 **Prinzipien von Freiheit, Solidarität, Eigenverantwortung und**  
583 **Offenheit wollen wir uns auch weiterhin weltweit einsetzen.**

Zur Ziffer 28 gehören die Anträge A 123, A 131,  
A 242 und A 245 bis A 247

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge  
A 131, A 242, A 246 und A 247 in folgender  
Fassung anzunehmen:

**28.**

**Soziale Marktwirtschaft bedeutet Offenheit  
statt Abschottung.**

Freihandel und Globalisierung sind  
Wachstums- und Wohlstandstreiber. Sie  
haben Milliarden Menschen aus der Armut  
geführt. Grundlage für freien Handel sind  
offene Märkte und faire Regeln. Denn Soziale  
Marktwirtschaft bedeutet Freiheit und  
Verantwortung statt Abschottung.  
International stehen die Leitgedanken der  
Demokratie wie auch der Sozialen  
Marktwirtschaft unter Druck und im  
Wettbewerb mit konkurrierenden  
Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen.  
Diese Systemfrage zeigt sich immer  
deutlicher – und ihr stellen wir uns mit einer  
klaren Haltung: Demokratie und Soziale  
Marktwirtschaft gehören für uns untrennbar  
zusammen. Dafür und für die  
dahinterliegenden Werte und Prinzipien von  
Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit,  
Eigenverantwortung und Offenheit wollen wir  
uns auch weiterhin weltweit einsetzen. Zudem  
streben wir den Abschluss weiterer  
Freihandelsabkommen der Europäischen  
Union mit unseren Handelspartnern an. Wir  
brauchen außerdem eine Anpassung der  
internationalen Handelsabkommen, auch und

gerade im Rahmen der  
Welthandelsorganisation, an die neuen  
Entwicklungen in Digitalisierung und  
Dienstleistungen sowie einen  
Ordnungsrahmen für die digitale Welt.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge  
A 243 und A 244 bei Ziffer 23 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag  
A 245 abzulehnen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag  
A 123 als erledigt zu betrachten.

### **Antrag Nr. A 243 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 28, Zeile 570

Streiche: „Soziale“

Setze: „Nachhaltige“

### **Antrag Nr. A 244 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 28, Zeilen 574-575

Streiche:

„Denn Soziale Marktwirtschaft ...statt Abschottung“.

Setze:

„Denn Nachhaltige Marktwirtschaft bedeutet Freiheit und Verantwortung statt  
Abschottung und sichert die globale Transformation zu einer nachhaltigen Welt.“

### **Antrag Nr. A 245 - KV Bad Kreuznach**

Ziffer 28, Zeilen 575-578

Streiche: „International stehen ... Wirtschaftsmodell.“

### **Antrag Nr. A 246 - KV Gelsenkirchen**

Ziffer 28, Zeile 575

Nach „Abschottung“

füge ein:



„Deshalb setzen wir uns für den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit unseren Handelspartnern ein.“

### **Antrag Nr. A 247 - KV Warendorf-Beckum**

Ziffer 28, Zeile 582

Nach „Eigenverantwortung“

füge ein: „..., Gerechtigkeit...“

### **Antrag Nr. A 123 - Auslandsverband Brüssel**

Ziffer 11, Zeile 244

In Zeile 244 wird folgender Satz eingefügt:

„Dazu leisten Freihandel und offene Märkte einen wichtigen Beitrag.“

### **Antrag Nr. A 131 - Auslandsverband Brüssel**

Ziffer 12, Zeilen 267 und 268 werden wir folgt ergänzt:

„Wir brauchen daher eine Anpassung der internationalen Handelsabkommen, auch und gerade im Rahmen der Welthandelsorganisation, an die neuen Entwicklungen in Digitalisierung und Dienstleistungen sowie einen Ordnungsrahmen für die digitale Welt“.

### **Antrag Nr. A 248 - Bundesvorstand**

584 **29.**  
585 **Wir sind auf dem Weg zum Grundsatzprogramm 2020.**  
586 **Bis zum Jahr 2020 wollen wir die Herausforderungen unserer Zeit**  
587 **identifizieren, auf der Basis unserer Werte und Überzeugungen**  
588 **mögliche Lösung diskutieren und uns gemeinsam auf Antworten**  
589 **verständigen. Für diesen Prozess, an dem sich alle Mitglieder**  
590 **beteiligen können, nehmen wir uns gut zwei Jahre Zeit. Am Ende**  
591 **wollen wir mit einer überzeugenden Programmatik für die Zukunft**  
592 **Antworten auf neue Fragen geben und auf dieser Basis um**  
593 **Vertrauen und Zustimmung werben.**

Zur Ziffer 29 gehört der Antrag A 248

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 248 in folgender Fassung anzunehmen:

**29.**

**Wir sind auf dem Weg zum  
Grundsatzprogramm 2020.**

Dafür wollen wir auf der Basis unserer Werte und Überzeugungen mögliche Lösungen diskutieren und uns gemeinsam auf Antworten verständigen. Für diesen Prozess, an dem sich alle Mitglieder beteiligen können, nehmen wir uns gut zwei Jahre Zeit. Mit diesem Grundsatzprogramm wollen wir überzeugende Antworten auf neue Fragen geben und auf dieser Basis um Vertrauen und

Zustimmung werben.

# 31. Parteitag der CDU Deutschlands

7. bis 8. Dezember, Hamburg Messe

**CDU**

**Statut**

## Antrag Nr. B 1 - Bundesvorstand

Das Statut der CDU wird wie folgt geändert (Änderungen durch Fettdruck hervorgehoben):

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B 1 anzunehmen.

### 1. § 29 (Zuständigkeiten des Bundesparteitages)

§ 29 Abs. 2 Statut der CDU wird wie folgt geändert:

„(2) Er wählt als Mitglieder des Bundesvorstandes in getrennten Wahlgängen:

1. die oder den Vorsitzende/n,
2. auf Vorschlag der oder des Vorsitzenden die oder den Generalsekretär/in,
3. fünf stellvertretende Vorsitzende,
4. die oder den Bundesschatzmeister/in,
5. weitere sieben Mitglieder des Präsidiums,
6. die oder den Mitgliederbeauftragte/n,
7. weitere 26 Mitglieder des Bundesvorstandes.

Er kann auf Vorschlag des Bundesvorstandes Ehrenvorsitzende auf Lebenszeit als Vorstandsmitglieder kraft Satzung wählen; sie haben Sitz und Stimme in allen Organen der Bundespartei.

Die Mitglieder des Bundesvorstandes werden in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt. Der Generalsekretär wird in jedem vierten Kalenderjahr gewählt; er kann jedoch auf Vorschlag des Vorsitzenden durch den Bundesausschuss vorzeitig von den Pflichten seines Amtes entbunden werden. Für den Beschluss des Bundesausschusses ist die Mehrheit seiner Mitglieder erforderlich.

Die unter Ziffer 1 bis 5 genannten Mitglieder des Bundesvorstandes und die Ehrenvorsitzenden sowie der Bundeskanzler, der Präsident oder der Vizepräsident des Deutschen Bundestages und der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages sowie der Präsident des Europäischen Parlamentes, der Vorsitzende der EVP-Fraktion des Europäischen Parlamentes **und der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament**, soweit sie der CDU angehören, bilden das Präsidium. Die Ministerpräsidenten der Länder, soweit sie der CDU angehören, nehmen an den Sitzungen des Präsidiums beratend teil.“

### 2. § 33 (Zusammensetzung des Bundesvorstandes)

§ 33 Abs. 1 Statut der CDU wird wie folgt geändert:

„(1) Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

1. den Ehrenvorsitzenden, dem Vorsitzenden, dem Generalsekretär, den fünf stellvertretenden Vorsitzenden, dem Bundesschatzmeister, sieben weiteren Mitgliedern des Präsidiums, dem Mitgliederbeauftragten sowie den weiteren 26 gewählten Mitgliedern des Bundesvorstandes,
2. dem Bundeskanzler, dem Präsidenten oder Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages sowie dem Präsidenten des Europäischen Parlamentes, dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion des Europäischen **Parlamentes und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament**, soweit sie der CDU angehören,
3. den Vorsitzenden der Landesverbände, soweit nicht dem Bundesvorstand bereits Mitglieder aus dem jeweiligen Bundesland nach Ziffern 1 und 2 angehören.“

§ 33 Abs. 4 Statut der CDU wird wie folgt geändert:

„Die Ministerpräsidenten der Länder, soweit sie der CDU angehören, sowie die

Vorsitzenden der Landesverbände und der Bundesvereinigungen der Partei nehmen an den Sitzungen des Bundesvorstandes beratend teil. ~~Gleiches gilt für den Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und für den Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), soweit sie der CDU angehören.~~

## Antrag Nr. B 2 - BV Junge Union, BV MIT, LV Sachsen

### Elektronische Abstimmungen vereinfachen

Die Möglichkeit von elektronischen Abstimmungen soll erleichtert und vereinfacht werden. Dazu ist das Bundesstatut wie folgt zu ändern:

#### § 42 (Abstimmungsarten)

- Streichung im Abs. (1) im Satz 1 von: „mit einer vom BSI zertifizierten Methode“

#### § 43 (Wahlen)

- Ergänzung im Abs. (1) nach Satz 2: „Als Stimmzettel im Sinne dieses Statuts gilt auch ein elektronisches Stimmformular, sofern deren Verwendung gesetzlich zulässig ist, den Datenschutz und die Datensicherheit gewähren.“
- Ergänzung im Abs. (2) nach Satz 2: „Bei elektronischer Stimmabgabe erfolgt die Wahl entsprechend durch eindeutige Markierungen hinter den Namen.“

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B 2 zum Punkt § 42 Statut in folgender Fassung anzunehmen.

### Elektronische Abstimmungen vereinfachen

„§ 42 (Abstimmungsarten) Abs. 1 Statut der CDU wird wie folgt geändert:

- (1) Abstimmungen erfolgen durch Handzeichen, durch hochgehobene Stimmkarten oder auf elektronischem Wege mit einer anerkannten, zertifizierten Methode, die dem Stand der Technik entspricht. Wenn mindestens ein Viertel der anwesenden Stimmberechtigten es verlangt, muss geheim abgestimmt werden.“

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge B 2 zum Punkt § 43 Statut und B 5 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen.

„§ 43 (Wahlen) Abs. 1 Statut der CDU wird wie folgt geändert:

- (1) Die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes sowie die Wahlen der Delegierten für den Bundesparteitag und den Bundesausschuss durch die Parteitage der nachgeordneten Gebietsverbände sind geheim und erfolgen durch Stimmzettel. Ebenso müssen die Vorstände und Delegierten der übrigen Organisationsstufen geheim gewählt werden. Bei allen übrigen Wahlen kann offen abgestimmt werden, wenn sich auf Befragen kein Widerspruch erhebt.

Als Stimmzettel im Sinne dieses Statuts gilt auch ein anerkanntes, zertifiziertes elektronisches Stimmformular, das die Einhaltung der demokratischen Wahlgrundsätze, des Datenschutzes und der Datensicherheit sicherstellt. Bei einer elektronischen Stimmabgabe erfolgt die Wahl durch eindeutige Markierung hinter dem Namen des Kandidaten. Der Einsatz im Rahmen von Aufstellungen zu öffentlichen Wahlen ist unzulässig.“

## Antrag Nr. B 3 - BV Junge Union

### Parteitagsentscheidung über Koalitionsverträge in Parteisatzung implementieren

Die CDU Deutschlands fordert, dass Koalitionsverträge auf Bundesebene künftig immer durch einen CDU Bundesparteitag beschlossen werden.

§ 29 des Status der CDU Deutschlands (Zuständigkeiten des Bundesparteitags)

ist entsprechend um folgenden Absatz 8 zu ergänzen:

„Er beschließt über die Beteiligung an Koalitionen auf Bundesebene.“

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B 3 abzulehnen.

## Antrag Nr. B 4 - KV Duisburg

### Beitragsregelung

Die Beitragsregelung wird gem. § 9 Abs. 2 Finanz- und Beitragsordnung der CDU wie folgt neu gefasst:

...

Nach Absatz (5)

füge ein Absatz (6):

„Die Kreisverbände können einen ermäßigten monatlichen Beitrag für Schüler, Studenten und Auszubildende von 2 Euro festlegen.

Die Abführung der Beitragsanteile an Bezirks- und Landesverbände sowie an die Bundespartei wird dabei um 50 % reduziert.“

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B 4 abzulehnen.

## Antrag Nr. B 5 - KV Köln

§ 43 Bundesstatut der CDU Deutschland wird wie folgt ergänzt: Füge als neuen Absatz 1 ein (Ergänzungen fett):

§ 43 (Wahlen)

(1) Die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes sowie die Wahlen der Delegierten für den Bundesparteitag und den Bundesausschuss durch die Parteitage der nachgeordneten Gebietsverbände sind geheim und erfolgen durch Stimmzettel **oder durch BSI-zertifizierte elektronische Wahlsysteme**.

...

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge B 2 zum Punkt § 43 Statut und B 5 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen.

„§ 43 (Wahlen) Abs. 1 Statut der CDU wird wie folgt geändert:

(1) Die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes sowie die Wahlen der Delegierten für den Bundesparteitag und den Bundesausschuss durch die Parteitage der nachgeordneten Gebietsverbände sind geheim und erfolgen durch Stimmzettel. Ebenso müssen die Vorstände und Delegierten der übrigen Organisationsstufen geheim gewählt werden. Bei allen übrigen Wahlen kann offen abgestimmt werden, wenn sich auf Befragen kein Widerspruch erhebt.

Als Stimmzettel im Sinne dieses Statuts gilt auch ein anerkanntes, zertifiziertes elektronisches Stimmformular, das die Einhaltung der demokratischen Wahlgrundsätze, des Datenschutzes und der Datensicherheit

sicherstellt. Bei einer elektronischen Stimmabgabe erfolgt die Wahl durch eindeutige Markierung hinter dem Namen des Kandidaten. Der Einsatz im Rahmen von Aufstellungen zu öffentlichen Wahlen ist unzulässig.

# 31. Parteitag der CDU Deutschlands

7. bis 8. Dezember, Hamburg Messe

**CDU**

## Sonstige Anträge



**Antrag Nr. C 1 - BV CDA, BV Frauen Union****Mehr Volkspartei unter den Mandatsträgern**

Zur Sicherung der Volkspartei CDU brauchen wir Vielfalt in den Parlamenten. Der CDU-Bundesparteitag fordert deshalb den CDU-Bundesvorstand auf, ein Konzept zu entwickeln, wie die CDU-Fraktionen im Bundestag und in den Landesparlamenten in ihrer Zusammensetzung trotz abnehmender Bedeutung der Wahllisten der Vielfalt einer großen Volkspartei gerecht werden können. Das Konzept soll auch konkrete Forderungen für die laufende Wahlrechtsreform des Deutschen Bundestages enthalten, für deren Umsetzung sich der CDU-Bundesvorstand einsetzen wird.

**Antrag Nr. C 2 - BV CDA****Tarifautonomie stärken – Wohlstand sichern**

Im Jahr 1918 einigten sich im deutschen Bergbau erstmals Arbeitgeber und Arbeitnehmer ohne Einmischung des Staates auf verbindliche Arbeitsbeziehungen. Das sogenannte „Stinnes-Legien-Abkommen“ ging als erster Tarifvertrag in die Geschichtsbücher ein. Mit ihm begann vor genau 100 Jahren die lange Tradition der Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und Tarifautonomie in Deutschland, ohne die unsere Soziale Marktwirtschaft kaum denkbar wäre.

Mitbestimmung und Tarifautonomie sind Ausdruck gelebter Subsidiarität. Christlich-Soziale haben das sozialpartnerschaftliche Miteinander – in Abgrenzung zu Klassenkampf und schrankenlosem Kapitalismus – in unserem Land begründet. Auf diese Erfolgsgeschichte sind wir stolz. Wir stehen zur Sozialpartnerschaft und wollen sie für die Zukunft stark machen.

Wir Christ-Demokraten wissen: Starke Sozialpartner entlasten den Staat. Wir trauen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu, in Verhandlungen auf Augenhöhe eigenständig über Löhne und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Die Tarifpartner wissen am besten um die Besonderheiten ihrer Branchen und können passgenaue Lösungen finden. Tarifverträge sorgen für gute Löhne und Arbeitsbedingungen. Deshalb kann sich die Politik darauf beschränken, ausschließlich Mindestanforderungen an Löhne und Arbeitsbedingungen festzulegen.

Wir Christ-Demokraten wissen: Die Sozialpartnerschaft ist ein internationaler Wettbewerbsvorteil. In den letzten Jahrzehnten haben die Tarifpartner immer wieder bewiesen, dass sie eine vorausschauende und innovative Tarifpolitik betreiben. Tarifverträge geben Unternehmen Planungssicherheit. Es ist auch Verdienst der Sozialpartner, dass unsere Wirtschaft im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts trotz Finanz- und Wirtschaftskrise an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen konnte.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 1 in folgender Fassung anzunehmen:

**Mehr Volkspartei unter den Mandatsträgern**

Zur Sicherung der Volkspartei CDU brauchen wir Vielfalt in den Parlamenten. Der CDU-Bundesparteitag fordert deshalb den CDU-Bundesvorstand auf, ein Konzept zu entwickeln, wie die CDU-Fraktionen im Bundestag und in den Landesparlamenten in ihrer Zusammensetzung trotz abnehmender Bedeutung der Wahllisten der Vielfalt einer großen Volkspartei gerecht werden können. Das Konzept soll auch konkrete Forderungen für die laufende Wahlrechtsreform des Deutschen Bundestages enthalten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 2 in folgender Fassung anzunehmen:

**Tarifautonomie stärken – Wohlstand sichern**

Im Jahr 1918 einigten sich im deutschen Bergbau erstmals Arbeitgeber und Arbeitnehmer ohne Einmischung des Staates auf verbindliche Arbeitsbeziehungen. Das sogenannte „Stinnes-Legien-Abkommen“ ging als erster Tarifvertrag in die Geschichtsbücher ein. Mit ihm begann vor genau 100 Jahren die lange Tradition der Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und Tarifautonomie in Deutschland, ohne die unsere Soziale Marktwirtschaft kaum denkbar wäre. Mitbestimmung und Tarifautonomie sind Ausdruck gelebter Subsidiarität. Christlich-Soziale haben das sozialpartnerschaftliche Miteinander – in Abgrenzung zu Klassenkampf und schrankenlosem Kapitalismus – in unserem Land begründet. Auf diese Erfolgsgeschichte sind wir stolz. Wir stehen zur Sozialpartnerschaft und wollen sie für die Zukunft stark machen.

**Wir Christ-Demokraten wissen:** Starke Sozialpartner entlasten den Staat. Wir trauen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu, in Verhandlungen auf Augenhöhe eigenständig über Löhne und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Die Tarifpartner wissen am besten um die Besonderheiten ihrer Branchen und können passgenaue Lösungen finden. Tarifverträge sorgen für gute Löhne und Arbeitsbedingungen.

Wir Christ-Demokraten wissen: Die Sozialpartner fördern den sozialen Frieden in unserem Land. Die Mitbestimmung bildet einen verlässlichen Rahmen, um Konflikte in den Betrieben durch Kooperation und Dialog zu lösen. Dadurch erhöht sie die Produktivität unserer Unternehmen und sorgt dafür, dass die Wirtschaft in den Dienst der Menschen gestellt wird. In der Sache hart zu verhandeln, zu einem Kompromiss zu finden und sich dann wieder auf die gemeinsamen Ziele zu besinnen: Das ist Ziel der Mitbestimmung und stärkt den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Wir Christ-Demokraten wissen: Tarifverträge helfen das Ziel „Wohlstand für alle“ zu verwirklichen. Die Organisation in Gewerkschaften stärkt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für sich allein keine gute Verhandlungsposition hätten. In Tarifverträgen werden solidarisch für alle Beschäftigten einer Branche – vom Pförtner bis zum leitenden Angestellten – gute Arbeitsbedingungen und Löhne verhandelt. Dadurch kommen Produktivitätsgewinne allen Beschäftigten zu Gute.

Die CDU Deutschlands will diese lange Tradition der Sozialpartnerschaft in Deutschland bewahren und für das Zeitalter der Digitalisierung fit machen. Unser Ziel ist es, dass möglichst viele Beschäftigte von Betriebsräten vertreten und durch Tarifverträge erfasst werden. Mit Sorge sehen wir, dass immer weniger Arbeitnehmer und Arbeitgeber organisiert sind: Waren in den Neunzigerjahren noch die Hälfte der Beschäftigten tarifgebunden, sind es inzwischen weniger als 40 Prozent. Wir wollen mit geeigneten Maßnahmen die Sozialpartnerschaft stärken.

Unser Ziel ist eine höhere Tarifbindung. Deshalb begrüßen wir, dass es noch nie so viele allgemeinverbindliche Tarifverträge gegeben hat wie heute und streben eine Ausweitung an. Wir wollen Tarifverträge für Unternehmen noch attraktiver machen. Deshalb wollen wir arbeitspolitische Fragen – etwa die flexiblere Gestaltung von Arbeitszeitbestimmungen – an das Vorhandensein von Tarifverträgen koppeln. Wir sehen auch die Sozialpartner selbst in der Verantwortung. Sie müssen für eine höhere Tarifbindung sorgen, indem sie Beschäftigte und Arbeitgeber in Gewerkschaften und tarifgebundenen Arbeitgeberverbänden organisieren. Die CDU Deutschlands ruft deshalb ausdrücklich zur Mitgliedschaft in den jeweiligen Verbänden auf!

Deshalb kann sich die Politik darauf beschränken, ausschließlich Mindestanforderungen an Löhne und Arbeitsbedingungen festzulegen, wo dies notwendig ist.

**Wir Christ-Demokraten wissen:**

Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung sind wesentliche Faktoren für den Erfolg der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. In den letzten Jahren haben die Tarifpartner immer wieder bewiesen, dass sie eine vorausschauende und innovative Tarifpolitik betreiben. Tarifverträge geben Unternehmen Planungssicherheit. Es ist auch Verdienst der Sozialpartner, dass unsere Wirtschaft im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts – geprägt von Finanz- und Wirtschaftskrise – an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen konnte.

**Wir Christ-Demokraten wissen:**

Die Sozialpartner fördern den sozialen Frieden in unserem Land. Die Mitbestimmung bildet einen verlässlichen Rahmen, um Konflikte in den Betrieben durch Kooperation und Dialog zu lösen. Dadurch erhöht sie die Produktivität unserer Unternehmen und sorgt dafür, dass die Wirtschaft in den Dienst der Menschen gestellt wird. In der Sache hart zu verhandeln, zu einem Kompromiss zu finden und sich dann wieder auf die gemeinsamen Ziele zu besinnen: Das ist Ziel der Mitbestimmung und stärkt den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

**Wir Christ-Demokraten wissen:**

Tarifverträge helfen das Ziel „Wohlstand für alle“ zu verwirklichen. Die Organisation in Gewerkschaften stärkt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für sich allein oft keine gute Verhandlungsposition hätten. In Tarifverträgen werden solidarisch für alle Beschäftigten einer Branche – vom Pförtner bis zum leitenden Angestellten – gute Arbeitsbedingungen und Löhne verhandelt. Dadurch profitieren alle Beschäftigten von Produktivitätsgewinnen, müssen aber auch mitunter notwendige Lohnzurückhaltung gemeinsam tragen. Die CDU Deutschlands will diese lange Tradition der Sozialpartnerschaft in Deutschland bewahren und für das Zeitalter der Digitalisierung fit machen. Unser Ziel ist es, dass möglichst viele Beschäftigte die Möglichkeit haben, von Betriebsräten vertreten und durch Tarifverträge erfasst zu werden. Mit Sorge sehen wir, dass immer weniger Arbeitnehmer und Arbeitgeber organisiert sind: Waren in den Neunzigerjahren noch die Hälfte der Beschäftigten tarifgebunden,

sind es inzwischen weniger als 40 Prozent. Wir wollen mit geeigneten Maßnahmen die Sozialpartnerschaft stärken.

Wir sind davon überzeugt, dass die Sozialpartner auch in Zukunft eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Arbeitsregelungen haben sollen. Wir wollen eine moderne und zukunftsgerichtete Tarifpartnerschaft. Dazu wollen wir weitere Flexibilisierungen erreichen und den relevanten Akteuren in den jeweiligen Branchen mehr Gestaltungsspielräume ermöglichen. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Subsidiarität: Sozial- und Tarifpartner sollen die sie betreffenden Angelegenheiten regeln, damit ihr Wirken für Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch in Zukunft attraktiv bleibt. Wir wollen die Tarifpartnerschaft stärken und die Partner in Verantwortung stellen, ohne dies mittelbar oder unmittelbar gesetzlich zu erzwingen. Vielmehr müssen die Sozialpartner selbst für eine höhere Tarifbindung sorgen, indem sie Beschäftigte und Arbeitgeber in Gewerkschaften und tarifgebundenen Arbeitgeberverbänden organisieren. Die CDU Deutschlands ruft deshalb zur Mitgliedschaft in den jeweiligen Verbänden auf!

## Antrag Nr. C 3 - BV CDA

### Leistung muss sich lohnen: Plus-Rente für Grundsicherungsempfänger

Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend geändert: Die historisch hohe Beschäftigung wird auch durch eine Zunahme der Teilzeitarbeit und einem vergleichsweise großen Niedriglohnsektor von rund 20 Prozent der Beschäftigten getragen. Weder Teilzeitarbeit, noch die langfristige Beschäftigung zum Mindestlohn führen nach 45 Beitragsjahren zu Rentenansprüchen oberhalb des Grundsicherungsniveaus. Für die Rente dieser Menschen macht es derzeit keinen Unterschied, ob sie ihr Leben lang gearbeitet haben oder nicht. Das empfinden die Menschen als ungerecht und dadurch werden gerade in den letzten Arbeitsjahren vor der Rente die falschen Anreize gesetzt. Längeres Arbeiten muss sich lohnen.

Auch für Menschen mit kleinen Löhnen, keiner Vollzeitwerbstätigkeit oder unsteter Erwerbsbiographie muss gelten: Wer in die gesetzliche Rente eingezahlt hat, muss am Ende mehr haben als jemand, der nicht oder weniger eingezahlt hat. Die CDU Deutschlands will die Leistungsgerechtigkeit und das Äquivalenzprinzip in der gesetzlichen Rentenversicherung stärken. Deshalb soll für Grundsicherungsempfänger eine Plus-Rente eingeführt werden.

Alle Empfänger von Grundsicherung im Alter sollen eine Plus-Rente in Höhe von 25 Prozent ihrer individuell erworbenen gesetzlichen Rentenansprüche bekommen. Die Plus-Rente steigt daher mit jedem Euro, der zuvor in die Rente einbezahlt wurde. Dabei macht es keinen Unterschied, warum die Rente eines Menschen unterhalb des Grundsicherungsniveaus liegt (z.B. aufgrund von

Die Antragskommission empfiehlt, dem Grundanliegen des Antrags C 3 zuzustimmen und ihn zwecks Klärung der Details an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt zu überweisen.

Teilzeitarbeit, geringer Löhne, unsteter Erwerbsbiographie, usw.). Mit der Plus-Rente wird honoriert, dass mit den Beiträgen in die gesetzliche Rente für das Alter vorgesorgt wurde. Je höher die erworbenen gesetzlichen Rentenansprüche sind, desto höher ist die Plus-Rente. Dadurch werden die Leistungsgerechtigkeit und das Äquivalenzprinzip in der gesetzlichen Rentenversicherung gestärkt.

Die Plus-Rente wird zusammen mit der gesetzlichen Rente von der Rentenversicherung ausbezahlt. Sie ist Anerkennung von Fleiß und Leistung und (nicht ausschließlich) eine Maßnahme zur Linderung von Altersarmut. Sie soll als gesamtgesellschaftliche Leistung aus Steuermitteln finanziert werden.

## **Antrag Nr. C 4 - BV CDA, KV Böblingen, KV Rastatt, KV Steglitz-Zehlendorf**

### **MILLA – Die Weiterbildungswende**

I. Die Digitale Transformation fordert unsere Soziale Marktwirtschaft zunehmend heraus

Die Soziale Marktwirtschaft sichert und vermehrt unseren Wohlstand. Gut qualifizierte Fachkräfte sind dabei ein immer entscheidenderer Standortfaktor. Durch den digitalen Wandel verändern sich die Anforderungen an Arbeitnehmer und Arbeitgeber; der Arbeitsmarkt wird schneller und dynamischer. Zukünftige Erwerbsbiographien werden von häufigeren Wechslen geprägt sein. Um dieser Entwicklung einen ordnungspolitischen Rahmen zu geben, benötigen wir eine gut ausgebaute Weiterbildungsinfrastruktur, die allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe an den Vorteilen der Digitalisierung sichert. Denn für die CDU ist eines klar: Die Digitalisierung muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt.

II. Wir wollen eine Weiterbildungswende

Bildung war schon immer Grundlage unseres Wohlstands. Zu Beginn der Industrialisierung wurde die allgemeine Schulpflicht durchgesetzt. Sie war damit die erste Voraussetzung für die sog. Gründerzeit, also dem wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands. Unsere Welt wird komplexer, schneller und vielfältiger. In Zeiten scheinbar unendlicher Möglichkeiten wird es für den Einzelnen immer schwerer, sich selbst zu organisieren. Das gilt auch für die Berufsausübung und die immer häufiger notwendigen Tätigkeitswechsel. Es gibt in Deutschland schon heute allein über 14.000 Studiengänge. Im Weiterbildungsmarkt gibt es über 4,5 Mio. Angebote. Hinzu kommt eine noch größere Auswahl vorwiegend englischsprachiger Online-Angebote.

Die Weiterbildung in Deutschland braucht eine grundlegende Reform, die allen Menschen hilft, sich zurechtzufinden und dem zunehmenden Fachkräftemangel begegnet.

III. Wir wollen MILLA (Modulares Interaktives Lebensbegleitendes Lernen für Alle)

Mit MILLA wollen eine übersichtliche Weiterbildungslandschaft für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen, welche die Kompetenzen der Zukunft fördert, auf individuelle Bedürfnisse eingeht und lokale Weiterbildungsnetzwerke stützt. Weiterbildung soll ein natürlicher Bestandteil unseres Erwerbslebens werden. Eine neue Weiterbildungskultur hilft, dass alle die Digitalisierung als Chance nutzen können. MILLA besteht aus den vier folgenden Bausteinen:

1. Bundeseinheitliche Plattform

Mit MILLA wollen wir eine nationale Weiterbildungsplattform schaffen, auf der ein neues modulares und interaktives Online-Angebot für alle bereitsteht. Sie soll

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 4 und C 126 gemeinsam zu behandeln, in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

### **Deutschland braucht eine neue Weiterbildungskultur**

Gut qualifizierte Fachkräfte bleiben der Schlüssel für unseren Wohlstand. Allerdings verschieben sich durch den digitalen Wandel Anforderungsprofile an die Beschäftigten und ihre Arbeitgeber, gänzlich neue Berufsbilder entstehen. Unser Ziel muss es daher sein, Beschäftigungschancen für die Menschen in einem dynamischen Arbeitsmarkt zu sichern, indem wir es ihnen ermöglichen, ihre Erwerbsbiographien immer wieder neu an den Kompetenzen der Zukunft auszurichten. Dies setzt eine neue Weiterbildungskultur voraus, die den Beschäftigten hilft, sich zu orientieren, ihre Qualifikationen zu erweitern und gleichzeitig dem Fachkräftemangel zu begegnen. Daneben benötigen wir eine übersichtliche Weiterbildungslandschaft, die allen Bürgerinnen und Bürgern offensteht, auf individuelle Bedürfnisse eingeht und auch lokale Weiterbildungsnetzwerke unterstützt. So trägt eine neue Weiterbildungskultur dazu bei, dass alle Menschen die Digitalisierung als Chance nutzen können – unter Berücksichtigung der modernen technischen Möglichkeiten.

durch eine neu zu schaffende Bundesagentur betrieben werden und neutral ausgerichtet sein. Alle Offline- wie Onlineangebote für Weiterbildungskurse sämtlicher Weiterbildungsträger sollen auf dieser Plattform angeboten werden können. Sämtliche Angebote sollen integriert werden, übersichtlich gebündelt, und leicht zugänglich bereitgestellt werden. Der Zugang der Weiterbildungsträger zur Plattform ist kostenlos, die Seriosität der Anbieter ist dabei zu prüfen. Der Bund zahlt den Weiterbildungsträgern anhand der Qualität ihrer Angebote und abhängig von Anzahl der Absolventen eine Prämie.

## 2. Individuelles Angebot

Diese Plattform soll individuell anpassbar sein und die persönlichen Interessen sowie das vorhandene Fähigkeitsprofil des jeweiligen Nutzers berücksichtigen. Der Nutzer soll transparent erkennen, wo sich Weiterbildungschancen für ihn ergeben. Dabei wollen wir moderne technische Möglichkeiten nutzen und uns damit die Vorteile der Digitalisierung zu eigen machen. Anhand von erreichbaren Lernpunkten vervollständigt der Nutzer dabei seine Fähigkeitsprofile. Die Anzahl der Lernpunkte, die in jedem Kurs erworben werden können, wird von einem unabhängigen Kuratorium anhand der Qualität festgelegt.

## 3. Unterhaltsames Lernen

Wir schaffen das Netflix der Weiterbildung! Insbesondere wollen wir auf kurzweiliges, flexibel und mobil einsetzbares E-learning zurückgreifen, um nachhaltige Motivation für dauerhaftes Selbststudium und das Interesse an Fortbildungsangeboten zu schaffen. Unsere Weiterbildungsplattform ist von jedem Endgerät jederzeit nutzbar. Um die Lernmotivation zu unterstützen, wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern kleine Anreize in Form von Sachleistungen schaffen.

## 4. Neues Arbeitsnetzwerk

Mit MILLA etablieren wir auch ein neues Arbeitsplatznetzwerk, das individuell und regional Arbeitgeber mit Arbeitnehmern verbinden kann, um Fachkräftemangel wirksam zu bekämpfen. Zum einen sollen Arbeitnehmer wie Arbeitgeber erkennen, wer in der regionalen Nähe den Anforderungen für einen Arbeitsplatz am ehesten entspricht und, ob sich gemeinsame Interessen decken. Zum anderen kann MILLA auch solche Kompetenzen dokumentieren, die bislang schwer oder gar nicht zu erfassen sind. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland übt Tätigkeiten aus, die nicht der eigenen Ausbildung entsprechen. Ebenso viele sind ehrenamtlich aktiv. Wir eröffnen diesen Menschen die Möglichkeit, auch solche Kompetenzen zur Arbeitsplatzwahl einzusetzen. MILLA wird eine Infrastruktur, die ganz neue Märkte eröffnet.

Mit diesen vier Bausteinen wollen wir MILLA aufbauen und den Gedanken der sozialen Marktwirtschaft ins digitale Zeitalter übertragen! Wir wollen Eigenverantwortung stärken und neue Chancen für alle eröffnen!

## Antrag Nr. C 5 - BV Frauen Union

### **Integration ist eine politische Schlüssel- und Zukunftsaufgabe – für eine Integrationsoffensive für unser Land**

Heute leben rund 20 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in unserem Land. Unsere vielfältige Gesellschaft ist eine Tatsache – Integration

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 5 in folgender Fassung anzunehmen:

### **Integration ist eine politische Schlüssel- und Zukunftsaufgabe**

eine bewusste Entscheidung. Für die CDU ist die Integration von Menschen mit ausländischen Wurzeln in unsere Gesellschaft eine politische Schlüssel- und Zukunftsaufgabe. Wir verstehen Integration als einen langfristigen Prozess, der von Einwanderern, Politik und der gesamten Gesellschaft gestaltet wird und dem Grundsatz von Fördern und Fordern folgt. Integration führt zu gleichberechtigter Teilhabe, zu wechselseitigem Verständnis und zur Identifikation mit unserem Land. Vielfalt ist ein Wert an sich und Chance für unser Land. Vielfalt ist nicht konfliktfrei, sie kann zugleich Ängste und Sorgen auslösen. Damit wir die Chance nutzen und mangelnder Integration vorbeugen, brauchen wir eine Integrationsoffensive für unser Land:

Die in Deutschland geltende Werte- und Rechtsordnung bildet die Grundlage unseres Zusammenlebens. Wir müssen unsere Werte vorleben sowie klar und konsequent einfordern. Deshalb brauchen wir Wegweiskurse für alle, die neu in unser Land kommen.

Der Erwerb der deutschen Sprache ist zentral für die Integration. Integrationskurse sind bei der Sprach- und Wertevermittlung das wichtigste Instrument. Es gilt sie bedarfsgerecht auszuweiten, ihre Qualität zu steigern, Kinderbetreuung sicherzustellen und ihre örtliche Erreichbarkeit – gerade im ländlichen Raum – zu verbessern. Kitas und Schulen müssen als Orte des Spracherwerbs und der Wertevermittlung gestärkt werden. Sprachstanderhebungen müssen für alle Kinder bereits früh ansetzen, damit Fördermaßnahmen allen Kindern mit Sprachförderbedarf zugutekommen. Schulen, die vor besonderen Herausforderungen stehen, müssen besonders unterstützt werden, insbesondere durch eine angemessene Personalausstattung und Stärkung der interkulturellen Kompetenz.

Integration gelingt besonders gut durch Arbeit. Vor allem Jobcenter brauchen Instrumente, die einen reibungslosen Übergang in den Arbeitsmarkt fördern, aber auch einfordern. Gute Beispiele dafür sind Eingliederungsvereinbarungen oder kommunales Fall-Management.

In den Städten und Gemeinden entscheidet sich, ob Integration gelingt. Kommunen brauchen mehr Möglichkeiten zur Steuerung des Integrationsprozesses. Dafür können Integrationsvereinbarungen ein wichtiges Instrument sein, das Rechte und Pflichten definiert und mehr Verbindlichkeit schafft. Für ein erfolgreiches Zusammenwachsen vor Ort braucht es Orte der Begegnung und des Austauschs zwischen denen, die schon lange in unserem Land leben und denen, die neu in unser Land kommen. Direkte Kontakte von Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte in der Nachbarschaft, im Sportverein oder am Arbeitsplatz leisten einen wertvollen Beitrag für ein gutes Integrationsklima.

### – für eine Integrationsoffensive für unser Land

Heute leben rund 20 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte in unserem Land. Unsere vielfältige Gesellschaft ist eine Tatsache. Für die CDU ist die Integration von Menschen mit ausländischen Wurzeln in unsere Gesellschaft eine politische Schlüssel- und Zukunftsaufgabe. Wir verstehen Integration als einen langfristigen Prozess, der von Einwanderern, Politik und der gesamten Gesellschaft gestaltet wird und dem Grundsatz von Fördern und Fordern folgt. Integration führt zu gleichberechtigter Teilhabe, zu wechselseitigem Verständnis und zur Identifikation mit unserem Land. Vielfalt ist ein Wert an sich und Chance für unser Land. Vielfalt ist nicht konfliktfrei, sie kann zugleich Ängste und Sorgen auslösen. Damit wir die Chance nutzen und mangelnder Integration vorbeugen, brauchen wir eine Integrationsoffensive für unser Land:

Die in Deutschland geltende Werte- und Rechtsordnung bildet die Grundlage unseres Zusammenlebens. Wir müssen unsere Werte vorleben sowie klar und konsequent einfordern. Deshalb brauchen wir Wegweiskurse für alle, die neu in unser Land kommen. Diese Kurse sollen möglichst früh nach der Ankunft in Deutschland unsere Regeln und Werte unmissverständlich klar machen.

Der Erwerb der deutschen Sprache ist zentral für die Integration. Integrationskurse sind bei der Sprach- und Wertevermittlung das wichtigste Instrument. Es gilt sie bedarfsgerecht auszuweiten, ihre Qualität zu steigern, Kinderbetreuung sicherzustellen und ihre örtliche Erreichbarkeit – gerade im ländlichen Raum – zu verbessern. Kitas und Schulen müssen als Orte des Spracherwerbs und der Wertevermittlung gestärkt werden. Sprachstanderhebungen müssen für alle Kinder bereits früh ansetzen, damit Fördermaßnahmen allen Kindern mit Sprachförderbedarf zugutekommen. Schulen, die vor besonderen Herausforderungen stehen, müssen besonders unterstützt werden, insbesondere durch eine angemessene Personalausstattung und Stärkung der interkulturellen Kompetenz.

Integration gelingt besonders gut durch Arbeit. Vor allem Jobcenter brauchen Instrumente, die einen reibungslosen Übergang in den Arbeitsmarkt fördern, aber auch einfordern. Gute Beispiele dafür sind Eingliederungsvereinbarungen oder kommunales

Fall-Management.

In den Städten und Gemeinden entscheidet sich, ob Integration gelingt. Kommunen brauchen mehr Möglichkeiten zur Steuerung des Integrationsprozesses. Dafür können Integrationsvereinbarungen ein wichtiges Instrument sein, das Rechte und Pflichten definiert und mehr Verbindlichkeit schafft. Für ein erfolgreiches Zusammenwachsen vor Ort braucht es Orte der Begegnung und des Austauschs zwischen denen, die schon lange in unserem Land leben und denen, die neu in unser Land kommen. Direkte Kontakte von Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte in der Nachbarschaft, im Sportverein oder am Arbeitsplatz leisten einen wertvollen Beitrag für ein gutes Integrationsklima.

## **Antrag Nr. C 6 - BV Frauen Union**

### **Kinder brauchen Schutz und Beistand**

Jedes Kind hat ein Recht auf Achtung seiner Würde als eigenständige Persönlichkeit und auf besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft. Kinderrechte, Kindeswohl und der Schutz von Kindern stehen für uns an erster Stelle. Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Durch die digitalen Medien haben sich neue Gefahren und Risiken für Kinder entwickelt. Mit Cybermobbing, Grooming oder dem Darknet sind Herausforderungen hinzugekommen, die neue Maßnahmen erfordern, um den Schutz von Kindern im Internet praktisch umzusetzen. Neue Straftatbestände, Strafverschärfungen, andere Ermittlungsmethoden und eine verbesserte Kommunikation zum Schutz von Kindern und Jugendlichen sind notwendig.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Staat und Gesellschaft schützen sie vor Gefahren für ihr körperliches, geistiges und seelisches Wohl. Sie achten und sichern ihre Rechte, tragen für altersgerechte Lebensbedingungen Sorge und fördern sie nach ihren Anlagen und Fähigkeiten.

Spektakuläre Missbrauchs- oder Vernachlässigungsfälle von Kindern wie die in Staufen, der Odenwaldschule oder der durch Priester und Ordensleute haben zu einer verstärkten öffentlichen Wahrnehmung der Kinderschutzproblematik geführt. Die Details des Staufener-Falls führen deutlich vor Augen, dass nicht nur die Kommunikation und der Datenaustausch zwischen Jugendamt, Führungsaufsicht, den Familiengerichten und den psychiatrischen Ambulanzen deutlich verbessert werden muss. Kinder brauchen Schutz und Beistand. Neben der Elternverantwortung sind Staat und Gesellschaft in der Pflicht einen wirksamen Schutzschild für Kinder aufzuspannen. Wir brauchen deshalb ein vernetztes Zusammenwirken aller Institutionen und Aufsichtsbehörden. Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik wurden 2017 143 Kinder getötet. Bei Taten der Sexuellen Gewalt wurden 13.539 Kinder als Opfer registriert. Die erfassten Fallzahlen des Besitzes und der Verbreitung kinderpornografischen Materials stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 15,06 Prozent. Ermittler fordern daher mehr Möglichkeiten im Kampf gegen Kinderpornografie. Im Jahr 2017

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 6 anzunehmen.

konnten laut Angaben des Bundeskriminalamtes wegen des Aussetzens der Vorratsdatenspeicherung 8400 mutmaßliche Fälle des Besitzes und der Verbreitung kinderpornografischen Materials nicht verfolgt werden.

Der Koalitionsvertrag sieht bereits wichtige Verbesserungen zum Kinderschutz vor.

- Gerade die Jüngsten bedürfen des besonderen Schutzes durch Staat und Gesellschaft. Für junge Eltern in Problemlagen haben wir mit der Bundesstiftung „Frühe Hilfen“ ein Frühwarnsystem und Unterstützungsnetz etabliert. Dies wollen wir fortführen.

- Gewalt jeglicher Art (auch seelische Gewalt), sexuellen Missbrauch und sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche werden wir konsequent bekämpfen. Dazu wollen wir die Forschung verbessern und die Verfahrensabläufe weiter optimieren.

- Neben den wichtigen präventiven Maßnahmen auf allen Ebenen ist es für einen wirksamen Opferschutz unerlässlich, die konsequente Verfolgung pädokrimer Täter, die im Netz aktiv sind, zu intensivieren. Sexualisierte Gewalt gegen Kinder im Netz soll härtere Konsequenzen nach sich ziehen, Schutzlücken müssen geschlossen werden.

- Wir wollen die Qualitätsentwicklung und -sicherung sowie die Forschung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, des Familienrechts und des Gutachterwesens voranbringen. Dazu wollen wir rechtlich verbindlich sicherstellen, dass auch Verfahrensbeistände über die erforderliche Qualifikation und Eignung verfügen und der begonnene Qualitätssicherungsprozess bei Gutachten, insbesondere im familiengerichtlichen Verfahren, in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden verbindlich ausgebaut wird. Von allen an familiengerichtlichen Verfahren beteiligten Berufsgruppen erwarten wir kontinuierliche Fortbildung in fachlicher und methodischer Hinsicht für ihre anspruchsvolle Tätigkeit und interdisziplinäre Zusammenarbeit.

- In familiengerichtlichen Verfahren muss bei Hinweisen auf (sexualisierte) Gewalt zur Einschätzung der Gefährdungslage eine Stellungnahme von Fachleuten für Gewaltschutz und – soweit relevant – der Rechtsmedizin eingeholt werden. Das Umgangsrecht darf dem Gewaltschutz nicht zuwiderlaufen.

- Wir verstetigen die Stelle des/der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) einschließlich der wertvollen Arbeit des Betroffenenrats.

- Zeitgemäßer Jugendmedienschutz muss den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor gefährdenden Inhalten sicherstellen, den Schutz ihrer Persönlichkeitsrechte und ihrer Daten gewährleisten und die Instrumente zur Stärkung der Medienkompetenz weiterentwickeln. Daher werden wir einen zukunftsfähigen und kohärenten Rechtsrahmen – unter Berücksichtigung der kompetenzrechtlichen Zuständigkeiten der Länder – für den Kinder- und Jugendmedienschutz im Jugendmedienschutzstaatsvertrag und Jugendschutzgesetz schaffen. Wir werden Interaktionsrisiken eindämmen (z. B. bei Chatfunktionen) und sorgen unter Wahrung der Kompetenzen der Länder für eine wirkungsvolle Durchsetzung des Kinder- und Jugendmedienschutzes auch gegenüber nicht in Deutschland ansässigen Angeboten.

Damit Kinder besser geschützt werden, fordert die Frauen Union der CDU darüber hinaus:



- Die Verankerung der Rechte von Kindern auf gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt und Vernachlässigung in Artikel 6 des Grundgesetzes.
- Eine Erhöhung des Strafrahmens für den Besitz bzw. die Besitzverschaffung von kinderpornografischem Material. Es kann nicht sein, dass der einfache Ladendiebstahl mit einem höheren Strafrahmen belegt ist, als das sich Verschaffen von kinderpornografischem Material.
- Eine bessere Verfolgung von Cybergrooming. Wir brauchen die Versuchsstrafbarkeit des Cybergroomings.
- Die Schaffung einer Kinderschutz-Clearing-Stelle zum Löschen von kinderpornografischem Material.
- Funktionierende Speicherfristen, um Kinderpornografie im Netz aufzuklären. Zu klären ist die Frage, wie sich Ermittler rechtssicher Zutritt zum Darknet verschaffen können, wo kinderpornografisches Material gehandelt wird („Keuschheitsprobe“).
- Eine Prüfung, ob die derzeit geltenden straf- und zivilrechtlichen Verjährungsvorschriften bei sexuellem Missbrauch von Kindern und minderjährigen Schutzbefohlenen aufgehoben werden können.
- Straftaten wegen sexuellen Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen sollen künftig nicht mehr aus dem Bundeszentralregister und dem erweiterten Führungszeugnis gestrichen werden. Die Tilgungsfristen auch für andere einschlägige Straftaten im Bundeszentralregister und im Führungszeugnis, wie z.B. Erwerb, Verbreitung und Besitz kinderpornografischer Schriften, müssen verlängert werden. Einschlägig verurteilten Personen soll so der berufliche und ehrenamtliche Umgang mit Kindern und Jugendlichen erschwert werden.
- Wirksamer Schutz vor Kindesmissbrauch braucht Fachwissen und Qualitätssicherung. Dies muss für Richterinnen und Richter an den Familiengerichten unter Berücksichtigung der richterlichen Unabhängigkeit sichergestellt werden. Auch die Jugendämter müssen sich fortbilden und mit spezialisierter Fachberatung vernetzen. Sie müssen personell besser ausgestattet werden.
- Eine grundlegende und kontinuierliche Aus-, Fort- und Weiterbildung im Umgang mit Fällen von sexuellem Kindesmissbrauch für medizinische Berufsgruppen. Die Kinderschutz-Hotline für Ärzte hilft beim Umgang mit Verdachtsfällen von Kindeswohlgefährdung.
- Zur Verbesserung des Kinderschutzes wird der interkollegiale Ärzteaustausch ermöglicht und so „doctor-hopping“ und Gewalt gegen Kinder verhindert. Ärztinnen und Ärzte bekommen Rechtssicherheit.
- Die Eindämmung von Gewalt unter Kindern und Jugendlichen und deren Sensibilisierung für und Aufklärung über Mobbing.
- Eine bessere Vernetzung und Kommunikation zwischen Schule, Jugendamt, Gericht und Polizei.
- Die verbindliche und kontinuierliche Aus-, Fort- und Weiterbildung in Sachen Kinderschutz für Erzieherinnen und Erzieher, sowie für Lehrkräfte aller Schulformen.

- Bessere Fürsorge für und Schutz von Kindern, die Opfer von Missbrauch und Gewalt geworden sind. Beispielgebend können dafür Initiativen wie die Stiftung Hänsel + Gretel und das Childhood-Haus Leipzig sein.

## Antrag Nr. C 7 - BV Frauen Union

### Meldepflicht in Gewaltschutzhäusern sicher ausgestalten

Die CDU Deutschlands will Frauen, die länger als sechs Monate in Gewaltschutzhäusern (Frauenhäusern) wohnen, noch besser schützen, indem ihr Aufenthaltsort auch über diesen Zeitraum hinaus Dritten gegenüber nicht offenbart werden muss. Auch Frauen in sogenannten Frauenhäusern müssen sich spätestens nach diesem Zeitraum ummelden. Das kann dazu führen, dass ihr Aufenthaltsort und die Adresse des Frauenhauses über den Eintrag im Personalausweis Dritten bekannt wird. Gewalttäter können so erneut zur Gefahr für die Frauen werden. Die Anonymität des Frauenhauses kann nicht länger gewahrt werden. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, das Bundesmeldegesetz, das Personalausweisgesetz, das Aufenthaltsgesetz und gegebenenfalls weitere bundesrechtliche Normen dahingehend zu ändern, dass in den Ausweisdokumenten (Personalausweis/ ID-Dokumente) von Frauen, die Zuflucht in Gewaltschutzhäusern gefunden haben, bei einer Ummeldung statt der vollständigen Anschrift nur das Postfach oder die Postleitzahl durch einen Aufkleber auf dem Ausweis erkennbar ist.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 7 in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Gesellschaftlicher Zusammenhalt zu überweisen.

### Meldepflicht in Gewaltschutzhäusern sicher ausgestalten

Die CDU Deutschlands will Frauen, die länger als sechs Monate in Gewaltschutzhäusern (Frauenhäusern) wohnen, noch besser schützen. Die Anonymität ihres Aufenthaltsortes soll auch bei der nach sechs Monaten erforderlichen Ummeldung Dritten gegenüber gewahrt werden und gleichzeitig eine Erreichbarkeit der Frauen möglich sein. Die sichere Ausgestaltung der Meldepflicht dient dem Schutz der betroffenen Frauen und ihrer Kinder vor Gewalttätern.

## Antrag Nr. C 8 - BV Frauen Union

### Zusammenhalt stärken – breite Debatte führen

Die Frage nach Zusammenhalt in unserer Gesellschaft beschäftigt viele. Das hat die im Sommer angestoßene Debatte um die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht gezeigt. Der breite Austausch unter den Parteimitgliedern aber auch darüber hinaus schärft das Bewusstsein für die Grundlagen unseres Staates und der Verantwortung jedes Einzelnen für das Gelingen der staatlichen Ordnung und unserer Demokratie.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 8, C 14, C 43, C 47, C 79, C 85, C 116, C 124, C 139, C 159, C 190, C 196 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 8 anzunehmen.

Die CDU Deutschlands wird daher die Debatte über eine allgemeine Dienstpflicht und freiwillige Angebote im Rahmen ihres Grundsatzprogramm-Prozesses weiterführen und dabei insbesondere auch Fragen erörtern, wie über das bisherige Angebot und dessen Struktur hinausgegangen werden kann. Dabei klären wir auch folgende Fragen: Wie können mehr Plätze in Freiwilligendiensten organisiert werden? Wie gewinnen wir mehr Menschen aus allen Bevölkerungsschichten für ein freiwilliges Engagement? Sind die Träger der Angebote bereit, sich für ein bereiteres Engagement zu öffnen? Wie wäre eine Entlohnung auszugestalten, um angemessen, hinreichend und finanzierbar zu sein? Wie kann mehr Engagement in den Lebensverlauf eingebunden und attraktiver gestaltet werden? Wie lässt sich eine höhere Attraktivität des Angebots im weiteren Lebenslauf erreichen? Wie kann eine Abgrenzung zu beruflichen Tätigkeiten erfolgen?

In Deutschland engagieren sich 31 Millionen Menschen freiwillig für unser Gemeinwesen, sei es in Feuerwehren, beim Technischen Hilfswerk und caritativen Einrichtungen oder im Sportverein, in der Schule, der Nachbarschaft,

für den Umweltschutz und in kulturellen Einrichtungen. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement stärkt den Zusammenhalt und prägt unser Miteinander. Es ist von herausgehobener Bedeutung für unser Land, deshalb wird die CDU tragfähige Wege zur Stärkung dieses Engagements weiter ausloten.

## **Antrag Nr. C 9 - BV Junge Union, KV Paderborn**

### **Privilegierung der Windkraft abschaffen**

Die CDU Deutschlands fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie die Bundesregierung auf, die Privilegierung der Windkraft in §35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB abzuschaffen und anstelle dessen ein positives Planungserfordernis einzuführen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 9 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 10 - BV Junge Union**

### **Rettung des kulturellen Erbes**

Die CDU Deutschlands begrüßt die zunehmende Digitalisierung der Bestände deutscher Archive, um sie somit auch einer breiteren Öffentlichkeit einfacher zugänglich zu machen. Allerdings muss verhindert werden, dass die Archive die gelagerten Kulturgüter nach dem Prozess der Digitalisierung entsorgen und vernichten – ungeachtet des Ausgangsformats.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 10 anzunehmen.

## **Antrag Nr. C 11 - BV Junge Union**

### **Verlängerung der Erteilung eines Jagdscheines**

Die CDU Deutschland fordert die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag auf, sich für eine Verlängerung der in §15 Abs. 2 Bundesjagdgesetz genannten Jagdscheingültigkeitsdauer auf sechs Jahre einzusetzen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 11 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 12 - BV Junge Union**

### **Antrag auf Jagdschein in Chipkartenform**

Die CDU Deutschlands fordert das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft auf, entsprechend seiner Zuständigkeit für die Erstellung der Muster der Jagdscheine, diese Muster auf der Basis von Chipkartentechnologie in Kreditkartengröße zu modernisieren.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 12 in folgender Fassung anzunehmen:

### **Modernisierung des Jagdscheins auf Chipkartenformat**

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, eine Umstellung des Jagdscheins und aller weiteren jagdrelevanten und bei der Jagd mitzuführenden Dokumente, wie z. B. der Waffenbesitzkarte, auf Chipkartentechnologie in Kreditkartengröße zu prüfen.

## **Antrag Nr. C 13 - BV Junge Union**

### **Europahymne auf Bundesparteitagen**

Auf Veranstaltungen der CDU Deutschlands wird künftig neben der deutschen

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 13 und C 216 gemeinsam zu behandeln, in folgender Fassung anzunehmen und an den

Nationalhymne auch die Europahymne gespielt.

Generalsekretär zu überweisen.

### **Europahymne**

Der Generalsekretär soll prüfen, ob künftig anlassbezogen bei bestimmten Veranstaltungen der CDU als der gestaltenden politischen Kraft im europäischen Einigungsprozess neben dem Deutschlandlied auch die Europahymne gespielt wird.

## **Antrag Nr. C 14 - BV Junge Union**

### **Für einen attraktiven Gesellschaftsdienst**

Die CDU Deutschlands will den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern, der Tendenz zur Vereinzelung entgegenzutreten und zugleich eine Möglichkeit für junge Menschen schaffen, ihre Sozialkompetenz zu stärken und ihnen eine Orientierungsmöglichkeit fürs Leben zu geben. Die CDU spricht sich daher für die Einführung eines attraktiven Gesellschaftsdienstes aus. Zu diesem sollen sich junge Menschen nach der Schulzeit oder auch nach der Erstausbildung oder dem Erststudium auf der Grundlage ihrer freiwilligen Entscheidung verpflichten können. Dabei ist ein Zeitrahmen für die Dauer von einem Jahr genauso möglich wie mehrere Intervallzeiten verteilt auf bis zu zehn Jahre. Der Dienst soll vom Bund durch eine Aufwandsentschädigung auf Grundsicherungsniveau inklusive eventuell erforderlicher Zuschüsse zu Kosten der Unterkunft unterstützt werden. Darüber hinaus sollen die Gesellschaftsdienstleister Rentenpunkte erhalten sowie bei Studienplatzvergaben besonders berücksichtigt werden. Weitere Möglichkeiten zur Attraktivitätssteigerung wie Vergünstigungen bei Bahn und ÖPNV sind zu prüfen. Als Anbieter kommen die Träger von Bundesfreiwilligendiensten, Freiwilligem Sozialen Jahr, dem ehemaligen Ersatzdienst, gemeinnützige Vereine sowie die Bundeswehr in Betracht. Es soll geprüft werden, inwieweit dieser Gesellschaftsdienst den Bundesfreiwilligendienst und das Freiwillige Soziale Jahr ersetzen kann, so dass es künftig eine einheitliche und leicht verständliche Regelung sowie ein vielfältiges und attraktives Angebot gibt. Ferner ist zu prüfen, inwiefern ein verpflichtender Gesellschaftsdienst sinnvoll ist.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 8, C 14, C 43, C 47, C 79, C 85, C 116, C 124, C 139, C 159, C 190, C 196 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 8 anzunehmen.

## **Antrag Nr. C 15 - BV Junge Union**

### **Ganzheitlicher Ansatz zur Regulierung energetischer Bausanierung**

Die CDU Deutschlands fordert, für die Regulierung energetischer Bausanierung einen ganzheitlichen Ansatz zu diskutieren und entwickeln, der über Einzelmaßnahmen wie die Wärmedämmung hinausgeht. Ganzheitlich bedeutet, dass die Anlagentechnik und Architektur des Gebäudes ebenso im Vordergrund stehen wie Wärmedämmung und Nutzerverhalten. Neben dem Ziel der CO<sub>2</sub>-Einsparungen muss eine energetische Sanierung ebenfalls attraktiv für den potentiellen oder tatsächlichen Mieter sein, nicht zuletzt auch finanziell. Insbesondere ist zu berücksichtigen, dass Mieter durch energetische Sanierung nicht übergebühr zusätzlich belastet werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 15 in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

### **Ganzheitlicher Ansatz zur energetischen Bausanierung**

Die CDU Deutschlands fordert, für die energetische Bausanierung einen ganzheitlichen Ansatz zu diskutieren und zu entwickeln, der über Einzelmaßnahmen hinausgeht. Ganzheitlich bedeutet, dass die Anlagentechnik und Architektur des Gebäudes ebenso im Vordergrund stehen wie Wärmeschutz und Nutzerverhalten. Ein dementsprechender gebäudeindividueller

Sanierungsfahrplan sollte schnell Verbreitung finden.

Mit dem Ziel der CO<sub>2</sub>-Einsparungen sollte eine Energiepreiseinsparung verbunden sein, die eine energetische Sanierung auch finanziell attraktiv für den Vermieter und den potenziellen oder tatsächlichen Mieter macht. Dabei ist auch zu prüfen, ob das Preisgefüge unterschiedlicher Energieträger diesen Zielen dient. Gegebenenfalls ist es vor allem im Bereich der administrativen Preisanteile anzupassen. Insbesondere ist zu berücksichtigen, dass Mieter durch energetische Sanierung nicht über Gebühr zusätzlich belastet werden. Deshalb soll durch die Sanierung ein künftig sonst zu zahlender CO<sub>2</sub>-Preis weitgehend vermieden und insgesamt eine signifikante Entlastung bei den laufenden Energiekosten erreicht werden können.

## **Antrag Nr. C 16 - BV Junge Union**

### **Unionsgemeinschaft neu leben – Junge Union als Vorbild**

Die CDU Deutschlands fordert die Schaffung eines gemeinsamen Gremiums von Delegierten aus CDU und CSU und schlägt den Namen „Unionsrat“ vor. Dieses Gremium soll mindestens einmal jährlich tagen und über die Grundlinien der gemeinsamen Politik von CDU und CSU auf Bundesebene beraten. Zudem könnte das Gremium über folgende Punkte beraten:

- die Erstellung des gemeinsamen Wahlprogramms zu Bundestagswahlen,
- die Erstellung des gemeinsamen Wahlprogramms zu Europawahlen,
- die Wahl eines gemeinsamen Kanzlerkandidaten,
- Abstimmung über den Koalitionsvertrag.

Die Vereinigungen/Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise von CDU und CSU gilt es angemessen in den „Unionsrat“ einzubinden. Die Anzahl der Delegierten sollte die Zahl 500 nicht unterschreiten.

Die Beschlüsse des „Unionsrates“ sollen als Handlungsrichtschnur für die Arbeit der Fraktionsgemeinschaften im Deutschen Bundestag und der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament dienen.

## **Antrag Nr. C 17 - BV Junge Union**

### **CDU organisatorisch zukunftsfit machen – Wahlkampfteam institutionalisieren**

Die CDU Deutschlands richtet einen dauerhaften Wahlkampfservice, der über die Bereitstellung klassischer Produkte (Plakate, Flyer, Werbemittel) hinausgeht,

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 16 abzulehnen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 17 durch den Beschluss "Meine CDU 2017. Die Volkspartei" als erledigt zu betrachten.

ein.

Dieser Bereich muss angemessen personell und finanziell ausgestattet werden.

Dieser Wahlkampfservice soll eng mit den Landes- und Kreisverbänden bei der Organisation von Landtags-, Kommunal-, und Direktwahlen zusammenarbeiten, wie bei der Unterstützung der Nutzung von Potentialanalysen, Datenanalyse, Unterstützung beim Haustürwahlkampf, Gegnerbeobachtung oder digitalem Marketing.

Das „Verleihen“ von Mitarbeitern an die Landesverbände soll erleichtert werden, da die Bundespartei hiervon nachhaltig profitieren kann.

Dieses gesammelte Know-How soll für die Bundestagswahlkampagne weitergenutzt werden.

## **Antrag Nr. C 18 - BV Junge Union**

### **Parteitage der CDU Deutschlands**

Bundesparteitage sollen am Wochenende stattfinden. Hierzu soll ggf. auch über eine Verlegung des Bundesparteitages von Dezember auf einen anderen Monat nachgedacht werden.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 18 und C 99 gemeinsam zu behandeln und abzulehnen.

## **Antrag Nr. C 19 - BV Junge Union**

### **Parteitage der CDU Deutschlands**

Für Schüler, Auszubildende, Rentner, Studenten und Arbeitslose, die Delegierte des Bundesparteitages sind, soll es einen Zuschuss zu den Fahrtkosten geben.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 19 abzulehnen.

## **Antrag Nr. C 20 - BV Junge Union**

### **CDU-Beiträge für JU-Mitglieder senken**

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, eine Regelung analog der CSU zu schaffen, dass CDU-Mitglieder, die gleichzeitig Mitglied der Jungen Union sind, nur die Hälfte des CDU-Mitgliedsbeitrags zahlen müssen. Analog dazu ist die Beitragsabführung anzupassen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 20 an den Haushaltsausschuss zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 21 - BV Junge Union**

### **Berlin/Bonn-Gesetz zukunftsfest machen – Vorschläge für eine Zusatzvereinbarung zum Berlin/Bonn-Gesetz**

Am 7. Mai 1994 trat das „Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands“, kurz Berlin/Bonn-Gesetz, in Kraft. Darin regelte der Deutsche Bundestag insbesondere den Umzug des Parlamentes und Teilen der Bundesregierung von Bonn nach Berlin und sicherte der Stadt Bonn sowie der umliegenden Region dauerhaft verschiedene Ausgleichsmaßnahmen zu.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 21 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Fast 25 Jahre später stellen wir fest, dass ein Teil der gesetzlichen Regelungen trotz der dauerhaften zeitlichen Auslegung teilweise nicht mehr eingehalten werden. Die CDU Deutschlands unterstützt daher die im Koalitionsvertrag

zwischen CDU/CSU und SPD vereinbarte Ausarbeitung und Verabschiedung einer Zusatzvereinbarung zum Berlin/Bonn-Gesetz. Dabei müssen die Umsetzung des Gesetzes in den vergangenen beiden Jahrzehnten ausgewertet sowie die Regelungen auf die aktuellen und zukünftigen Erfordernisse effektiver Arbeit neu und zeitgemäß ausgerichtet und weiterentwickelt werden. Es ist unsere konservative Auffassung, dass Bewährtes erhalten bleiben, aber eben auch zeitgemäß weiterentwickelt werden soll.

Die CDU Deutschlands schlägt vor, dass zur Erarbeitung dieser Zusatzvereinbarung zum Berlin/Bonn-Gesetz eine Regierungskommission gebildet wird. Diese muss u.a. mit Vertretern der betroffenen Regionen besetzt werden und unmittelbar im Bundeskanzleramt angesiedelt sein.

Teil einer solchen Zusatzvereinbarung muss ein klares Bekenntnis zur Dauerhaftigkeit der Regierungsstandorte in der Bundeshauptstadt Berlin und in der Bundesstadt Bonn sein. Zudem fordert die CDU Deutschlands die Bundesregierung auf, sich für die Etablierung weiterer UN-Sekretariate am Standort Bonn einzusetzen und somit beizutragen, dass Bonn von den Vereinten Nationen den Status einer offiziellen UN-Stadt anerkannt bekommt. Die Verabschiedung eines Gaststaatgesetzes ist hierzu ein erster Schritt.

Die Regelung zur Aufteilung der Sitze der Bundesministerien muss durch die Zusatzerklärung zwingend reformiert werden. Dabei müssen in erster Linie die Effektivität der Arbeit der Ministerien sowie ein möglichst sparsamer Umgang mit Steuermitteln Leitbild sein. Daraus ergibt sich für uns der Standort Berlin als Sitz der Bundesministerien; einen weiteren Dienstsitz in der Bundesstadt Bonn soll es nur dann geben, wenn dies aus fachlichen und/oder infrastrukturellen Gründen angezeigt ist. Dies kann aus unserer Sicht insbesondere dann der Fall sein, wenn die Dienstsitznähe zu nachgeordneten Behörden, Forschungseinrichtungen oder UN-Einrichtungen für ein effektives Arbeiten des jeweiligen Ministeriums notwendig ist.

Eine Beibehaltung des Status quo, nach dem unabhängig von der Sinnhaftigkeit ein Dienstsitz in Bonn zwingend bestehen muss, lehnen wir ab. Es soll keinen „Dienstsitz um des Dienstsitzes Willen“ geben.

Bei denjenigen Bundesministerien, die auch weiterhin zwei Dienstsitze haben werden, muss eine Aufteilung der Mitarbeiter gewährleistet werden, die zu möglichst wenig Reibungsverlusten bei der täglichen Arbeit führt. So darf es insbesondere keine Teilung von Referaten geben, optimalerweise sollte die Aufteilung nicht unterhalb der Unterabteilungsebene stattfinden. Eine Aufrechterhaltung von Doppelstrukturen, wie z.B. doppelter Arbeitsplätze, lehnen wir ab. Hier sollte auf zeitgemäße digitale Lösungen gesetzt werden.

Im Zusammenhang mit einer Neubewertung des Status quo ist auch der hauptstadtferne Standort der Flugbereitschaft der Bundeswehr für die Bundesregierung in Köln/Bonn zu überprüfen, um häufige Leerflüge nach Berlin zu vermeiden.

Auch die Verkehrsverbindungen zwischen den beiden Regierungssitzen sowie zwischen Bonn und Brüssel als europäisches Zentrum sind zu verbessern. So ist beispielsweise die Taktung der direkten ICE-Verbindung zwischen Berlin und Bonn zu erhöhen sowie morgens und abends jeweils eine Fernverbindung von Bonn über Köln nach Brüssel aufzunehmen. Dass der Abschluss eines Rahmenvertrages mit einer anderen Fluggesellschaft nicht bereits vor dem absehbaren Konkurs von AirBerlin vorbereitet wurde, behindert derzeit einen reibungslosen Austausch zwischen den Dienstsitzen Berlin und Bonn.

## Antrag Nr. C 22 - BV Junge Union

### Rechtssicherheit im Asylverfahren

Die CDU Deutschlands fordert den Gesetzgeber auf, die höchstrichterliche Klärung tatsächlicher Fragen von grundsätzlicher Bedeutung in Bezug auf die Beurteilung der asyl- und abschiebungsrelevanten Lage in einem Herkunftsstaat durch das Bundesverwaltungsgericht in das AsylG aufzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 22 und C 134 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

### Rechtssicherheit im Asylverfahren

Die CDU Deutschlands fordert den Gesetzgeber auf, die höchstrichterliche Klärung tatsächlicher Fragen von grundsätzlicher Bedeutung in Bezug auf die Beurteilung der asyl- und abschiebungsrelevanten Lage in einem Herkunftsstaat durch das Bundesverwaltungsgericht in das Asylgesetz aufzunehmen, ohne dass dies zu einer Verlängerung der Verfahren führt.

## Antrag Nr. C 23 - BV Junge Union

### Klare Regeln beim Familiennachzug: Kein Anspruch auf Nachholen von Zweit- oder Drittfrau

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, im AsylG eine klare Regelung zu schaffen, die den Nachzug von mehreren Ehepartnern verbietet.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 23 in folgender Fassung anzunehmen:

### Klare Regeln beim Familiennachzug: Kein Anspruch auf Nachholen von Zweit- oder Drittfrau

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, weiterhin dafür zu sorgen, dass im Asylrecht der Nachzug von mehreren Ehepartnern unterbunden bleibt.

## Antrag Nr. C 24 - BV Junge Union

### Durchführungen von Abschiebungen ohne Vorankündigungen

Die CDU Deutschlands fordert bundeseinheitlich Abschiebungen ohne Vorankündigung durchzuführen. Hierzu sollen alle Ausreisepflichtigen unangekündigt in Sammelunterkünften untergebracht und anschließend in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. § 69 AufenthG ist entsprechend zu ändern.

Der Antrag C 24 wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

## Antrag Nr. C 25 - BV Junge Union

### Tag der Bundeswehr

Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen bundesweiten und jährlich wiederkehrenden Gedenktag „Tag der Solidarität mit der Bundeswehr“ am 12. November zu initiieren.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 25 in folgender Fassung anzunehmen:

### Tag der Bundeswehr

Die Bundesregierung soll prüfen, ob ein bundesweiter und jährlich wiederkehrender Gedenktag „Tag der Solidarität mit der Bundeswehr“ am 12. November eingeführt werden soll.



## Antrag Nr. C 26 - BV Junge Union

### Die israelisch-deutsche Freundschaft ausbauen

Wir möchten die Zusammenarbeit mit den Protagonisten jüdischen Lebens ebenso intensivieren wie die Möglichkeit internationaler Austauschprogramme mit Israel. Mittel können sein:

- a. Eine intensivere Zusammenarbeit mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. (DIG), der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSDU) oder dem Zentralrat der Juden, aber auch jüdischen Gemeinden vor Ort, um ganz direkt im Unterricht jüdisches Leben in Deutschland zu thematisieren und Kontakte zu knüpfen.
- b. Eine höhere Finanzierung von Schul- und Studienaustauschplätzen, insbesondere in Form von Gruppenaustauschen.
- c. Ein unabhängiger Jugendaustausch.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 26 in folgender Fassung anzunehmen:

### Die israelisch-deutsche Freundschaft ausbauen

Die CDU tritt dafür ein, dass die Zusammenarbeit der deutschen Zivilgesellschaft mit den Vertretern jüdischen Lebens in unserem Land ebenso ausgebaut wird wie internationale Austauschprogramme mit Israel. Denkbare Wege hierfür sind:

- a. eine intensivere Zusammenarbeit mit Organisationen wie zum Beispiel der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e. V. (DIG), der jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSDU) oder dem Zentralrat der Juden, aber auch von Schulen mit jüdischen Gemeinden vor Ort, um ganz direkt im Unterricht jüdisches Leben in Deutschland zu thematisieren und Kontakte zu knüpfen;
- b. eine höhere Finanzierung von Schul- und Studienaustauschplätzen, insbesondere in Form von Gruppenaustauschen;
- c. eine Verstärkung des unabhängigen Jugendaustauschs.

## Antrag Nr. C 27 - BV Junge Union

### Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer einführen

Wir fordern die Bundesregierung auf, kurzfristig einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb von Immobilien zu eigenen Wohnzwecken oder Baugrundstücken zur Bebauung mit Wohnimmobilien zur Selbstnutzung aufkommensneutral einzuführen (vgl. Prüfauftrag im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, Z. 5156).

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 27 in folgender Fassung anzunehmen:

### Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer einführen

Wir fordern die Bundesregierung auf, einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb von Immobilien zu eigenen Wohnzwecken oder Baugrundstücken zur Bebauung mit Wohnimmobilien zur Selbstnutzung einzuführen.

## Antrag Nr. C 28 - BV Junge Union

### Werbekennzeichnung auf Social Media-Plattformen umfassen regeln

Die CDU Deutschlands fordert die CDU-/CSU-Bundestagsfraktion auf, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten und in den Bundestag einzubringen, welcher die Werbekennzeichnung auf Social Media-Plattformen wie bspw. Instagram oder

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 28 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

YouTube umfassend regelt.

## **Antrag Nr. C 29 - BV Junge Union, KV Rhein-Erft**

### **TÜV-Pflicht für Windenergieanlagen**

Die CDU Deutschlands fordert eine flächendeckende gesetzliche Prüfpflicht nach der Betriebssicherheitsverordnung für überwachungsbedürftige Windkraftanlagen. Diese gesetzlich geregelte, unabhängige Prüfpflicht soll für Gesamtanlagen eingeführt werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 29 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 30 - BV Junge Union**

### **Automatische Eintragung von wahlberechtigten Auslandsdeutschen in das Wahlregister für Bundestagswahlen**

Die CDU Deutschlands fordert die Bundestagsfraktion der CDU/CSU auf, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die automatische Eintragung von wahlberechtigten Auslandsdeutschen nach § 12 (2) 1. Bundeswahlgesetz in das Wahlregister für Bundestagswahlen und die automatische Zusendung der Wahlunterlagen an den letzten bekannten Wohnsitz (auch bei Auslandswohnsitz) beabsichtigt.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 30 in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

### **Beteiligung von Auslandsdeutschen an Wahlen erleichtern**

Die CDU Deutschlands fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, alle gesetzlichen und administrativen Möglichkeiten zu prüfen, die eine Beteiligung von Auslandsdeutschen an Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament erleichtern, u. a. eine erleichterte Aufnahme in das Wahlregister für Bundestags- und Europawahlen sowie eine erleichterte Zusendung der Wahlunterlagen an den letzten bekannten Wohnsitz (auch bei Auslandswohnsitz).

## **Antrag Nr. C 31 - BV Junge Union**

### **Schnellere Einführung von leisen Bremsen für Güterwaggons**

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, die Umrüstung von Güterwaggons (leisere Bremsen) zu forcieren, um für Anwohner vielbefahrener Trassen eine Lärmreduzierung, insbesondere in den Nachtstunden, zu erreichen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 31 anzunehmen.

## **Antrag Nr. C 32 - BV Junge Union**

### **Verkehrserziehung zurück ins öffentlich-rechtliche Fernsehen bringen**

Die CDU Deutschlands fordert die Wiedereinführung einer regelmäßigen Bildungssendung zur Verkehrserziehung im öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramm. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen sollte dazu angehalten oder gegebenenfalls unterstützt werden, eine zum Beispiel zwei bis dreiminütige Sendung regelmäßig zur Sendezeit vor den abendlichen Nachrichtenschauen auszustrahlen, um seinem Bildungsauftrag gerecht zu werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 32 an das Netzwerk Medien zu überweisen.

Um junge Menschen besser zu erreichen, könnten bereits gedrehte

Verkehrserziehungsclips in sozialen Medien geteilt werden.

## **Antrag Nr. C 33 - BV Junge Union**

### **Tilgungsplan für Deutschlands Staatsschulden**

Die CDU Deutschlands fordert einen Tilgungsplan für Deutschlands Staatsschulden in dem mindestens die Hälfte des jährlichen Überschusses in Tilgung der Schulden investiert wird. Wir brauchen einen Schuldenabbau, denn zukünftige Generationen werden schon die Last des demographischen Wandels tragen müssen. Dann dürfen wir nicht zusätzlich durch die enorme Schuldenlast belastet werden. Es wäre ein Schritt in Richtung Generationengerechtigkeit, wenn die Regierung anfangen würde die Schulden zu tilgen.

Des Weiteren fordern wir, den restlichen Überschuss ausschließlich in Bildung, Infrastruktur und Sicherheit zu investieren. So würde der Überschuss mit einem Blick in die Zukunft gut genutzt, denn Bildung ist die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs und ein entscheidender Faktor bei der Chancengleichheit.

## **Antrag Nr. C 34 - BV Junge Union**

### **Anerkennung von Rentenbezügen für jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion**

Der CDU Deutschlands fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, sich für eine Anerkennung der Rentenbezüge für jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion einzusetzen und eine entsprechende gesetzliche Grundlage zu schaffen.

## **Antrag Nr. C 35 - BV Junge Union**

### **Sonderrufnummern – Gleicher Preis aus dem Mobilfunknetz**

Die CDU Deutschlands kritisiert die unterschiedliche Preisfestlegung bei Telefonaten zu Sonderrufnummern zwischen Festnetz und Mobilfunk. Daher werden die gesetzgebenden Gremien aufgefordert, eine entsprechende Änderung des Telekommunikationsgesetzes vorzunehmen. Dabei soll es zukünftig keine Unterscheidung mehr bei der Preisfestlegung zwischen Festnetz oder Mobilfunknetz geben. Die Kosten für Anrufe aus dem Mobilfunknetz sind Anrufen aus dem Festnetz anzupassen.

## **Antrag Nr. C 36 - BV Junge Union**

### **Förderung der psychischen Gesundheit des medizinischen Personals**

Die CDU Deutschlands fordert zur Förderung der psychischen Gesundheit des medizinischen Personals die Integration des Themas Mental Health in die Curricula der beruflichen Aus- und Weiterbildung und der Studiengänge des medizinischen Fachpersonals zur Sensibilisierung für die Thematik und Stärkung der individuellen Resilienz. Des Weiteren sollen in allen medizinischen Einrichtungen sowie Alten- und Reha-Einrichtungen niedrigschwellige Angebote der psychologischen Beratung und Betreuung geschaffen werden, um das Personal psychologisch besser zu versorgen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 33 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 34 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 35 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 36 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## Antrag Nr. C 37 - BV Junge Union

### Gegen doppelte Sozialabgaben auf private Altersvorsorge

Die CDU Deutschlands fordert eine Reform der Sozialabgaben, die auf Beträge zur privaten Altersvorsorge erhoben werden. Es soll künftig sichergestellt werden, dass Arbeitnehmer oder Selbständige, die Entgeltumwandlung zur privaten Altersvorsorge nutzen, nicht doppelt belastet werden.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 37, C 45, C 132 und C 168 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

### Für die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge

Die CDU Deutschlands bekennt sich zum Drei-Säulen-Modell der Altersvorsorge und will die betriebliche Altersvorsorge weiter stärken. Deshalb ist die Problematik der vollen Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge auf Versorgungsbezüge wie z. B. auf Betriebsrenten und auf Direktversicherungen erneut zu prüfen, um für alle Beteiligten eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Eine Rückabwicklung für die Jahre seit 2004 ist aus finanziellen Gründen ausgeschlossen. Eine künftige Reduzierung des Beitragssatzes soll für die gesetzliche Krankenversicherung beitragsneutral erfolgen, beispielsweise durch erhöhte Steuerzuschüsse in die gesetzliche Krankenversicherung.

## Antrag Nr. C 38 - BV Junge Union

### National Roaming

Die CDU Deutschlands beauftragt den CDU-Bundesvorstand sich gegenüber der Bundesregierung für mehr Wettbewerb und verpflichtendes National Roaming im Mobilfunk einzusetzen, damit Deutschland beim neuen Mobilfunkstandard 5G zum Leitmarkt wird.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 38, C 110, C 136, C 147, C 148, C 155 und C 163 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

### Flächendeckender 5G-Ausbau

Der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland gilt als die Grundvoraussetzung für Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit. Gleichsam stellt er die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger sicher. Die CDU setzt sich deshalb für die Mobilfunkversorgung mit 5G auch in ländlichen Regionen unter Nutzung von lokalem Roaming ein. Denn innovative, zukunftsfähige Mobilitätsangebote werden gerade für Menschen in ländlichen Regionen nur möglich sein, wenn eine Versorgung mit der neuesten Mobilfunktechnologie (5G) an Bundesfernstraßen und in zeitlicher Perspektive abgestuft auch im nachgeordneten Straßennetz und an allen Bahnstrecken sichergestellt ist.

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur nach

neuesten Technologien darf deshalb nicht auf Metropolen oder Ballungsgebiete beschränkt werden, da ansonsten u. a. in den Bereichen der medizinischen Versorgung, die Wissenschaft und die Wirtschaft in ländlichen Regionen erhebliche Nachteile entstehen würden. Damit einhergehen muss ein umfassender und zügiger Glasfaserausbau.

## **Antrag Nr. C 39 - BV KPV**

### **Absenkung der Gewerbesteuerumlage bleibt!**

Die CDU Deutschlands fordert, dass die Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat sowie die Bundesländer keinerlei Initiativen ergreifen, um die vorgesehene Absenkung des für die Gemeinden der alten Bundesländer erhöhten Landesvervielfältigers bei der Gewerbesteuerumlage ab 01.01.2020 zu verhindern oder/und die Gewerbesteuerumlage nach § 6 Abs. 5 Gemeindefinanzreformgesetz über das Jahr 2019 zu verlängern.

Eine Verlängerung oder gar eine Neueinführung einer erhöhten Gewerbesteuerumlage oder einer vergleichbaren Zahllast lehnen wir nachdrücklich ab. Wir wenden uns auch gegen jedwede Aufrechnung zum Nachteil der Kommunen.

Im Rahmen der Wiedervereinigung erhielten die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Finanzhilfen bis 1994 über den „Fonds Deutscher Einheit“. Dieser wurde von 1995 bis 2004 durch den Solidarpaket I abgelöst. Der dann ab 2005 bis 2019 laufende Solidarpaket II hatte das Ziel, den Aufbau Ost auf eine langfristige und sichere Grundlage zu stellen, damit gleichwertige wirtschaftliche und soziale Lebensverhältnisse in Deutschland geschaffen werden können.

Die sog. alten Bundesländer haben finanzielle Lasten übernommen, die sie durch Bundesgesetz zu 40% auf ihre Gemeinden abwälzen konnten. Jeweils die Hälfte wird über die erhöhten Gewerbesteuerumlagen Solidarpaket und Fonds Deutsche Einheit erbracht. Der Vervielfältiger der erhöhten Gewerbesteuerumlage (als erhöhter Anteil der Länder an der kommunalen Gewerbesteuer) für den Solidarpaket (29 Prozentpunkte) ist gesetzlich in § 6 Absatz 3 Satz 5 GFRG normiert. Die erhöhte Gewerbesteuerumlage für den Fonds Deutsche Einheit (§ 6 Absatz 5 GFRG) wird durch Rechtsverordnung des Bundesfinanzministers jährlich neu festgelegt.

Beide Umlageerhöhungen sind bis 2019 befristet und sollen dann auslaufen. Nach Auslaufen des Solidarpaketes muss auch der „kommunale Teil“ des Solidarpaketes auslaufen.

## **Antrag Nr. C 40 - BV KPV**

### **Reform der Grundsteuer jetzt!**

Die Grundsteuer ist für die Kommunen unverzichtbar und mit einem Aufkommen von rund 13 Mrd. Euro insgesamt eine erhebliche Einnahmequelle. Eine einvernehmliche Einigung der 16 Bundesländer auf eine Neuordnung der Bemessungsgrundlagen ist bislang nicht erfolgt. Die Entscheidung des

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 39, C 57 und C 153 gemeinsam zu behandeln und zum Zeitpunkt des Parteitags als voraussichtlich erledigt zu betrachten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 40 in folgender Fassung anzunehmen:

### **Reform der Grundsteuer jetzt!**

Die Grundsteuer ist mit einem Aufkommen von

Bundesverfassungsgerichts zur Rechtmäßigkeit der Grundsteuer erfordert eine gesetzliche Regelung bis Ende 2019 und eine Übergangsfrist zur Umsetzung von 5 Jahren, weil ansonsten die Grundsteuer wegfällt.

Im Koalitionsvertrag haben sich CDU, CSU und SPD darauf verständigt, die Grundsteuer als eine unverzichtbare Einnahmequelle der Kommunen zu sichern. Deshalb erwartet die CDU, dass die Bundesregierung, insbesondere der zuständige Bundesfinanzminister, unverzüglich einen mehrheitsfähigen, mit den Ländern abgestimmten Gesetzentwurf vorlegt, der den Kommunen eine auskömmliche und gestaltungsfähige Einnahmequelle und das kommunale Hebesatzrecht langfristig sichert. Jetzt ist keine Zeit mehr zu verlieren.

rund 13 Mrd. Euro insgesamt eine erhebliche Einnahmequelle für die Kommunen. Diese Einnahmen sind für die Kommunen unverzichtbar. Eine einvernehmliche Einigung der 16 Bundesländer auf eine Neuordnung der Bemessungsgrundlagen ist bislang nicht erfolgt. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Rechtmäßigkeit der Grundsteuer erfordert eine gesetzliche Regelung bis Ende 2019 und eine Übergangsfrist zur Umsetzung von 5 Jahren, weil ansonsten die Grundsteuer wegfällt. Im Koalitionsvertrag haben sich CDU, CSU und SPD darauf verständigt, die Grundsteuer als eine unverzichtbare Einnahmequelle der Kommunen zu sichern. Deshalb erwartet die CDU, dass die Bundesregierung, insbesondere der zuständige Bundesfinanzminister, unverzüglich einen mehrheitsfähigen, mit den Ländern abgestimmten Gesetzentwurf vorlegt, der den Kommunen eine auskömmliche und gestaltungsfähige Einnahmequelle und das kommunale Hebesatzrecht langfristig sichert sowie für Steuerzahler und Finanzbehörden möglichst wenig Bürokratieaufwand mit sich bringt. Jetzt ist keine Zeit mehr zu verlieren.

## Antrag Nr. C 41 - BV KPV

### Politik neu begründen

Die CDU Deutschlands gibt sich ein neues Grundsatzprogramm. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands hat vorgearbeitet und bereits 2014 in Chemnitz ein neues Grundsatzprogramm beschlossen. Unser Motto war und ist: Wir wollen Politik fit machen für die Herausforderungen unserer Zeit und gute Traditionen in die Zukunft überführen. Die CDU muss in ihrem neuen Grundsatzprogramm ein klares Bekenntnis für starke kommunale Strukturen und eine starke kommunale Selbstverwaltung in Deutschland abgeben. Seit je her gilt, nur starke Kommunen garantieren ein starkes Deutschland. Gerade in Krisen hat sich gezeigt, welche Kraft die Kommunen entwickeln können und wie stabilisierend dezentrale Strukturen wirken. Dies muss in allen Bereichen eine Abkehr vom Kurs der Zentralisierung, der Schaffung immer neuer Mischzuständigkeiten und Gemeinschaftsaufgaben bedeuten. Wir brauchen eine Dezentralisierungsstrategie, klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Es ist falsch zu meinen, den Bürgern wäre es egal zu wissen, wer für was zuständig ist; im Gegenteil, für den Erfolg und das Funktionieren unseres Gemeinwesens ist das von entscheidender Bedeutung.

Für unsere Kommunen und die Menschen, die sich dauerhaft und langfristig in der kommunalen Selbstverwaltung engagieren, sind die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich das Engagement lohnt und Wertschätzung erfährt sowie weitreichende Freiräume für die jeweils passenden Lösungen entstehen. Dazu gehört eine angemessene Finanzausstattung. Die sog. „Freie Spitze“ darf kein Luxus sein, sondern konstitutiver Bestandteil von Selbstverwaltung.

Kommunen müssen finanzielle Mittel zur freien Verfügung haben, damit kommunale Amts- und Mandatsträger aktiv vor Ort gestalten können. Wir

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 41 mit Blick auf den Grundsatzprogrammprozess an den Bundesfachausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu überweisen.

müssen weg kommen von der Bevormundung durch Goldene Zügel, Förderprogramme und den direkten Bundesdurchgriff.

„Den Menschen Heimat geben“ muss das zentrale Anliegen unserer Politik in christlicher Verantwortung sein. Aus dem christlichen Menschenbild heraus gestalten wir unsere Politik auch vor Ort. Wir vertrauen in die Leistungskraft und die Leistungsbereitschaft des Einzelnen. Wir setzen auf Familien und Strukturen, in denen Menschen langfristig Verantwortung für sich und andere übernehmen. Wir wollen eine starke kommunale Selbstverwaltung, in der Menschen ihre Lebensbedingungen wirklich beeinflussen und gestalten können. Dies muss sich mehr als bisher in konkreter Politik wiederfinden. Statt Rechts- und Leistungsansprüche des Einzelnen brauchen wir Rahmenbedingungen, die unterschiedliche Lebensvorstellungen und Konzepte ermöglichen.

Die CDU muss wieder stärker betonen, dass wir in einer starken kommunalen Selbstverwaltung einen unverzichtbaren Bestandteil der politischen und verfassungsrechtlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland sehen. Kommunale Selbstverwaltung gewährleistet einen in Stufen gegliederten demokratischen Staatsaufbau. Wie die bundesstaatliche Verfassung stellt sie eine Ergänzung des Prinzips der Gewaltenteilung dar. Kommunale Selbstverwaltung drängt den Einfluss des Staates zurück.

Kommunale Selbstverwaltung ist ihrem Wesen nach auf die eigenständige Wahrnehmung der Aufgaben für die örtliche Gemeinschaft ausgerichtet. Sie ist im Vergleich zu den Ländern, dem Bund und der EU am weitesten durch zusätzliche Bürgerbeteiligungsinstrumente demokratisch legitimiert. Dahinter steht die Auffassung, dass die Menschen die Angelegenheiten ihrer örtlichen Gemeinschaft am besten selbst regeln und verwalten können. Die Menschen sind direkt mit den Problemen konfrontiert und suchen nach ihren maßgeschneiderten Lösungswegen. Dieser kommunale „Lösungswettbewerb“ fördert neue Entwicklungen und verleiht der kommunalen Politik eine besondere Innovationskraft.

Die Beteiligung an der Gestaltung des Lebensumfeldes wächst aus der besonderen Bindung an den Wohnort, an die Heimat. Umgekehrt stärkt sie zugleich das Heimatgefühl und die Identifikation mit der Gemeinde oder dem Quartier und erhöht damit auch die Lebenszufriedenheit und Lebensqualität. Bei entsprechendem Gestaltungsfreiraum können durch die intensive Mitwirkung der Menschen an den Entscheidungen vor Ort die Akzeptanz von Politik allgemein und das Vertrauen in demokratische Prozesse gestärkt werden. Deshalb muss unsere Antwort auf die Globalisierung Heimat sein.

Kommunale Selbstverwaltung hat Zukunft, wenn sich politisches Handeln auf allen Ebenen an den sechs grundlegenden Prinzipien orientiert:

- Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse
- Aktivierende Bürgergesellschaft
- Hilfe zur Selbsthilfe
- Subsidiarität
- Soziale Marktwirtschaft
- Eindeutigkeit der Verantwortung

Wenn es gelingt, verstärkt diesen Prinzipien Geltung zu verschaffen und unsere Politik auch in den Ländern und vor Ort daran auszurichten, werden wir neuen Handlungsspielraum und neue Attraktivität der Selbstverwaltung hinzugewinnen. Das ist die Voraussetzung für gute Ergebnisse bei Kommunalwahlen. Nur mit starken kommunalen Amts- und Mandatsträgern ist die CDU stark!

**Antrag Nr. C 42 - BV KPV****Regierungsprogramm**

Wir wollen weiter Verantwortung für Deutschland tragen und haben den Anspruch als Volkspartei der Mitte die richtigen Antworten auf die Chancen und Herausforderungen der Zukunft zu geben.

Dafür müssen wir kontinuierlich an der programmatischen Ausrichtung arbeiten und mit den Menschen im Dialog bleiben.

Wir werden deshalb frühzeitig mit der Erarbeitung des nächsten Regierungsprogramms beginnen: Die Bundesfachausschüsse, Vereinigungen und alle Gliederungen unserer Partei sind aufgefordert Bausteine dafür zu erarbeiten, um die Mitglieder besser in den Entstehungsprozess einzubinden.

Das nächste Regierungs- bzw. Wahlprogramm der CDU muss vom Bundesparteitag diskutiert und verabschiedet werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 42 in folgender Fassung anzunehmen und an den Bundesvorstand zu überweisen.

**Regierungsprogramm**

Wir wollen weiter Verantwortung für Deutschland tragen und haben den Anspruch, als Volkspartei der Mitte die richtigen Antworten auf die Chancen und Herausforderungen der Zukunft zu geben.

Dafür müssen wir kontinuierlich an der programmatischen Ausrichtung arbeiten und mit den Menschen im Dialog bleiben.

Wir werden deshalb frühzeitig mit der Erarbeitung des nächsten Regierungsprogramms beginnen: Die Bundesfachausschüsse, Vereinigungen und alle Gliederungen unserer Partei sind aufgefordert, Bausteine dafür zu erarbeiten, um die Mitglieder besser in den Entstehungsprozess einzubinden.

**Antrag Nr. C 43 - BV KPV****Verbindlicher Grunddienst im Zivil- und Katastrophenschutz**

Die CDU Deutschlands arbeitet an der Aktualisierung Ihres Grundsatzprogrammes. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) begrüßt die Debatte um eine allgemeine Dienstpflicht, die Rücknahme der Wehrpflichtaussetzung und die Stärkung des Bundesfreiwilligendienstes.

Wir setzen uns dafür ein, den Gemeinsinn durch einen Dienst für die Gesellschaft zu stärken. Wir wollen dabei die Frage der gesellschaftlichen Verantwortung des Einzelnen wieder in den Mittelpunkt rücken.

Wir wollen auf die geänderten Rahmenbedingungen reagieren:

- Die vorgesehene automatische Wiederbelebung der Wehrpflicht im Verteidigungsfalle ist nur dann realisierbar, wenn eine flächendeckende Struktur zur Wehr- und Zivildienstfassung vorhanden ist.
- Die internationale Sicherheitslage hat sich verschärft und die Bündnispartner haben ihrerseits große Erwartungen an die Bundeswehr.
- Terrorismus bleibt eine latente Bedrohung auch im Inneren.
- Nach der Aussetzung der Wehrpflicht und dem Wegfall des Zivildienstes fehlt ein verbindliches Band zwischen der Gemeinschaft und dem Einzelnen.
- Not- und Gefahrensituationen sowie Extremwetterlagen fordern die haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräfte.
- Immer weniger Menschen sind in Zivil- und Katastrophenschutz ausgebildet und nehmen an „Erster Hilfe“ teil.
- Rettungskräfte, Feuerwehr und THW brauchen langfristig gut ausgebildete

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 8, C 14, C 43, C 47, C 79, C 85, C 116, C 124, C 139, C 159, C 190, C 196 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 8 anzunehmen.



und motivierte Helfer.

- In unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen müssen Situationen des Zivil- und Katastrophenschutzes bewältigt werden. Vor Ort müssen Rettungsdienste und Feuerwehr funktionieren und die zivil-militärische Zusammenarbeit gelingen.

Deshalb fordern wir die CDU auf, im Prozess des Grundsatzprogramms den Dialog mit möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen aufzunehmen und zu prüfen, ob im Rahmen einer „Allgemeinden Dienstpflicht“ ein verbindlicher Grunddienst für junge Erwachsene mit dem Schwerpunkt Zivil- und Katastrophenschutz aufgebaut werden kann.

Es geht uns um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Erfahrung jedes Einzelnen für die Gemeinschaft gleichermaßen gebraucht und wertvoll zu sein. Jeder sollte u.E. die Erfahrung machen, dass nicht nur Bürgerrechte sondern auch Bürgerpflichten bestehen, ohne die unserer Gesellschaft auseinander driftet. Jeder möge sich fragen, was er der Gemeinschaft geben kann oder wie er in der Lage wäre, andere zu helfen und sie zu schützen.

Wir sind der Auffassung, dass Versäumnisse in Erziehung und Bildung junger Menschen nicht durch eine Zeit des Dienstes an der Gemeinschaft kompensiert werden können. Es bedarf größerer Achtung und eines Heranführens an der Übernahme von Aufgaben für die Gemeinschaft. Und es bedarf einer besseren Kultur der Anerkennung und der positiven Verstärkung. Unabhängig davon, ob ein Allgemeiner Dienst verpflichtend oder auf Freiwilligkeit beruht, müssten attraktive Angebote geschaffen werden, die für die persönliche Entwicklung und die Gemeinschaft von großem Nutzen sind.

Ein Engagement und die positive Erfahrungen im Dienst an der Gemeinschaft können die örtliche Bindung und den Zusammenhalt vor Ort in der Gemeinde, im Stadtteil oder der Region deutlich stärken.

Ein Dienst an der Gemeinschaft kann bei der Persönlichkeitsentwicklung und der Berufsorientierung helfen und kann neue Perspektiven und eine positive Lebensstruktur insbesondere für arbeitsmarktferne junge Erwachsene schaffen.

Wollten wir eine „Allgemeine Dienstpflicht“ in Deutschland einführen, würde es eines neuen gesamtgesellschaftlichen Konsenses und der Änderung des Grundgesetzes bedürfen. Eine „Allgemeine Dienstpflicht“ müsste grundsätzlich alle Männer und Frauen einer Altersgruppe gleichermaßen zeitlich begrenzt erfassen (z.Zt. ca. 700.000 Personen eines Jahrgangs).

Einer Dienstpflicht müsste ein entsprechendes Angebot von Dienststellen entgegenstehen, die größtenteils nah am jeweiligen Wohnort angesiedelt sein müssten (Unterbringung, Verpflegung, Reisekosten, Sold).

Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Verantwortungsbereitschaft stärken. Wir wollen, dass die Menschen auf die Bewältigung von Natur- und Notsituationen bis hin zu Bedrohungen des Friedens besser vorbereitet sind. Wir wollen, dass die CDU mit den zuständigen Verbänden und betroffenen Organisationen die Frage erörtert, ob neben der Stärkung der Freiwilligendienste eine allgemeine Dienstpflicht u.U. auch nur begrenzt auf den Zivil- und Katastrophenschutz oder die allgemeine Wehrpflicht geeignete Instrumente sind.

1. Im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht bezogen auf Zivil- und Katastrophenschutz könnten junge Erwachsene wohnortnah eine 3-monatige

- Grundausbildung in Maßnahmen des Zivil- und Katastrophenschutzes, des Eigenschutzes, der Lebensrettung bzw. der Ersten Hilfe, über Rechte- und Pflichten des Bürgers im Verteidigungs- und Katastrophenfall absolvieren.
2. Daran könnten sich entweder eine selbständige weitere Verpflichtung bei Feuerwehr, THW, Zivilschutz, Rettungswesen, Bundeswehr und wiederkehrende Übungen des Katastrophenschutzes in einem Zeitraum von 10 Jahren im Umfang von mindestens 12 Monaten anschließen. So können junge Menschen auch neben einer Ausbildung oder einem Studium bzw. einer beruflichen Tätigkeit ihrer Verpflichtung nachkommen.

ODER

Junge Erwachsene nehmen eine Tätigkeit im Rahmen eines gestärkten Bundesfreiwilligendienstes (BFD) oder eines weiteren gesetzlichen Freiwilligendienstes (z.B. FSJ, FÖS, ...) im Umfang von mindestens 12 Monaten auf. Junge Menschen können sich selbst aus einem zertifizierten Angebot eine Aufgabe auswählen, ob aus dem sozialen, kulturellen oder ökologischen Bereich oder in der Entwicklungszusammenarbeit.

Der BFD steht bisher allen Generationen offen und umfasst im Juni 2018 rund 40.000 Personen. Rund ein Drittel der Freiwilligen beendet vorzeitig den Dienst. Die Freiwilligendienste FSJ und FÖJ richten sich an die 15-27-Jährigen. Unser Ziel ist es, möglichst viele junge Menschen im Altersbereich von 15 bis 27 zu erreichen und die jungen Menschen an den Dienst an der Gemeinschaft stärker heranzuführen.

Eine Grunddienstleistung zum Einstieg eröffnet die Möglichkeit den jungen Menschen passgenaue Angebote zu unterbreiten. Wir wollen alle Dienste attraktiv gestalten: Dies könnte gelingen durch eine bessere auch finanzielle Anerkennung, die Entwicklung von Bonussystemen für Fortbildung, Studium und Arbeit, durch Wartezeitverkürzung beim Studium, höhere BAFöG-Leistungen oder zusätzliche freie Tage bei berufsbegleitenden Angeboten. Die Dienste könnten um intensivere Berufsorientierungsangebote erweitert und zu einer besseren Anerkennung in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung führen.

## **Antrag Nr. C 44 - BV KPV**

### **Altschuldenhilfe und Zinsmoratorium**

Die Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ erarbeitet in einer eigenen Arbeitsgruppe Vorschläge zur Bewältigung der Altschuldenproblematik von Kommunen. Dabei geht es gemäß Koalitionsvertrag um gezielte Strukturverstärkungen in Ländern und Kommunen. Es sollen Maßnahmen im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe für Kommunen zum Beispiel mit Altschulden und hohen Kassenkrediten ebenso wie die Altschuldenproblematik kommunaler Wohnungsbauunternehmen in die Prüfung einbezogen werden.

Die CDU fordert die Kommission und insbesondere die Arbeitsgruppe „Altschulden“ auf, differenziert die Ursachen von Strukturschwäche in Stadt und Land herauszuarbeiten und Lösungsvorschläge zu entwickeln, die nachhaltig wirken.

Dabei setzen wir uns dafür ein, dass Bund und Länder gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die zukünftige Aufnahme von Kassenkrediten unterbunden wird und trotzdem die Handlungsfähigkeit der jeweiligen Kommunen sichergestellt wird. Dies setzt eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen und die Einhaltung strengster Konnexität voraus.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 44 an den Bundesfachausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu überweisen.

**Ursachen bekämpfen**

Wir fordern die Bundesregierung auf, im Zuge der Kommissionsarbeit die bestehenden Leistungsgesetze des Bundes hinsichtlich ihrer langjährigen Belastungswirkung gerade in strukturschwachen Kommunen zu untersuchen und dazu Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Die Kommunen werden beispielsweise von den Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit weiter entlastet, indem der Bund die Kosten der Unterkunft in stärkerem Maße übernimmt.

Trotz Finanzüberschuss der Kommunen insgesamt hat sich die Disparität der Kommunalfinancen verfestigt. Unter der Voraussetzung, dass keine neuen Kassenkredite von Kommunen aufgenommen werden, könnte in der Kommission eine Perspektive aufgezeigt werden, wie die betroffenen Kommunen auf lange Sicht die Altschulden abbauen und das Zinsrisiko reduzieren können.

**Altschulden abbauen**

Die Kommission muss transparent klären, welche Altschulden der Kommunen einbezogen werden sollen. Wir fordern die Kommission auf, sich auf Kassenkredite zu konzentrieren, weil diesen (Alt-) Schulden keine Investitionen entgegenstehen. Die betroffenen Länder in der Kommission müssen Vorschläge unterbreiten, wie ihre Kommunen Kassenkredite langfristig abbauen sollen.

Die CDU fordert die Kommission auf, zu prüfen, ob mit Hilfe der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein Fonds zur Ablösung der Altschulden aufgelegt werden kann, in den die betroffenen Länder entsprechend ihres Anteils am Kassenkreditvolumen, ggf. mit Unterstützung des Bundes einzahlen. Es ist zu klären, in wie weit der Bund Anreize schaffen möchte, um die gemeinsamen Ziele schneller zu erreichen (Bonus-Sparen). Zugleich müssen sich auch die betroffenen Kommunen auf eine angemessene Tilgungsleistung verpflichten.

Das Altschuldenproblem kommunaler Wohnungsbauunternehmen in strukturschwachen Kommunen insbesondere im Osten ist im Um- bzw. Rückbau von Immobilien begründet. In der Kommission sollten Vorschläge erarbeitet werden, wie der Umbau bzw. Rückbau durch ein gezieltes Förderprogramm zur Altschuldenhilfe flankiert werden kann.

**Zinsen einfrieren**

Die CDU fordert die Kommission auf, zu prüfen, ob mit Hilfe der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) das erhebliche Zinsänderungsrisiko entschärft werden kann:

Dies könnte sich an folgenden Überlegungen orientieren:

- Die Kredite bleiben Schulden der jeweiligen Kommune.
- Der Bund sichert über die KfW-Bank ein Einfrieren der Verzinsung für einen erheblichen Teil der bestehenden Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) auf dem aktuell niedrigen Niveau.
- Das Engagement des Bundes könnte dabei an die Bereitschaft der betreffenden Länder geknüpft werden, ihrerseits in gleichem Umfang durch eigene Maßnahmen (ggf. mit ihrer jeweiligen Förderbank) zur Entschärfung des Zinsrisikos in ihren Kommunen beizutragen.

## **Antrag Nr. C 45 - BV MIT, KV Hannover-Stadt, KV Osnabrück-Land, KV Paderborn**

### **Für die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge**

Die CDU Deutschlands bekennt sich zum Drei-Säulen-Modell der Altersvorsorge und will die betriebliche Altersvorsorge stärken. Hierzu setzt sie folgende Maßnahmen um:

- Halber Beitrag in der Auszahlungsphase

Auf Betriebsrenten (u. a. die sog. Direktversicherungen) wird zukünftig nur noch der halbe Beitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung (Arbeitnehmeranteil) gezahlt.

- Freigrenze zum Freibetrag umwandeln

Die bisherige Freigrenze für beitragspflichtige Einnahmen versicherungspflichtig Beschäftigter (derzeit 152,25 Euro) wird in einen Freibetrag umgewandelt.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 37, C 45, C 132 und C 168 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

### **Für die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge**

Die CDU Deutschlands bekennt sich zum Drei-Säulen-Modell der Altersvorsorge und will die betriebliche Altersvorsorge weiter stärken. Deshalb ist die Problematik der vollen Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge auf Versorgungszüge wie z. B. auf Betriebsrenten und auf Direktversicherungen erneut zu prüfen, um für alle Beteiligten eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Eine Rückabwicklung für die Jahre seit 2004 ist aus finanziellen Gründen ausgeschlossen. Eine künftige Reduzierung des Beitragssatzes soll für die gesetzliche Krankenversicherung beitragsneutral erfolgen, beispielsweise durch erhöhte Steuerzuschüsse in die gesetzliche Krankenversicherung.

## **Antrag Nr. C 46 - BV MIT, KV Olpe, KV Paderborn**

### **Abschaffung Solidaritätszuschlag bis 2021**

Der Solidaritätszuschlag muss noch in der laufenden Legislaturperiode vollständig abgeschafft werden

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 46, C 81, C 96, C 118, C 165, C 188 und C 207 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands will den Solidaritätszuschlag bis Ende 2021 vollständig abschaffen. Dabei halten wir am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne neue Schulden fest.

## **Antrag Nr. C 47 - BV MIT**

### **Für einen attraktiven freiwilligen Gesellschaftsdienst**

Die CDU Deutschlands will den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern, der Tendenz zur Vereinzelung entgegenzutreten und zugleich eine Möglichkeit für junge Menschen schaffen, ihre Sozialkompetenz zu stärken und ihnen eine Orientierungsmöglichkeit fürs Leben zu geben. Die CDU spricht sich daher für die Einführung eines attraktiven Gesellschaftsdienstes aus. Zu diesem sollen sich junge Menschen nach der Schulzeit oder auch nach der Erstausbildung oder dem Erststudium auf der Grundlage ihrer freiwilligen Entscheidung verpflichten können. Dabei ist ein Zeitrahmen für die Dauer von einem Jahr genauso möglich wie mehrere Intervallzeiten verteilt auf bis zu zehn Jahre. Der Dienst soll vom Bund durch eine Aufwandsentschädigung auf

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 8, C 14, C 43, C 47, C 79, C 85, C 116, C 124, C 139, C 159, C 190, C 196 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 8 anzunehmen.

Grundsicherungsniveau inklusive eventuell erforderlicher Zuschüsse zu Kosten der Unterkunft unterstützt werden. Darüber hinaus sollen die Gesellschaftsdienstleister Rentenpunkte erhalten sowie bei Studienplatzvergaben besonders berücksichtigt werden. Weitere Möglichkeiten zur Attraktivitätssteigerung wie Vergünstigungen bei Bahn und ÖPNV sind zu prüfen. Als Anbieter kommen die Träger von Bundesfreiwilligendiensten, Freiwilligem Sozialen Jahr, dem ehemaligen Ersatzdienst, gemeinnützige Vereine sowie die Bundeswehr in Betracht. Es soll geprüft werden, inwieweit dieser Gesellschaftsdienst den Bundesfreiwilligendienst und das Freiwillige Soziale Jahr ersetzen kann, so dass es künftig eine einheitliche und leicht verständliche Regelung sowie ein vielfältiges und attraktives Angebot gibt.

## Antrag Nr. C 48 - BV MIT

### Lebensstandard sichern – Zulagenrente verbessern

Die CDU steht für eine verlässliche Altersvorsorge. Um dabei ein den Lebensstandard sicherndes Vorsorgeniveau zu kommen, setzen wir auf einen Dreiklang aus gesetzlicher Rente und privater und betrieblicher Altersvorsorge. Wir haben das Ziel, dass diese Angebote für jeden attraktiv sein müssen und damit auch von nahezu allen Erwerbstätigen genutzt werden.

Die CDU fordert daher eine umfassende Reform der privaten Zulagenrente („Riester“).

- Der Möglichkeit einer Zulagenrente soll auf alle steuerpflichtigen Erwerbstätigen ausgeweitet werden, also auch auf die Selbstständigen und Freiberufler.

- Die Gewährung der Zulagen muss vollständig automatisiert über die Finanzverwaltung erfolgen. Der bisherige komplizierte und fehleranfällige Zulagenantrag kann damit entfallen. Die wesentlichen für die Prämien- und Zulagenberechnung erforderlichen Daten sind bei den Finanzverwaltungen vorhanden. Es müssen nur die technischen und rechtlichen Voraussetzungen für deren automatisierte Nutzung geschaffen werden. Damit entfällt die aufwändige Bürokratie beim Sparer fast vollständig und vereinfacht auch für die Anbieter und die Behörden das Verfahren deutlich und verringert damit die Kosten.

- Die Finanzämter sollen jährlich sowohl die Sparer als auch diejenigen, die noch keine Zulagenrente abgeschlossen haben, über die ihnen zustehenden staatlichen Zulagen informieren und – ähnlich der Renteninformationen – Versorgungsszenarien vorrechnen, um damit jedem Erwerbstätigen die Vorzüge und Effekte der Zulagenrente deutlich zu machen.

- Diese Informationen sollen in das einheitliche Renteninformationssystem einfließen, um dem Bürger sein Gesamtvorsorgeniveau anzuzeigen.

- Der Förderhöchstbetrag sollte 4 % der jeweils gültigen Beitragsbemessungsgrenze betragen, damit die Altersvorsorge die Inflationsentwicklung berücksichtigt.

- Die bisherige Zulagenstelle soll die Berechnungen für die Finanzverwaltung unterstützen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 48 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt zu überweisen.

## Antrag Nr. C 49 - BV MIT

### Europäische Union – mit weniger Bürokratie bessere Gesetze

Deutschland profitiert von Europa als Friedensgarant, vom Europäischen Binnenmarkt und von gemeinsamer Währung und Handelsverträgen. Erfolge speziell aus wirtschaftlicher Sicht sind die europaweite Stärkung Dualer Ausbildungsstrukturen, die Durchsetzung des Leistungsschutzrechts sowie der erfolgreiche Abschluss weiterer Handelsabkommen etwa mit Japan, Kanada und Mexico.

Herausforderungen der Zukunft liegen in der Steuerung und Begrenzung von Migration, dem Schutz der Außengrenzen, einer gemeinsamen Sicherheitspolitik, der Digitalisierung sowie in der Weiterentwicklung von Binnenmarkt und Handelsverträgen. Die Antwort auf "America First" ist hier "Europe together". Zugleich muss die Union flexibel bleiben, um schnell zu sein, und etwa bei Sicherheitsfragen auch zwischenstaatliche Lösungen ausbauen helfen. Anstatt einer "ever closer Union" bedarf es einer "ever better Union".

Zudem muss der Bürokratieabbau konsequent fortgeführt werden. Auch wenn parteipolitische Unterschiede jetzt sichtbarer sind, etwa bei der Datenschutzgrundverordnung, und die Gesetzgebung der Kommission mittlerweile einer Selbstbeschränkung und sogar unabhängigeren Kontrolle unterliegt, dauert europäische Gesetzgebung häufig zu lange und steht in manchen Punkten gegen das Subsidiaritätsprinzip. Ein Beispiel ist das Aushöhlen der Tarifautonomie durch den Versuch europäischer Vorgaben für neue Arbeitnehmer - und Arbeitgeberdefinitionen sowie Vorstöße für eine europäische Arbeitslosenversicherung.

Die CDU Deutschland fordert deshalb:

- Verkleinerung der EU-Kommission: Die Institutionen müssen verständlicher für den Bürger sein und doppelte Zuständigkeiten vermeiden. Deshalb ist es notwendig, die Europäische Kommission von 28 auf 15 Kommissare zu reduzieren. Den fünf größten Nettozahlern pro Kopf steht dabei das Recht zu, dauerhaft einen Kommissar zu stellen. Die anderen Kommissare sind allen verbleibenden Mitgliedstaaten anhand eines Rotationsprinzips zuzuschreiben.
- Bessere Folgenabschätzung von EU-Gesetzen: Bürokratie entsteht oftmals im nachgelagerten Gesetzgebungsprozess durch die Änderungen des Europäischen Parlaments oder der Mitgliedstaaten. Verbindliche Folgenabschätzungen müssen daher auf alle Stufen des gesetzgeberischen Verfahrens ausgeweitet werden und einen verpflichtenden KMU-Test, der Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen analysiert, enthalten. Kein mittelstandsrelevantes Gesetzgebungsverfahren darf ohne finale Folgenabschätzung abgeschlossen werden. Zu diesem Zweck muss der Ausschuss für Regulierungskontrolle nach dem Vorbild des deutschen Normenkontrollrats unabhängiger und vergrößert werden. Mitgliedsstaaten müssen Umsetzungen Europäischer Gesetzgebung, bei denen sie über EU-Vorgaben hinausgehen (sogenanntes Goldplating), verbindlich dokumentieren. Jede neue EU-Richtlinie oder Verordnung muss zudem mit Regulierungsentlastung einhergehen: "one in - one out".
- Aktivere Subsidiarität: Subsidiarität ist unser Leitprinzip für die Zusammenarbeit der nationalen und europäischen Gesetzgebung. Es müssen konkretere, materielle Leitlinien zum Subsidiaritätsprinzip erarbeitet werden. Nationale Parlamente benötigen mehr Zeit, Subsidiaritätsbedenken

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 49 an den Bundesfachausschuss Europapolitik zu überweisen.

gegenüber der Europäischen Union zu formulieren. Die entsprechende Einspruchsfrist ist von acht auf 12 Wochen zu verlängern. Auch sollten EU-Fragen von besonderer Bedeutung grundsätzlich im Deutschen Bundestag debattiert werden, bevor die Bundesregierung Entscheidungen in Brüssel trifft.

## Antrag Nr. C 50 - BV MIT

### Für einen EU-weiten praxistauglichen Datenschutz

Die CDU Deutschlands bekennt sich zu einem hohen und europaweit einheitlichen Datenschutzstandard, um die Persönlichkeitsrechte der Menschen zu wahren und Rechtssicherheit in ganz Europa zu gewährleisten. Die CDU wendet sich aber gegen unpraktikable Lösungen und nationale Sonderwege, die insbesondere deutsche Mittelständler stärker belasten als Unternehmen in anderen EU-Ländern und ehrenamtliches Engagement unverhältnismäßig erschweren.

Die CDU setzt sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür ein, folgende Änderungen zum Schutz von Unternehmen, Selbstständigen, Freiberuflern und Ehrenamtlichen schnellstmöglich umzusetzen:

- Die deutsche Besonderheit der Konkurrenten-Abmahnungen, die mit angeblichen Datenschutzverstößen begründet werden, sind gesetzlich eindeutig für unzulässig zu erklären, da der Sanktionsmechanismus der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) mit der starken Stellung der Datenschutzbehörden und hohen Bußgeldern ausreichend Schutz bietet.
- Über die DSGVO hinausgehende zusätzliche Auflagen für Unternehmen in Deutschland müssen abgeschafft werden, so z. B. die im Bundesdatenschutzgesetz festgelegten zusätzlichen Pflichten, einen Datenschutzbeauftragten zu benennen.
- Leichte erstmalige Verstöße ohne Vorsatz sollen grundsätzlich zunächst unentgeltlich verwarnet werden.
- Die CDU wird sich bei der Bundesregierung und im Europaparlament für Nachbesserungen bei der DSGVO einsetzen, die insbesondere für Mittelständler und ehrenamtlich Tätige weitere Ausnahmen ermöglichen und entstandene Rechtsunsicherheiten beseitigen sollen. So sollen u. a. bestimmte Anforderungen erst ab Schwellenwerten (z.B. ab 50 Mitarbeitern) verpflichtend vorgesehen werden, um gerade kleinere Unternehmen sowie Vereine von unangemessenen Belastungen zu befreien. Die Maximalhöhen für Sanktionen (20 Millionen Euro bzw. 4 Prozent des Jahresumsatzes) sollen für mittelständische Unternehmen und Organisationen mit überwiegen ehrenamtlich Aktiven deutlich reduziert werden.
- Auf EU-Ebene soll ein Innovationsboard eingerichtet werden, um aus Sicht der Unternehmen substanzielle Vorschläge zur Weiterentwicklung der europäischen Datenschutzregelungen zu erarbeiten.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 50, C 83, C 115 und C 137 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

### Neustart für den europäischen Datenschutz

Die CDU Deutschlands bekennt sich zu einem hohen und europaweit einheitlichen Datenschutzstandard, um die Persönlichkeitsrechte der Menschen zu wahren und Rechtssicherheit in ganz Europa zu gewährleisten. Die CDU wendet sich aber gegen unpraktikable Lösungen und nationale Sonderwege, die ehrenamtliches Engagement unverhältnismäßig erschweren und insbesondere deutsche Mittelständler stärker belasten als Unternehmen in anderen EU-Ländern. Deshalb wird sich die CDU auf Bundes- und EU-Ebene dafür einsetzen, dass die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zum Schutz von Unternehmen, Selbstständigen, Freiberuflern und Ehrenamtlichen entbürokratisiert wird.

Mehr Souveränität für Internetnutzer statt sinnloser Warnhinweise – das soll die Maxime dabei sein. Hierzu sind neue Mechanismen erforderlich. In diesem Prozess muss das Datenschutzrecht deutlich verschlankt werden. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen, für Startups und für Vereine sind die Regelungen viel zu kompliziert und eine große Bürde. Gegen den Widerstand der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament wurden übertriebene Dokumentationspflichten und bürokratische Einzelregelungen verabschiedet.

Daher schlagen wir ein konkretes Maßnahmenpaket zur Entbürokratisierung vor:

- Ehrenamtliche Tätigkeiten, die keinen kommerziellen Zweck verfolgen, wie das Engagement in Vereinen und wohltätigen Organisationen, müssen von vielen Regelungen der DSGVO ausgenommen werden.
- Die Dokumentationspflichten von kleinen Unternehmen sollen drastisch reduziert werden, soweit das Sammeln oder Handeln mit Daten

nicht Unternehmenszweck ist. Bestimmte Anforderungen sollen erst ab Schwellenwerten verpflichtend vorgesehen werden und die Maximalhöhen für Sanktionen sollen für kleine und mittelständische Unternehmen und Organisationen mit überwiegend ehrenamtlich Aktiven deutlich reduziert werden.

- Leichte erstmalige Verstöße ohne Vorsatz sollen grundsätzlich zunächst unentgeltlich verwarnt werden.
- Die Vorschriften müssen auch für Startups umsetzbar gemacht werden. Europäische Digitalunternehmen dürfen keinen Wettbewerbsnachteil gegenüber ihren großen Konkurrenten aus Übersee haben.
- Daher müssen auch über die DSGVO hinausgehende zusätzliche Auflagen für Unternehmen in Deutschland abgeschafft werden. Dazu gehören unter anderem die im Bundesdatenschutzgesetz erweiterten Fälle zur verpflichtenden Bestellung eines Datenschutzbeauftragten.
- Freiwillig gegebene Daten (z. B. über Visitenkarten) dürfen auch ohne eine vorherige Belehrung elektronisch und per Brief genutzt werden, soweit auf die Möglichkeit, weitere Kommunikation jederzeit abbestellen zu können, stets hingewiesen wird.
- Die Anwendung der DSGVO in Deutschland soll durch konkrete Auslegung einheitlich erfolgen, indem sich alle auf die Auskunft eines Landesdatenschutzbeauftragten verlassen können, auch wenn sie in einem anderen Land wohnen oder arbeiten.
- Die deutsche Besonderheit der Konkurrenten-Abmahnung, die mit angeblichen Datenschutzverstößen begründet wird, ist gesetzlich eindeutig für unzulässig zu erklären, da der Sanktionsmechanismus der DSGVO mit den von den Datenschutzbehörden zu verhängenden Bußgeldern ausreichend Schutz bietet.
- Der in Art. 68 DSGVO definierte Europäische Datenschutzausschuss, dem u. a. die nationalen Datenschützer angehören und der eine einheitliche Anwendung der Richtlinie in der EU sicherstellen soll, sollte durch einen sogenannten "Innovationsausschuss" ergänzt werden. Dieser Ausschuss ist mit Vertretern aus Wirtschaft, Verbänden sowie Gesellschaft zu besetzen und muss vor allem die innovationsfreundliche Anwendung der Verordnung beurteilen.

## Antrag Nr. C 51 - BV Senioren-Union

Bekennnis zur deutschen Sprache im Grundgesetz

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag



Das Bekenntnis zur deutschen Sprache gehört in unser Grundgesetz. Auf Basis des Beschlusses des 22. CDU-Bundesparteitages vom 2. Dezember 2008 fordert die CDU Deutschlands die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dazu auf, noch innerhalb der 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eine Grundgesetzänderung auszuarbeiten und in die parlamentarischen Beratungen einzubringen, die in Artikel 22 GG den Zusatz einfügt: „Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch“.

In der Bundesrepublik Deutschland besitzt die deutsche Sprache, im Gegensatz zu anderen Ländern der Europäischen Union, keinen Verfassungsrang. Doch ist Sprache nicht nur ein Mittel der Verständigung, sondern schafft Gemeinsamkeit und Identität.

In einer Zeit, in der unsere gemeinsame Sprache vielen Einflussfaktoren unterliegt und von Generation zu Generation neue Ausprägungen erfährt, ist das Bekenntnis zur deutschen Sprache als Fundament unserer Verständigung und elementarer Bestandteil der Bundesrepublik sowie unserer Kultur ein Zeichen für Stabilität und Kontinuität.

## **Antrag Nr. C 52 - BV Senioren-Union**

### **Anpassung des Bundesaltnerplanes an den Kinder- und Jugendplan des Bundes**

Die CDU Deutschlands fordert die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag auf, den Bundesaltnerplan in seiner Ausgestaltung an den Kinder- und Jugendplan des Bundes noch innerhalb der 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages anzupassen. Dies umfasst die Richtlinien als auch die finanzielle Ausstattung.

Im Rahmen des Bundesaltnerplanes werden seit dem Jahr 2009 bundesweit relevante seniorenpolitische Projekte gefördert. Doch während der Kinder- und Jugendplan des Bundes fortlaufend weiterentwickelt wurde, erfuhr der Bundesaltnerplan keine Ausgestaltung entsprechend seiner Relevanz.

Der prozentuale Anteil von Seniorinnen und Senioren bzw. der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung liegt mit 27,88 Prozent deutlich über jenem der Altersgruppe von unter 25 Jahren, welcher 23,97 Prozent beträgt (Vgl. Statista Deutschland, 2018).

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei einem Blick auf die Bundestagswahl 2017. Hier lag der Anteil der über 60 Jahre alten Wahlberechtigten bei 36,1 Prozent, der der unter 30-Jährigen bei 15,4 Prozent. Auch bei der Wahlbeteiligung, die insgesamt 76,2 Prozent lag, sind es Seniorinnen und Senioren, die gegenüber der Altersgruppe von unter 25 Jahren den größeren prozentualen Anteil stellen – mit 78,4 zu 68,5 Prozent (Vgl. Bundeswahlleiter, 2018).

Die Relevanz der Seniorinnen und Senioren für Familie, Gesellschaft, Ehrenamt und Politik ist unbestritten. Der Bundesaltnerplan sollte eine entsprechende Aufwertung erfahren.

## **Antrag Nr. C 53 - BV Senioren-Union**

### **Schutz und Nutzung von Gesundheitsdaten**

Die Gesundheitsdaten von Patientinnen und Patienten sollen für die optimale

C 51 in folgender Fassung anzunehmen:

### **Bekenntnis zur deutschen Sprache im Grundgesetz**

Die CDU Deutschlands bekräftigt ihren Beschluss vom 22. Parteitag vom 2. Dezember 2008 zur Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 52 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 53 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu

ärztliche Versorgung und die Beratung zwischen behandelnden Ärzten bestmöglich genutzt werden können. Die Bundesregierung soll hierzu noch innerhalb der 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen und Institutionen schaffen, die den Weg zu diesem Ziel ermöglichen.

Der Zugriff auf die individuellen Gesundheitsdaten durch die jeweils behandelnden Ärzte und die Zurverfügungstellung nach erfolgter Anonymisierung für die medizinische Forschung sollen den geltenden Datenschutzstandards entsprechen. Hierbei ist zu gewährleisten, dass datenschutzrechtliche Bestimmungen die Nutzung von Gesundheitsdaten zur Behandlung und Forschung nicht unverhältnismäßig erschweren.

Für den Erfolg zukünftiger medizinischer Behandlungen sind der schnelle Informationsaustausch zwischen Ärzten und der Erkenntnisgewinn der medizinischen Forschung entscheidend. Daher sollten verfügbare Ressourcen und Mittel optimal genutzt werden.

## **Antrag Nr. C 54 - BV Senioren-Union**

### **Grenzüberschreitende Projekte zur Optimierung der Gesundheitsversorgung und -vorsorge**

In allen grenznahen Gebieten gibt es nur wenige Möglichkeiten zur geplanten und ungeplanten Versorgung von Patienten und deren medikamentöser Versorgung. Diese Möglichkeiten gilt es, im Idealfall EU-einheitlich zu erweitern.

Die ärztliche und medikamentöse Versorgung im ländlichen Raum kann durch grenzüberschreitende Projekte einerseits gesichert und andererseits wirtschaftlicher geleistet werden.

## **Antrag Nr. C 55 - BV Senioren-Union**

### **Kampf gegen multiresistente Keime in Human- und Veterinärmedizin**

Zur weiteren Erforschung und Bekämpfung multiresistenter Keime sollen der Austausch und die Kooperation bei der bilateralen Zusammenarbeit zwischen den Niederlanden und Deutschland verstärkt werden, um an die Erfolge der Niederlande in Erforschung und Bekämpfung auf diesem Gebiet anzuknüpfen.

## **Antrag Nr. C 56 - BV Senioren-Union**

### **Tag der Deutschen Einheit**

Die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin werden aufgefordert, auf geeigneten Wegen dafür zu sorgen, dass in Hinblick auf den Tag der Deutschen Einheit alle Schulen in unserem Land dazu angehalten werden, die Thematik der Wiedervereinigung aufzugreifen - womöglich unter Einbezug von Zeitzeugen.

Deutschland ist unser Auftrag und unsere Aufgabe.

## **Antrag Nr. C 57 - LV Baden-Württemberg**

### **Klares Bekenntnis zur Abschaffung des „Kommunal-Soli“**

überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 54 anzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 55 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 56 anzunehmen und an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C

Die CDU Deutschlands bekennt sich vorbehaltlos zur Abschaffung des sogenannten „Kommunal-Solis“. Jedweden Bestrebungen, das Auslaufen der erhöhten Gewerbesteuerumlage für die Kommunen zum Ende 2019 auch nur in Frage zu stellen, erteilen wir eine klare Absage. Um die Zukunftsaufgaben im Bereich der Kinderbetreuung, der Bildung, der digitalen Infrastruktur und der Mobilität lösen zu können, brauchen alle Kommunen dringender denn je finanzielle Gestaltungsspielräume.

## Antrag Nr. C 58 - LV Baden-Württemberg

### Paragraph 13b BauGB verlängern, Wohnraumangel beheben

Die CDU Deutschlands wirkt in der Bundesregierung darauf hin, den Paragraphen 13b Baugesetzbuch bis spätestens zum 31. April 2019 wie folgt neu zu fassen:

§ 13b Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren  
Bis zum 31. Dezember 2021 gilt § 13a entsprechend für Bebauungspläne mit einer Grundfläche im Sinne des § 13a Absatz 1 Satz 2 von weniger als 10 000 Quadratmetern, durch die die Zulässigkeit von Wohnnutzungen auf Flächen begründet wird, die sich an im Zusammenhang bebaute Ortsteile anschließen. Das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans nach Satz 1 kann nur bis zum 31. Dezember 2021 förmlich eingeleitet werden; der Satzungsbeschluss nach § 10 Absatz 1 ist bis zum 31. Dezember 2023 zu fassen. Bis spätestens 31. Juli 2020 ist zu prüfen, ob eine Neufassung in Verbindung mit einer Fristsetzung oder einer dauerhaften Einführung notwendig ist.

## Antrag Nr. C 59 - LV Baden-Württemberg

### Politische Information durch Wahlwerbung ist legitim

Die CDU Deutschlands setzt sich für die Schaffung einer gesetzlichen Regelung ein, welche den Einwurf von Wahlwerbung an alle Haushalte im Vorlauf zu öffentlichen Wahlen – auch an Werbeverweigerer – zulässt. Die Regelung sollte eine zeitliche (z.B. zwei Monate vor der jeweiligen Wahl) sowie quantitativ angemessene Beschränkung (z.B. maximal zwei Informationsflyer je Partei bzw. Kandidat und Wahl) enthalten.

## Antrag Nr. C 60 - LV Baden-Württemberg

### Ehrenamt und Gemeinnützigkeit effektiv fördern

1.  
a. die Steuerfreigrenzen für gemeinnützige Vereine in der Abgabenordnung (§ 64 Abs. 3 AO) und  
b. die Umsatzgrenze in der Umsatzsteuer (§ 23a UStG) von 35.000 Euro auf 45.000 Euro zu erhöhen (Gleichklang von Besteuerungs-, Zweckbetriebs- und Umsatzgrenzen).

2. im Einkommenssteuergesetz  
a. die Übungsleiterpauschale von 2.400 Euro auf 3.000 Euro (§ 3 Nr. 26) und  
b. die Ehrenamtpauschale (§ 23 Nr. 26a) von 720 Euro auf 840 Euro

39, C 57 und C 153 gemeinsam zu behandeln und zum Zeitpunkt des Parteitags als voraussichtlich erledigt zu betrachten.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 58 und C 90 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands setzt sich für eine Änderung des Baugesetzbuches dergestalt ein, dass der § 13b BauGB längerfristige Geltung erlangt. Mit dieser Änderung wird die planungsrechtliche Zulässigkeit geschaffen, dass auch über den 31. Dezember 2019 hinaus Bebauungspläne im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden können. Es ist zu prüfen, ob eine Neufassung des § 13b in Verbindung mit einer Fristsetzung oder einer dauerhaften Einführung notwendig ist.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 59 anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 60, C 119, C 186 und C 202 gemeinsam zu behandeln, in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die Förderung des Ehrenamts gehört zu den fundamentalen Anliegen christlich demokratischer Politik. Seitdem die CDU regiert, wurden die steuerlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagements verbessert, die Aufwandsentschädigungen erhöht, ehrenamtlich

zu erhöhen.

3. zu prüfen, ob die Kleinunternehmergrenze von 17.500 Euro Jahresumsatz für gemeinnützige Tätigkeiten erhöht oder in einen Steuerfreibetrag umgewandelt wird.

4.

a. Artikel 38 im Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) zu streichen.

b. die entsprechenden gesetzlichen Regelungen so anzupassen, dass Vereine für ihre Pressearbeit Ton- und Bilddokumente sowie Berichte mindestens in dem Umfang veröffentlichen dürfen, in dem dies Journalisten bzw. (Lokal-) Zeitungen/Medien dürfen.

c. dass basierend auf DSGVO Artikel 83 eine Beschränkung der Bestrafung von Vereinen derart vorgenommen wird, dass gilt: „Vereine, die keine Gewinnerzielungsabsicht verfolgen, werden - mit Ausnahme von Vorsatz - grundsätzlich nicht mit einer Geldstrafe belegt, es sei denn sie setzen Anordnungen der Datenschichtsbehörde nicht innerhalb von einer zumutbaren Frist um.“ d. dass Vereine und kleiner Unternehmen grundsätzlich von der DSGVO ausgenommen werden.

Tätige und Vereine von Bürokratie entlastet und Haftungserleichterungen beschlossen. Die CDU steht auch weiterhin an der Seite der ehrenamtlich Engagierten und will das Ehrenamt weiter stärken.

Die CDU Deutschlands tritt aus diesem Grund dafür ein:

- die Freigrenze zu erhöhen, die gemeinnützige Vereine von der Körperschafts- und Gewerbesteuer freistellt, die aus ihrem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb lediglich geringe Einnahmen erzielen;

- die Freigrenze zur Umsatzsteuer, mit der abzugsfähige Vorsteuerbeträge pauschal mit einem Durchschnittssatz von 7 Prozent des steuerpflichtigen Gesamtumsatzes berechnet werden können, anzuheben;

- das Ehrenamt durch eine Anhebung der Übungsleiterpauschale steuerlich zu entlasten; von einer solchen Anhebung würden insbesondere Trainerinnen und Trainer sowie Ausbilderinnen und Ausbilder in einer großen Zahl von Vereinen und Organisationen profitieren;

- die Ehrenamtszuschale zu erhöhen: Dies käme vielen anderen in gemeinnützigen Vereinen ehrenamtlich engagierten Personen, wie etwa Schriftführern oder Kassenwartern, zugute. Im Einklang mit der Erhöhung der Ehrenamtszuschale wollen wir auch die Haftungsbeschränkungen erweitern, die wir zu Gunsten der Vorstände und Vereinsmitglieder auf Bundesebene eingeführt haben.

## Antrag Nr. C 61 - LV Baden-Württemberg

### Sichere Drittstaat-Regelung durchsetzen

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, allen aus einem sicheren Drittstaat, wie z. B. Österreich, nach Deutschland einreisenden Nicht-EU-Ausländern, die nicht über die erforderlichen Dokumente für einen Identitätsnachweis verfügen, die Einreise nach Deutschland gemäß Art. 16 a Abs. 2 Grundgesetz und § 18 Abs. 2 Nr. 1 Asylgesetz zu verweigern und unverzüglich für einen lückenlosen Gesetzesvollzug zu sorgen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 61 in folgender Fassung anzunehmen:

Grundlage der Migrationspolitik der CDU ist das gemeinsam mit der CSU vereinbarte Regelwerk zur Migration, das im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Wahlperiode in allen wesentlichen Teilen Niederschlag gefunden hat. Künftig erfolgt die Bearbeitung von Asylverfahren schnell, umfassend und rechtssicher in zentralen Einrichtungen, in denen Ankunft, Entscheidung, kommunale Verteilung bzw. Rückführung (AnKER) stattfinden.

Wir bekräftigen die Vereinbarung mit der CSU sowie die darauf basierenden Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom Juli 2018. Danach ist an der deutsch-österreichischen Grenze ein

neues Grenzregime vereinbart worden, das sicherstellt, dass Asylbewerber, für deren Asylverfahren andere EU-Länder zuständig sind, an der Einreise gehindert werden. Dabei verfolgen wir weiterhin das Ziel, Migration zu ordnen, zu steuern und zu begrenzen und dabei mit den europäischen Partnern zusammenzuarbeiten – also nicht einseitig, nicht unabgestimmt und nicht zu Lasten Dritter zu handeln.

## **Antrag Nr. C 62 - LV Baden-Württemberg**

### **Höhe des Kindergelds für im Ausland lebende Kinder anpassen**

Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, die Höhe des Kindergeldes für im Ausland lebende Kinder an den dortigen Lebenshaltungskosten zu orientieren.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 62 und C 74 gemeinsam zu behandeln und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 63 - LV Baden-Württemberg**

### **Abschiebung von Gefährdern**

Die CDU Deutschlands fordert, dass die Sicherheit der Bevölkerung in Deutschland Vorrang vor der Sicherheit von ausländischen Gefährdern in ihrem Heimatland hat und insoweit ein Abschiebehindernis grundsätzlich nicht besteht.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 63 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 64 - LV Baden-Württemberg**

### **Reform der Grundsteuer**

Die CDU Deutschlands setzt sich für die grundgesetzlich gebotene zügige Änderung der Grundsteuer mit folgenden Rahmenbedingungen ein:

1. Die Grundsteuer soll zukünftig durch Anwendung bundeseinheitlicher und nutzungsartabhängiger Äquivalenzzahlen auf die Flächenbezugsgrößen (Geschossflächen bebaute Fläche, Grundstücksfläche, Nutzungsart Gewerbe/Wohnbau) ermittelt werden.
2. Es muss neben der Grundsteuer A und B die Möglichkeit der Erhebung einer Grundsteuer C für unbebaute Grundstücke eingeführt werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 64 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 65 - LV Baden-Württemberg**

### **Klares Bekenntnis zu Bargeld ohne Begrenzungen**

1. Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, dass geschäftliche und private Bezahlvorgänge ohne summenmäßige Begrenzung mit Bargeld möglich sind.
2. Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, dass die europäische Zentralbank (EZB) die Ausgabe von Banknoten weder einschränkt noch begrenzt und in dem Umfang zur Verfügung hält und stellt, dass die Nachfrage

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 65 anzunehmen.

nach Bargeldtransaktionen erfüllt werden kann.

## **Antrag Nr. C 66 - LV Baden-Württemberg**

### **Vollständige Portabilität der Altersrückstellungen bei einem Wechsel des privaten Krankenversicherungsunternehmens**

Die CDU Deutschlands spricht sich für die volle Portabilität (d.h. Mitnahme bei Versicherungswechsel) der Alters- und Krankheitsrückstellungen bei privat krankenversicherten Bürger zum neuen Versicherer aus.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 66 anzunehmen.

## **Antrag Nr. C 67 - LV Baden-Württemberg**

### **Möglichkeit des gemeinsamen Einmischens Realität werden lassen**

Streuobstwiesen, insbesondere mit dem Produkt Obst von Kleinbrennern zu edlen Bränden verarbeitet, sind ein wichtiger Faktor zum Erhalt der Artenvielfalt und unserer Kulturlandschaft.

Die CDU Deutschland fordert die Bundesregierung und die Europäische Union auf, dafür Sorge zu tragen, die sinnvolle Möglichkeit des gemeinsamen Einmischens des Obstes von Stoffbesitzern, von Streuobstbeständen geerntet, Realität werden zu lassen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 67 und C 195 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 67 anzunehmen.

## **Antrag Nr. C 68 - LV Baden-Württemberg**

### **Fördertatbestände mindestens im bisherigen Finanzrahmen der 2. Säule aufrecht erhalten**

Streuobstwiesen sind ein prägendes u. bedeutendes Element unserer deutschen Kulturlandschaften.

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung und die Europäische Union auf, dafür Sorge zu tragen, die bisherigen Fördertatbestände mindestens im bisherigen Finanzrahmen der 2. Säule aufrecht zu erhalten. Wir wollen damit auch das große Engagement vieler Ehrenamtlicher beim Erhalt unserer Kulturlandschaften, der ökologischen Vielfalt und Biodiversität anerkennen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 68 anzunehmen.

## **Antrag Nr. C 69 - LV Baden-Württemberg**

### **Vollzug des Rechtsstaates und gesellschaftliche Teilhabe stärken: Abschiebehindernisse beseitigen, Integration durch Arbeit beschleunigen**

Auf unserem gemeinsamen Weg, Migration zu ordnen, zu steuern und zu begrenzen, sind wir weit vorangeschritten: Die Zahl der zu uns kommenden Migranten ist massiv zurückgegangen. Dennoch werden die Fragen von Migration und Integration uns weiterhin dauerhaft beschäftigen. Dabei ist klar: Die Integration derer, die eine Bleibperspektive haben, kann nur mit breiter gesellschaftlicher Akzeptanz gelingen. Doch diese Akzeptanz beginnt dort zu bröckeln, wo der Vollzug des Rechtsstaates gehindert ist. In vielen Fällen gelingt es nicht, ausreisepflichtige Personen zurückzuführen. Andererseits stockt die Integration, wenn die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe durch Arbeit

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 69 und C 142 gemeinsam zu behandeln, in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den Bundesfachausschuss Innere Sicherheit sowie den BACDJ zu überweisen.

**Vollzug des Rechtsstaates und gesellschaftliche Teilhabe stärken: Abschiebehindernisse beseitigen, Integration durch Arbeit beschleunigen**

nicht gegeben ist. Wir wollen deshalb den Vollzug des Rechtsstaates und die gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit stärken. Dazu ist es notwendig, Abschiebehindernisse zu beseitigen, und Integration durch Arbeit zu beschleunigen.

Hierfür sehen wir es als erforderlich an, folgende Punkte umzusetzen:

### 1. Abschiebehindernisse beseitigen

#### a. Sichere Herkunftsstaaten und Rückübernahmen

Die Ausweisung weiterer sicherer Herkunftsstaaten (Algerien, Marokko und Tunesien, Georgien und weiterer Staaten mit einer regelmäßigen Anerkennungsquote unter fünf Prozent) ist sachlich richtig und geboten. Um dabei rasch voranzukommen, muss die Bundesregierung schnellstmöglich ihr Konzept zum Umgang mit sog. vulnerablen Gruppen vorlegen. Zugleich muss die Ausweisung dieser weiteren sicheren Herkunftsstaaten mit der Vereinbarung effektiver Rückübernahmeübereinkommen einhergehen.

Bei relevanten weiteren Staaten, wie etwa Indien, Pakistan oder Gambia müssen Vereinbarungen im Hinblick auf eine praktikable Identifizierung und eine unbürokratische Ausstellung von Passersatzpapieren getroffen werden. Auf diese Weise können Restriktionen bei der Rückführung abgebaut werden.

Staaten, die sich weigern, ihre Staatsbürger zurückzunehmen, muss mit geeigneten Maßnahmen, z. B. im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und einer konsequent restriktiven Visapolitik, begegnet werden.

#### b. Abschiebungshaftrecht und Vollzug der Rückführung

Um substantiell mehr abgelehnte Asylbewerber – vorrangig Kriminelle, Gefährder und Integrationsverweigerer – abschieben zu können, brauchen wir eine Erweiterung der Abschiebehaftgründe und eine Vereinfachung des Abschiebungshaftrechtes.

Die Missachtung der Pflicht zur freiwilligen Ausreise muss künftig einen Haftgrund darstellen. In geeigneten Fällen muss es möglich sein, zur Feststellung der Identität verlängerte Abschiebungshaft zu verhängen.

Abgelehnte Asylbewerber müssen einer generellen Präsenzpflcht zu bestimmten Rahmenzeiten in den zugewiesenen Unterkünften unterworfen werden, um ihre Erreichbarkeit zu gewährleisten. Ein Verstoß gegen diese Präsenzpflcht ist zur Sicherung der Abschiebung als Haftgrund auszugestalten.

Die praktischen Probleme bei Abschiebungen zeigen: Wir brauchen für den erfolgreichen Vollzug von Abschiebungen eine Möglichkeit, Ausreisepflichtige zumindest einen Tag ohne Richtervorbehalt in Gewahrsam nehmen zu können. Das erspart unserer Polizei – und im Übrigen auch den Abzuschiebenden – nächtliche Einsätze, die oft genug nicht erfolgreich sind, weil die Flüchtlinge nicht angetroffen werden oder sich verstecken. Daher sollte neben einem praktikablen zehntägigen Ausreisegewahrsam mit erleichterten Tatbestandsvoraussetzungen ein Kurzzeitgewahrsam ein bis zwei Tage vor der Abschiebung geschaffen werden.

Die personelle und sächliche Ausstattung bei der Bundespolizei für die Sicherheitsbegleitung bei Abschiebungen muss deutlich verbessert werden.

Ziel der CDU Deutschlands ist es weiterhin, die Zuwanderung nach Deutschland besser zu ordnen, zu steuern und zu verringern. Auf dem Weg dorthin sind wir weit vorangeschritten: Die Zahl der zu uns kommenden Migranten ist massiv zurückgegangen.

Die Fragen von Migration und Integration werden uns weiterhin dauerhaft beschäftigen. Dabei ist klar: Die Integration derer, die eine Bleibeperspektive haben, kann nur mit breiter gesellschaftlicher Akzeptanz gelingen. Doch diese Akzeptanz beginnt dort zu bröckeln, wo der Vollzug des Rechtsstaates gehindert ist.

In vielen Fällen gelingt es nicht, ausreisepflichtige Personen zurückzuführen. Andererseits stockt die Integration, wenn die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe durch Arbeit nicht gegeben ist. Wir wollen deshalb den Vollzug des Rechtsstaates und die gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit stärken. Dazu ist es notwendig, Abschiebehindernisse zu beseitigen, und Integration durch Arbeit zu beschleunigen.

Die Zahl der abgeschobenen oder freiwillig zurückkehrenden Asylbewerber muss noch wesentlich gesteigert werden, damit künftige Asylbewerber aus diesen Ländern von der Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens überzeugt werden. Gerade die Bundesländer mit rot-grünen Koalitionen sollten sich an den CDU-Landesinnenministern ein Beispiel nehmen. Sie sind gefordert, noch mehr Anstrengungen zu unternehmen, nach der Ablehnung eines Asylantrags und bei Vollziehbarkeit der Aufenthaltsbeendigung ihrer Verpflichtung zur Aufenthaltsbeendigung nachzukommen. Die Bundesregierung sollte prüfen, welche Maßnahmen geeignet sind, die Länder dabei zu größeren Anstrengungen zu veranlassen und die Rahmenbedingungen für Abschiebungen weiterhin zu erleichtern.

Wer das Gastrecht Deutschlands ausnutzt, um Straftaten zu begehen, muss mit einer konsequenten Ausweisung rechnen. Es bedarf einer prioritären und vernetzten Bearbeitung, um den Vollzug von Aufenthaltsbeendigungen schnell zu erreichen. Ausländer, die Mehrfach- und Intensivstrafäter sind oder besonders auffällig bewusst und gewollt gegen Regeln des geordneten Zusammenlebens verstoßen und sich somit auch als dauerhaft nicht integrierbar erweisen, müssen schnell angeklagt und Strafen – sowie auch Ausweisungen – schnell vollzogen werden.

Bundesweit sind deutlich mehr Abschiebehaftplätze nötig. Das betrifft vor allem die Länder, die bislang gar keine solchen Einrichtungen haben. Auch der Bund ist in der Pflicht, die notwendigen Einrichtungen, z.B. an Flughäfen, bereitzustellen. Grundsätzlich sollte der Bund die Haftkapazitäten für „Dublin-Fälle“ vorhalten.

c. Identitätsbetrug muss Folgen haben, Sicherheit muss Priorität sein

Die Identitätsklärung der Schutzsuchenden muss aus Sicherheitsgründen absoluten Vorrang haben. Asylanträge von Asylbewerbern, deren Identität nicht geklärt ist, werden abgelehnt. Wer über seine Identität täuscht oder sich hartnäckig einer Mitwirkung an der Aufklärung seiner wahren Identität verweigert, erhält kein Bleiberecht, auch nicht im Rahmen der sog. „3+2-Regelung“. Ein erneuter Asylantrag eines Identitätsbetrügers ist unzulässig. Sozialleistungen für Identitätsbetrüger werden auf das rechtlich zulässige Minimum gekürzt. Ausgewiesene Identitätsbetrüger werden mit einer verschärften Wiedereinreiseperrre belegt.

Wir brauchen eine belastbare und aktuelle Grundlage, um zu klären, ob es in Syrien mittlerweile Gebiete gibt, die schutzsuchenden Menschen eine sichere inländische Fluchtalternative bieten. Deshalb muss die Beurteilung der Sicherheitslage für Syrien aktualisiert werden. Wenn rechtlich und humanitär irgend möglich, muss jedenfalls für Schwerkriminelle eine Abschiebung in sichere Gebiete in Syrien schnellstens ermöglicht werden.

d. Nachgelagerte Verfahren beschleunigen

Bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung über einen Asylantrag unter Ausschöpfung des Rechtsweges können mitunter Jahre vergehen. Deshalb wollen wir unter strikter Wahrung des grundgesetzlich garantierten Gebots des effektiven Rechtsschutzes (Art. 19 Abs. 4 GG) eine deutliche Verkürzung der Verfahren. Dabei ist eine Verkürzung der Widerspruchsfrist gegen alle ablehnenden Asylbescheide auf eine Woche sowie die grundsätzliche Beschränkung der gerichtlichen Überprüfung solcher Entscheidungen auf eine Instanz zu prüfen.

2. Integration durch Arbeit beschleunigen

Grundlage für eine erfolgreiche Integration ist das Bekenntnis zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Akzeptanz unserer Traditionen und Lebensweise sowie der Gebrauch der deutschen Sprache. Darüber hinaus stellt die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einen weiteren, essentiellen Pfeiler für eine gelingende Integration dar. Voraussetzung für diese Teilhabe ist das eigene Bestreiten der Lebensgrundlagen durch Arbeit. Das Eckpunktepapier der Bundesregierung für das Fachkräftezuwanderungsgesetz sieht in diesem Zusammenhang die Schaffung eines „verlässlichen Status“ für geduldete Personen vor, die bereits im Erwerbsleben stehen. Diesen verlässlichen Status wollen wir anhand folgender Kriterien ausgestalten:

a. Am Grundsatz der Trennung von Asyl und Erwerbsmigration halten wir fest. Eine allgemeine Bleiberechtsregelung mit sofortiger Aufenthaltserlaubnis darf es daher nicht geben.

b. Wir wollen, auch im Interesse unserer Wirtschaft, eine längerfristige Duldung für die in engem zeitlichen Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise eingereisten Personen, die nicht wie bislang jeweils nach wenigen Monaten wieder verlängert werden muss. Eine solche „Duldung plus“ für den Bereich des Erwerbslebens

In diesem Sinne wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgefordert, weitere notwendige Schritte zu unternehmen, um bestehende Abschiebehindernisse zu beseitigen. Dabei gilt es, u. a. folgende Punkte in den Blick zu nehmen:

- Ausweisung weiterer sicherer Herkunftsstaaten;
- Vereinbarungen weiterer Rückübernahmeübereinkommen;
- Erhöhung des Drucks auf Staaten, die sich weigern, ihre Staatsbürger zurückzunehmen;
- Erweiterung der Abschiebehaftgründe, Vereinfachung des Abschiebungshaftrechtes;
- Kurzzeitgewahrsam unmittelbar vor der Abschiebung;
- bundesweiter deutlicher Ausbau von Abschiebehaftplätzen;
- weitergehende Sanktionen bei Identitätsbetrug;
- Verkürzung der Widerspruchsverfahren und der gerichtlichen Verfahren gegen ablehnende Asylbescheide;
- Ausgestaltung des „verlässlichen Status“ (Eckpunkte zur Fachkräfteeinwanderung) für geduldete Personen, die bereits im Erwerbsleben stehen.



soll sich an der 3+2-Regelung für den Bereich der Ausbildung orientieren. Damit erreichen wir zugleich eine bessere Planbarkeit und Rechtssicherheit für die Unternehmen und die Betroffenen. Diese Bleibeperspektive „Duldung plus“ muss jedoch an strikte und klare Voraussetzungen geknüpft sein. Die Duldung muss aufgrund ihres Ausnahmecharakters jedoch zwingend wieder entfallen, wenn die Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind.

## **Antrag Nr. C 70 - LV Braunschweig, KV Helmstedt**

### **Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum – hier: Mobilität**

Wir fordern die CDU/CSU Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass im ländlichen Raum, die Erreichbarkeit von Arztpraxen für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist. Die Krankenkassen sind aufgefordert grundsätzlich die Beförderungskosten für den Personenkreis, der Praxen aus eigener Kraft selbst unter zumutbaren Umständen nicht erreichen kann, zu übernehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 70 anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 71 - LV Braunschweig, KV Helmstedt**

### **Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum – hier: Gemeindefraktionen**

Wir fordern die CDU/CSU Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die Krankenkassen die sogenannten Gemeindefraktionen als festen Bestandteil der gesundheitlichen Versorgung von chronisch kranken und immobilen Menschen im ländlichen Raum etablieren und die Kosten dafür zu übernehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 71 anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 72 - LV Braunschweig, KV Helmstedt**

### **Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum – hier: Vereinfachung der Verfahrenswege**

Die CDU/CSU Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die zur Verfügung stehenden Fördermittel für ambulant betreute Pflegewohngemeinschaften durch Vereinfachung der Verfahrenswege leichter abgerufen werden können.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 72 anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 73 - LV Braunschweig, KV Helmstedt**

### **Kulturelles Leitbild in Deutschland**

Im Rahmen der Neuarbeitung des CDU-Grundsatzprogramms ist der Begriff des „kulturellen Leitbildes in Deutschland“ aufzunehmen und zu konkretisieren im Sinne eines kleinen Einmaleins des Miteinanders.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 73 in folgender Fassung anzunehmen:

Im Rahmen der Neuarbeitung des CDU-Grundsatzprogramms ist der Begriff des „kulturellen Leitbildes in Deutschland“ zu diskutieren.

## **Antrag Nr. C 74 - LV Braunschweig**

### **Kindergeld**

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sowie die der CDU oder CSU angehörenden Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, sich für die

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 62 und C 74 gemeinsam zu behandeln und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

beiden folgenden Änderungen im Kindergeldrecht einzusetzen:

(1) Rechtskräftig oder bestandskräftig abgelehnte, vollziehbar ausreisepflichtige frühere Asylbewerber bekommen auch nach Erhalt einer Duldung keinerlei Kindergeld mehr für im Ausland lebende Kinder.

(2) EU-Bürger sowie Angehörige von Drittstaaten erhalten für Ihre im Ausland lebenden Kinder nur noch ein an die dortigen Lebenshaltungskosten angepasstes Kindergeld, das maximal so hoch sein darf wie das Kindergeld für in Deutschland lebende Kinder.

## **Antrag Nr. C 75 - LV Braunschweig**

### **Verlängerung der Wahlperiode des Deutschen Bundestages**

Bundestagsvorstand und Bundestagsfraktion werden gebeten dafür Sorge zu tragen, dass die Dauer der Wahlperioden des Deutschen Bundestages von vier auf fünf Jahre verlängert werden wird. Bundestagsvorstand und Bundestagsfraktion werden gebeten, die dazu notwendigen Schritte bis hin zu einer ggf. notwendigen Änderung des Grundgesetzes einzuleiten.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 75 und C 151 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 75 anzunehmen.

## **Antrag Nr. C 76 - LV Braunschweig**

### **Keine Zusammenarbeit mit der AfD oder Die Linke**

Die CDU Deutschlands stellt mit Nachdruck fest, dass eine Zusammenarbeit mit der "AfD" ebenso wenig in Betracht kommt wie mit der Partei "Die Linke" oder anderen Gruppierungen vom rechten und linken Rand des politischen Spektrums.

Das gilt für die Parteiebene ebenso wie - als deutliche Empfehlung - für die CDU-Mandatsträger und -Fraktionen im Europaparlament, im Deutschen Bundestag, in den Landes- und in den Kommunalparlamenten.

Vielmehr sehen wir es als Aufgabe und Verpflichtung an, uns auch weiterhin intensiv auf der Sachebene mit den Themen zu befassen und eigene Lösungen für die Probleme anzubieten, die die Menschen bewegen, die mit diesen Strömungen sympathisieren.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 76, C 101, C 164 und C 179 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands lehnt Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland ab.

## **Antrag Nr. C 77 - LV Braunschweig**

### **Einstellung der Förderung von Veranstaltungen, welche die Organe der Bundesrepublik ablehnen**

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, sicherzustellen, dass solche Veranstaltungen keine öffentlichen Mittel im Wege der Förderung, Beihilfe, Kooperation (auch auf Grund vertraglicher Vereinbarung) erhalten, die explizit oder tatsächlich staatlichen Organisationen eine Teilnahme deswegen verweigern, weil sie die Bundesrepublik als Ganzes ablehnen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 77 in folgender Fassung anzunehmen:

Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass Veranstaltungen keine öffentlichen Mittel im Wege der Förderung, Beihilfe oder Kooperation (auch aufgrund vertraglicher Vereinbarungen) erhalten, wenn der Veranstalter die freiheitlich demokratische Grundordnung ablehnt.

## **Antrag Nr. C 78 - LV CDU in Niedersachsen**

### **Wirtschaftskraft erhalten – Zuwanderung effizient steuern!**

Die CDU Deutschlands möge beschließen:

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 78 in folgender Fassung anzunehmen:

**Zuwanderung effizient steuern!**

- Die CDU Deutschlands will die Zuwanderung effizient steuern und an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausrichten, indem
  - bereits im Ausland eine gezielte Ansprache und Unterstützung von Fach- und Nachwuchskräften zur Erwerbsmigration nach Deutschland in enger Orientierung an den Bedarfen unserer Unternehmen erfolgt.
  - in Deutschland vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei der Gewinnung geeigneter Fach- und Nachwuchskräfte aus dem Ausland passgenau unterstützt werden.
- Die CDU Deutschlands will ein einheitliches und durchschaubares und an den Bedarfen der Unternehmen orientiertes Zuwanderungsrecht. Ein besonders auf einem Punktesystem basierendes Zuwanderungsrecht ist nicht geeignet, die Zuwanderung in den nächsten Jahren effizient zu steuern.
- Die CDU Deutschlands will die vorhandenen Möglichkeiten zur Zuwanderung in den Arbeitsmarkt besser nutzbar machen. Viele Regelungen sind immer noch wenig bekannt und erfordern von Arbeitnehmern und Arbeitgebern einen erheblichen bürokratischen Aufwand. Die Instrumente, zum Beispiel
  - die Möglichkeiten der Ausbildungsduldung,
  - der Aufenthaltserlaubnis für Geduldete mit qualifizierter Berufsausbildung,
  - der Aufenthaltserlaubnis für jugendliche / heranwachsende Geduldete nach 4 Jahren erfolgreichem Schulbesuch bzw. anerkanntem Schul- oder Berufsabschluss,
  - der Aufenthaltserlaubnis für Geduldete bei nachhaltiger Integration in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland, gibt es bereits. Sie müssen nur genutzt werden. Eines „Spurwechsels“ im Ausländerrecht bedarf es nicht.
- Die CDU Deutschlands bekennt sich zum Recht auf Asyl. Wir helfen Menschen, die vor Kriegen, Bürgerkrieg oder Vertreibungen aus ihrer Heimat geflohen sind. Sie müssen auch in Zukunft die Möglichkeit haben, in Deutschland eine neue Heimat zu finden. Damit aber dieses Recht auch in Zukunft gewährt werden kann muss klar sein, dass diejenigen, die kein Recht auf Asyl bekommen, unser Land auch wieder verlassen müssen. Wer aber Asylberechtigter oder anerkannter Flüchtling ist, hat ein Bleiberecht, unabhängig davon, ob er arbeiten kann. Das Asylrecht ist ein individuelles Schutzrecht und kein Ersatzeinwanderungsrecht.

Die CDU Deutschlands möge beschließen:

- Die CDU Deutschlands will die Zuwanderung effizient steuern und an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausrichten, indem
  - bereits im Ausland eine gezielte Ansprache und Unterstützung von Fach- und Nachwuchskräften zur Erwerbsmigration nach Deutschland in enger Orientierung an den Bedarfen unserer Unternehmen erfolgt;
  - in Deutschland vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei der Gewinnung geeigneter Fach- und Nachwuchskräfte aus dem Ausland passgenau unterstützt werden.
- Die CDU Deutschlands will ein einheitliches und durchschaubares Zuwanderungsrecht. Ein besonders auf einem Punktesystem basierendes Zuwanderungsrecht ist nicht geeignet, die Zuwanderung in den nächsten Jahren effizient zu steuern.
- Die CDU Deutschlands will die vorhandenen Möglichkeiten zur Zuwanderung in den Arbeitsmarkt besser nutzbar machen. Viele Regelungen sind immer noch wenig bekannt und erfordern von Arbeitnehmern und Arbeitgebern einen erheblichen bürokratischen Aufwand. Die Instrumente, zum Beispiel
  - die Möglichkeiten der Ausbildungsduldung,
  - der Aufenthaltserlaubnis für Geduldete mit qualifizierter Berufsausbildung,
  - der Aufenthaltserlaubnis für jugendliche / heranwachsende Geduldete nach 4 Jahren erfolgreichem Schulbesuch bzw. anerkanntem Schul- oder Berufsabschluss,
  - der Aufenthaltserlaubnis für Geduldete bei nachhaltiger Integration in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland, gibt es bereits. Sie müssen nur genutzt werden. Eines „Spurwechsels“ im Ausländerrecht bedarf es nicht.
- Die CDU Deutschlands bekennt sich zum Recht auf Asyl. Wir helfen Menschen, die vor Kriegen, Bürgerkriegen oder Vertreibungen aus ihrer Heimat geflohen sind. Sie müssen auch in Zukunft die Möglichkeit haben, in Deutschland

eine neue Heimat zu finden. Damit dieses Recht auch in Zukunft gewährt werden kann, muss klar sein, dass diejenigen, die kein Recht auf Asyl bekommen, unser Land auch wieder verlassen müssen. Wer aber Asylberechtigter oder anerkannter Flüchtling ist, hat ein Bleiberecht, unabhängig davon, ob er arbeiten kann. Das Asylrecht ist ein individuelles Schutzrecht und kein Ersatzeinwanderungsrecht.

## Antrag Nr. C 79 - LV CDU in Niedersachsen

### Einführung eines „Deutschlandjahres“

Die CDU Deutschlands möge beschließen:

Die CDU Deutschlands begrüßt ausdrücklich Maßnahmen für ein verstärktes gesellschaftliches Engagement von jungen Menschen. In Zeiten zunehmender Individualisierung kann ein sinnvoller Dienst an der Gesellschaft das Wir-Gefühl wieder neu beleben und einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft leisten.

Deshalb setzt sich die CDU Deutschlands für ein „Deutschlandjahr“ ein, in dem sich junge Frauen und Männer verpflichten, der Allgemeinheit zu dienen.

Dieser Dienst sollte bei den Streitkräften, der Bundespolizei oder bei den im Zivil- bzw. Katastrophenschutz tätigen Verbänden, aber auch bei Freiwilligendiensten, wie dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ), dem Internationalen Freiwilligendienst, dem Anderen Dienst im Ausland oder dem Bundesfreiwilligendienst abgeleistet werden können. Eine Beteiligung am „Deutschlandjahr“ muss für die junge Generation attraktiv gestaltet werden.

Deshalb sollte geprüft werden,

- inwieweit noch stärker Qualifizierung, berufliche Orientierung und politische Bildung während des Dienstes vermittelt werden können,
- welche Bonus-Leistungen, wie z. B. Vorteile bei der Studienplatzvergabe, gewährt werden können,
- ob und inwieweit verpflichtende Elemente sinnvoll und rechtlich durchsetzbar wären.

## Antrag Nr. C 80 - LV Hamburg

### Berufsrückkehr fördern

Die CDU Hamburg fordert eine verstärkte Förderung von Menschen, die nach längerer Pause in ihren Beruf zurückkehren wollen. Dazu gehören

- die Einrichtung von Nachqualifizierungsangeboten auf Hoch-, Fach- und Berufsschulniveau, die ehemalige Absolventen wieder auf den aktuellen Wissensstand ihres jeweiligen Aus-bildungsabschlusses bringen,

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 8, C 14, C 43, C 47, C 79, C 85, C 116, C 124, C 139, C 159, C 190, C 196 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 8 anzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 80 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

- entsprechend aussagekräftige Nachweise zur Vorlage beim Arbeitgeber,
- die Förderung von Qualifikationslehrgängen durch die Arbeitsagentur,
- die steuerliche Förderung insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmer für Weiterbildungsmaßnahmen während der Beurlaubung und
- steuerliche Anreize für Arbeitgeber, um Beschäftigungsverhältnisse während der Familienphase wissenserhaltend in Teilzeit fortzuführen.

## **Antrag Nr. C 81 - LV Hamburg**

### **„Soli“ bis zum Haushaltsjahr 2020 abschaffen**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gebeten, in Abstimmung mit der Bundesregierung einen Gesetzesvorschlag zu erarbeiten und dem Bundestag zur Abstimmung vorzulegen, der die komplette Abschaffung des Solidaritätsbeitrags auf Einkommens-, Kapitalertrags- und Körperschaftssteuer alsbald bzw. spätestens mit Wirkung für das Haushaltsjahr 2020 vorsieht.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 46, C 81, C 96, C 118, C 165, C 188 und C 207 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands will den Solidaritätszuschlag bis Ende 2021 vollständig abschaffen. Dabei halten wir am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne neue Schulden fest.

## **Antrag Nr. C 82 - LV Hamburg**

### **Europa neu denken**

Wir spüren bei vielen politischen Debatten: Unsere liberal-demokratische Grundordnung wird weltweit, aber auch in Europa und im eigenen Land, so stark herausgefordert wie vielleicht noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Auch bei grundsätzlich pro-europäisch eingestellten Menschen finden wir Kritik an der Europäischen Union (EU) und Zweifel, ob das derzeitige europäische Konstrukt die aktuellen Herausforderungen bewältigen kann. Autoritäre politische Ansätze versprechen schnelle Lösungen für komplexe Probleme und üben einen größeren Reiz auf die Menschen aus, als dies noch vor einigen Jahren denkbar schien.

Nationalismus, staatlicher Egoismus und autoritäre politische Elemente stellen für uns keine sinn-volle Alternative dar. Vielmehr lehrt uns die Geschichte, dass sie den Frieden und Wohlstand gefährden und keinen Beitrag zur Lösung politischer Probleme zu leisten imstande sind.

Für uns als CDU ist klar, dass die großen, weltpolitischen Herausforderungen unserer Zeit nur mit einem starken Europa zu meistern sind. Dies setzt eine Weiterentwicklung Europas voraus. Gleich-zeitig bekennen wir uns vor dem Hintergrund, dass sich viele europäische Bürger mit ihrem eigenen Land identifizieren und sie nach wie vor Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Nationalstaaten haben und einen europäischen Zentralstaat mehrheitlich ablehnen, zum Erhalt der Nationalstaaten und zum Subsidiaritätsprinzip, das auf der Leistungsfähigkeit und Lösungskompetenz der Nationalstaaten beruht. Aufgaben, die bei den Kommunen, Bundesländern oder Mitgliedstaaten besser aufgehoben sind, sollten auch in deren Zuständigkeit bleiben.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 82 an den Bundesfachausschuss Europapolitik zu überweisen.

Vor diesem Hintergrund gilt es daher, die Erfolgsgeschichte Europa neu zu

schreiben, Europa zu stärken und gleichzeitig das Verhältnis der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten neu auszutarieren. Der nächste Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) der EU, der „EU-Haushalt“, bietet die Chance, neue Weichenstellungen vorzunehmen, Schwerpunkte zu definieren und die Europäische Union zukunftsfähig zu machen.

### **Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik**

Gerade im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sollten wir stärker in Europa zusammenarbeiten und die Bereitschaft zeigen, nationalstaatliche Souveränitätsrechte an europäische Institutionen abzugeben. Jeder einzelne europäische Staat ist alleine zu klein, um bei den wichtigen weltpolitischen Fragen eine tragende Rolle zu spielen. Beim Syrien-Konflikt, bei Flüchtlingsbewegungen oder den aktuellen Handelsfragen – nur gemeinsam werden wir Europäer hier erfolgreich sein!

Wenn wir uns in der Welt umschauen, dann können wir feststellen, dass China und Indien als Einzelstaaten – gemessen an der Bevölkerungszahl – heute schon deutlich größer als die EU sind. Länder wie Indonesien und Brasilien wachsen in den nächsten Jahrzehnten rasant. Nigeria wird im Jahr 2060 laut Prognosen mehr Einwohner als die EU haben. Momentan stellen wir EU-Bürger noch sieben Prozent der Weltbevölkerung. Bis 2060 sinkt unser Anteil auf dann fünf Prozent.

Sicherheitspolitisch sind die ständige strukturierte Zusammenarbeit „PESCO“ (Permanent Structured Cooperation) und die Errichtung einer Europäischen Verteidigungsunion ein wichtiger Ansatz. Wir dürfen jedoch nicht dabei stehenbleiben, sondern sollten langfristig eine Art europäische Verteidigungsarmee und ein gemeinsames Zentrum für Cybersicherheit etablieren. Eine solche Streitkraft ist wichtig, damit Europa außen- und verteidigungspolitisch eine starke Säule in der Weltpolitik darstellt und seinen eigenständigen Beitrag zur Aufrechterhaltung und Durchsetzung von Frieden und Recht in der Welt leisten kann. Auf Dauer sparen die Nationalstaaten durch die Einführung einer solchen Armee auch Kosten, die sie beispielsweise in Bildung, die Infrastruktur oder Polizei stecken können. Einen weiteren Schritt nach der PESCO-Initiative können wir hier unternehmen, indem wir die laufenden Militäreinsätze der EU nicht mehr über die nationalen Haushalte finanzieren, sondern über einen gemeinsamen „EU-Haushalt“. Auf diese Weise würde Europa auch bei der Finanzierung der NATO mit einer Stimme sprechen.

Wir sind auch offen für die Einrichtung eines europäischen Außenministers, der deutlich mehr Kompetenzen als der „Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ hat.

Wir brauchen die EU auch für die Sicherung der europäischen Außengrenzen, die Steuerung der Migration und die Bekämpfung von Terrorismus. Für jeden europäischen Nationalstaat ist es am Ende teurer und ineffizienter, diese Aufgaben alleine zu bewältigen. Wenn wir bei diesen Themen im Zuge des nächsten „EU-Haushalts“ gezielt investieren, dann wird nicht nur Europa, sondern dann werden insbesondere wir Deutsche davon profitieren.

Daher muss die Aufstockung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX beim anstehenden MFR eine sehr hohe Priorität genießen. Mit den neuen Impulsen bei der Sicherung der EU-Außengrenzen und in der Entwicklungspolitik wird dann auch die gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik weiter gestärkt. Es müssen auch einheitliche Standards bei Asylverfahren, eine gemeinsame Rückführungspolitik, Maßnahmen zur Kontrolle und Schließung von Migrationsrouten sowie Reformen des Schengener Informationssystems und des Schengener Grenzkodex entwickelt werden.

In der Entwicklungspolitik können wir als Europäische Union einen „Marshallplan mit Afrika“ auflegen und insgesamt neue Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung in Afrika setzen. Dabei sind insbesondere auch Handelsbarrieren zwischen der EU und Afrika sowie verzerrende EU-Subventionen zu hinterfragen.

### **Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik**

Im Rahmen des „EU-Haushalts“ müssen auch neue Impulse in der Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik gesetzt werden. Hamburg ist eine Handelsstadt und Tor zur Welt. Die europäische Union hat Mechanismen entwickelt, die dem Handel teils nicht zuträglich sind. Handelshemmnisse sind zu beseitigen.

In der Wirtschaftspolitik brauchen wir eine europäische Zusammenarbeit bei den Querschnittstechnologien „Künstliche Intelligenz“ und „Blockchain“, die bereits heute immer mehr Lebensbereiche umfassen. Auch brauchen wir mehr europäische Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Produktion von Batteriezellen der neuesten Generation zum Ausbau der Elektromobilität. Vor dem Hintergrund eines Technologiewettlaufs um die Vorherrschaft im Bereich der künstlichen Intelligenz zwischen den USA und China werden wir die notwendigen Investitionen hierfür nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern aufwenden können. Nur durch gemeinsames Agieren auf europäischer Ebene lassen sich Synergien erzeugen, um bei disruptiven Innovationen Weltmarktführer zu werden und Abhängigkeiten abzubauen.

Ähnliches gilt auch für die Wissenschaftspolitik. Warum schaffen wir nicht europäische Universitäten, die wir gemeinsam durch alle Mitgliedstaaten finanzieren und die wir dadurch in die Lage versetzen, mit Spitzenuniversitäten in der Welt mithalten? So können wir die Attraktivität des Wissenschaftsstandorts Europa und die Anziehungskraft auf Studenten und Wissenschaftler aus aller Welt erhöhen. Forschung und Entwicklung sind die Voraussetzung für die Sicherung der Wirtschaftskraft in der EU.

Jugendpolitische Initiativen wie Erasmus Plus unterstützen wir ebenfalls: Sie sind einmalig in der Welt und nur durch die Zusammenarbeit der EU-Staaten möglich. Wir begrüßen den Ausbau von kostenlosen Interrail-Tickets für Jugendliche, um bei der jungen Generation Begeisterung für Europa zu wecken.

### **Neue Ansätze beim „EU-Haushalt“**

Die EU braucht in diesem Sinne neue Impulse und Initiativen. Im Rahmen des nächsten „EU-Haushalts“ geht es darum, die vorstehend genannten Bereiche finanziell und institutionell zu stärken. Aber wir sollten nicht alle politischen Bereiche europäisieren, sondern nur diejenigen, bei denen ein Mehrwert entsteht: ein Mehr an Sicherheit, ein Mehr an Wirtschaftskraft oder ein Mehr an Mobilität. Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip sollten daher die Aufgaben, die bei den Kommunen, Ländern oder Nationalstaaten besser aufgehoben sind, auch in deren Zuständigkeit verbleiben. Deswegen ist es für uns kein Selbstzweck oder Automatismus, der EU mehr Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Europäische Strukturmittel sollen nur für Projekte ausgegeben werden, die die europäische Wirtschaft stärken und die o.g. politischen Maßnahmen unterstützen.

Vor diesem Hintergrund wollen wir genau schauen, wo man beim MFR auch Einsparungen vornehmen kann, um die EU sparsamer und effizienter zu machen. Hierzu zählt auch die Überarbeitung der Subventionsausgaben. Die Konzentration und Straffung von Zuständigkeiten ermöglicht eine effiziente

Umsetzung von Maßnahmen; gleichzeitig erfährt eine effizientere und kostenbewusstere EU mehr Akzeptanz bei den Bürgern.

Wer Akzeptanz bei den Bürgern erfahren möchte, muss sich auch an selbstgesetzte Regeln halten. Mit Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion haben die beteiligten Regierungen den europäischen Bürgern das Versprechen gegeben, Stabilitätskriterien einzuhalten sowie die öffentliche Verschuldung zu begrenzen. Damit sollte eine Transferunion verhindert werden. Gegen diese Vereinbarungen ist mehrfach von nahezu allen europäischen Mitgliedstaaten verstoßen worden. Das hat dem Projekt „Europa“ Zuspruch und Glaubwürdigkeit gekostet. Daher fordern wir, dass diese Kriterien in Zukunft eingehalten werden und die Mitgliedstaaten notwendige Reformen konsequent durchführen. Auf europäischer Ebene brauchen wir eine Institution, die über die Einhaltung der vereinbarten Stabilitätsregeln wacht und diese auch umsetzen kann. Sinnvoll ist auch eine Insolvenzordnung für europäische Staaten, um ein geregeltes Verfahren etablieren zu können. Eine Transferunion, wie von linken Parteien gefordert, lehnen wir ab. Sie würde die Axt an das europäische Fundament legen.

Wir als CDU sind nach wie vor davon überzeugt: Europa ist nicht das Problem, Europa ist die Lösung. Bewährtes müssen wir bewahren und weiterentwickeln, notwendige Reformen müssen wir angehen, um Europa und die EU zukunftsfähig zu machen.

## Antrag Nr. C 83 - LV Nordrhein-Westfalen

### Neustart für den europäischen Datenschutz

Seit dem Mai dieses Jahres gilt die europäische Datenschutzgrundverordnung. Die Grundidee, den Datenschutz europaweit zu vereinheitlichen, ist und bleibt eine gute Idee. Doch in der Umsetzung zeigt sich leider, dass viele der Kritikpunkte aus CDU und CSU zutreffend sind. Deshalb sprechen wir uns für einen Neustart des europäischen Datenschutzes aus.

Mehr Souveränität für Internetnutzer bereitzustellen statt sinnloser Warnhinweise – das soll die Maxime dabei sein. Hierzu sind neue Mechanismen erforderlich (wie beispielsweise die Bereitstellung von standardisierten Schnittstellen zur Datenschutzkonfiguration). Tatsächlich besteht heute der Effekt der DSGVO für die meisten Nutzer vor allem darin, dass die Datenschutzbanner auf den Websites größer geworden sind, ohne damit aber mehr Souveränität über eigene Daten zu bekommen.

In diesem Prozess muss das Datenschutzrecht deutlich verschlankt werden. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen, für Startups und für Vereine sind die Regelungen viel zu kompliziert und eine große Bürde. Es fehlt auch an Rechtssicherheit, da die Auslegung der Einzelregelungen durch die jeweils örtlichen Datenschutzbeauftragten sehr unterschiedlich ist.

Gegen den Widerstand der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament wurden übertriebene Dokumentationspflichten und bürokratische Einzelregelungen verabschiedet. Hierzu schlagen wir konkret ein Maßnahmenpaket zur Entbürokratisierung vor:

- Ehrenamtliche Tätigkeiten, die keinen kommerziellen Zweck verfolgen, wie das Engagement in Vereinen und wohltätigen Organisationen, müssen von vielen Regelungen der DSGVO ausgenommen werden.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 50, C 83, C 115 und C 137 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

### Neustart für den europäischen Datenschutz

Die CDU Deutschlands bekennt sich zu einem hohen und europaweit einheitlichen Datenschutzstandard, um die Persönlichkeitsrechte der Menschen zu wahren und Rechtssicherheit in ganz Europa zu gewährleisten. Die CDU wendet sich aber gegen unpraktikable Lösungen und nationale Sonderwege, die ehrenamtliches Engagement unverhältnismäßig erschweren und insbesondere deutsche Mittelständler stärker belasten als Unternehmen in anderen EU-Ländern. Deshalb wird sich die CDU auf Bundes- und EU-Ebene dafür einsetzen, dass die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zum Schutz von Unternehmen, Selbstständigen, Freiberuflern und Ehrenamtlichen entbürokratisiert wird.

Mehr Souveränität für Internetnutzer statt sinnloser Warnhinweise – das soll die Maxime dabei sein. Hierzu sind neue Mechanismen erforderlich. In diesem Prozess muss das Datenschutzrecht deutlich verschlankt werden.



- Die Dokumentationspflichten von kleinen Unternehmen sollen drastisch reduziert werden, soweit das Sammeln oder Handeln mit Daten nicht Unternehmenszweck ist.

- Die Vorschriften müssen auch für Startups umsetzbar gemacht werden. Europäische Digitalunternehmen dürfen keinen Wettbewerbsnachteil gegenüber ihren großen Konkurrenten aus Übersee haben.

- Freiwillig gegebene Daten (z. B. über Visitenkarten) dürfen auch ohne eine vorherige Belehrung elektronisch und per Brief genutzt werden, soweit auf die Möglichkeit, weitere Kommunikation jederzeit abbestellen zu können, stets hingewiesen wird.

- Die Anwendung der DSGVO in Deutschland soll durch konkrete Auslegung einheitlich erfolgen, in dem sich alle auf die Auskunft eines Landesdatenschutzbeauftragten verlassen können, auch wenn sie in einem anderen Land wohnen oder arbeiten.

- Der in Art. 68 DSGVO definierte Europäische Datenschutzausschuss, dem u.a. die nationalen Datenschützer angehören und der eine einheitliche Anwendung der Richtlinie in der EU sicherstellen soll, sollte durch einen sogenannten "Innovationsausschuss" ergänzt werden. Dieser Ausschuss ist mit Vertretern aus Wirtschaft, Verbänden sowie Gesellschaft zu besetzen und muss vor allem die innovationsfreundliche Anwendung der Verordnung beurteilen.

Die derzeit verhandelte ePrivacy-Verordnung leidet unter den gleichen Problemen wie die DSGVO. Daher sollen die Verhandlungen dazu solange pausiert werden, bis ein neues Datenschutzrecht vorliegt.

Gerade für kleine und mittlere Unternehmen, für Startups und für Vereine sind die Regelungen viel zu kompliziert und eine große Bürde. Gegen den Widerstand der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament wurden übertriebene Dokumentationspflichten und bürokratische Einzelregelungen verabschiedet.

Daher schlagen wir ein konkretes Maßnahmenpaket zur Entbürokratisierung vor:

- Ehrenamtliche Tätigkeiten, die keinen kommerziellen Zweck verfolgen, wie das Engagement in Vereinen und wohltätigen Organisationen, müssen von vielen Regelungen der DSGVO ausgenommen werden.

- Die Dokumentationspflichten von kleinen Unternehmen sollen drastisch reduziert werden, soweit das Sammeln oder Handeln mit Daten nicht Unternehmenszweck ist. Bestimmte Anforderungen sollen erst ab Schwellenwerten verpflichtend vorgesehen werden und die Maximalhöhen für Sanktionen sollen für kleine und mittelständische Unternehmen und Organisationen mit überwiegend ehrenamtlich Aktiven deutlich reduziert werden.

- Leichte erstmalige Verstöße ohne Vorsatz sollen grundsätzlich zunächst unentgeltlich verwarnt werden.

- Die Vorschriften müssen auch für Startups umsetzbar gemacht werden. Europäische Digitalunternehmen dürfen keinen Wettbewerbsnachteil gegenüber ihren großen Konkurrenten aus Übersee haben.

- Daher müssen auch über die DSGVO hinausgehende zusätzliche Auflagen für Unternehmen in Deutschland abgeschafft werden. Dazu gehören unter anderem die im Bundesdatenschutzgesetz erweiterten Fälle zur verpflichtenden Bestellung eines Datenschutzbeauftragten.

- Freiwillig gegebene Daten (z. B. über Visitenkarten) dürfen auch ohne eine vorherige Belehrung elektronisch und per Brief genutzt werden, soweit auf die Möglichkeit, weitere Kommunikation jederzeit abbestellen zu können, stets hingewiesen wird.

- Die Anwendung der DSGVO in Deutschland soll durch konkrete Auslegung einheitlich erfolgen, indem sich alle auf die Auskunft eines Landesdatenschutzbeauftragten verlassen können, auch wenn sie in einem anderen Land wohnen oder arbeiten.

- Die deutsche Besonderheit der Konkurrenten-Abmahnung, die mit angeblichen Datenschutzverstößen begründet wird, ist gesetzlich eindeutig für unzulässig zu erklären, da

der Sanktionsmechanismus der DSGVO mit den von den Datenschutzbehörden zu verhängenden Bußgeldern ausreichend Schutz bietet.  
- Der in Art. 68 DSGVO definierte Europäische Datenschutzausschuss, dem u. a. die nationalen Datenschützer angehören und der eine einheitliche Anwendung der Richtlinie in der EU sicherstellen soll, sollte durch einen sogenannten "Innovationsausschuss" ergänzt werden. Dieser Ausschuss ist mit Vertretern aus Wirtschaft, Verbänden sowie Gesellschaft zu besetzen und muss vor allem die innovationsfreundliche Anwendung der Verordnung beurteilen.

### **Antrag Nr. C 84 - LV Oldenburg**

Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, dass der Wertverlust oder die Mobilitätseinschränkung der betroffenen Käufer von Dieselfahrzeugen ausgeglichen wird und es eine Verpflichtung der Automobilindustrie zur Hardware-Nachrüstung für Dieselfahrzeuge, die die gesetzlichen Grenzwerte für die Schadstoffbelastung der Luft nicht einhalten, gibt. Fahrverbote müssen vermieden werden und die Verhältnismäßigkeit gilt es zu achten.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 84, C 149 und C 175 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, dass der Wertverlust oder die Mobilitätseinschränkung der betroffenen Käufer von Dieselfahrzeugen in Städten mit hoher Stickoxidbelastung ausgeglichen wird und es eine Verpflichtung der Automobilindustrie zur Hardware-Nachrüstung für Dieselfahrzeuge gibt, welche die gesetzlichen Grenzwerte für Stickoxid-Emissionen nicht einhalten, soweit dies technisch realisierbar ist. Fahrverbote müssen vermieden werden und die Verhältnismäßigkeit gilt es zu achten.

### **Antrag Nr. C 85 - LV Sachsen**

#### **Einführung eines Programms „Ein Jahr für mein Land“ – verpflichtendes Dienstjahr**

Die CDU Deutschlands setzt sich für die Schaffung eines Programmes „Ein Jahr für mein Land“ ein. Dieses soll verpflichtend für junge Menschen sein und sich an bereits bestehende und bewährte Formate wie die Jugendfreiwilligendienste anlehnen. Es kann bei der Bundeswehr, der Polizei, der Freiwilligen Feuerwehr, dem Brand- und Katastrophenschutz, dem THW, dem Sportverein, im Umwelt- und Naturschutz, im Sozial- und Gesundheitswesen, in der Entwicklungshilfe und weiteren öffentlichen Trägern zwischen dem 16. und 35. Lebensjahr abgeleistet werden. Der Zeitpunkt ist hierbei frei wählbar.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 8, C 14, C 43, C 47, C 79, C 85, C 116, C 124, C 139, C 159, C 190, C 196 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 8 anzunehmen.

### **Antrag Nr. C 86 - LV Sachsen**

#### **Für gleichwertige Lebensverhältnisse Sorge tragen**

Die CDU Deutschlands wird auf die von ihr geführte Bundesregierung einwirken, gezielte Förderprogramme und Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland stärken, dazu beitragen, eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen und den

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 86 in folgender Fassung anzunehmen:

#### **Für gleichwertige Lebensverhältnisse Sorge tragen**

Angleichungsprozess wieder beschleunigen. Dazu gehören u.a. eine rasche Ausweisung von Reallaboren, die Entwicklung von mehr Abweichungsmöglichkeiten von Bundesgesetzen, die Fortsetzung einer attraktiven Wirtschaftsförderung, die Einführung einer attraktiven Forschungsförderung Ost sowie die Entwicklung neuer Instrumente und Programme, die vor einer bundesweiten Einführung grundsätzlich mindestens drei Jahre im Osten angewendet werden.

Zudem gilt es festzustellen, dass die Beschlüsse der Föderalismuskommission von 1992 bislang nicht ausreichend umgesetzt wurden. Insbesondere ist es bislang nicht zu einer Gleichverteilung von Beschäftigten in Bundesbehörden gekommen. Daher fordern wir die CDU-geführte Bundesregierung auf, sicherzustellen, dass grundsätzlich alle künftigen Ansiedlungen von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen des Bundes in den neuen Ländern stattfinden, bis eine Gleichverteilung erreicht ist.

Auch auf europäischer Ebene werden wir uns für die Einrichtung von europäischen Behörden in den neuen Ländern einsetzen. Bislang sind alle europäischen Einrichtungen in Deutschland ausschließlich in Westdeutschland angesiedelt. Damit wollen wir uns nicht abfinden und werden daher auch bei der Kommission für die ostdeutschen Standorte werben.

Als Partei, die die Einheit Deutschlands maßgeblich geprägt und begleitet hat, werden wir auch weiterhin unsere Beiträge für eine gute Entwicklung der neuen Länder leisten und in der von uns geführten Bundesregierung entsprechende Maßnahmen auf den Weg bringen.

Die CDU Deutschlands setzt sich für gezielte Förderprogramme und Maßnahmen ein, die die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland stärken, dazu beitragen, eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen und den Angleichungsprozess weiter zu beschleunigen. Dazu gehören u. a. eine rasche Ausweisung von Reallaboren, die Entwicklung von mehr Abweichungsmöglichkeiten von Bundesgesetzen, die Fortsetzung einer attraktiven Wirtschaftsförderung, eine attraktive Forschungsförderung sowie die Entwicklung neuer Instrumente und Programme, von denen insbesondere die östlichen Bundesländer profitieren.

Zudem gilt es festzustellen, dass die Beschlüsse der Föderalismuskommission von 1992 bislang nicht ausreichend umgesetzt wurden. Insbesondere ist es bislang nicht zu einer Gleichverteilung von Beschäftigten in Bundesbehörden gekommen. Daher sollen Behörden und andere öffentliche Einrichtungen des Bundes künftig in den neuen Ländern angesiedelt werden, bis eine Gleichverteilung erreicht ist.

Auch auf europäischer Ebene werden wir uns für die Einrichtung von europäischen Behörden in den neuen Ländern einsetzen. Bislang sind alle europäischen Einrichtungen in Deutschland ausschließlich in Westdeutschland angesiedelt. Damit wollen wir uns nicht abfinden und werden daher auch bei der Kommission für die ostdeutschen Standorte werben.

Als Partei, die die Einheit Deutschlands maßgeblich geprägt und begleitet hat, werden wir auch weiterhin unsere Beiträge für eine gute Entwicklung der neuen Länder leisten und in der von uns geführten Bundesregierung entsprechende Maßnahmen auf den Weg bringen.

## Antrag Nr. C 87 - LV Sachsen

### Stärkung der Kohäsionspolitik für ein starkes Europa

Wir fordern die CDU-geführte Bundesregierung dazu auf, sich im weiteren Verlauf der Verhandlungen der EU-Kommission für einen neuen Mittelfristigen Finanzrahmen u.a. dafür einzusetzen, dass

1. die Kürzungen im Bereich der Kohäsionspolitik für die Bundesrepublik deutlich reduziert werden. Kürzungen sind angesichts der großen Herausforderungen insbesondere in den Grenzregionen weder sachgerecht, noch mit Blick auf das Fördergefälle zu den Nachbarländern zu vertreten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 87 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

2. die sog „Übergangsregionen“ angemessen gefördert werden können. Zahlreiche europäische Regionen werden in Zukunft zu dieser Kategorie gehören. Daher muss der Ansatz für diese Regionen deutlich aufgestockt werden, um einen Förderabriss zu vermeiden.
3. die Kofinanzierungssätze sind so auszugestalten, dass eine Abnahme der Mittel auch in Zukunft durch die betroffenen Länder gewährleistet ist.
4. eine Verabschiedung des neuen Mittelfristigen Finanzrahmens noch vor der Europawahl im kommenden Jahr auf den Weg gebracht wird. Das ist ein starkes Signal für die Handlungsfähigkeit Europas ebenso wie die Voraussetzung dafür, dass es zu einem nahtlosen Übergang zwischen den Förderperioden in den betroffenen Regionen kommt.

## Antrag Nr. C 88 - LV Sachsen

### Mit Maß und Mitte: Für ein vernünftiges Miteinander von Mensch und Wolf

Für die CDU Deutschlands sind folgenden Maßnahmen vordringlich und kurzfristig zwischen Ländern, Bund und EU-Kommission auf den Weg zu bringen:

1. Der Wolf hält sich nicht an Landesgrenzen. Er lebt grenzüberschreitend. Die seit knapp 20 Jahren wieder in Deutschland lebenden Wölfe sind über Polen zu uns gekommen. Bis heute handelt es sich um eine große und weiter wachsende Population beiderseits der Grenzen. Beobachtung und Steuerung müssen daher grenzüberschreitend erfolgen. Wir setzen uns für ein gemeinsames Wolfsmonitoring und Management mit der Republik Polen ein. Damit ist die Erwartung verbunden, dass beim Erreichen des grenzüberschreitend guten Erhaltungszustandes der mitteleuropäischen Wolfspopulation zeitnah regulierende Eingriffe besser und konsequenter ermöglicht werden.
2. Eine Beurteilung des Erhaltungszustands des Wolfs alle sechs Jahre (FFH-Berichtszeitraum) ist angesichts der dynamischen Populationsentwicklung nicht ausreichend. Allein in Deutschland hat sich die Wolfspopulation seit dem Jahr 2000 von einem Rudel auf 56 Rudel und 19 Paare im Jahr 2017 erhöht. Daher soll der Bestand in Zukunft einer jährlichen Überprüfung unterzogen werden. Damit ist die Erwartung verbunden, dass die Regulierung der Wolfspopulation rascher und zielgerichteter ermöglicht wird.
3. Um die Erfahrungen der einzelnen Bundesländer beim Herdenschutz zu bündeln und möglichst umfassend und praxisnah verfügbar zu machen, wollen wir ein nationales Herdenschutzzentrum aufbauen.
4. Wir brauchen rechtssichere bundesweit einheitliche Regelungen für den Schutz der Bevölkerung vor und einem geordneten Umgang mit dem Wolf. Dazu wollen wir alle nationalen Möglichkeiten konsequent nutzen (Notstandshandlungen gegen übergriffige Wölfe) und uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass eine Anpassung des Schutzstatus mit dem Ziel erfolgt, dass die Wolfspopulation in Deutschland aus den Anhängen IV der FFH-RL heraus- und in den Anhang V aufgenommen wird. Unabhängig von der gezielten Entnahmen einzelner (Problem-)Tiere ist nur so eine Bestandsregulierung überhaupt möglich.
5. Unabhängig von allen notwendigen rechtlichen Änderungen müssen

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 88 und C 127 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

### Mit Maß und Mitte: Für ein vernünftiges Miteinander von Mensch und Wolf

Seit knapp 20 Jahren leben wieder Wölfe in Deutschland. Bis heute handelt es sich um eine große und weiterwachsende Population. Aufgrund des starken Wachstums wird der Wolf gerade für die Weidetierhaltung zu einem Problem, zum Teil fühlt sich auch die Bevölkerung bedroht. Wir brauchen deshalb rechtssichere, bundesweit einheitliche Regelungen für den Schutz der Bevölkerung und einen geordneten Umgang mit dem Wolf. Wir wollen, dass er unsere Lebensräume bereichert, aber nicht gefährdet.

Für die CDU Deutschlands sind folgende Maßnahmen vordringlich und kurzfristig zwischen Ländern, Bund und EU-Kommission auf den Weg zu bringen:

- Beobachtung und Steuerung müssen grenzüberschreitend erfolgen. Wir setzen uns für ein gemeinsames Wolfsmonitoring und Management mit der Republik Polen ein.
- Eine Beurteilung des Erhaltungszustands des Wolfs soll angesichts der dynamischen und starken Entwicklung in Zukunft jährlich erfolgen.
- Um die Erfahrungen der einzelnen Bundesländer beim Arten- und Herdenschutz zu bündeln und möglichst umfassend und praxisnah verfügbar zu machen, wollen wir, dass ein vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und vom Bundesministerium für Umwelt gemeinsam geführtes nationales Wolfs-

gezielte Entnahmen von Wölfen bereits heute erleichtert und entbürokratisiert werden. Wir fordern eine klare Rechtsgrundlage für die schnelle Umsetzung notwendiger Abschüsse. Dafür ist auch der § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 Bundesnaturschutzgesetz in 1:1 Umsetzung der FFH-Richtlinie zu ändern. Während wild lebende Tiere der besonders geschützten Art derzeit nur getötet werden können, wenn ein „erheblicher wirtschaftlicher Schaden“ droht, soll dies künftig schon zulässig sein, wenn ein "ernster Schaden" droht. Darüber hinaus soll eine Regelung der FFH-Richtlinie in das Bundesnaturschutzgesetz übernommen werden, nach der unter strenger Kontrolle, im Einzelfall und in beschränktem Ausmaß die Entnahme einer begrenzten Anzahl von Wölfen erlaubt werden soll.

6. Wir fordern den Bund auf, den Wolf in das Jagdrecht aufzunehmen und somit nach Erreichen des guten Erhaltungszustandes, der aus unserer Sicht heute schon vorliegt, der Hege und Pflege der Jägerschaft anzuvertrauen.

7. Schutzmaßnahmen, wie spezielle Weidezäune zur Wolfsabwehr, sind nicht überall und uneingeschränkt realisierbar. Aus diesem Grund soll die CDU-geführte Bundesregierung für Rechtssicherheit beim Freihalten dieser Bereiche von Wölfen Sorge tragen. Die Gesundheit des Menschen und die öffentliche Sicherheit sind jederzeit zu gewährleisten. Wiederholte Annäherungen des Wolfes an Aufenthaltsgebäude von Personen sollen, wenn Verschleuchungs- oder Vergrämungsmaßnahmen erfolglos bleiben, auch durch erleichterte Abschüsse unterbunden werden. Es müssen Regelungen gefunden werden, die bereits regional die Entnahme von Wölfen zur Schadensminimierung und Eigentumsschutz, in Fällen wo Prävention nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand umsetzbar ist, auch über die Einzelfallprüfung hinaus zulassen, wenn dadurch die kontinuierliche Verbesserung des Erhaltungszustandes der Wolfspopulation nicht gefährdet ist.

8. Wir fordern die Bundesregierung auf, die gesetzlichen Pflichten aus der Tierschutz- Nutztierhaltungsverordnung zum Schutz vor Beutegreifern zu konkretisieren, damit die Landwirte ihre Verantwortung selbst rechtssicher wahrnehmen können.

9. Die Information der Weidetierhalter zum Schutz ihrer Herden vor Wolfsübergriffen muss kontinuierlich ausgebaut und den Entwicklungen angepasst werden. Dazu wollen wir internationale Erfahrungen wie beispielsweise in Frankreich besser und schneller auch in Deutschland umsetzen.

10. Wir setzen uns dafür ein, dass Präventions- bzw. Herdenschutzmaßnahmen zu 100 Prozent gefördert werden. Darüber hinaus sind die Mehraufwendungen der Weidetierhalter für Herdenschutzmaßnahmen (z.B. Arbeitskosten oder Kosten für die Haltung von Herdenschutzhunden) zukünftig ebenfalls auszugleichen.

11. Die Haltung von Weidetieren im Offenland leistet als besonders tierwohlgerechte Form der Nutztierhaltung einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Biodiversität. Daher muss die Weidetierhaltung unter den Bedingungen des europäischen Artenschutzes für Großraubtiere flächendeckend und dauerhaft erhalten bleiben. Hierfür wollen wir ein Programm für eine Weidetierprämie bzw. Landschaftspflegietierprämie einführen.

und Herdenschutzzentrum aufgebaut wird.

- Wir setzen uns dafür ein, dass auf europäischer Ebene eine Anpassung des Schutzstatus mit dem Ziel erfolgt, dass die Wolfspopulation in Deutschland aus den Anhängen IV der FFH-RL heraus und in den Anhang V aufgenommen wird. Nur so wird ein Wolfsmanagement mit Bestandsregulierung erst möglich.

- Gezieltes Erlegen von Wölfen muss bereits heute erleichtert werden. Aus der FFH-Richtlinie soll eine Regelung in das Bundesnaturschutzgesetz übernommen werden, nach der unter strenger Kontrolle, selektiv und in beschränktem Ausmaß das Erlegen einer begrenzten Anzahl von Wölfen erlaubt werden soll. Sie sollen nicht erst dann erlegt werden können, wenn ein „erheblicher wirtschaftlicher Schaden“ droht, sondern schon, wenn ein "ernster Schaden" droht.

- Wir fordern den Bund auf, den Wolf in das Jagdrecht aufzunehmen.

- Die Bundesregierung soll für Rechtssicherheit beim Freihalten spezieller Bereiche von Wölfen sorgen. Dies insbesondere in Fällen, wo Prävention nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand umsetzbar ist (z. B. Deiche) und wenn dadurch die kontinuierliche Verbesserung des Erhaltungszustands der Wolfspopulation nicht gefährdet ist. Zudem sollen regionale Unterschiede in der Populationsdichte bei der Bestandsregulierung und möglichem Erlegen berücksichtigt werden können.

- Die Information für die Weidetierhalter zum Schutz ihrer Herden vor Wolfsübergriffen muss kontinuierlich ausgebaut werden. Zudem muss geprüft werden, wie gesetzliche Pflichten konkretisiert werden können, damit die Landwirte ihre Verantwortung selbst rechtssicher wahrnehmen können.

- Wir setzen uns dafür ein, dass Präventions- bzw. Herdenschutzmaßnahmen zu 100 Prozent gefördert werden. Das schließt Mehraufwendungen für Herdenschutzmaßnahmen (z. B. Arbeitskosten und Haltung von Herdenschutzhunden) mit ein.

- Wir streben Unterstützungsmöglichkeiten für die Weidetierhaltung beispielsweise in der 2. Säule der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) oder im GAK-Rahmen (Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz) bzw. auch als

Prämie für die Wanderschafthaltung an.

## Antrag Nr. C 89 - LV Sachsen

### Neue Vergaberegulierung der BVVG – für die heimische Landwirtschaft

Die CDU Deutschlands wird sich gegenüber der CDU-geführten Bundesregierung dafür einsetzen, die Vergabekriterien für die Flächen der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH zu überarbeiten, mit dem Ziel, nicht mehr ausschließlich an den Meistbietenden zu veräußern, sondern nur noch die privilegierten Vorkaufsrechte abzarbeiten und für die übrigen Flächen langfristige Pachtverträge mit den Betrieben zu Domänenkriterien abzuschließen. Dazu gehört besonders die Möglichkeit, bei passenden örtlichen Gegebenheiten ganze Höfe zu bilden und langfristig an junge Landwirtschaftsfamilien zu verpachten.

Vor dem Hintergrund, dass die BVVG bis zum Jahr 2030 noch über 130.000 Hektar Äcker und Weiden sowie 9.000 Hektar Wald zum Verkauf bringen will, fordern wir eine rasche Überarbeitung der Vergabekriterien.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 89 in folgender Fassung anzunehmen:

### Neue Vergaberegulierung der BVVG – für die heimische Landwirtschaft

Die CDU Deutschlands wird sich gegenüber der CDU-geführten Bundesregierung dafür einsetzen, die Vergabekriterien für die Flächen der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH zu überarbeiten mit dem Ziel, nicht mehr primär an den Meistbietenden zu veräußern, sondern nur noch die privilegierten Vorkaufsrechte abzarbeiten und für die übrigen Flächen bei passenden örtlichen Gegebenheiten möglichst ganze Höfe zu bilden und langfristig an junge Landwirtschaftsfamilien zu verpachten oder zu verkaufen.

Vor dem Hintergrund, dass die BVVG bis zum Jahr 2030 noch über 130.000 Hektar Äcker und Weiden sowie 9.000 Hektar Wald zum Verkauf bringen will, fordern wir eine rasche Überarbeitung der Vergabekriterien.

## Antrag Nr. C 90 - LV Sachsen

### Beschleunigtes Bauen – Änderung des Baugesetzbuches

Die CDU Deutschlands setzt sich für eine Änderung des Baugesetzbuches ein, so dass der § 13b BauGB dauerhafte Geltung erlangt. Mit dieser Änderung wird die planungsrechtliche Zulässigkeit geschaffen, dass auch über den 31. Dezember 2019 hinaus Bebauungspläne im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden können. Dies gilt für Wohnungsbebauungen im Außenbereich mit einer Grundfläche von bis zu 10.000 m<sup>2</sup>, wenn sie sich an im Zusammenhang bebaute Ortsteile anschließen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 58 und C 90 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands setzt sich für eine Änderung des Baugesetzbuches dergestalt ein, dass der § 13b BauGB längerfristige Geltung erlangt. Mit dieser Änderung wird die planungsrechtliche Zulässigkeit geschaffen, dass auch über den 31. Dezember 2019 hinaus Bebauungspläne im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden können. Es ist zu prüfen, ob eine Neufassung des § 13b in Verbindung mit einer Fristsetzung oder einer dauerhaften Einführung notwendig ist.

## Antrag Nr. C 91 - LV Sachsen

### Gründung einer Bundesstiftung „Dr. Helmut Kohl“

Die CDU Deutschlands setzt sich für die Einrichtung einer Bundesstiftung „Dr. Helmut Kohl“ ein. Die Stiftung soll das politische Leben und Wirken Helmut Kohls für die Nachwelt aufbereiten und durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 91 in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

### Gründung einer Bundesstiftung „Dr. Helmut

seine Verdienste um Deutschland und Europa weitertragen. Zentraler Bestandteil dabei ist die Aufbewahrung und Ausstellung seiner Akten in Bild, Wort, Film und Schrift. Die Veranstaltungen der Stiftung sollen für jedermann zugänglich sein und sich insbesondere an Schüler und Jugendliche richten. Um die Verdienste des Kanzlers der Einheit für die neuen Bundesländer zu würdigen, soll die Stiftung auch einen Standort in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden haben.

## Antrag Nr. C 92 - LV Sachsen

### Bustouristikwirtschaft – EU-Freizügigkeit und Nationale Steuer-, Sozial- und Ausbildungsregeln

Die CDU Deutschlands spricht sich für eine Überprüfung des bestehenden EU-Regelwerks und der nationalen Regelungen für das grenzüberschreitende Omnibusgewerbe aus, mit dem Ziel, Bürokratie abzubauen, die Digitalisierung bei der Personalverwaltung (Fahrerkarte) voranzutreiben und die Gleichstellung von Güter- und Personenverkehr zu harmonisieren. Ebenso müssen die Zugangs- und Ausbildungsvoraussetzungen für die Bustouristikwirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden, um den Fachkräftedarf der Branche auch zukünftig zu sichern.

## Antrag Nr. C 93 - LV Sachsen

### Aufstellen einer Wirtschaftsstrategie als Fortsetzung des Leitantrages

Der Bundesvorstand wird beauftragt, den vorliegenden Leitantrag „Wirtschaft für den Menschen – Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“ im Laufe des Jahres 2019 durch eine konkretisierte Wirtschaftsstrategie der CDU zu unterlegen. Diese Wirtschaftsstrategie sollte unter Einbeziehung der Gliederungen erarbeitet und im Rahmen des Bundesparteitages 2019 diskutiert sowie verabschiedet werden.

## Antrag Nr. C 94 - LV Sachsen

### Nachhaltige Familienpolitik

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, die Unantastbarkeit menschlichen Lebens als Verpflichtung aller staatlichen Gewalt zu schützen, die Verfassungszusage, wonach Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stehen, einzulösen und die Bereitschaft junger Menschen zur Eheschließung und Übernahme von Elternverantwortung zu fördern und zu honorieren. Wir wollen jungen Menschen ein positives Bild der Ehe vermitteln und diejenigen gleichberechtigt fördern, die ihre Kinder selbst betreuen und erziehen.

### Kohl“

Die CDU Deutschlands setzt sich für die Einrichtung einer Bundesstiftung „Dr. Helmut Kohl“ ein. Die Stiftung soll das politische Leben und Wirken Helmut Kohls für die Nachwelt aufbereiten und durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit seine Verdienste um Deutschland und Europa weitertragen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 92 anzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 93 in folgender Fassung anzunehmen:

Der Bundesvorstand wird beauftragt, den vorliegenden Leitantrag „Wirtschaft für den Menschen – Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“ wie dort beschrieben in den Grundsatzprogrammprozess einzubinden und hieraus eine konkretisierte Wirtschaftsstrategie der CDU abzuleiten. Dies sollte unter Einbeziehung der Gliederungen geschehen und eine Grundlage für das Regierungsprogramm werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 94 in folgender Fassung anzunehmen:

### Nachhaltige Familienpolitik

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, die Unantastbarkeit menschlichen Lebens als Verpflichtung aller staatlichen Gewalt zu schützen, die Verfassungszusage, wonach Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stehen, einzulösen und die Bereitschaft junger Menschen zur Eheschließung und Übernahme von Elternverantwortung zu

fördern und zu honorieren. Wir wollen jungen Menschen ein positives Bild der Ehe vermitteln und Familien fördern und unterstützen.

## **Antrag Nr. C 95 - BezV Nordwürttemberg**

### **EINSATZ VON MIKROPLASTIK**

Die CDU Deutschland wirkt darauf hin, dass gesetzliche Vorschriften erlassen werden, die den Einsatz von Mikroplastik in Produkten verbieten, in denen sie entbehrlich sind.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 95 und C 174 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

### **Einsatz von Mikroplastik**

Die CDU setzt sich für eine Minimierung der Verwendung von Mikroplastik in Kosmetik und Reinigungsmitteln und allen Produkten, in denen Mikroplastik entbehrlich ist, im Rahmen einer umfassenden Plastikstrategie ein. Dazu setzen wir zunächst auf Selbstverpflichtungen der Wirtschaft, über die bereits eine starke Reduzierung im Kosmetikbereich erreicht werden konnte. Falls noch über das Jahr 2020 Mikroplastik in Kosmetik- und Reinigungsprodukten und Produkten, in denen sie entbehrlich ist, verwendet wird, sollten auch Verbote und Beschränkungen geprüft werden.

## **Antrag Nr. C 96 - BezV Nordwürttemberg**

### **ABSCHAFFUNG SOLIDARITÄTSZUSCHLAG**

Angesichts der starken wirtschaftlichen Situation und der hohen Steuerkraft soll der Solidaritätszuschlag mit sofortiger Wirkung abgeschafft werden.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 46, C 81, C 96, C 118, C 165, C 188 und C 207 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands will den Solidaritätszuschlag bis Ende 2021 vollständig abschaffen. Dabei halten wir am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne neue Schulden fest.

## **Antrag Nr. C 97 - BezV Nordwürttemberg**

### **SPRACHKURSE**

Der Deutsche Bundestag als HH-Gesetzgeber wird aufgefordert, wegen der Kosten der Deutschkurse von Flüchtlingen bei der Bundesagentur für Arbeit für einen kostendeckenden Ausgleich durch einen Zuschuss von Bundesmitteln zu sorgen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 97 als erledigt zu betrachten.

Keine Verlagerung von Kosten für Flüchtlinge auf die beitragsfinanzierte Sozialversicherung.



## Antrag Nr. C 98 - BezV Nordwürttemberg

### DURCHFÜHRUNG EINES UNIONSKONGRESSES VON CDU UND CSU

Im 2. Halbjahr 2019 oder im 1. Halbjahr 2020 sollte ein Unionskongress im Sinne eines gemeinsamen Parteitages von CDU und CSU stattfinden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 98 an den Generalsekretär zu überweisen.

## Antrag Nr. C 99 - BezV Nordwürttemberg

### BUNDESPARTEITAG

Der Bundesparteitag muss zukünftig unter dem Jahr und am Wochenende stattfinden.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 18 und C 99 gemeinsam zu behandeln und abzulehnen.

## Antrag Nr. C 100 - BezV Nordwürttemberg

### Wohnungsmangel bekämpfen

Die CDU Deutschland begrüßt grundsätzlich die Ergebnisse des Wohnungsgipfels im Kanzleramt. Viele wichtige Schritte zur Schaffung von neuem und günstigerem Wohnraum in den Ballungsgebieten wurden vereinbart. Zwei Punkte stehen diesem Ziel jedoch entgegen und werden deshalb abgelehnt:

1. Die sogenannte Mietpreisbremse führt dazu, dass Investoren weniger Wohnungen bauen, da es schwieriger ist, eine angemessene Rendite zu erzielen. Auch im Wohnungsmarkt bestimmt das Prinzip von Angebot und Nachfrage den Preis, deshalb führt ausschließlich ein größeres Angebot zu einem Sinken der Mietpreise. Die Mietpreisbremse soll daher abgeschafft anstatt ausgeweitet werden.

2. Das weitgehende Verbot, Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umzuwandeln, ist ein unzulässiger Eingriff in die Vertragsfreiheit von Eigentümern und potentiellen Käufern. Es steht dem Ziel entgegen, den Bürgerinnen und Bürgern zu mehr Wohneigentum u.a. als Absicherung für das Alter zu verhelfen. Wenn Wohnungen nicht mehr verkauft werden dürfen, fehlt den Investoren Liquidität, um neuen Wohnraum zu errichten. Daher lehnt die CDU dieses Verbot entschieden ab. Darüber hinaus muss als dritter Punkt das Mietrecht für private Vermieter vereinfacht werden.

3. Private Vermieter, die maximal 2 Wohnungen vermieten, müssen beim Mietrecht bessergestellt werden. Zurzeit scheuen sie das Risiko, schwierigen Mietern aufzusitzen und nehmen daher Leerstände in Kauf. Durch Veränderungen im Mietrecht können schnell zahlreiche leerstehende Einliegerwohnungen dem Wohnungsmarkt zugeführt werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 100 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## Antrag Nr. C 101 - BezV Nordwürttemberg

Die CDU Deutschland lehnt jegliche Art von Zusammenarbeit mit der AfD und der Linkspartei, von Koalitionen in Bund und Land bis hin zu offiziellen Kooperationen in kommunalen Gremien, ab. Wir fordern die CDU

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 76, C 101, C 164 und C 179 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung

Landesverbände auf, dies auf ihren Parteitag ebenso zu beschließen.

anzunehmen:

Die CDU Deutschlands lehnt Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland ab.

### **Antrag Nr. C 102 - BezV Nordwürttemberg**

Die CDU Deutschland arbeitet in der Bundesregierung auf ein Islamgesetz hin.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 102 abzulehnen.

### **Antrag Nr. C 103 - BezV Nordwürttemberg**

Die CDU Deutschland fordert die Bundesregierung auf, sich im Europäischen Rat für eine Überprüfung der Fortschritte der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und ggf. ihren Abbruch einzusetzen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 103 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands befürwortet die jährliche stattfindende Überprüfung der Fortschritte der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei durch die Europäische Kommission. Ebenso unterstützt sie die ergebnisoffene Abwägung des Europäischen Rates über den Verlauf der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei.

### **Antrag Nr. C 104 - BezV Nordwürttemberg**

#### **Kinderrechte müssen Eltern und Familien stärken**

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD sieht vor, die Kinderrechte im Grundgesetz ausdrücklich zu verankern. Wir sehen darin eine Chance, Kindern und Familien bei politischen Entscheidungen Vorrang zu gewähren.

Durch eine Grundgesetzänderung darf jedoch das vorrangige Erziehungsrecht der Eltern nicht ausgehöhlt werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird deshalb aufgefordert, die Ausgestaltung mit großer Sorgfalt und Augenmaß vorzunehmen.

Die CDU Deutschland lehnt Änderungen ab, die das vorrangige Erziehungsrecht der Eltern nach Art. 6 Grundgesetz aushöhlen. Das ausgewogene Verhältnis zwischen Familien und staatlichem Wächteramt muss unangetastet bleiben.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 104 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

### **Antrag Nr. C 105 - BezV Nordwürttemberg**

#### **Wiedereinführung der Meisterpflicht für Betriebsübernahmen und Existenzgründungen im Handwerk**

Die im Rahmen der SPD basierten Reformpolitik „Agenda 2010“ verabschiedete 4. Novellierung der Handwerksordnung, (HWO) hinsichtlich der Liberalisierung des Meisterwesens zu überprüfen.

Durch die zum 1. Januar 2004 wirksame Gesetzesänderung, wurde die Anzahl der meisterpflichtigen Handwerke von 94 auf 41 reduziert - mit weitreichenden

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 105 in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

#### **Stärkung des Meisterbriefs**

Die CDU Deutschlands spricht sich für eine Stärkung des Meisterbriefs (Großer Befähigungsnachweis) als

Folge für 53 Gewerke, die somit weder einen praktischen Leistungsnachweis noch eine theoretische Kenntnisprüfung, im Sinne der Handwerksordnung, für eine Gewerbegründung benötigen.

Wir beantragen eine Überprüfung / Wiedereinführung der Meisterpflicht bei Existenzgründungen bzw. Betriebsübernahmen.

Im Wesentlichen soll überprüft werden:

1. Auswirkung auf die binnenorientierte Leistungsfähigkeit des Deutschen Handwerks am Beispiel der Trockenbauer- und Fliesenlegerhandwerks.
2. Darstellung der Leistungs- und Qualitätsstandards des Deutschen Handwerks aufgrund der Niederlassungs- und Gewerbefreiheit im EU-Binnenmarkt.
3. Quantitative Veränderungen in der Aus- und Weiterbildung durch zulassungsfreie Handwerksbetriebe
4. Negative Auswirkungen durch mangelnde Schadens-Transparenz für inländische Verbraucher.
5. Starke Ausweitung der Scheinselbständigkeit als Einfallstor für illegalen Aufenthalt- und Beschäftigung im Bausektor.

qualifikationsgebundenen Berufszugang im Handwerk aus. Wir begrüßen es, dass sich - wie auf unserem 29. Parteitag beschlossen - die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dieses Themas angenommen und sich eine Koalitionsarbeitsgruppe zu diesem Thema konstituiert hat. Die CDU bekräftigt ihre Auffassung, dass die Arbeitsgruppe Handlungsoptionen prüfen soll, um die Stärkung des Meisterbriefs noch in dieser Wahlperiode zu erreichen.

Leitlinien sollen dabei sein:

- Prüfung einer Wiedereinführung der Meisterpflicht für neu gegründete Unternehmen für die im Zuge der Handwerksreform betroffenen 53 Berufe, in denen dies verfassungs- und europarechtskonform möglich ist.
- Prüfung einer Erweiterung der Schutzzielbestimmung der Meisterprüfungsverordnung über die bisherigen Kriterien hinaus: z. B. Verbraucherschutz, Mittelstandsförderung, Unternehmenschutzverantwortung, öffentlicher Auftragsvergabe und In-Bezugnahme der Arbeitnehmerverantwortung.
- Stärkung des Meisterbriefs als sichtbares Qualitätsmerkmal für den Kunden.
- Etablierung der höheren beruflichen Bildung, u. a. durch bundesweite Einführung des Berufsabiturs und Zugangsmöglichkeiten für Meister zu Masterstudiengängen.
- Erhöhte Förderung der Berufsbildungs- und Kompetenzzentren durch Bund und Länder.
- Qualitätssicherung und -verbesserung durch regelmäßige Evaluierungen nach bundesweiten Standards für die Meisterschulen („Meister-PISA“)
- Erhöhte Leistungen beim Meister-BAföG.

## Antrag Nr. C 106 - BezV Nordwürttemberg

### Überprüfung der Zulassungsrichtlinien für manuell zu schaltbare Soundsysteme, bei kraftstoffbetriebenen Kraftfahrzeugen

Das Bundesverkehrsministerium, das Kraftfahrtbundesamt sowie nachgelagerte Zulassungsbehörden mögen bei der Zulassung abgastechischer Anlagen an Personenkraftwagen oder Motorrädern mit Verbrennungsmotoren sogenannte „manuell zuschaltbare Soundsysteme“ oder Klappenauspuffanlagen hinsichtlich der manuell zu schaltbaren Geräuschkulisse strengere Richtlinien und Grenzwerte gegen den Lärm-Terror sogenannter „Poser“ auf zwei bzw. vier

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 106 als erledigt zu betrachten.

Rädern einführen.

## Antrag Nr. C 107 - BezV Nordwürttemberg

### **Kinderschutz: Bessere Koordination der zuständigen Stellen**

Die für den Kinderschutz verantwortlichen Stellen (Jugendamt, Strafgerichte, Familiengerichte) sollen künftig verpflichtet sein, auf Kreisebene (bzw. auf Ebene der Gerichtsbezirke) mindestens vierteljährlich alle Fälle von sexuellem Missbrauch von Kindern bzw. entsprechende Verdachtsfälle im Zuständigkeitsbereich zu besprechen und das gemeinsame Vorgehen abzustimmen. Die Träger der Jugendhilfe sowie Fachleute (z.B. Kinderpsychologen und Ärzte) sind fallweise beizuziehen.

Zuständige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendämtern sollen eine entsprechende Schulung erhalten, bevor sie diesen Tätigkeitsbereich übernehmen und sollen darüber hinaus regelmäßig fortgebildet werden.

Ebenso soll eine entsprechende Kompetenzvermittlung verbindlicher Bestandteil des Jurastudiums sein.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 107 in folgender Fassung anzunehmen:

### **Kinderschutz: Bessere Koordination der zuständigen Stellen**

Die für den Kinderschutz verantwortlichen Stellen (Jugendamt, Strafgerichte, Familiengerichte) sollen künftig verpflichtet sein, auf Kreisebene (bzw. auf Ebene der Gerichtsbezirke) regelmäßig alle Fälle von sexuellem Missbrauch von Kindern bzw. entsprechende Verdachtsfälle im Zuständigkeitsbereich zu besprechen und das gemeinsame Vorgehen abzustimmen. Die Träger der Jugendhilfe sowie Fachleute (z. B. Kinderpsychologen und Ärzte) sind fallweise beizuziehen.

Zuständige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendämtern sollen eine entsprechende Schulung erhalten, bevor sie diesen Tätigkeitsbereich übernehmen und sollen darüber hinaus regelmäßig fortgebildet werden.

Ebenso soll eine entsprechende Kompetenzvermittlung verbindlicher Bestandteil des Jurastudiums sein.

## Antrag Nr. C 108 - BezV Nordwürttemberg

### **26. Mai 2019: Mit voller Kraft für Europa**

Der Parteitag der CDU Deutschland fordert, analog zum Bundestagswahlkampf ein zentrales Wahlprogramm zur Europawahl zu erarbeiten, eine zentrale Wahlkampagne aufzulegen und eine zentrale Wahlkampfkommission zu bilden. Darüber hinaus sollen in den einzelnen Landes- und Kreisverbänden gesonderte Wahlkampfkommissionen zur Europawahl gebildet werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 108 an den Bundesvorstand zu überweisen.

## Antrag Nr. C 109 - BezV Nordwürttemberg

### **Impfquote deutlich verbessern**

Bei regionaler Häufung von Kinderkrankheiten mit Ansteckungsgefahr sollen verbindlich nur solche Kinder die Kitas und Kindergärten besuchen, die nachweislich gegen Diphtherie, Masern, Keuchhusten und andere von der Ständigen Impfkommission (STIKO) empfohlene Krankheiten geimpft sind. Um dies zu gewährleisten, sollen Eltern bei Anmeldung ihrer Kinder in Kita oder Kindergarten einen Impfnachweis ihrer Kinder verpflichtend vorlegen müssen. Den Kinder- und Jugendärzten wiederum fällt die Aufgabe zu, in regelmäßigen

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 109 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Abständen den Impfstatus der von ihnen behandelten Kinder und Jugendlichen zu prüfen und die Eltern gegebenenfalls aufzufordern, den Impfstatus ihres Kindes erneuern zu lassen.

## **Antrag Nr. C 110 - BezV Nordwürttemberg**

In spätestens fünf Jahren (2023) soll ein bundesweit flächendeckendes 5G-Mobilfunknetz zur Verfügung stehen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 38, C 110, C 136, C 147, C 148, C 155 und C 163 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

### **Flächendeckender 5G-Ausbau**

Der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland gilt als die Grundvoraussetzung für Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit. Gleichsam stellt er die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger sicher. Die CDU setzt sich deshalb für die Mobilfunkversorgung mit 5G auch in ländlichen Regionen unter Nutzung von lokalem Roaming ein. Denn innovative, zukunftsfähige Mobilitätsangebote werden gerade für Menschen in ländlichen Regionen nur möglich sein, wenn eine Versorgung mit der neuesten Mobilfunktechnologie (5G) an Bundesfernstraßen und in zeitlicher Perspektive abgestuft auch im nachgeordneten Straßennetz und an allen Bahnstrecken sichergestellt ist.

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur nach neuesten Technologien darf deshalb nicht auf Metropolen oder Ballungsgebiete beschränkt werden, da ansonsten u. a. in den Bereichen der medizinischen Versorgung, die Wissenschaft und die Wirtschaft in ländlichen Regionen erhebliche Nachteile entstehen würden. Damit einhergehen muss ein umfassender und zügiger Glasfaserausbau.

## **Antrag Nr. C 111 - BezV Nordwürttemberg**

Wir fordern, die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, „Frontex“ deutlich zu stärken und personell besser auszustatten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 111 anzunehmen.

## **Antrag Nr. C 112 - BezV Nordwürttemberg**

Die CDU Deutschland fordert eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes für betriebliche und private Belange. Dazu bedarf es:

- eines Wechsels von starrer 10-Stunden-Begrenzung pro Tag zu individuell vereinbarter Arbeitszeit innerhalb der gültigen maximalen gesetzlichen

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 112 und C 213 gemeinsam zu behandeln, in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

**Wochenarbeitszeit**

- der Aufhebung der 11-Stunden-Regel (Pause zwischen Arbeitsende und Arbeitsbeginn), falls nicht im Betrieb gearbeitet wird, um selbstbestimmtes mobiles Arbeiten zu ermöglichen
- die konkrete Ausgestaltung der Arbeitszeit soll den Vertrags- und Tarifpartnern überlassen werden (Arbeitgeber, Mitarbeiter, Geschäftsleitung, Betriebsrat; Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften)

**Antrag Nr. C 113 - BezV Nordwürttemberg**

Die CDU Deutschland fordert, die „Gemeinnützigkeit“ der „Deutsche Umwelthilfe“ abzuerkennen.

Die CDU Deutschlands setzt sich für eine Flexibilisierung der bisherigen Arbeitszeitgesetze mit Augenmaß ein. Dafür wollen wir echte Freiräume in den Betrieben ermöglichen und trotzdem klare Leitplanken setzen. Wir wollen einen Rahmen schaffen, in dem Unternehmen, Beschäftigte und die Tarifpartner den vielfältigen Wünschen und Anforderungen in der Arbeitszeitgestaltung gerecht werden können.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 113 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands fordert zu prüfen, ob die „Deutsche Umwelthilfe“ noch die Kriterien für die Gemeinnützigkeit erfüllt.

**Antrag Nr. C 114 - BezV Nordwürttemberg**

Die Möglichkeit zur Erhebung von Verbandsklagen im Verwaltungsprozessrecht für die Deutsche Umwelthilfe ist abzuschaffen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 114 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die Möglichkeit zur Erhebung von Verbandsklagen im Verwaltungsprozessrecht für die Deutsche Umwelthilfe ist abzuschaffen.

**Antrag Nr. C 115 - BezV Nordwürttemberg****Entschärfung der Datenschutzgrundverordnung**

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, für die seit dem 25.Mai 2016 in Kraft getretene Datenschutzgrundverordnung unverzüglich praktikable Umsetzungsregelungen zu treffen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 50, C 83, C 115 und C 137 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

**Neustart für den europäischen Datenschutz**

Die CDU Deutschlands bekennt sich zu einem hohen und europaweit einheitlichen Datenschutzstandard, um die Persönlichkeitsrechte der Menschen zu wahren und Rechtssicherheit in ganz Europa zu gewährleisten. Die CDU wendet sich aber gegen unpraktikable Lösungen und nationale Sonderwege, die ehrenamtliches Engagement unverhältnismäßig erschweren und insbesondere deutsche Mittelständler stärker belasten als Unternehmen in anderen EU-Ländern. Deshalb wird sich die CDU auf Bundes- und EU-Ebene dafür einsetzen, dass die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zum Schutz von Unternehmen, Selbstständigen,

Freiberuflern und Ehrenamtlern entbürokratisiert wird.

Mehr Souveränität für Internetnutzer statt sinnloser Warnhinweise – das soll die Maxime dabei sein. Hierzu sind neue Mechanismen erforderlich. In diesem Prozess muss das Datenschutzrecht deutlich verschlankt werden. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen, für Startups und für Vereine sind die Regelungen viel zu kompliziert und eine große Bürde. Gegen den Widerstand der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament wurden übertriebene Dokumentationspflichten und bürokratische Einzelregelungen verabschiedet.

Daher schlagen wir ein konkretes Maßnahmenpaket zur Entbürokratisierung vor:

- Ehrenamtliche Tätigkeiten, die keinen kommerziellen Zweck verfolgen, wie das Engagement in Vereinen und wohltätigen Organisationen, müssen von vielen Regelungen der DSGVO ausgenommen werden.
- Die Dokumentationspflichten von kleinen Unternehmen sollen drastisch reduziert werden, soweit das Sammeln oder Handeln mit Daten nicht Unternehmenszweck ist. Bestimmte Anforderungen sollen erst ab Schwellenwerten verpflichtend vorgesehen werden und die Maximalhöhen für Sanktionen sollen für kleine und mittelständische Unternehmen und Organisationen mit überwiegend ehrenamtlich Aktiven deutlich reduziert werden.
- Leichte erstmalige Verstöße ohne Vorsatz sollen grundsätzlich zunächst unentgeltlich verwarnt werden.
- Die Vorschriften müssen auch für Startups umsetzbar gemacht werden. Europäische Digitalunternehmen dürfen keinen Wettbewerbsnachteil gegenüber ihren großen Konkurrenten aus Übersee haben.
- Daher müssen auch über die DSGVO hinausgehende zusätzliche Auflagen für Unternehmen in Deutschland abgeschafft werden. Dazu gehören unter anderem die im Bundesdatenschutzgesetz erweiterten Fälle zur verpflichtenden Bestellung eines Datenschutzbeauftragten.
- Freiwillig gegebene Daten (z. B. über Visitenkarten) dürfen auch ohne eine vorherige Belehrung elektronisch und per Brief genutzt werden, soweit auf die Möglichkeit, weitere Kommunikation jederzeit abbestellen zu können, stets hingewiesen wird.
- Die Anwendung der DSGVO in Deutschland soll durch konkrete Auslegung einheitlich erfolgen,

indem sich alle auf die Auskunft eines Landesdatenschutzbeauftragten verlassen können, auch wenn sie in einem anderen Land wohnen oder arbeiten.

- Die deutsche Besonderheit der Konkurrenten-Abmahnung, die mit angeblichen Datenschutzverstößen begründet wird, ist gesetzlich eindeutig für unzulässig zu erklären, da der Sanktionsmechanismus der DSGVO mit den von den Datenschutzbehörden zu verhängenden Bußgeldern ausreichend Schutz bietet.
- Der in Art. 68 DSGVO definierte Europäische Datenschutzausschuss, dem u. a. die nationalen Datenschützer angehören und der eine einheitliche Anwendung der Richtlinie in der EU sicherstellen soll, sollte durch einen sogenannten "Innovationsausschuss" ergänzt werden. Dieser Ausschuss ist mit Vertretern aus Wirtschaft, Verbänden sowie Gesellschaft zu besetzen und muss vor allem die innovationsfreundliche Anwendung der Verordnung beurteilen.

## Antrag Nr. C 116 - BezV Württemberg-Hohenzollern

Die CDU Deutschland spricht sich für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Männer und Frauen mit breit gefächertem Auswahlpektrum aus.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 8, C 14, C 43, C 47, C 79, C 85, C 116, C 124, C 139, C 159, C 190, C 196 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 8 anzunehmen.

## Antrag Nr. C 117 - KV Altenkirchen

### Hilfe für Afrika: „Wasser in die Sahara! Weshalb nicht?“

Die CDU ist der Meinung, für den Norden Afrikas sollte es eine Art Marshallplan geben. Dessen Hauptaufgabe ist es dann, zur Grundausstattung und möglichen wirtschaftlichen Entwicklung Bahnlinien, Straßen und Wasserleitungen zu bauen. Dafür und für den Bau von wirtschaftlich lebensfähigen Kleinstädten an ausgesuchten Plätzen werden dann Massen an Arbeitskräften benötigt.

Die Bundespartei soll nach Möglichkeiten suchen, sowohl im Bundestag wie auf Europaebene Zustimmung zu finden, damit in Nordafrika mit dem kontinentgroßen Bereich der Sahara beispielhafte Entwicklungspolitik geschieht; zum Nutzen der dortigen Länder und Europas, dies auch durch eine massive Minderung der Flüchtlingszahlen

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 117 in folgender Fassung anzunehmen sowie an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament zu überweisen.

### Partnerschaft mit Afrika

Die CDU begrüßt es, dass die deutsche und europäische Entwicklungspolitik die Partnerschaft mit unserem Nachbarkontinent Afrika zu einem Schwerpunkt ihrer Entwicklungszusammenarbeit gemacht hat. Insbesondere der Marshallplan mit Afrika ist ein wichtiger Beitrag, um Fluchtursachen zu bekämpfen.

Die Bundesregierung und die Europäische Union sollten prüfen, ob beschäftigungsintensive Programme nach dem Vorbild des Programms „Cash for Work“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



(BMZ) im Norden Afrikas und insbesondere in der Sahelzone ausgebaut werden können. Ein besonderer Schwerpunkt könnte dabei der Ausbau grundlegender Infrastrukturnetze im Verkehrsbereich und bei der Wasserversorgung in wirtschaftlich lebensfähigen Kleinstädten sein.

## Antrag Nr. C 118 - KV Ammerland

### Soli nach 2019 ersatzlos streichen

Der Bundesdelegiertentag der CDU Deutschland fordert die CDU/CSU Bundestagsfraktion auf, darauf hinzuwirken, dass der Solidaritätszuschlag (Soli) nach 2019 ersatzlos für alle Steuerpflichtigen abgeschafft wird.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 46, C 81, C 96, C 118, C 165, C 188 und C 207 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands will den Solidaritätszuschlag bis Ende 2021 vollständig abschaffen. Dabei halten wir am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne neue Schulden fest.

## Antrag Nr. C 119 - KV Ammerland

Die CDU Deutschland setzt sich dafür ein, dass das Ehrenamt entsprechend der Begründung zu diesem Antrag weiter ausgebaut wird und die Höhe der Zahlungen von Aufwandsentschädigungen jährlich überprüft werden.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 60, C 119, C 186 und C 202 gemeinsam zu behandeln, in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die Förderung des Ehrenamts gehört zu den fundamentalen Anliegen christlich demokratischer Politik. Seitdem die CDU regiert, wurden die steuerlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagements verbessert, die Aufwandsentschädigungen erhöht, ehrenamtlich Tätige und Vereine von Bürokratie entlastet und Haftungserleichterungen beschlossen. Die CDU steht auch weiterhin an der Seite der ehrenamtlich Engagierten und will das Ehrenamt weiter stärken.

Die CDU Deutschlands tritt aus diesem Grund dafür ein:

- die Freigrenze zu erhöhen, die gemeinnützige Vereine von der Körperschafts- und Gewerbesteuer freistellt, die aus ihrem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb lediglich geringe Einnahmen erzielen;

- die Freigrenze zur Umsatzsteuer, mit der abzugsfähige Vorsteuerbeträge pauschal mit einem Durchschnittssatz von 7 Prozent des steuerpflichtigen Gesamtumsatzes berechnet werden können, anzuheben;

- das Ehrenamt durch eine Anhebung der Übungsleiterpauschale steuerlich zu entlasten; von einer solchen Anhebung würden insbesondere Trainerinnen und Trainer sowie Ausbilderinnen und Ausbilder in einer großen Zahl von Vereinen und Organisationen profitieren;

- die Ehrenamtspauschale zu erhöhen: Dies käme vielen anderen in gemeinnützigen Vereinen ehrenamtlich engagierten Personen, wie etwa Schriftführern oder Kassenwartenden, zugute. Im Einklang mit der Erhöhung der Ehrenamtspauschale wollen wir auch die Haftungsbeschränkungen erweitern, die wir zu Gunsten der Vorstände und Vereinsmitglieder auf Bundesebene eingeführt haben.

### **Antrag Nr. C 120 - KV Ammerland**

Der Bundesparteitag der CDU Deutschland fordert die Bundesregierung auf, eine Anpassung aller rechtlichen Rahmenbedingungen, speziell des Telekommunikationsgesetzes (TKG) dahingehend vorzunehmen, dass Kunden im Falle einer deutlichen Verbesserung der Übertragungsgeschwindigkeit z.B. bei Verlegung eines Glasfaserkabels, ein Sonderkündigungsrecht eingeräumt wird.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 120 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

### **Antrag Nr. C 121 - KV Ammerland**

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass der im § 31 des Sozialgesetzbuches XI festgeschriebene Grundsatz, dass der Rehabilitation Vorrang vor Pflege zu gewähren ist, auch in der Praxis mit tauglichen Mitteln umgesetzt wird.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 121 anzunehmen.

### **Antrag Nr. C 122 - KV Ammerland**

Der Bundesparteitag der CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, das NATO-Ziel von 2 % des Bruttoinlandproduktes (BIP) für Verteidigungsausgaben bis 2024 verbindlich sicherzustellen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 122 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Bundesrepublik Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel der NATO, so wie es vom Brüsseler NATO-Gipfel am 11./12. Juli 2018 bekräftigt wurde, umsetzt.

### **Antrag Nr. C 123 - KV Ammerland**

Der Bundesparteitag der CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, sich auf EU-Ebene verstärkt für eine gemeinsame Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern einzusetzen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 123 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU setzt sich dafür ein, die Bemühungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA), der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der

EU sowie des EU-Verteidigungsfonds für eine gemeinsame Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern zu verstärken.

## Antrag Nr. C 124 - KV Ammerland

Der Bundesparteitag der CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, ein soziales/ ökologisches Pflichtdienst- oder Wehrdienstjahr für junge Erwachsene einzuführen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 8, C 14, C 43, C 47, C 79, C 85, C 116, C 124, C 139, C 159, C 190, C 196 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 8 anzunehmen.

## Antrag Nr. C 125 - KV Ammerland

### Neuordnung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes

Der Bundesparteitag der CDU Deutschland fordert die Bundesregierung auf:

1. den derzeit gültigen Warenkorb zu überarbeiten,
2. eine Teilmenge des Warenkorbes als Dinge des täglichen Grundbedarfs festzulegen,
3. sicherzustellen, dass die Dinge des täglichen Grundbedarfs einem ermäßigten Steuersatz unterliegen,
4. die Regeln für den ermäßigten Steuersatz im Sinne des Grundgedankens von 1963 für den Bürger nachvollziehbar neu zu fassen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 125 an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern zu überweisen.

## Antrag Nr. C 126 - KV Bad Kreuznach

### MILLA – Die Weiterbildungswende

- I. Die Digitale Transformation fordert unsere Soziale Marktwirtschaft zunehmend heraus

Die Soziale Marktwirtschaft sichert und vermehrt unseren Wohlstand. Gut qualifizierte Fachkräfte sind dabei ein immer entscheidenderer Standortfaktor. Durch den Digitalen Wandel werden sich die Anforderungsprofile an Arbeitnehmer und Arbeitgeber verschieben; der Arbeitsmarkt wird schneller und dynamischer. Zukünftige Erwerbsbiographien werden von größerer Freiheit und häufigeren Wechseln geprägt sein. Um dieser Entwicklung einen ordnungspolitischen Rahmen zu geben, benötigen wir eine gut ausgebaute Weiterbildungsinfrastruktur, die allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe an den Vorteilen der Digitalisierung sichert. Denn für die CDU ist eines klar: Die Digitalisierung muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt.

- II. Wir wollen eine Weiterbildungswende  
Bildung war schon immer Grundlage unseres Wohlstands. Zu Beginn der Industrialisierung wurde die allgemeine Schulpflicht durchgesetzt. Sie war damit die erste Voraussetzung für die sog. Gründerzeit, also dem wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands.

Unsere Welt wird komplexer, schneller und vielfältiger. In Zeiten scheinbar

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 4 und C 126 gemeinsam zu behandeln, in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

### Deutschland braucht eine neue Weiterbildungskultur

Gut qualifizierte Fachkräfte bleiben der Schlüssel für unseren Wohlstand. Allerdings verschieben sich durch den digitalen Wandel Anforderungsprofile an die Beschäftigten und ihre Arbeitgeber, gänzlich neue Berufsbilder entstehen. Unser Ziel muss es daher sein, Beschäftigungschancen für die Menschen in einem dynamischen Arbeitsmarkt zu sichern, indem wir es ihnen ermöglichen, ihre Erwerbsbiographien immer wieder neu an den Kompetenzen der Zukunft auszurichten. Dies setzt eine neue Weiterbildungskultur voraus, die den Beschäftigten hilft, sich zu orientieren, ihre Qualifikationen zu erweitern und gleichzeitig dem Fachkräftemangel zu begegnen. Daneben

unendlicher Möglichkeiten wird es für den Einzelnen immer schwerer, sich selbst zu organisieren. Das gilt auch für die Berufsausübung und die immer häufiger notwendigen Tätigkeitswechsel. Es gibt in Deutschland schon heute allein über 14.000 Studiengänge. Im Weiterbildungsmarkt gibt es über 4,5 Mio. Angebote. Hinzu kommt eine noch größere Auswahl vorwiegend englischsprachiger Online-Angebote.

Die Weiterbildung in Deutschland braucht eine grundlegende Reform, die allen Menschen hilft, sich zu recht zu finden und dem zunehmenden Fachkräftemangel begegnet.

Wir wollen eine übersichtliche Weiterbildungslandschaft für alle Bürgerinnen und Bürger, welche die Kompetenzen der Zukunft fördert, auf individuelle Bedürfnisse eingeht und lokale Weiterbildungsnetzwerke stützt. Weiterbildung soll ein natürlicher Bestandteil unseres Erwerbslebens werden. Eine neue Weiterbildungskultur hilft, dass alle die Digitalisierung als Chance nutzen können.

III. Wir wollen MILLA (Modulares Interaktives Lebensbegleitendes Lernen für Alle)

Mit MILLA wollen wir eine nationale Weiterbildungsplattform schaffen, auf der ein neues modulares und interaktives Online-Angebot für alle bereitsteht. Es soll individuell anpassbar sein und die persönlichen Interessen des jeweiligen Nutzers berücksichtigen. Auch die Angebote bestehender Anbieter sollen integriert werden, übersichtlich gebündelt, leicht zugänglich und individualisiert bereitgestellt werden. Dabei wollen wir moderne technische Möglichkeiten nutzen und uns damit die Vorteile der Digitalisierung zu eigen machen. Insbesondere wollen wir auf kurzweiliges, flexibel und mobil einsetzbares E-learning zurückgreifen, um nachhaltige Motivation für dauerhaftes Selbststudium und das Interesse an Fortbildungsangeboten zu schaffen. Unser digitales Fortbildungsangebot ermöglicht die Individualisierung des Lernerlebnisses auf einer bisher nie dagewesenen Ebene und generiert Lernempfehlungen für jeden. Wir schaffen das Netflix der Weiterbildung! Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern kleine Anreize schaffen, sich in relevanten Bereichen weiterzubilden.

Mit MILLA etablieren wir auch ein neues Arbeitsplatznetzwerk, das individuell und regional Arbeitgeber mit Arbeitnehmern verbinden kann, um Fachkräftemangel wirksam zu bekämpfen. Dafür kann MILLA auch solche Kompetenzen dokumentieren, die bislang schwer oder gar nicht zu erfassen sind. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland übt Tätigkeiten aus, die nicht der eigenen Ausbildung entsprechen. Ebenso viele sind ehrenamtlich aktiv. Wir eröffnen diesen Menschen die Möglichkeit, auch solche Kompetenzen zur Arbeitsplatzwahl einzusetzen. MILLA wird eine Infrastruktur, die ganz neue Märkte eröffnet. Für den Erfolg der Plattform muss eine neue digitale Einheit verantwortlich sein.

Wir wollen den Gedanken der sozialen Marktwirtschaft ins digitale Zeitalter übertragen! Wir wollen Eigenverantwortung stärken und neue Chancen für alle eröffnen!

## **Antrag Nr. C 127 - KV Bautzen**

**Mit Maß und Mitte: Für ein vernünftiges Miteinander von Mensch und Wolf**

Für die CDU Deutschlands sind folgenden Maßnahmen vordringlich und

benötigen wir eine übersichtliche Weiterbildungslandschaft, die allen Bürgerinnen und Bürgern offensteht, auf individuelle Bedürfnisse eingeht und auch lokale Weiterbildungsnetzwerke unterstützt. So trägt eine neue Weiterbildungskultur dazu bei, dass alle Menschen die Digitalisierung als Chance nutzen können – unter Berücksichtigung der modernen technischen Möglichkeiten selbst.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 88 und C 127 gemeinsam zu behandeln und in

kurzfristig zwischen Ländern, Bund und EU-Kommission auf den Weg zu bringen:

1. Der Wolf hält sich nicht an Landesgrenzen. Er lebt grenzüberschreitend. Die seit knapp 20 Jahren wieder in Deutschland lebenden Wölfe sind über Polen zu uns gekommen. Bis heute handelt es sich um eine große und weiterwachsende Population beiderseits der Grenzen. Beobachtung und Steuerung müssen daher grenzüberschreitend erfolgen. Wir setzen uns für ein gemeinsames Wolfsmonitoring und Management mit der Republik Polen ein. Damit ist die Erwartung verbunden, dass beim Erreichen eines guten Erhaltungszustandes der Population regulierende Eingriffe besser und konsequenter ermöglicht werden.

2. Eine Beurteilung des Erhaltungszustands des Wolfs alle sechs Jahre (FFH-Berichtszeitraum) ist angesichts der dynamischen Populationsentwicklung nicht ausreichend. Allein in Deutschland hat sich die Wolfspopulation in knapp 15 Jahren von einem knappen Dutzend auf über 400 erhöht. Daher soll der Bestand in Zukunft einer jährlichen Überprüfung unterzogen werden. Damit ist die Erwartung verbunden, dass die Regulierung der Wolfspopulation rascher und zielgerichteter ermöglicht wird.

3. Wir brauchen bundesweit einheitliche Regelungen für den Schutz der Bevölkerung vor und einem geordneten Umgang mit dem Wolf. Dazu wollen wir alle nationalen Möglichkeiten konsequent nutzen (Notstandshandlungen gegen übergriffige Wölfe) und uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass eine Anpassung des Schutzstatus mit dem Ziel erfolgt, dass die Wolfspopulation in Deutschland aus den Anhängen IV der FFH-RL heraus- und in den Anhang V aufgenommen wird. Unabhängig von der gezielten Entnahme einzelner (Problem-)Tiere ist nur so eine Bestandsregulierung überhaupt möglich.

4. Um die Erfahrungen der einzelnen Bundesländer beim Herdenschutz zu bündeln und möglichst umfassend und praxisnah verfügbar zu machen, wollen wir ein nationales Herdenschutzzentrum aufbauen.

5. Unabhängig von allen notwendigen rechtlichen Änderungen müssen gezielte Entnahmen von Wölfen bereits heute erleichtert und entbürokratisiert werden. Wir fordern eine klare Rechtsgrundlage für die schnelle Umsetzung notwendiger Abschüsse. Dafür ist § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 Bundesnaturschutzgesetz zu ändern. Während wildlebende Tiere der besonders geschützten Art derzeit nur getötet werden können, wenn ein „erheblicher Schaden“ droht, soll dies künftig schon zulässig sein, wenn ein "ernster Schaden" droht. Darüber hinaus soll eine Regelung der FFH-Richtlinie in das Bundesnaturschutzgesetz übernommen werden, nach der unter strenger Kontrolle, im Einzelfall und in beschränktem Ausmaß die Entnahme einer begrenzten Anzahl von Wölfen erlaubt werden soll.

6. Wir fordern den Bund auf, den Wolf in das Jagdrecht aufzunehmen und somit nach Erreichen des guten Erhaltungszustandes, der aus unserer Sicht heute schon vorliegt, der Hege und Pflege der Jägerschaft anzuvertrauen.

7. Schutzmaßnahmen, wie spezielle Weidezäune zur Wolfsabwehr, sind nicht überall und uneingeschränkt realisierbar. Aus diesem Grund soll die CDU-geführte Bundesregierung für Rechtssicherheit beim Freihalten dieser Bereiche von Wölfen Sorge tragen. Annäherungen des Wolfes an Aufenthaltsgebäude von Personen sollen auch durch erleichterte Abschüsse unterbunden werden. Es müssen Regelungen gefunden werden, die bereits regional die Entnahme von Wölfen zur Schadensminimierung und Eigentumsschutz, in Fällen wo Prävention nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand umsetzbar ist,

folgender Fassung anzunehmen:

### **Mit Maß und Mitte: Für ein vernünftiges Miteinander von Mensch und Wolf**

Seit knapp 20 Jahren leben wieder Wölfe in Deutschland. Bis heute handelt es sich um eine große und weiterwachsende Population. Aufgrund des starken Wachstums wird der Wolf gerade für die Weidetierhaltung zu einem Problem, zum Teil fühlt sich auch die Bevölkerung bedroht. Wir brauchen deshalb rechtssichere, bundesweit einheitliche Regelungen für den Schutz der Bevölkerung und einen geordneten Umgang mit dem Wolf. Wir wollen, dass er unsere Lebensräume bereichert, aber nicht gefährdet.

Für die CDU Deutschlands sind folgende Maßnahmen vordringlich und kurzfristig zwischen Ländern, Bund und EU-Kommission auf den Weg zu bringen:

- Beobachtung und Steuerung müssen grenzüberschreitend erfolgen. Wir setzen uns für ein gemeinsames Wolfsmonitoring und Management mit der Republik Polen ein.

- Eine Beurteilung des Erhaltungszustands des Wolfs soll angesichts der dynamischen und starken Entwicklung in Zukunft jährlich erfolgen.

- Um die Erfahrungen der einzelnen Bundesländer beim Arten- und Herdenschutz zu bündeln und möglichst umfassend und praxisnah verfügbar zu machen, wollen wir, dass ein vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und vom Bundesministerium für Umwelt gemeinsam geführtes nationales Wolfs- und Herdenschutzzentrum aufgebaut wird.

- Wir setzen uns dafür ein, dass auf europäischer Ebene eine Anpassung des Schutzstatus mit dem Ziel erfolgt, dass die Wolfspopulation in Deutschland aus den Anhängen IV der FFH-RL heraus und in den Anhang V aufgenommen wird. Nur so wird ein Wolfsmanagement mit Bestandsregulierung erst möglich.

- Gezieltes Erlegen von Wölfen muss bereits heute erleichtert werden. Aus der FFH-Richtlinie soll eine Regelung in das Bundesnaturschutzgesetz übernommen werden, nach der unter strenger Kontrolle, selektiv und in beschränktem Ausmaß das Erlegen einer begrenzten Anzahl von Wölfen erlaubt werden soll. Sie sollen nicht erst dann erlegt werden können, wenn ein „erheblicher wirtschaftlicher

auch über die Einzelfallprüfung hinauszulassen, wenn dadurch die kontinuierliche Verbesserung des Erhaltungszustandes der Wolfspopulation nicht gefährdet ist.

8. Wir fordern die Bundesregierung auf, die gesetzlichen Pflichten aus der Tierschutz- Nutztierhaltungsverordnung zum Schutz vor Beutegreifern zu konkretisieren, damit die Landwirte ihre Verantwortung selbst rechtssicher wahrnehmen können.

9. Die Information der Weidetierhalter zum Schutz ihrer Herden vor Wolfsübergriffen muss kontinuierlich ausgebaut und den Entwicklungen angepasst werden. Dazu wollen wir internationale Erfahrungen wie beispielsweise in Frankreich besser und schneller auch in Deutschland umsetzen.

10. Wir setzen uns dafür ein, dass Präventions- bzw. Herdenschutzmaßnahmen zu 100 Prozent gefördert werden. Darüber hinaus sind die Mehraufwendungen der Weidetierhalter für Herdenschutzmaßnahmen (z.B. Arbeitskosten oder Kosten für die Haltung von Herdenschutzhunden) zukünftig ebenfalls auszugleichen.

11. Die Haltung von Weidetieren im Offenland leistet als besonders tierwohlgerechte Form der Nutztierhaltung einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Biodiversität. Daher muss die Weidetierhaltung unter den Bedingungen des europäischen Artenschutzes für Großraubtiere flächendeckend und dauerhaft erhalten bleiben. Hierfür wollen wir ein Programm für eine Weidetierprämie bzw. Landschaftspflegietierprämie einführen.

Schaden" droht, sondern schon, wenn ein "ernster Schaden" droht.

- Wir fordern den Bund auf, den Wolf in das Jagdrecht aufzunehmen.

- Die Bundesregierung soll für Rechtssicherheit beim Freihalten spezieller Bereiche von Wölfen sorgen. Dies insbesondere in Fällen, wo Prävention nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand umsetzbar ist (z. B. Deiche) und wenn dadurch die kontinuierliche Verbesserung des Erhaltungszustands der Wolfspopulation nicht gefährdet ist. Zudem sollen regionale Unterschiede in der Populationsdichte bei der Bestandsregulierung und möglichem Erlegen berücksichtigt werden können.

- Die Information für die Weidetierhalter zum Schutz ihrer Herden vor Wolfsübergriffen muss kontinuierlich ausgebaut werden. Zudem muss geprüft werden, wie gesetzliche Pflichten konkretisiert werden können, damit die Landwirte ihre Verantwortung selbst rechtssicher wahrnehmen können.

- Wir setzen uns dafür ein, dass Präventions- bzw. Herdenschutzmaßnahmen zu 100 Prozent gefördert werden. Das schließt Mehraufwendungen für Herdenschutzmaßnahmen (z. B. Arbeitskosten und Haltung von Herdenschutzhunden) mit ein.

- Wir streben Unterstützungsmöglichkeiten für die Weidetierhaltung beispielsweise in der 2. Säule der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) oder im GAK-Rahmen (Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz) bzw. auch als Prämie für die Wanderschafhaltung an.

## **Antrag Nr. C 128 - KV Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg, KV Berlin-Mitte, KV Berlin-Neukölln, Auslandsverband Brüssel**

### **Verbot des sog. „Wolfgrußes“ und des sog. „Rabia-Grußes“**

Die CDU Deutschland fordert die Strafbarkeit der öffentlichen Zeigens des rechtsextremistisch-türkischen „Wolfgrußes“ sowie des islamistischen „Rabia-Grußes“ in Deutschland.

Symbol und bekanntestes Erkennungszeichen der rechtsextremistischen „Ulkuü“-Bewegung ist der „Graue Wolf“ („Bozkurt“) und der daraus abgeleitete sogenannte „Wolfgruß“ (Finger der rechten Hand des ausgestreckten Arms formen den Kopf eines Wolfes. Oft werden Anhänger der „Ulkuü“-Bewegung daher umgangssprachlich auch als „Graue Wölfe“ („Bozkurtlar“) bezeichnet. Diese Bewegung wird vom Verfassungsschutz des Bundes und der Länder als verfassungsfeindlich eingestuft und steht bundesweit unter Beobachtung.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 128 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Der „Rabia-Gruß“ (vier nach oben ausgestreckte Finger und eingeklappter Daumen) dient als Erkennungszeichen der islamistischen Muslimbruderschaft. Die ursprünglich aus Ägypten stammende Muslimbruderschaft ist eine weltweit aktive Organisation mit dem Ziel, einen islamischen Gottesstaat auf der Grundlage der Scharia zu errichten. Die Muslimbruderschaft wird vom Verfassungsschutz als islamistisch und verfassungsfeindlich bewertet.

Bisher konnten die Anhänger und Sympathisanten der Grauen Wölfe und der Muslimbruderschaft ungestraft in der Öffentlichkeit in Deutschland ihren Gruß zeigen und somit für ihre Ideologie werben.

Dieser Zustand ist für eine freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht tragbar und schadet der Integration.

### **Antrag Nr. C 129 - KV Berlin-Mitte, KV Berlin-Neukölln**

Die CDU Deutschland unterstützt die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Verschleierung von jungen Mädchen im öffentlichen Raum, insbesondere in Ausbildungssituation, d.h. explizit in Schulen und Kitas. Konkret sollen gesetzgeberische Initiativen auf allen relevanten politischen Ebenen auf den Weg gebracht werden, die das Verbot des regelmäßigen Tragens des Kopftuchs für Mädchen unter 14 Jahren in Schulen und Kindergärten verankern.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 129 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU steht für ein Land, in dem der Mensch die Freiheit zum Glauben hat. Deswegen treten wir dafür ein, dass unsere religiösen Symbole, wie das Kreuz, im öffentlichen Raum sichtbar sind und sichtbar bleiben. Wenn kleine Mädchen schon im Kindergarten und in der Grundschule Kopftuch tragen, dann hat dies nichts mit der Religion zu tun. Das Tragen des Kopftuchs macht aus den kleinen Kindern schon erkennbar Außenseiter, etwa auf dem Spielplatz oder auf dem Schulhof. Dies wollen wir in jedem Fall verhindern. Wir als CDU Deutschlands setzen dabei vor allen Dingen auf die Überzeugung der Eltern. Wir schließen allerdings als letztmögliche Maßnahme auch ein Verbot nicht aus.

### **Antrag Nr. C 130 - KV Berlin-Neukölln**

#### **Gemeinsam gegen kriminelle Clans – Bundesweites Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Clankriminalität**

Derzeit gibt es noch keine bundeseinheitliche Definition des Begriffs „Clankriminalität“. Eine Definition wird derzeit in einer Arbeitsgruppe auf Bundesebene erarbeitet. Gleichwohl wird nachfolgend mit dem Begriff gearbeitet.

Besonders im Fokus stehen kriminelle Strukturen im Umfeld arabischsprachiger Mhallamiye-Kurden – auch als Libanon-Kurden bezeichnet. Diese Volksgruppe kommt ursprünglich aus der südostanatolischen Provinz Mardin. Sie sind im Zuge des libanesischen Bürgerkrieges seit Mitte der 1970er Jahre nach Westeuropa gekommen. Oft kamen sie als „ungeklärte Staatsangehörige aus dem Libanon“. Abschiebungen scheitern bis heute an der fehlenden Mitwirkung des Libanons bei der Passbeschaffung. Zudem sind viele Angehörige dieser Volksgruppe mittlerweile deutsche Staatsangehörige. Das Problem ist ein deutsches Problem, das sich nicht mehr allein mit dem Aufenthaltsrecht lösen lässt. Die Versäumnisse der Vergangenheit müssen jetzt entschlossen aufgearbeitet werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 130 in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Innere Sicherheit zu überweisen.

#### **Gemeinsam gegen kriminelle Clans – Bundesweites Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Clankriminalität**

Die CDU Deutschlands toleriert keine Kriminalität auf den Straßen deutscher Städte und geht konsequent gegen jede Form von Kriminalität vor. Das Gewaltmonopol liegt ausschließlich beim Staat – und dort wird es auch bleiben. Der Schutz der Menschen in Deutschland ist die ureigene und wichtigste Aufgabe des Staates.

Die Organisierte Kriminalität arabischer

Die Erschießung des Intensivtäters und Clan-Mitglieds Nidal R. an helllichem Tage auf offener Straße in Berlin-Neukölln am Sonntag, 9. September 2018, ist ein schockierendes Ereignis und eine Eskalation unvergleichlichen Ausmaßes. Die CDU darf keine organisierte Kriminalität auf den Straßen unserer Städte akzeptieren. Das Gewaltmonopol liegt beim Staat – und dort soll es bleiben. Der Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger ist die ureigene und wichtigste Aufgabe des Staates.

Der Mord an Nidal R. gibt Einblick in eine weit verzweigte Berliner Clan-Welt, die seit Jahren ihr kriminelles Handwerk in Berlin ausübt und auf mehrere tausend Mitglieder angewachsen ist. Aber nicht nur Berlin, sondern auch Nordrhein-Westfalen und Bremen sind von der organisierten Schwermriminalität arabischer Großfamilien betroffen. Sie stellt eine erhebliche Bedrohung für die öffentliche Sicherheit dar. Wir aber wollen der organisierten Kriminalität keinen Zentimeter in unserem Land überlassen.

Der Bundesparteitag möge vor diesem Hintergrund ein Gesamtkonzept gegen Clan-Kriminalität beschließen, dass die folgenden Punkte umfasst:

1. Unter Federführung des Bundeskriminalamtes wird das Phänomen „Clan-Kriminalität“ bundesweit einheitlich definiert. Eine Sonderarbeitsgruppe in der Abteilung SO des Bundeskriminalamtes koordiniert die Zusammenarbeit aller Polizeibehörden des Bundes und der Länder. Die Arbeitsgruppe erstellt ein bundesweites Lagebild zur „Clankriminalität“ und klärt die Herkunft der Großfamilienmitglieder mit dem Ziel, verurteilte Straftäter auch bei mangelnder Mitwirkung der Herkunftsländer wirksam identifizieren und abschieben zu können.

2. Jedes Bundesland wird aufgefordert, ein landesweites Clankonzept unter Beteiligung aller relevanten Behörden zu erstellen und mit dem Bundeskriminalamt abzustimmen. Relevante Behörden sind Finanzämter, Gewerbeaufsicht, Ordnungsämter, Jugendämter, Schulen, Ausländerbehörden, Verfassungsschutz, Polizei, Staatsanwaltschaft, Sozialleistungsträger nach dem SGB II und Zoll. Die Landeskonzepte enthalten zwingend Maßnahmen zur Erhöhung des Verfolgungsdrucks auf kriminelle Großfamilien, zur Beschlagnahmung illegal erworbenen Vermögens sowie zur Prävention von Kriminalität in diesen Familien sowie zu Aussteigerprogrammen.

3. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden. Der Bundesgesetzgeber schafft die rechtlichen Bedingungen, um alle vorhandenen Daten zur sozialen und wirtschaftlichen Situation der Zielgruppen zusammenzutragen (z.B. schulische Situation der Kinder, Erfahrungen der Familien- und Jugendhilfe, ausländerrechtlicher Status, Kriminalitätsbelastung) und einen Austausch zwischen den beteiligten Behörden auf Landes- und kommunaler Ebene zu ermöglichen. Der besondere Datenschutz im Sozialgesetzbuch wird für diese Gruppen eingeschränkt, soweit Verbindungen zur organisierten Kriminalität erkennbar sind. Sozialbehörden stellen den Leistungsbezug bereits vorläufig ein, wenn Anhaltspunkte für Sozialleistungsbetrug vorliegen.

4. Die Bundesagentur für Arbeit entwickelt ein System für den automatisierten Datenabgleich zwischen den Halterdaten des Kraftfahrtbundesamtes und den Sozialdaten nach dem SGB II. Der systematische Datenabgleich durch die Sozialleistungsträger des SGB II wird im SGB verankert.

Großfamilien stellt in bestimmten Bereichen eine zunehmende Bedrohung für die öffentliche Sicherheit in Städten und Regionen dar. Dieser Kriminalität werden wir keinen Zentimeter in unserem Land überlassen.

Die CDU Deutschlands fordert daher ein bundesweites Gesamtkonzept zur Bekämpfung von Clankriminalität, das u. a. folgende Punkte berücksichtigen soll:

- bundesweites Lagebild zur „Clankriminalität“;
- schnellere Klärung der Herkunft der Großfamilienmitglieder;
- wirksamere Identifizierung und Abschiebung verurteilter Straftäter;
- Einbeziehung aller relevanten Behörden, wie etwa Finanzämter, Gewerbeaufsicht, Ordnungsämter, Jugendämter, Schulen, Ausländerbehörden, Verfassungsschutz, Polizei, Staatsanwaltschaft, Sozialleistungsträger nach dem SGB II und Zoll;
- Maßnahmen zur Erhöhung des Verfolgungsdrucks;
- Maßnahmen zur Beschlagnahmung illegal erworbenen Vermögens;
- Präventionsmaßnahmen;
- Aussteigerprogramme;
- bessere Möglichkeiten zur Datenübermittlung zwischen den Behörden;
- strafrechtliche Fragen;
- weitere Verbesserung der Möglichkeiten zur Vermögensabschöpfung;
- Möglichkeiten des Entzugs der elterlichen Sorge;
- Fortbildungen für Familienrichter.



5. Straftaten im Umfeld krimineller Großfamilien sind grundsätzlich als bandenmäßige Delikte zu definieren. Der mögliche Strafrahmen bei Diebstahl erhöht sich damit auf bis zu zehn Jahre.
6. Die von der Union auf Bundesebene geschaffene Möglichkeit zur Vermögensabschöpfung wirkt, geht aber nicht weit genug. Der Bundesgesetzgeber ermöglicht daher die vollständige Beweislastumkehr für Fälle der organisierten Kriminalität. Abgeschöpftes Vermögen wird zukünftig grundsätzlich für die Strafverfolgung (Stellenaufstockung, technische Ausstattung) oder soziale Projekte (Jugendhilfe) eingesetzt.
7. Kriminelle arabische Großfamilien nehmen ihren Erziehungsauftrag nicht im Sinne ihrer Kinder wahr. Im Gegenteil gefährdet das Aufwachsen in Strukturen der Organisierten Kriminalität das Kindeswohl. Kinder werden ihrer Chance auf ein Leben in der Mitte unserer Gesellschaft beraubt. Sozialarbeit kommt hier allerdings regelmäßig an ihre Grenzen. Der Bundesgesetzgeber schafft daher die Möglichkeit des dauerhaften Entzugs der elterlichen Sorge, soweit kriminelle Familien nicht in der Lage oder nicht willens sind, diese Gefahr von ihren Kindern abzuwenden. Familienrichter erhalten verpflichtende Fortbildungen, um das Gefährdungspotential der Familien realistisch einschätzen zu können.
8. Die Bundesregierung fördert Aussteigerprogramme für Clanmitglieder auf Landesebene. Sie sollen sich insbesondere an junge Angehörige der Großfamilien richten und Alternativen zum kriminellen Familienleben aufzeigen. Die dauerhaft legale Erwerbstätigkeit einzelner Familienmitglieder kann sich so positiv auf ein ganzes Familiensystem auswirken.

## **Antrag Nr. C 131 - KV Bodensee, KV Mannheim, KV Ravensburg, KV Reutlingen**

### **Mietrecht**

- Die CDU Deutschlands spricht sich für eine grundlegende Änderung des Mietrechts zur Stärkung der Rechte von privaten Vermietern aus. Etwaige Zweckentfremdung und Missbrauch seitens mancher Mieter ist von Beginn an entschieden entgegen zu treten.
- Die Rechtssicherheit der Vermieter in Form des einstweiligen Rechtsschutzes gegenüber sogenannten „Messis“ und „Mietnomaden“, z.B. bei einer sich in die Länge ziehenden Räumungsklage samt Vollstreckung, muss klar zugunsten der Eigentümer geregelt werden.
- Dass bei Werkwohnungen das Mietverhältnis grundsätzlich an das bestehende Arbeitsverhältnis gekoppelt werden kann.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 131 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 132 - KV Bodensee, KV Mannheim, KV Ravensburg, KV Reutlingen**

### **Betriebsrenten**

Die CDU fordert die Bundesregierung auf, die Sozialabgaben bei den Betriebsrenten und Entgeltumwandlungen um die Hälfte zu reduzieren.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 37, C 45, C 132 und C 168 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

### **Für die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge**

Die CDU Deutschlands bekennt sich zum Drei-

Säulen-Modell der Altersvorsorge und will die betriebliche Altersvorsorge weiter stärken. Deshalb ist die Problematik der vollen Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge auf Versorgungsbezüge wie z. B. auf Betriebsrenten und auf Direktversicherungen erneut zu prüfen, um für alle Beteiligten eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Eine Rückabwicklung für die Jahre seit 2004 ist aus finanziellen Gründen ausgeschlossen. Eine künftige Reduzierung des Beitragssatzes soll für die gesetzliche Krankenversicherung beitragsneutral erfolgen, beispielsweise durch erhöhte Steuerzuschüsse in die gesetzliche Krankenversicherung.

## **Antrag Nr. C 133 - KV Bodensee, KV Mannheim, KV Ravensburg, KV Reutlingen**

### **Asylrecht**

- Die CDU Deutschlands spricht sich für eine grundlegende Reform des Asylrechts im Zuge einer europarechtskonformen Grundgesetzänderung aus. Ziel einer Neukonzeption soll die Umwandlung des bisherigen Individualgrundrechts Asyl in eine institutionelle Garantie sein. Danach würde politisch Verfolgten nach Art. 16 a GG nur noch nach Maßgabe der Gesetze Asyl gewährt. Dadurch würde weiterhin demjenigen Asyl gewährt, die tatsächlich politisch verfolgt sind. Jedoch könnte der Gesetzgeber mengenmäßige und verwaltungsrechtliche Beschränkungen vornehmen. Verwaltungs- und Gerichtsverfahren könnten dadurch deutlich vereinfacht und verkürzt werden.

- Um die Rückführung ausreisepflichtiger und/oder geduldeter Personen in Abstimmung mit den Herkunftsstaaten zu beschleunigen, muss die Erwerbsmöglichkeit dieser Personengruppen eingeschränkt werden, um für Herkunftsstaaten ökonomisch attraktive Rücküberweisungen zu unterbinden. In diesem Zuge sollen auch die gemäß Asylbewerberleistungsgesetz getätigten Geldleistungen unmittelbar auf Sachleistungen umgestellt werden, sofern der Verwaltungsaufwand vertretbar ist. Geduldete Personen, die unter das von der Regierung geplante Fachkräftezuwanderungsgesetz fallen, sollen davon ausgenommen werden.

- Im Falle straffällig gewordener Asylbewerber oder geduldeter Personen und zur Vereitelung weiterer Straftaten durch diese Personengruppen, soll eine generell geschlossene Unterbringung für bereits straffällige gewordener Asylbewerber (geduldete Personen) bis zu deren Ausreise rechtlich geprüft werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 133 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 134 - KV Bodensee, KV Mannheim, KV Ravensburg, KV Reutlingen**

### **Rückführungen beschleunigen**

- Die CDU Deutschlands spricht sich für eine Beschränkung von Klagen gegen abgelehnte Asylbescheide auf eine Instanz aus. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden hierfür die rechtlichen Grundlagen zu schaffen.

- Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, dass Atteste, die die

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 22 und C 134 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

### **Rechtssicherheit im Asylverfahren**

Die CDU Deutschlands fordert den Gesetzgeber

Rückführung abgelehnter Asylbewerber verzögern, grundsätzlich nur noch von Amtsärzten ausgestellt werden dürfen.

auf, die höchstrichterliche Klärung tatsächlicher Fragen von grundsätzlicher Bedeutung in Bezug auf die Beurteilung der asyl- und abschiebungsrelevanten Lage in einem Herkunftsstaat durch das Bundesverwaltungsgericht in das Asylgesetz aufzunehmen, ohne dass dies zu einer Verlängerung der Verfahren führt.

## **Antrag Nr. C 135 - KV Bodensee, KV Mannheim, KV Ravensburg, KV Reutlingen**

### **Regelausweisung wieder einführen**

Die CDU Deutschlands spricht sich für die Wiedereinführung der Regelausweisung straffällig gewordener Asylbewerber aus.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 135 abzulehnen.

## **Antrag Nr. C 136 - KV Bodensee, KV Mannheim, KV Ravensburg, KV Reutlingen**

### **Mobilfunk**

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass die Anbieter bei der anstehenden Ausschreibung der 5G-Lizenzen dazu verpflichtet werden, für eine flächendeckende 5G-Netzabdeckung (100%) zu sorgen. Bis diese flächendeckend realisiert ist, soll als Überbrückung das sogenannte Inlands-Roaming wieder verpflichtend zur Verfügung stehen. Um dies für die Anbieter auch wirtschaftlich zu gestalten, sollen die Erlöse für den Bund ggf. geringer ausfallen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 38, C 110, C 136, C 147, C 148, C 155 und C 163 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

### **Flächendeckender 5G-Ausbau**

Der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland gilt als die Grundvoraussetzung für Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit. Gleichsam stellt er die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger sicher. Die CDU setzt sich deshalb für die Mobilfunkversorgung mit 5G auch in ländlichen Regionen unter Nutzung von lokalem Roaming ein. Denn innovative, zukunftsfähige Mobilitätsangebote werden gerade für Menschen in ländlichen Regionen nur möglich sein, wenn eine Versorgung mit der neuesten Mobilfunktechnologie (5G) an Bundesfernstraßen und in zeitlicher Perspektive abgestuft auch im nachgeordneten Straßennetz und an allen Bahnstrecken sichergestellt ist.

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur nach neuesten Technologien darf deshalb nicht auf Metropolen oder Ballungsgebiete beschränkt werden, da ansonsten u. a. in den Bereichen der medizinischen Versorgung, die Wissenschaft und die Wirtschaft in ländlichen Regionen erhebliche Nachteile entstehen würden. Damit einhergehen muss ein umfassender und zügiger Glasfaserausbau.

## Antrag Nr. C 137 - KV Böblingen, KV Rastatt, KV St. Wendel, KV Steglitz-Zehlendorf

### Datenschutzgrundverordnung entbürokratisieren

Die CDU Deutschlands wird in ihr Wahlprogramm zur Europawahl 2019 fordern, dass die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) entbürokratisiert werden soll. Die DSGVO bringt den Unternehmen und Bürgern große Vorteile, weil sie nun einen grundsätzlichen richtigen einheitlichen Datenschutz in Europa gewährleistet. Gegen den Widerstand der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament sind allerdings übertriebene Dokumentationspflichten und bürokratische Einzelregelungen enthalten. Außerdem legen die Datenschutzbeauftragten der Länder Vorschriften sehr unterschiedlich aus. Deshalb ist eine Überarbeitung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) vorzunehmen.

Zudem sind die vom Deutschen Bundestag beschlossene Einschränkungen gegen die sog. „Abmahnindustrie“ sind zügig umzusetzen.

Für die Entbürokratisierung der DSGVO sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Ehrenamtliche Tätigkeiten, die keinen kommerziellen Zweck verfolgen, wie das Engagement in Vereinen und wohltätigen Organisationen, müssen von vielen Regelungen der DSGVO ausgenommen werden.
- Die Dokumentationspflichten von kleinen Unternehmen sollen drastisch reduziert werden, so weit das Sammeln oder Handeln mit Daten nicht Unternehmenszweck ist.
- Freiwillig gegebene Daten (z.B. über Visitenkarten) dürfen auch ohne eine vorherige Belehrung elektronisch und per Brief genutzt werden, soweit auf die Möglichkeit, weitere Kommunikation jederzeit abbestellen zu können, stets hingewiesen wird.
- Die Anwendung der DSGVO in Deutschland soll durch konkrete Auslegung einheitlich erfolgen, in dem sich alle auf die Auskunft eines Landesdatenschutzbeauftragten verlassen können, auch wenn sie in einem anderen Land wohnen oder arbeiten.
- Der in Art. 68 DSGVO definierte Europäische Datenschutzausschuss, dem u.a. die nationalen Datenschutzbeauftragten angehören und der eine einheitliche Anwendung der Richtlinie in der EU sicherstellen soll, sollte durch einen sogenannten „Innovationsausschuss“ ergänzt werden. Dieser Ausschuss ist mit Vertretern aus Wirtschaft, Verbänden sowie Gesellschaft zu besetzen und muss vor allem die innovationsfreundliche Anwendung der Verordnung beurteilen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 50, C 83, C 115 und C 137 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

### Neustart für den europäischen Datenschutz

Die CDU Deutschlands bekennt sich zu einem hohen und europaweit einheitlichen Datenschutzstandard, um die Persönlichkeitsrechte der Menschen zu wahren und Rechtssicherheit in ganz Europa zu gewährleisten. Die CDU wendet sich aber gegen unpraktikable Lösungen und nationale Sonderwege, die ehrenamtliches Engagement unverhältnismäßig erschweren und insbesondere deutsche Mittelständler stärker belasten als Unternehmen in anderen EU-Ländern. Deshalb wird sich die CDU auf Bundes- und EU-Ebene dafür einsetzen, dass die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zum Schutz von Unternehmen, Selbstständigen, Freiberuflern und Ehrenamtlichen entbürokratisiert wird.

Mehr Souveränität für Internetnutzer statt sinnloser Warnhinweise – das soll die Maxime dabei sein. Hierzu sind neue Mechanismen erforderlich. In diesem Prozess muss das Datenschutzrecht deutlich verschlankt werden. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen, für Startups und für Vereine sind die Regelungen viel zu kompliziert und eine große Bürde. Gegen den Widerstand der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament wurden übertriebene Dokumentationspflichten und bürokratische Einzelregelungen verabschiedet.

Daher schlagen wir ein konkretes Maßnahmenpaket zur Entbürokratisierung vor:

- Ehrenamtliche Tätigkeiten, die keinen kommerziellen Zweck verfolgen, wie das Engagement in Vereinen und wohltätigen Organisationen, müssen von vielen Regelungen der DSGVO ausgenommen werden.
- Die Dokumentationspflichten von kleinen Unternehmen sollen drastisch reduziert werden, soweit das Sammeln oder Handeln mit Daten nicht Unternehmenszweck ist. Bestimmte Anforderungen sollen erst ab Schwellenwerten verpflichtend vorgesehen werden und die Maximalhöhen für Sanktionen sollen für kleine und mittelständische Unternehmen und

Organisationen mit überwiegend ehrenamtlich Aktiven deutlich reduziert werden.

- Leichte erstmalige Verstöße ohne Vorsatz sollen grundsätzlich zunächst unentgeltlich verwarnt werden.
- Die Vorschriften müssen auch für Startups umsetzbar gemacht werden. Europäische Digitalunternehmen dürfen keinen Wettbewerbsnachteil gegenüber ihren großen Konkurrenten aus Übersee haben.
- Daher müssen auch über die DSGVO hinausgehende zusätzliche Auflagen für Unternehmen in Deutschland abgeschafft werden. Dazu gehören unter anderem die im Bundesdatenschutzgesetz erweiterten Fälle zur verpflichtenden Bestellung eines Datenschutzbeauftragten.
- Freiwillig gegebene Daten (z. B. über Visitenkarten) dürfen auch ohne eine vorherige Belehrung elektronisch und per Brief genutzt werden, soweit auf die Möglichkeit, weitere Kommunikation jederzeit abbestellen zu können, stets hingewiesen wird.
- Die Anwendung der DSGVO in Deutschland soll durch konkrete Auslegung einheitlich erfolgen, indem sich alle auf die Auskunft eines Landesdatenschutzbeauftragten verlassen können, auch wenn sie in einem anderen Land wohnen oder arbeiten.
- Die deutsche Besonderheit der Konkurrenten-Abmahnung, die mit angeblichen Datenschutzverstößen begründet wird, ist gesetzlich eindeutig für unzulässig zu erklären, da der Sanktionsmechanismus der DSGVO mit den von den Datenschutzbehörden zu verhängenden Bußgeldern ausreichend Schutz bietet.
- Der in Art. 68 DSGVO definierte Europäische Datenschutzausschuss, dem u. a. die nationalen Datenschützer angehören und der eine einheitliche Anwendung der Richtlinie in der EU sicherstellen soll, sollte durch einen sogenannten "Innovationsausschuss" ergänzt werden. Dieser Ausschuss ist mit Vertretern aus Wirtschaft, Verbänden sowie Gesellschaft zu besetzen und muss vor allem die innovationsfreundliche Anwendung der Verordnung beurteilen.

## Antrag Nr. C 138 - KV Bonn

### Ausbau der militärischen Kooperationen der EU zu einer Sicherheits- und Verteidigungsunion (EUSVU)

Der CDU Bundesparteitag möge die Bundesregierung auffordern, den weiteren Aufbau einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft energischer weiterzuentwickeln. Neben den mehrheitlich einzelstaatlichen Abkommen brauchen wir eine gesamteuropäische Lösung – eine EU als Sicherheits- und

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 138 anzunehmen.

Verteidigungsunion.

## **Antrag Nr. C 139 - KV Bonn**

### **Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht prüfen**

Der CDU Bundesparteitag möge die Bundesregierung auffordern, die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht zu prüfen und ggf. ein Konzept zu ihrer Umsetzung voranzutreiben.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 8, C 14, C 43, C 47, C 79, C 85, C 116, C 124, C 139, C 159, C 190, C 196 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 8 anzunehmen.

## **Antrag Nr. C 140 - KV Bonn**

### **Keine Sozialleistungen ohne Identitätsnachweis**

Der CDU Bundesparteitag möge die Bundesregierung auffordern, die Sozialgesetzgebung dahingehend zu ändern, dass zukünftig Leistungen des Staates nur noch mit Identitäts-, Alters- und Herkunftsnachweis gezahlt werden. Sofern sich jemand nicht ausweisen kann, sollte er gesetzlich zu einer aktiven Mitwirkung verpflichtet sein und bis zur Feststellung der Identität und der Herkunft in der Regel Sachleistungen erhalten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 140 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 141 - KV Bonn**

### **Opfer schützen! Strafrechtsrahmen konsequent ausschöpfen! Strafrecht verschärfen!**

Der CDU Bundesparteitag möge die Bundesregierung auffordern, das Strafrecht unter den nachfolgenden Prämissen zu ändern:

1. Der §112a der Strafprozessordnung (StPO) wird dahingehend geändert, dass der Katalog der Straftaten erweitert wird.

2. Darüber hinaus sollten die Voraussetzungen für eine Strafaussetzung zur Bewährung gemäß §56 Absatz 1 und 2 StGB gesetzlich dahingehend verschärft werden, dass eine positive Prognose restriktiver bescheinigt und an dezidierte Anforderungen geknüpft ist. Vor allem im Bereich sexueller Gewalt sollten positive Prognoseentscheidungen die absolute Ausnahme darstellen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 141 an den BACDJ zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 142 - KV Bonn**

### **Defizite bei Ausweisungen und Abschiebungen beseitigen**

Wir fordern die Bundesregierung auf, auf alle Landesregierungen einzuwirken, die bestehenden Defizite bei der Durchsetzung von Ausweisungen und Abschiebungen von Personen ohne Bleiberecht in einer koordinierten Weise zu beseitigen und ausreichend Plätze für Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam vorzuhalten oder aufzubauen.

Wir fordern die schnellere und konsequentere Aushandlung von

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 69 und C 142 gemeinsam zu behandeln, in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den Bundesfachausschuss Innere Sicherheit sowie den BACDJ zu überweisen.

**Vollzug des Rechtsstaates und gesellschaftliche Teilhabe stärken:**

funktionierenden Rückführungsabkommen.

### **Abschiebehindernisse beseitigen, Integration durch Arbeit beschleunigen**

Ziel der CDU Deutschlands ist es weiterhin, die Zuwanderung nach Deutschland besser zu ordnen, zu steuern und zu verringern. Auf dem Weg dorthin sind wir weit vorangeschritten: Die Zahl der zu uns kommenden Migranten ist massiv zurückgegangen.

Die Fragen von Migration und Integration werden uns weiterhin dauerhaft beschäftigen. Dabei ist klar: Die Integration derer, die eine Bleibeperspektive haben, kann nur mit breiter gesellschaftlicher Akzeptanz gelingen. Doch diese Akzeptanz beginnt dort zu bröckeln, wo der Vollzug des Rechtsstaates gehindert ist.

In vielen Fällen gelingt es nicht, ausreisepflichtige Personen zurückzuführen. Andererseits stockt die Integration, wenn die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe durch Arbeit nicht gegeben ist. Wir wollen deshalb den Vollzug des Rechtsstaates und die gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit stärken. Dazu ist es notwendig, Abschiebehindernisse zu beseitigen, und Integration durch Arbeit zu beschleunigen.

Die Zahl der abgeschobenen oder freiwillig zurückkehrenden Asylbewerber muss noch wesentlich gesteigert werden, damit künftige Asylbewerber aus diesen Ländern von der Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens überzeugt werden. Gerade die Bundesländer mit rot-grünen Koalitionen sollten sich an den CDU-Landesinnenministern ein Beispiel nehmen. Sie sind gefordert, noch mehr Anstrengungen zu unternehmen, nach der Ablehnung eines Asylantrags und bei Vollziehbarkeit der Aufenthaltsbeendigung ihrer Verpflichtung zur Aufenthaltsbeendigung nachzukommen. Die Bundesregierung sollte prüfen, welche Maßnahmen geeignet sind, die Länder dabei zu größeren Anstrengungen zu veranlassen und die Rahmenbedingungen für Abschiebungen weiterhin zu erleichtern.

Wer das Gastrecht Deutschlands ausnutzt, um Straftaten zu begehen, muss mit einer konsequenten Ausweisung rechnen. Es bedarf einer prioritären und vernetzten Bearbeitung, um den Vollzug von Aufenthaltsbeendigungen schnell zu erreichen. Ausländer, die Mehrfach- und Intensivstrafäter sind oder besonders auffällig bewusst und gewollt gegen Regeln des geordneten Zusammenlebens verstoßen und sich somit auch als dauerhaft nicht integrierbar

erweisen, müssen schnell angeklagt und Strafen – sowie auch Ausweisungen – schnell vollzogen werden.

In diesem Sinne wird die CDU/CSU-Bundstagsfraktion aufgefordert, weitere notwendige Schritte zu unternehmen, um bestehende Abschiebehindernisse zu beseitigen. Dabei gilt es, u. a. folgende Punkte in den Blick zu nehmen:

- Ausweisung weiterer sicherer Herkunftsstaaten;
- Vereinbarungen weiterer Rückübernahmeübereinkommen;
- Erhöhung des Drucks auf Staaten, die sich weigern, ihre Staatsbürger zurückzunehmen;
- Erweiterung der Abschiebehaftgründe, Vereinfachung des Abschiebungshaftrechtes;
- Kurzzeitgewahrsam unmittelbar vor der Abschiebung;
- bundesweiter deutlicher Ausbau von Abschiebehaftplätzen;
- weitergehende Sanktionen bei Identitätsbetrug;
- Verkürzung der Widerspruchsverfahren und der gerichtlichen Verfahren gegen ablehnende Asylbescheide;
- Ausgestaltung des „verlässlichen Status“ (Eckpunkte zur Fachkräfteeinwanderung) für geduldete Personen, die bereits im Erwerbsleben stehen.

## Antrag Nr. C 143 - KV Bonn

### Flexibilisierung des Renteneintrittsalters

Die CDU Deutschlands setzt sich zukünftig für eine größere Flexibilisierung des Renteneintrittsalters ein, mit folgenden Prämissen:

1. Es ist zu prüfen, inwieweit eine Regelarbeitszeitgrenze rechtlich notwendig und geboten ist.
2. Das tatsächliche Renten-/Pensionseintrittsalter sollte sich zukünftig an der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer und den Bedürfnissen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer orientieren.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 143 in folgender Fassung anzunehmen:

### Flexibilisierung des Renteneintrittsalters

Die CDU Deutschlands setzt sich auch weiterhin für eine größere Flexibilisierung des Renteneintritts ein, mit folgenden Prämissen:

1. Es ist zu prüfen, inwieweit eine Regelaltersgrenze heute noch rechtlich notwendig und geboten ist.



2. Das tatsächliche Renten-/Pensionseintrittsalter sollte sich stärker an der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer und den Bedürfnissen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer orientieren.

## Antrag Nr. C 144 - KV Bonn

### Sicherung der EU-Außengrenzen sowie der Binnengrenzen

Wir fordern, dass Deutschland parallel zum Aufbau des EU-Außengrenzschutzes jederzeit die Handlungsfähigkeit zum nationalen Grenzschutz aufrechterhält. Wir fordern, ggfs. anlassbezogen und temporär nicht nur an der deutsch-österreichischen Grenze, sondern an allen Grenzübergängen zu kontrollieren.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 144 in folgender Fassung anzunehmen:

Europa muss seine Außengrenzen wirksam gegen illegale Migration schützen, die Grenzschutzagentur Frontex stärken und das Europäische Asylsystem vollenden. Bis der Schutz der EU-Außengrenzen funktioniert, halten wir an Binnengrenzkontrollen fest.

## Antrag Nr. C 145 - KV Bonn

### Asylverfahren verbessern

Wir fordern die Zusammenführung der Kompetenzen von Bund, Ländern und Kommunen zur Regelung der Migration unter einem Dach. In diesen Einrichtungen sollten alle am Asylverfahren beteiligten Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, d.h. insbesondere BAMF, BA, Aufnahmeeinrichtungen der Länder, Ausländerbehörden und Jugendämter untergebracht sein und prozessdurchdacht zusammenarbeiten. Idealerweise sollte auch das jeweils zuständige Verwaltungsgericht vor Ort sein. Auch die aufenthaltsrechtlichen Fragen, ob es nach einer Ablehnung zur Abschiebung oder Duldung kommt, sollte vom BAMF beschlossen werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 145 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen (BACDJ) zu überweisen.

Wir fordern die schnelle Einrichtung einer leistungsfähigen und homogenen IT-Systemlandschaft an allen Stellen des Asylverfahrens.

Zusätzlich fordern wir intensivere und umfangreichere Schulungen der Entscheider in den BAMF-Stellen sowie die Erstellung einheitlicher Handlungsleitfäden für alle Verfahrensschritte um die Asylbescheide rechtssicherer zu machen.

Wir fordern eine valide statistische Erhebung der staatlichen Leistungen in den verschiedenen Phasen des Asylprozesses.

Wir fordern eine größere Effizienz von Asylklagen, u.a. durch eine größere Standardisierung bei den Verwaltungsgerichten, um die Verfolgungssituation in den Herkunftsländern beurteilen zu können. Dazu erhält der Bundesinnenminister in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt die Kompetenz zu einer Bewertung der Sicherheitslage oder der medizinischen Versorgungslage in den verschiedenen Staaten.

## Antrag Nr. C 146 - KV Coesfeld

### Klare Erwartungen und Forderungen an Integration

Eine Bleibeperspektive in Deutschland wird neben der Schutzbedürftigkeit auch an bestimmte Erwartungen und Integrationswillen geknüpft. Den im Ausländer- und Asylrecht enthaltenen „unbestimmten Rechtsbegriffen“ wie z.B.

„Gefahr für die Allgemeinheit“ oder „Gefahr für die Sicherheit“

werden konkrete Fallbeispiele und Tatbestände hinzugefügt, die zwingend und unwiderruflich zur Beendigung von Asylverfahren, Aufenthaltsgenehmigungen und Duldungsverfügungen führen müssen.

Beispielsweise zu nennen sind:

- Besitz und Führen illegaler Waffen und verbotener Gegenstände (Messer),
- der Besitz von und Handel mit Drogen in erheblicher Menge sowie
- Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 bis 184j StGB).

## Antrag Nr. C 147 - KV Coesfeld

### Einführung einer flächendeckenden Versorgung des neuen Mobilfunkstandard 5G

Die CDU fordert über entsprechende Initiativen eine hinreichende, leistungsstarke und flächendeckende Versorgung Deutschlands mit dem neuen 5G-Standard und eine entsprechende Verpflichtung der Mobilfunkunternehmen. Den Anforderungen der Kommunen, Kreise und Länder ist dabei zu entsprechen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 146 an den BACDJ zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 38, C 110, C 136, C 147, C 148, C 155 und C 163 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

### Flächendeckender 5G-Ausbau

Der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland gilt als die Grundvoraussetzung für Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit. Gleichsam stellt er die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger sicher. Die CDU setzt sich deshalb für die Mobilfunkversorgung mit 5G auch in ländlichen Regionen unter Nutzung von lokalem Roaming ein. Denn innovative, zukunftsfähige Mobilitätsangebote werden gerade für Menschen in ländlichen Regionen nur möglich sein, wenn eine Versorgung mit der neuesten Mobilfunktechnologie (5G) an Bundesfernstraßen und in zeitlicher Perspektive abgestuft auch im nachgeordneten Straßennetz und an allen Bahnstrecken sichergestellt ist.

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur nach neuesten Technologien darf deshalb nicht auf Metropolen oder Ballungsgebiete beschränkt werden, da ansonsten u. a. in den Bereichen der medizinischen Versorgung, die Wissenschaft und die Wirtschaft in ländlichen Regionen erhebliche Nachteile entstehen würden. Damit einhergehen

muss ein umfassender und zügiger  
Glasfaserausbau.

## Antrag Nr. C 148 - KV Diepholz

### 5G-Mobilfunkversorgung: Für Wettbewerbsfähigkeit und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

Eine flächendeckende und leistungsfähige Versorgung mit Breitband und Mobilfunk wird heute in Deutschland als Daseinsvorsorge wie Wasser und Strom erwartet. Künftig wird für die Anforderungen durch das autonome Fahren, Industrie 4.0, die smarte Landwirtschaft oder die Telemedizin eine flächendeckende digitale Infrastruktur mit geringen Verzögerungszeiten (gemeint ist Latenzzeiten) wichtiger denn je.

Der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland gilt als die Grundvoraussetzung für Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Gleichsam stellt sie die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und die Teilhabe unserer Bürgerinnen und Bürger sicher.

Demgegenüber äußern die Wirtschaft und Kommunen begründete Bedenken, ob die künftigen 5G-Frequenzvergabe-Bedingungen die notwendigen Anforderungen an eine flächendeckende digitale Infrastruktur im Mobilfunk erfüllen können. Unternehmen, vor allem unser Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaft, Kommunen und der ländliche Raum befürchten, dass erhebliche Einbußen bei der Wirtschaftskraft und der Lebensqualität.

Aus diesem Grund fordern wir einen gleichwertigen 5G-Mobilfunkausbau urbaner und ländlicher Regionen in Deutschland. Eine flächendeckende Infrastruktur für die digitale Zukunft unseres Landes muss sichergestellt und die Benachteiligung der Wirtschaft und Kommunen abgewendet werden.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 38, C 110, C 136, C 147, C 148, C 155 und C 163 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

### Flächendeckender 5G-Ausbau

Der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland gilt als die Grundvoraussetzung für Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit. Gleichsam stellt er die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger sicher. Die CDU setzt sich deshalb für die Mobilfunkversorgung mit 5G auch in ländlichen Regionen unter Nutzung von lokalem Roaming ein. Denn innovative, zukunftsfähige Mobilitätsangebote werden gerade für Menschen in ländlichen Regionen nur möglich sein, wenn eine Versorgung mit der neuesten Mobilfunktechnologie (5G) an Bundesfernstraßen und in zeitlicher Perspektive abgestuft auch im nachgeordneten Straßennetz und an allen Bahnstrecken sichergestellt ist.

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur nach neuesten Technologien darf deshalb nicht auf Metropolen oder Ballungsgebiete beschränkt werden, da ansonsten u. a. in den Bereichen der medizinischen Versorgung, die Wissenschaft und die Wirtschaft in ländlichen Regionen erhebliche Nachteile entstehen würden. Damit einhergehen muss ein umfassender und zügiger Glasfaserausbau.

## Antrag Nr. C 149 - KV Diepholz

### Diesel ist unverzichtbar, Fahrverbote verhindern

Die Diesellaffäre belastet die Glaubwürdigkeit des deutschen Automobilstandortes, vor allem in Niedersachsen. Wir sind weit entfernt von einer versachlichten Debatte in Politik und Gesellschaft.

Die Musterfeststellungsklage ist das richtige Signal an die verprellten Dieselfahrer, um gegenüber der Automobilindustrie zu ihrem Recht zu kommen. Wir fordern eine Verpflichtung der Automobilhersteller zur Hardware-Nachrüstung (SCR-Kats mit Adblue-Tank) für Diesel-Autos, die die gesetzlichen Grenzwerte für die Schadstoffbelastung der Luft nicht einhalten. Es muss danach eine weitere Prüfung der Fahrzeuge geben. Den Käufern von

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 84, C 149 und C 175 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, dass der Wertverlust oder die Mobilitätseinschränkung der betroffenen Käufer von Dieselfahrzeugen in Städten mit hoher Stickoxidbelastung ausgeglichen wird und es eine Verpflichtung der Automobilindustrie zur Hardware-Nachrüstung für Dieselfahrzeuge gibt, welche die gesetzlichen Grenzwerte für Stickoxid-

Dieselfahrzeugen muss der entstandene Schaden ausgeglichen werden.

Die Reform des Bundesimmissionsschutzgesetzes muss zügig umgesetzt werden, damit Fahrzeuge der Euro-4- und -5-Einordnung mit der Unterschreitung des Grenzwertes von 270 mg Stickoxidbelastung gegen Fahrverbote geschützt sind. Hintergrund ist, dass weitere Gerichtsurteile zu Dieselfahrverboten kommen werden.

### **Antrag Nr. C 150 - KV Düren-Jülich**

1. Die CDU Deutschlands bekennt sich zum energiepolitischen Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit.

2. Vor einem endgültigen Ausstieg aus der Kohleverstromung muss konkret und verlässlich geklärt sein, wie der Strukturwandel in den Braunkohlerevieren sozialverträglich gestaltet werden kann.

3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Strukturwandel durch die langfristige Bereitstellung erheblicher Finanzmittel zu unterstützen und die bisherigen strukturpolitischen Instrumente zugunsten der Braunkohlereviere anzupassen.

Emissionen nicht einhalten, soweit dies technisch realisierbar ist. Fahrverbote müssen vermieden werden und die Verhältnismäßigkeit gilt es zu achten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 150 in folgender Fassung anzunehmen:

1. Die CDU Deutschlands bekennt sich zum energiepolitischen Zieldreieck aus Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit.

2. Für einen endgültigen Ausstieg aus der Kohleverstromung muss konkret und verlässlich geklärt sein, wie der Strukturwandel in den Braunkohlerevieren sozialverträglich gestaltet werden soll.

3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Strukturwandel langfristig und wirksam finanziell zu unterstützen und die bisherigen strukturpolitischen Instrumente zugunsten der Braunkohlereviere anzupassen.

### **Antrag Nr. C 151 - KV Düsseldorf**

#### **Verlängerung der Legislaturperiode des Deutschen Bundestages auf 5 Jahre**

Die CDU Düsseldorf fordert den Bundesparteitag der CDU Deutschlands auf darauf hinzuwirken, die Legislaturperiode des Deutschen Bundestages von vier auf fünf Jahre zu verlängern.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 75 und C 151 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 75 anzunehmen.

### **Antrag Nr. C 152 - KV Düsseldorf**

#### **Vermeidung von Doppelmandaten**

Die CDU Düsseldorf fordert den Bundesparteitag der CDU Deutschlands auf zu beschließen, die Ausübung von Doppelmandaten bei Berufspolitikern nur in Ausnahmefällen bzw. für eine kurze Übergangszeit zu genehmigen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 152 in folgender Fassung anzunehmen:

Viele Parteimitglieder streben ein Mandat an, um aktiv die Rahmenbedingungen unseres Zusammenlebens mitgestalten zu können. Die Verantwortung für unser Land sollte dabei auf möglichst viele Schultern verteilt werden. Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, Doppelmandate – im Deutschen Bundestag und in einem Landesparlament – zu vermeiden.

## Antrag Nr. C 153 - KV Frankfurt/Main

### CDU Deutschlands hält Wort - Absenkung der Gewerbesteuerumlage

Als wichtiger Schritt zur Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit der ostdeutschen Gebietskörperschaften wurde im Rahmen der Wiedervereinigung mit dem Fonds Deutsche Einheit 1990 ein wichtiges Solidarsystem geschaffen, zu dessen Finanzierung die westdeutschen Länder und Kommunen in den zurückliegenden Jahren im Rahmen der Solidarpaktregelungen in erheblichem Umfang beigetragen haben.

Zur Finanzierung des kommunalen Anteils wurde dabei die Gewerbesteuerumlage erhöht.

Die CDU Deutschlands hat stets betont, dass mit Auslaufen des Fonds Deutsche Einheit Ende 2019 auch die erhöhte Gewerbesteuerumlage entsprechend § 6 Gemeindefinanzreformgesetz wieder abgesenkt wird und somit die bisher aufgebrauchten Mittel wieder jenen Kommunen zur Verfügung stehen, die einen beträchtlichen Anteil an den wichtigen und notwendigen Solidarleistungen übernommen haben.

Die CDU Deutschlands hält Wort und bekräftigt, dass sie eine Fortführung der erhöhten Gewerbesteuerumlage oder eine etwaige Anrechnung über 2019 hinaus auch auf der Ebene der Länder ablehnt und die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat auffordert, keinerlei Initiativen zu ergreifen, um die Gewerbesteuerumlage nach § 6 Gemeindefinanzreformgesetz über das Jahr 2019 hinaus zu verlängern oder landesbezogene Nachfolgeregelungen zu treffen.

## Antrag Nr. C 154 - KV Frankfurt/Main

### Antisemitische BDS-Bewegung in Deutschland verbieten

Seit über zehn Jahren versucht die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanctions), den Staat Israel international zu isolieren und ruft in vielen Ländern zunehmend zu Boykottmaßnahmen auf. Es geht im Kern der BDS-Bewegung um die Delegitimierung des Staates Israel, zu deren Zweck Boykott und Diffamierung als Mittel eingesetzt werden. Die BDS-Bewegung nutzt mit ihren Botschaften die gleiche Sprache, die einst Nationalsozialisten gebrauchten, um auszudrücken: ‚Kauft nicht bei Juden!‘. Die BDS-Kampagne wählt mit ihrer tief in das Fundament der Legitimation des jüdischen Staates reichenden Kritik an Israel den Umweg über den Antizionismus, um beim Antisemitismus anzukommen. Die BDS-Bewegung ist damit eine zutiefst antisemitische Bewegung.

Schon auf ihrem Bundesparteitag 2016 hat die CDU Deutschlands als erste Partei in der Bundesrepublik die weltweit agitierende BDS-Bewegung klar als antisemitisch eingestuft und den Beschluss gefasst, jeglichen Aktivitäten dieser Gruppierung entschieden entgegen zu treten. Der Deutsche Bundestag hat mit seinem Beschluss gegen Antisemitismus vom 17. Januar 2018 (Drucksache 19/144) ebenso ein entschiedenes Vorgehen der Bundesregierung gegen die BDS-Bewegung gefordert.

Von selbsternannter ‚Kaufhauspolizei‘, die israelische Waren in Geschäften

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 39, C 57 und C 153 gemeinsam zu behandeln und zum Zeitpunkt des Parteitags als voraussichtlich erledigt zu betrachten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 154 in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Es gibt einen besorgniserregenden Antisemitismus, der jüdisches Leben in unserem Land bedroht. Die CDU ist der festen Überzeugung, dass jeder Demokrat gefordert ist, die Grundwerte des Grundgesetzes zu verteidigen. Der Staat muss entschlossen und konsequent gegen Verunglimpfung, Ausgrenzung, Antisemitismus, Rassismus und Radikalismus vorgehen. Ebenso muss der Staat konsequent handeln, wenn Hass auf Juden und auf Israel, verbal und nonverbal, von in unserem Lande lebenden Menschen ausgeht.

Seit über einem Jahrzehnt versucht die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanctions), den Staat Israel international zu isolieren und ruft zu Boykottmaßnahmen auf. Der Deutsche Bundestag hat mit seinem Beschluss gegen Antisemitismus vom 17. Januar 2018 (Drucksache

brandmarkt und damit auch Händler einschüchtert, über die Einschüchterung von Künstlern, die in Israel auftreten möchten oder von Wissenschaftlern, die mit israelischen Hochschulen kooperieren wollen, bis hin zur Störung von Veranstaltungen wie zuletzt bei einem Kulturfestival in Berlin reicht weltweit ein Ausschnitt verschiedenster BDS-Aktivitäten. Dies alles sind keine Beiträge zur freien Meinungsäußerung, sondern unfriedliche und aggressive Aktivitäten, mit denen Menschen unter Druck gesetzt werden, die sich die BDS-Bewegung als Zielscheibe aussucht. Aus der selbst erklärten Menschenrechtsbewegung ist eine Maschinerie der Einschüchterung geworden, eine neue Form des Terrors gegenüber Israel. In zahlreichen Aussagen wird klar, dass BDS das Ende des Staates Israel zum Ziel hat.

Wer den Kampf gegen den wachsenden Antisemitismus ernst meint, der muss auch gegen jene Gruppierungen vorgehen, die mit blindem Israelhass das gesellschaftliche Klima gegenüber jüdischem Leben vergiften.

Vor diesem Hintergrund fordert die CDU Deutschlands die Bundesregierung auf, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen die antisemitische BDS-Bewegung vorzugehen und ein Vereinsverbot zu prüfen und bei Vorliegen entsprechender Grundlagen auch umzusetzen.

## Antrag Nr. C 155 - KV Frankfurt/Main

### Ausbau des Mobilfunknetzes muss alle Flächen Deutschlands erreichen

Mit Blick auf die im kommenden Jahr beabsichtigte Versteigerung der Lizenzen für den neuen Mobilfunkstandard 5G fordert die CDU Deutschlands, dass das bisher vorgesehene Verfahren überarbeitet und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger neu aufgesetzt wird.

Bei der anstehenden Versteigerung darf es nicht um den größtmöglichen Erlös bei der Versteigerung der Lizenzen gehen, sondern um eine größtmögliche Abdeckung der Fläche, wenn der nächste Mobilfunkstandard an den Start geht. Man hat in der Vergangenheit den Fehler gemacht, dass man zu viel Geld erlösen wollte und Deutschland daher im flächendeckenden Ausbau des Mobilfunks heute hinterher hinkt. Wir sind eine Industrienation und ein führender Technologiestandort mit einem nur drittklassig ausgebauten Mobilnetz und sind ganz offensichtlich dabei, diesen Zustand auch beim neuen 5G Standard noch zu verlängern.

Es muss sichergestellt werden, dass ausreichend Mobilfunkanlagen installiert werden, um tatsächlich erstmals eine flächendeckende Versorgung von den Großstädten über die Mittelzentren bis hinein in den ländlichen Raum zu gewährleisten.

Eine leistungsfähige Datenübertragung entscheidet heute über das wirtschaftliche Wohl und Weh ganzer Regionen. Deshalb müssen die Ziele der Versteigerung im kommenden Jahr ganz klar auf den flächendeckenden Netzausbau ausgerichtet werden, auch wenn dies am Ende zu deutlich geringeren Lizenzernlösen führt. Der volkswirtschaftliche Nutzen eines leistungsfähigen Mobilfunknetzes ist größer als jeder Versteigerungserlös, und ebenso wäre der volkswirtschaftliche Schaden einer technologisch unambitionierten Versteigerung größer als jeder kurzfristig zu erzielende Versteigerungserlös. Wir brauchen schnelle und leistungsfähige Datenverbindungen überall in unserem Land.

19/444) den Aufruf zum Boykott israelischer Geschäfte und Waren sowie die Aufbringung von „Don't Buy“-Schildern auf Waren aus Israel aufs Schärfste verurteilt.

Wir fordern die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, zu prüfen, mit welchen politischen und rechtlichen Mitteln der BDS-Bewegung und ihren Aktivitäten wirksam begegnet werden kann.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 38, C 110, C 136, C 147, C 148, C 155 und C 163 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

### Flächendeckender 5G-Ausbau

Der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland gilt als die Grundvoraussetzung für Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit. Gleichsam stellt er die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger sicher. Die CDU setzt sich deshalb für die Mobilfunkversorgung mit 5G auch in ländlichen Regionen unter Nutzung von lokalem Roaming ein. Denn innovative, zukunftsfähige Mobilitätsangebote werden gerade für Menschen in ländlichen Regionen nur möglich sein, wenn eine Versorgung mit der neuesten Mobilfunktechnologie (5G) an Bundesfernstraßen und in zeitlicher Perspektive abgestuft auch im nachgeordneten Straßennetz und an allen Bahnstrecken sichergestellt ist.

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur nach neuesten Technologien darf deshalb nicht auf Metropolen oder Ballungsgebiete beschränkt werden, da ansonsten u. a. in den Bereichen der medizinischen Versorgung, die Wissenschaft und die Wirtschaft in ländlichen Regionen erhebliche Nachteile entstehen würden. Damit einhergehen muss ein umfassender und zügiger

Glasfaserausbau.

## Antrag Nr. C 156 - KV Frankfurt/Main

### Finanzhilfen an die Palästinensische Autonomiebehörde einfrieren

Seit Jahren schon zahlt die Palästinensische Autonomiebehörde finanzielle Unterstützungen an Familien palästinensischer Terroristen, die je nach Höhe einer möglichen Haftstrafe zwischen 300 und über 3000 Dollar monatlich betragen. Auch wenn Terroristen bei Anschlägen auf Israelis ums Leben kommen, erfolgen entsprechende Rentenzahlungen. Damit unterstützt die Palästinensische Autonomiebehörde willentlich und wissentlich den Terror gegenüber Israel und macht diesen noch zu einem finanziell lohnenswerten Geschäft.

So lange die Palästinensische Autonomiebehörde nicht von dieser Praxis der Terrorunterstützung absieht, sollten keine weiteren finanziellen Hilfen seitens der EU oder Deutschlands aus geleistet werden, da nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann, dass deutsches und europäisches Steuergeld zu diesem Zweck zumindest mittelbar missbraucht wird.

Daher fordert die CDU Deutschlands die Bundesregierung auf, sich auf Europäischer Ebene für ein Einfrieren der Finanzhilfen für die Palästinensische Autonomiebehörde einzusetzen und auch selbst eigene Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland an die Palästinensische Autonomiebehörde auszusetzen, bis diese ihre Rentenzahlungen an palästinensische Terroristen und deren Familien einstellt.

## Antrag Nr. C 157 - KV Frankfurt/Main

### „Pendler-ICEs“ - Ländlichen Raum stärken, Ballungsräume entlasten, Mittelstreckenpendeln ermöglichen

Die CDU sieht die dringende Notwendigkeit, aus dem Ländlichen Raum schnelle und direkte Zugverbindungen in die Zentren der Ballungsräume zu schaffen. Die Minderung des Zeitaufwandes für das Pendeln soll den ständig steigenden Zuzug in die Städte bremsen, denn dort ist die wachsende Wohnungsnachfrage nicht zu bewältigen. Zugleich würde damit der Ländliche Raum als Wohnstandort gestärkt und einer weiteren Abwanderung entgegengewirkt. Hierzu notwendig ist der Infrastrukturausbau, damit auch Wohnstandorte, die deutlich über einhundert Kilometer von den Zentren entfernt liegen, attraktiver werden: Städte und Ländlicher Raum rücken damit näher zusammen.

Die Mobilität aus dem ländlichen Raum in die Zentren der Ballungsräume steigt aufgrund der dort angesiedelten Arbeitsplätze. Dies ist einer der Hauptgründe für die „Landflucht“. Ein neues Mobilitätsangebot ist erforderlich, um den Ländlichen Raum wieder aufzuwerten und den Druck von den Städten und dem direkt angrenzenden Umland zu nehmen. Könnte man den Zeitaufwand für das Pendeln zum Arbeitsplatz deutlich senken, würde dies die Situation entspannen. Denn schließlich ist nicht die kilometrische Entfernung entscheidend, sondern der zeitliche Aufwand für den Weg zum Arbeitsplatz.

Um die Pendelzeiten zu reduzieren, sollen ausgewählte Bahnhöfe im ländlichen Raum zu „Sammelbahnhöfen“ ausgebaut werden. Hierzu zählt einerseits eine

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 156 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 157 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

geeignete Infrastruktur mit Park&Ride- sowie Bike&Ride-Parkplätzen, andererseits eine moderne und geeignete ÖPNV-Anbindung in der Fläche. Von dort starten Hochgeschwindigkeitszüge, die in der Funktion von „Pendler-ICEs“ zur Hauptverkehrszeit mehrmals am Morgen und am Abend direkt und schnell in die Zentren der Ballungsräume fahren. Ähnlich wie bei Expressaufzügen in Hochhäusern lässt sich damit eine deutliche Beschleunigung erzielen.

Entsprechende Trassen sind vorzusehen bzw. freizuhalten, auszubauen oder auch neu zu bauen. Ein schneller Ausbau der Infrastruktur und insbesondere ein Ausbau der Knoten ist für die Erweiterung des Zugangebots elementar. Die hierzu erforderliche Einbindung des Bundes in die Finanzierung ist auch sachlogisch richtig: Es geht um eine Strukturförderung zur Stärkung des ländlichen Raums über Ländergrenzen hinweg. Außerdem sind es Umweltgesichtspunkte, die für eine Förderung gebündelter Pendlerverkehre im Öffentlichen Personennahverkehr durch den Bund wie durch die Länder sprechen.

Die neuen Direktverbindungen werden zwar regelmäßig Strecken von mehr als 50 Kilometern umfassen. Dennoch sollten sie als Nahverkehrsangebot gelten, denn dann kann der ermäßigte Steuersatz von 7% angewendet werden. Bestellt werden sollte die neue Verkehrsleistung in Kooperation der jeweils beteiligten Verkehrsverbünde. Als zielführende Ergänzung dieser Maßnahme sollte schließlich noch eine Ausweitung der Job-Ticket-Angebote in den Verbänden erfolgen.

## **Antrag Nr. C 158 - KV Frankfurt/Main**

### **Wohnungen für Bundesbedienstete bauen**

Die CDU sieht die Notwendigkeit, ein eigenes Wohnungsbauprogramm für Beschäftigte des Bundes mit Arbeitsplätzen oder Dienstorten in Metropolregionen aufzulegen, das sich insbesondere an die unteren und mittleren Einkommens- und Besoldungsbezieher richtet, damit diese nicht mehr als 30% ihres Haushaltseinkommens für Mieten aufwenden müssen.

Der Bund als Arbeitgeber wird bei der Anwerbung qualifizierten Personals auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn er für Bedienstete im unteren und mittleren Einkommensbereich bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellt. Dies gilt insbesondere in den erwähnten Metropolregionen. Schon heute pendeln viele Bundespolizisten und Zollbeamte zwischen Wohnung und Arbeitsplatz über sehr weite Strecken, da am Arbeitsort kein, bzw. kaum bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 158 in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin zu überweisen.

### **Wohnen für Staatsbedienstete finanzierbarer machen**

Die CDU sieht die Notwendigkeit, für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes mit Arbeitsplätzen oder Dienstorten in Metropolregionen, Wohnen finanzierbarer zu machen. Diese Maßnahme muss sich gerade an die unteren und mittleren Einkommens- und Besoldungsbezieher richten, damit diese nicht mehr als 30% ihres Haushaltseinkommens für Mieten aufwenden müssen.

Die öffentliche Hand als Arbeitgeber wird bei der Anwerbung qualifizierten Personals auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn auch für Bedienstete im unteren und mittleren Einkommensbereich bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Dies gilt insbesondere in den erwähnten Metropolregionen. Schon heute pendeln gerade Bundesbeamte, wie Bundespolizisten und Zollbeamte zwischen Wohnung und Arbeitsplatz



über sehr weite Strecken, da am Arbeitsort kein bzw. für sie kaum bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.

Um diese Situation zu verbessern, fordert die CDU Bund und Länder auf, geeignete Maßnahmen zu prüfen.

## **Antrag Nr. C 159 - KV Germersheim**

### **Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht**

Die CDU Deutschlands spricht sich für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht aus. Dieser Dienst soll ein Jahr umfassen. Der Dienst soll für alle zwischen 18 und 25 verpflichtend sein. Er soll entweder bei der Bundeswehr oder bei einer Einrichtung, die dem Gemeinwohl dient, in Deutschland oder in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union geleistet werden können. Um diesen Vorschlag umzusetzen, ist das Grundgesetz entsprechend zu ändern.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 8, C 14, C 43, C 47, C 79, C 85, C 116, C 124, C 139, C 159, C 190, C 196 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 8 anzunehmen.

## **Antrag Nr. C 160 - KV Hagen**

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein das Gerichtsverfassungsgesetz dahingehend zu ändern, dass für die Benennung von Schöffen keine Altersgrenze gilt.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 160 anzunehmen.

## **Antrag Nr. C 161 - KV Herford**

Der Parteitag bittet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung, eine Initiative zur Änderung des Parteiengesetzes zu ergreifen, damit zukünftig eine Urwahl der/des Bundesvorsitzenden möglich ist. Der Bundesvorstand wird gebeten, dem Bundesparteitag nach erfolgter Änderung des Parteiengesetzes eine entsprechende Anpassung des Statuts der CDU vorzuschlagen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 161 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 162 - KV Hochsauerland**

### **Vergütung von Geburten erhöhen – Entbindungsstationen in kleinen Krankenhäusern finanziell sichern**

1. Die CDU fordert die Krankenhausfinanzierung so zu organisieren, dass eine flächendeckende Versorgung sichergestellt wird. Dazu zählt auch, die Vergütung von Geburten so anzupassen, dass auch Krankenhäuser mit niedrigen Geburtenzahlen, die zur grundlegenden Versorgung der Familien im ländlichen Raum erforderlich sind, kostendeckend arbeiten können. Die CDU fordert die Akteure im Gesundheitssystem auf Landes- und Bundesebene auf, Lösungen zur kostendeckenden Finanzierung der Entbindungsstationen zu entwickeln und umzusetzen. Denkbar wäre etwa ein nach bestimmten Kriterien festzulegender Zuschlag.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 162 als erledigt zu betrachten.

2. Die CDU Hochsauerland stellt den Antrag zu Ziffer 1 auf dem nächsten CDU-Bundesparteitag sowie dem nächsten CDU-Landesparteitag. Ferner soll der Antrag dem Bundesgesundheitsminister zugeleitet werden.

## Antrag Nr. C 163 - KV Hochsauerland

### Flächendeckende Ausbauverpflichtung für 5G

1. Die CDU fordert eine flächendeckende Ausbauverpflichtung für das 5G-Netz. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur nach neuesten Technologien darf nicht auf Metropolen oder Ballungsgebiete beschränkt werden, da ansonsten für die Einwohner, die medizinische Versorgung, die Wissenschaft und die Wirtschaft in ländlichen Regionen erhebliche Nachteile entstehen würden. Damit einhergehen muss ein umfassender und zügiger Glasfaserausbau. Bis zu einem Ausbau des 5G-Netzes im ländlichen Raum darf zudem nicht der Ausbau in Ballungsgebieten abgewartet werden, da zu diesen Zeitpunkten die Technologie bereits wieder veraltet sein wird.

2. Die CDU Hochsauerland stellt den Antrag zu Ziffer 1 auf dem nächsten CDU-Bundesparteitag.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 38, C 110, C 136, C 147, C 148, C 155 und C 163 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

### Flächendeckender 5G-Ausbau

Der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland gilt als die Grundvoraussetzung für Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit. Gleichsam stellt er die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger sicher. Die CDU setzt sich deshalb für die Mobilfunkversorgung mit 5G auch in ländlichen Regionen unter Nutzung von lokalem Roaming ein. Denn innovative, zukunftsfähige Mobilitätsangebote werden gerade für Menschen in ländlichen Regionen nur möglich sein, wenn eine Versorgung mit der neuesten Mobilfunktechnologie (5G) an Bundesfernstraßen und in zeitlicher Perspektive abgestuft auch im nachgeordneten Straßennetz und an allen Bahnstrecken sichergestellt ist.

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur nach neuesten Technologien darf deshalb nicht auf Metropolen oder Ballungsgebiete beschränkt werden, da ansonsten u. a. in den Bereichen der medizinischen Versorgung, die Wissenschaft und die Wirtschaft in ländlichen Regionen erhebliche Nachteile entstehen würden. Damit einhergehen muss ein umfassender und zügiger Glasfaserausbau.

## Antrag Nr. C 164 - KV Köln

Die CDU Deutschlands setzt ihren bisherigen Kurs fort und schließt auch künftig jegliche Zusammenarbeit oder gar Koalition auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene mit der AfD und der Linkspartei aus.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 76, C 101, C 164 und C 179 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands lehnt Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland ab.

## Antrag Nr. C 165 - KV Main-Tauber

Die CDU wird mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinwirken, dass der Solidaritätszuschlag bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode des Bundestages (2021) vollständig und ersatzlos abgeschafft wird.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 46, C 81, C 96, C 118, C 165, C 188 und C 207 gemeinsam zu behandeln und in folgender

Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands will den Solidaritätszuschlag bis Ende 2021 vollständig abschaffen. Dabei halten wir am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne neue Schulden fest.

## Antrag Nr. C 166 - KV Mark

### Begleitetes Fahren ab 17 - Abschaffung Punktevorschrift für Begleitpersonen

Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, das Kriterium „nicht mehr als einen Punkt im Fahreignungsregister in Flensburg“ für Begleitpersonen für das begleitete Fahren ab 17 Jahren ersatzlos zu streichen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 166 abzulehnen.

## Antrag Nr. C 167 - KV Mark

Der CDU Kreisverband Mark beantragt eine bundeseinheitliche Regelung zur medizinischen Altersfeststellung für alle nicht zweifelsfrei erkennbar minderjährigen Geflüchteten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 167 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands fordert eine bundeseinheitliche Regelung zur medizinischen Altersfeststellung für alle nicht zweifelsfrei erkennbar minderjährigen Geflüchteten ein.

## Antrag Nr. C 168 - KV Minden-Lübbecke

### Rücknahme der seit dem 01. Januar 2004 bestehenden Beitragspflicht für Sozialabgaben (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil) aus arbeitnehmerfinanzierten Direktversicherungsverträgen (Altverträge)

1. Die ab 01.01.2004 bestehende volle Beitragspflicht für Sozialabgaben (AN- und AG-Anteil) aus arbeitnehmerfinanzierten Direktversicherungsverträgen (Altverträge) wird zurückgenommen.
2. Die Rückzahlungsabwicklung der bereits erhobenen Beiträge regelt eine Ausführungsverordnung.

Dieses betrifft besonders die sogenannte „Doppelverbeitragung“ mit Beiträgen zur Sozialversicherung sowohl in der Einzahlungsphase (AN-Anteil), als auch in der Auszahlungsphase (AN- und AG-Anteil)

- a) aus versteuertem Nettoeinkommen
- b) aus Bruttoentgelt bei Sonderzahlung, z.B. Weihnachtsgeld, welches jenseits der jeweils geltenden jährlichen Beitragsbemessungsgrenze lag, also nach dem Willen des Gesetzgebers gerade nicht zu einer Beitragspflicht heranzuziehen war.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 37, C 45, C 132 und C 168 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

### Für die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge

Die CDU Deutschlands bekennt sich zum Drei-Säulen-Modell der Altersvorsorge und will die betriebliche Altersvorsorge weiter stärken. Deshalb ist die Problematik der vollen Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge auf Versorgungsbezüge wie z. B. auf Betriebsrenten und auf Direktversicherungen erneut zu prüfen, um für alle Beteiligten eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Eine Rückabwicklung für die Jahre seit 2004 ist aus finanziellen Gründen ausgeschlossen. Eine künftige Reduzierung des Beitragssatzes soll für die gesetzliche Krankenversicherung beitragsneutral erfolgen, beispielsweise durch erhöhte Steuerzuschüsse in die gesetzliche Krankenversicherung.

**Antrag Nr. C 169 - KV Oldenburg-Stadt**

Die Bundesregierung wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass auf Bahnstrecken ohne Oberleitungen Züge mit Brennstoffzellen-Antrieb eingesetzt werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 169 anzunehmen.

**Antrag Nr. C 170 - KV Oldenburg-Stadt**

Der Bundesparteitag fordert, die mit Messern begangenen Straftaten bundesweit zu erfassen, um ein besseres Lagebild zu erhalten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 170 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Innere Sicherheit zu überweisen.

**Antrag Nr. C 171 - KV Oldenburg-Stadt**

Der Bundesparteitag fordert die Bundesjustizministerin auf, ein Konzept zu erarbeiten, um die Anzahl der Jugendlichen, die in der Öffentlichkeit ein Messer tragen, deutlich zu verringern.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 171 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesfachausschuss Innere Sicherheit zu überweisen.

**Antrag Nr. C 172 - KV Oldenburg-Stadt**

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung und insbesondere den Bundesfinanzminister auf, die Mehrwertsteuer für den inländischen Bahnfernverkehr auf den verminderten Mehrwertsteuersatz von 7% zu senken und die Mehrwertsteuer im grenzüberschreitenden Bahnverkehr ganz abzuschaffen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 172 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

**Antrag Nr. C 173 - KV Oldenburg-Stadt**

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf, umgehend Maßnahmen zur Steigerung des Anteils Erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz in allen Sektoren zu beschließen um die Energieimportabhängigkeit Deutschlands deutlich zu reduzieren.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 173 in folgender Fassung anzunehmen:

Der Parteitag fordert die Bundesregierung auf, auf dem Weg zur Steigerung des Anteils Erneuerbarer Energien und für mehr Energieeffizienz in allen Sektoren nicht zuletzt im Sinne des Klimaschutzes konsequent voranzuschreiten. Gleichzeitig gilt es, die Importabhängigkeit Deutschlands im Bereich Energie deutlich zu reduzieren sowie die Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten.

**Antrag Nr. C 174 - KV Oldenburg-Stadt**

Der Bundesparteitag fordert ein Verbot für die Verwendung von Mikroplastik in Kosmetik- und Reinigungsprodukten.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 95 und C 174 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

**Einsatz von Mikroplastik**

Die CDU setzt sich für eine Minimierung der Verwendung von Mikroplastik in Kosmetik und Reinigungsmitteln und allen Produkten, in denen Mikroplastik entbehrlich ist, im Rahmen einer umfassenden Plastikstrategie ein. Dazu setzen wir zunächst auf Selbstverpflichtungen der Wirtschaft, über die bereits eine starke Reduzierung im Kosmetikbereich erreicht werden konnte. Falls noch über das Jahr 2020 Mikroplastik in Kosmetik- und Reinigungsprodukten und Produkten, in denen sie entbehrlich ist, verwendet wird, sollten auch Verbote und Beschränkungen geprüft werden.

### **Antrag Nr. C 175 - KV Oldenburg-Stadt**

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf, die Automobilindustrie zu Hardware-Nachrüstungen bei Dieselfahrzeugen zu verpflichten, die die gesetzlichen Grenzwerte für die Schadstoffbelastung der Luft nicht einhalten.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 84, C 149 und C 175 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, dass der Wertverlust oder die Mobilitätseinschränkung der betroffenen Käufer von Dieselfahrzeugen in Städten mit hoher Stickoxidbelastung ausgeglichen wird und es eine Verpflichtung der Automobilindustrie zur Hardware-Nachrüstung für Dieselfahrzeuge gibt, welche die gesetzlichen Grenzwerte für Stickoxid-Emissionen nicht einhalten, soweit dies technisch realisierbar ist. Fahrverbote müssen vermieden werden und die Verhältnismäßigkeit gilt es zu achten.

### **Antrag Nr. C 176 - KV Oldenburg-Stadt**

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf, sich national und international für die Einführung von emissionsabhängigen Hafengebühren einzusetzen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 176 in folgender Fassung anzunehmen:

Der Parteitag fordert die Bundesregierung auf, sich international für die Einführung von emissionsabhängigen Hafengebühren einzusetzen und gleichzeitig auf nationaler Ebene die Rahmenbedingungen für die Landstromanbindung in den Häfen zu verbessern.

### **Antrag Nr. C 177 - KV Oldenburg-Stadt**

Der Bundesparteitag hält die aktuelle Diskussion zur Aufnahme von Ausländern in die Bundeswehr für nicht notwendig. Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht für deutsche Staatsbürger würde dem Absatz „Bürger in Uniform“ wieder mehr Rechnung tragen und zur deutlichen Personalverbesserung beitragen und die Akzeptanz der Bundeswehr in der Bevölkerung stärken. Gleichzeitig fordern wir die Einführung einer Bürgerpflicht als Alternativdienst zur Wehrpflicht. Diese Bürgerpflicht würde insbesondere im sozialen wie im Pflegebereich zu deutlichen Entlastungen führen sowie den allgemeinen

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 177 abzulehnen.

gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

### **Antrag Nr. C 178 - KV Oldenburg-Stadt**

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf, die Kinderfreibeträge auf das Niveau des Grundfreibetrages zu erhöhen um Familien steuerlich zu entlasten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 178 anzunehmen.

### **Antrag Nr. C 179 - KV Osnabrück-Stadt**

Die CDU Deutschlands lehnt Kooperationen und Koalitionen sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland ab. Die CDU ist und bleibt die Volkspartei der Mitte für Deutschland und Europa.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 76, C 101, C 164 und C 179 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands lehnt Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland ab.

### **Antrag Nr. C 180 - KV Ostalb**

#### **Organspende reformieren**

Der CDU-Bundesparteitag möge beschließen, die Vorschläge von Gesundheitsminister Jens Spahn zur Reform der Organspende und einem Paradigmenwechsel hin zu einer Widerspruchslösung zu unterstützen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 180 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

### **Antrag Nr. C 181 - KV Ostalb**

#### **Landwirtschaft Risikorücklage**

Der CDU-Bundesparteitag möge beschließen, die Bundesregierung aufzufordern, die Möglichkeit der Einführung einer steuerfreien Risikorücklage für Landwirte zu prüfen, mit der Gewinne über mehrere Jahre verteilt werden können.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 181 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU setzt sich dafür ein, die Möglichkeit der Einführung einer steuerfreien Risikorücklage oder anderer Instrumente der Risikoabsicherung für Landwirte zu prüfen.

### **Antrag Nr. C 182 - KV Ostalb**

#### **Bündnis für die Südhalbkugel**

Der CDU-Bundesparteitag möge beschließen, die Bundesregierung aufzufordern, in der Europäischen Union für ein „Bündnis mit der Südhalbkugel“ zu werben. Ein solches Bündnis soll die Zusammenarbeit mit den Staaten der Südhalbkugel, vor allem Afrikas, in Form von Partner- und Patenschaften zum Ziel haben und die Entwicklungszusammenarbeit um niederschwellige Angebote ergänzen. Angesprochen sollen insbesondere Städte, Kreise und Regionen, sowie öffentliche Einrichtungen sein.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 182 an den Bundesfachausschuss Äußere Sicherheit zu überweisen.

## Antrag Nr. C 183 - KV Ostalb

### Zusätzlicher Rentenpunkt

Der CDU-Bundesparteitag möge beschließen, ehrenamtliche Angehörige anerkannter Blaulichtorganisationen dadurch zu honorieren, dass sie nach 25 Jahren aktivem Dienst einen zusätzlichen Rentenpunkt erwerben.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 183 an die Bundesfachausschüsse „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ und „Soziale Sicherung und Arbeitswelt“ zu überweisen.

## Antrag Nr. C 184 - KV Ostalb

### Ehrenamtsverträglichkeitsprüfung

Der CDU-Bundesparteitag möge beschließen, Gesetzesvorhaben des Bundes zukünftig durch unabhängige und sachverständige Stellen bei den Normenkontrollräten auf ihre Ehrenamtsverträglichkeit prüfen zu lassen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 184 abzulehnen.

## Antrag Nr. C 185 - KV Ostprignitz-Ruppin

### Netzwerkdurchsetzungsgesetz evaluieren – Gegendarstellungsrecht gegen Anbieter sozialer Netzwerke ermöglichen

Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD für die aktuelle Wahlperiode sieht vor, das Netzwerkdurchsetzungsgesetz zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Für Inhalte sozialer Netzwerke sieht das NetzDG gegenwärtig eine Verpflichtung des Anbieters zur Entfernung bestimmter Inhalte vor. Ein Gegendarstellungsrecht – wie es seit Langem für journalistisch-redaktionell gestaltete Inhalte in den Pressegesetzen verankert ist, kennt das NetzDG für Äußerungen in Form von Beiträgen und Kommentaren im Bereich von Profilen in sozialen Netzwerken jedoch nicht. Die Möglichkeit, den Nutzern sozialer Netzwerke eine korrigierte Darstellung in Form einer Gegendarstellung zur Kenntnis zu geben, ist jedoch erforderlich, um die Auswirkungen rechtswidriger Inhalte auf den demokratischen Diskurs einzudämmen, Echokammern zu durchbrechen und die Qualität der öffentlichen Debatte in sozialen Netzwerken zu verbessern.

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die Bundesregierung wird gebeten, die im Koalitionsvertrag vorgesehene Evaluierung und Weiterentwicklung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes zeitnah durchzuführen. Vor diesem Hintergrund ist die Einführung eines ähnlich dem im Presse- und Rundfunkrecht etablierten Anspruchs auf Gegendarstellung auch gegenüber sozialen Netzwerken zu prüfen.

Ein Anspruch auf Gegendarstellung gegen den Autor eines Beitrags oder Kommentars ist dabei nicht ausreichend, weil nicht sichergestellt werden kann, dass die Gegendarstellung dadurch demselben Nutzerkreis zugänglich gemacht wird wie der ursprüngliche Beitrag. Insbesondere durch sog. virale Verbreitung (Teilen oder Liken Dritter) kann der betreffende Beitrag bereits einem erheblich größeren Nutzerkreis zur Kenntnis gelangt sein. Der Anspruch auf Gegendarstellung muss sich gegen den Betreiber des sozialen Netzwerks richten, da nur er durch Einsatz eines Algorithmus sowie entsprechende Platzierung des Beitrags sicherstellen kann, dass derselbe Nutzerkreis wie beim Ursprungsbeitrag erreicht wird.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 185 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

**Antrag Nr. C 186 - KV Rastatt**

Der CDU Kreisverband Rastatt beantragt, den Steuerfreibetrag für gemeinnützige Vereine von derzeit 35.000 EUR/Jahr auf 70.000 EUR/Jahr zu verdoppeln.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 60, C 119, C 186 und C 202 gemeinsam zu behandeln, in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die Förderung des Ehrenamts gehört zu den fundamentalen Anliegen christlich demokratischer Politik. Seitdem die CDU regiert, wurden die steuerlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagements verbessert, die Aufwandsentschädigungen erhöht, ehrenamtlich Tätige und Vereine von Bürokratie entlastet und Haftungserleichterungen beschlossen. Die CDU steht auch weiterhin an der Seite der ehrenamtlich Engagierten und will das Ehrenamt weiter stärken.

Die CDU Deutschlands tritt aus diesem Grund dafür ein:

- die Freigrenze zu erhöhen, die gemeinnützige Vereine von der Körperschafts- und Gewerbesteuer freistellt, die aus ihrem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb lediglich geringe Einnahmen erzielen;
- die Freigrenze zur Umsatzsteuer, mit der abzugsfähige Vorsteuerbeträge pauschal mit einem Durchschnittssatz von 7 Prozent des steuerpflichtigen Gesamtumsatzes berechnet werden können, anzuheben;
- das Ehrenamt durch eine Anhebung der Übungsleiterpauschale steuerlich zu entlasten; von einer solchen Anhebung würden insbesondere Trainerinnen und Trainer sowie Ausbilderinnen und Ausbilder in einer großen Zahl von Vereinen und Organisationen profitieren;
- die Ehrenamtspauschale zu erhöhen: Dies käme vielen anderen in gemeinnützigen Vereinen ehrenamtlich engagierten Personen, wie etwa Schriftführern oder Kassenwarten, zugute. Im Einklang mit der Erhöhung der Ehrenamtspauschale wollen wir auch die Haftungsbeschränkungen erweitern, die wir zu Gunsten der Vorstände und Vereinsmitglieder auf Bundesebene eingeführt haben.

**Antrag Nr. C 187 - KV Rastatt**

Der CDU Kreisverband Rastatt beantragt, dass die Anzahl der Bundestagsmandate begrenzt wird, ohne die Anzahl der Wahlkreise zu reduzieren.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 187 und C 194 gemeinsam zu behandeln, in folgender Fassung anzunehmen und an die



CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die CDU Deutschlands unterstützt den Bundestagspräsidenten in seiner Initiative, mit einer Wahlrechtsänderung sicherzustellen, dass bei Bundestagswahlen die Zahl der Sitze des Bundestages nicht wesentlich über die gesetzliche Anzahl von 598 Mitgliedern hinausgeht.

### **Antrag Nr. C 188 - KV Rastatt**

Der CDU Kreisverband Rastatt beantragt die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags bis 2021.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 46, C 81, C 96, C 118, C 165, C 188 und C 207 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands will den Solidaritätszuschlag bis Ende 2021 vollständig abschaffen. Dabei halten wir am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne neue Schulden fest.

### **Antrag Nr. C 189 - KV Rastatt**

Der CDU Kreisverband Rastatt beantragt, dass Strafverfahren bei Straftaten gegen Einsatzkräfte (Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste etc.) beschleunigt werden sollen, indem binnen einer festzulegenden Frist diese Verfahren abzuarbeiten sind.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 189 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands verurteilt jede Form von Gewalt gegenüber Einsatzkräften von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst, Technischem Hilfswerk und Katastrophenschutz auf das Schärfste. Wer Helferinnen und Helfer angreift, greift unseren Rechtsstaat an und muss hart und schnell bestraft werden. Hierzu muss ein beschleunigtes staatsanwaltschaftliches Verfahren durch organisatorische Maßnahmen sichergestellt werden.

### **Antrag Nr. C 190 - KV Rastatt**

Der CDU Kreisverband Rastatt beantragt die Einführung eines allgemeinen Pflichtdienstes über die Dauer von einem Jahr für alle Männer und Frauen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 8, C 14, C 43, C 47, C 79, C 85, C 116, C 124, C 139, C 159, C 190, C 196 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 8 anzunehmen.

### **Antrag Nr. C 191 - KV Rastatt**

Der CDU Kreisverband Rastatt beantragt, dass ein Verstoß gegen die Lärmemission von Kraftfahrzeugen ähnlich polizeilich geahndet werden soll wie ein Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 191 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu

überweisen.

## **Antrag Nr. C 192 - KV Rastatt**

Der CDU Kreisverband Rastatt beantragt, dass Marktplätze und öffentliche Orte, auf denen Vereinsfeste zur Pflege der örtlichen Kultur stattfinden, ähnlich befreit werden von Lärmschutzauflagen wie Kindergärten und Spielplätze.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 192 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 193 - KV Reutlingen**

### **Ideologien raus aus den Schulen**

Die CDU Deutschlands lehnt die gender-ideologische Beeinflussung aller Bildungspläne ab.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 193 an den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 194 - KV Reutlingen**

### **Begrenzung der Mandate im Bundestag**

Die CDU Deutschlands fordert, dass die Zahl der Mandate im Bundestag begrenzt werden soll.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 187 und C 194 gemeinsam zu behandeln, in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die CDU Deutschlands unterstützt den Bundestagspräsidenten in seiner Initiative, mit einer Wahlrechtsänderung sicherzustellen, dass bei Bundestagswahlen die Zahl der Sitze des Bundestages nicht wesentlich über die gesetzliche Anzahl von 598 Mitgliedern hinausgeht.

## **Antrag Nr. C 195 - KV Reutlingen**

### **Gemeinsames Einmischen und Brennen für Stoffbesitzer von Streuobstwiesen ermöglichen**

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung dazu auf, die rechtlichen Voraussetzungen für ein gemeinsames Einmischen und Brennen von Stoffbesitzern von Streuobstwiesen zu schaffen!

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 67 und C 195 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 67 anzunehmen.

## **Antrag Nr. C 196 - KV Reutlingen**

### **Dienstplicht für Männer und Frauen**

Die CDU Deutschlands spricht sich für die Einführung einer allgemeinen Dienstplicht für Männer und Frauen mit breit gefächertem Auswahlpektrum aus.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 8, C 14, C 43, C 47, C 79, C 85, C 116, C 124, C 139, C 159, C 190, C 196 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 8 anzunehmen.

## Antrag Nr. C 197 - KV Reutlingen

### Zukunft der Mobilität

Die CDU Deutschlands setzt sich für eine Versachlichung der Diskussion über den Umgang mit der Automobilindustrie und die Zukunft der Antriebstechnologien auf der Grundlage objektiver wissenschaftlicher Erkenntnisse ein.

1. Fahrverbote, die zu Lasten der Verbraucher und Unternehmer gehen, lehnen wir ab. Insbesondere für große Teile des Mittelstands, Handwerker, Lieferanten wären Fahrverbote in Innenstädten existenzgefährdend. Auch für viele Pendler würden diese Einschränkungen wie eine Enteignung wirken.

2. Wir plädieren für Technologieoffenheit bei der Entwicklung umweltfreundlicher Antriebstechniken in der Automobilindustrie und setzen dabei auf die innovative Kraft des Wettbewerbs. Zwangsquoten für Elektroautos oder andere Antriebstechniken lehnen wir daher ebenso ab wie Kauf- oder Abwrackprämien.

3. Durch zukünftige synthetische Kraftstoffe auf nachhaltiger Basis (Power-to-Liquid) eröffnen sich neue Möglichkeiten zur Reduzierung sowohl von Emissionen als auch von CO<sub>2</sub>-Emissionen auch beim Verbrennungsmotor. Politische Versuche, den Verbrennungsmotor verbieten zu wollen lehnen wir daher ab.

4. Wir verurteilen jegliche Form technischer Manipulationen, beispielsweise den Einsatz einer Zykluserkennung zur Einstellung spezieller, im Realbetrieb nicht aktiver Emissionsminderungsmaßnahmen ohne physikalische Notwendigkeit.

5. Wir fordern eine Überarbeitung der Gesetze, Verordnungen und Vorschriften dahingehend, dass keine Gesetzeslücken zwischen Zyklus und Realbetrieb mehr bestehen, auf die sich Fahrzeughersteller berufen können.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 197 in folgender Fassung anzunehmen:

### Zukunft der Mobilität

Die CDU Deutschlands setzt sich für eine Versachlichung der Diskussion über den Umgang mit der Automobilindustrie und die Zukunft der Antriebstechnologien auf der Grundlage objektiver wissenschaftlicher Erkenntnisse ein.

1. Fahrverbote, die zu Lasten der Verbraucher und Unternehmer gehen, lehnen wir ab. Insbesondere für große Teile des Mittelstands, Handwerker und Lieferanten wären Fahrverbote in Innenstädten existenzgefährdend. Auch für viele Pendler würden diese Einschränkungen wie eine Enteignung wirken.

2. Wir plädieren für Technologieoffenheit bei der Entwicklung umweltfreundlicher Antriebstechniken in der Automobilindustrie und setzen dabei auf die innovative Kraft des Wettbewerbs.

3. Durch zukünftige synthetische Kraftstoffe auf nachhaltiger Basis (Power-to-Liquid) eröffnen sich neue Möglichkeiten zur Reduzierung sowohl von Emissionen als auch von CO<sub>2</sub>-Emissionen auch beim Verbrennungsmotor. Politische Versuche, den Verbrennungsmotor verbieten zu wollen, lehnen wir daher ab.

4. Wir verurteilen jegliche Form technischer Manipulationen, beispielsweise den Einsatz einer Zykluserkennung zur Einstellung spezieller, im Realbetrieb nicht aktiver Emissionsminderungsmaßnahmen ohne physikalische Notwendigkeit.

5. Wir fordern eine Überarbeitung der Gesetze, Verordnungen und Vorschriften dahingehend, dass keine Gesetzeslücken zwischen Zyklus und Realbetrieb mehr bestehen, auf die sich Fahrzeughersteller berufen können.

## Antrag Nr. C 198 - KV Reutlingen

### Wiedereinführung der Optionspflicht

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung zur Umsetzung des Parteitagsbeschlusses aus dem Jahr 2016 auf, der wie folgt lautet:

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 198 und C 222 in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die CDU Deutschlands spricht sich für die Abschaffung von § 29 Abs. 1 Nr.2 StAG und § 29 Abs. 1 a) StAG, mithin für die Abschaffung der Befreiung von der Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder von ausländischen Eltern aus, was der Gesetzeslage vor 2014 entspricht.

Die CDU Deutschlands bekräftigt ihre im gemeinsamen Regierungsprogramm von CDU und CSU zum Ausdruck gebrachte Ablehnung einer generellen doppelten Staatsangehörigkeit. Sie setzt sich weiterhin dafür ein, dass Mehrstaatigkeit grundsätzlich vermieden werden und nur im Ausnahmefall möglich sein sollte. Sie bittet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, einen Zeitplan für entsprechende Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts in der laufenden Legislaturperiode zu entwickeln.

## **Antrag Nr. C 199 - KV Reutlingen**

### **Vereinheitlichtes europäisches Asylrecht**

Die CDU Deutschlands fordert ein vereinheitlichtes europäisches Asylrecht mit europaweit einheitlichen Leistungen (Zahlungen, Sachleistungen und Sozialleistungen) für Asylbewerber. Entsprechend sollen auch die Leistungen (Zahlungen, Sachleistungen und Sozialleistungen) für Bürgerkriegsflüchtlinge sowie für Personen mit subsidiärem Schutz europaweit vereinheitlicht werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 199 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 200 - KV Rhein-Neckar**

### **Verbraucherschutz stärken – Durchsetzung von Fluggastrechten verbessern**

Zahlreiche Fluggäste werden immer wieder durch Überbuchungen, Annullierungen und Verspätungen von Flügen zum Teil erheblich belastet. Gerade im Jahr 2018 haben – aus verschiedenen Gründen – Flugverspätungen in einem erschreckenden Maß zugenommen.

Wir begrüßen die Maßnahmen, die auf dem durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur initiierten Spitzengespräch „Luftfahrt“ beschlossenen wurden. Es ist entscheidend, dass schnellstmöglich die Zuverlässigkeit des Luftverkehrs maßgeblich verbessert wird und die Anzahl der Annullierungen und Verspätungen deutlich reduziert werden.

Kommt es zu Überbuchungen, Annullierungen und Verspätungen von Flügen, belasten diese Vorgänge die Verbraucher zum Teil erheblich. Die Europäische Fluggastrechte-Verordnung hat die Verbraucherrechte gestärkt und räumt den Verbrauchern für diese Fälle Ausgleichsansprüche gegenüber den Luftfahrtunternehmen ein. In der Praxis stößt die Durchsetzung dieser Rechte jedoch auf Schwierigkeiten. Immer wieder werden berechnete Anspruchszahlungen von Luftfahrtunternehmen zu deren finanzieller Optimierung verweigert bzw. verzögert. Dieses Vorgehen schädigt nicht nur Verbraucher, sondern führt auch zu einem unbilligen Wettbewerbsvorteil für entsprechend agierende Luftfahrtunternehmen. Zugleich ist der Schaden des Einzelnen – der für alle Passagiere eines Fluges auf derselben Ursache beruht – relativ gering, so dass viele Verbraucher eine gerichtliche Durchsetzung nicht in Kauf nehmen wollen. Diese Lücke füllen Dienstleister, die für eine Provision in Höhe von ca. 30% des Anspruchs Verbraucherrechte gegenüber den

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 200 anzunehmen.

Luffahrtunternehmen durchsetzen. Teilweise bemühen sich Luffahrtunternehmen darum, die Abtretungsmöglichkeit dieser Ansprüche – etwa in Allgemeinen Geschäftsbedingungen – zu untersagen.

Rechte von Verbrauchern laufen leer, wenn ihre Durchsetzung zu kompliziert oder aufwendig ist. Die CDU Deutschlands tritt deshalb dafür ein:

- die Transparenz von Überbuchungen, Annullierungen und Verspätungen zu verbessern, indem Luffahrtunternehmen – idealerweise europaweit – dazu verpflichtet werden, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, wie sie etwa mit den Ausgleichsansprüchen von ihren Fluggästen umgehen, wie viele Flüge verspätet sind und aus welchen Gründen, oder wie viele Passagiere betroffen sind;
- die Informationen der Verbraucher über ihren Flugstatus und ihre Ansprüche zu verbessern und Luffahrtunternehmen dazu zu verpflichten, betroffenen Verbrauchern schriftliche Hinweise über ihre Rechte und die Möglichkeiten deren Geltendmachung auszuhändigen;
- die Möglichkeit, Abtretungsverbote von Ausgleichszahlungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen vorzusehen, zu unterbinden;
- die Durchsetzbarkeit berechtigter Ansprüche gegenüber den Luffahrtunternehmen zu verbessern, etwa durch eine Nutzung der Musterfeststellungsklage, das Ausschöpfen der Möglichkeiten der Digitalisierung und automatischer Entschädigungszahlungen bzw. durch die Einführung empfindlicher Pauschalzahlungen, die bei Verzug der Luffahrtunternehmen zusätzlich zu möglichen Verzugszinsen und Ausgleichszahlungen zu leisten wären;
- die Reform der Europäischen Fluggastrechte-Verordnung voranzutreiben, wobei das bestehende Schutzniveau für Verbraucher beibehalten und in angemessenen Ausgleich mit den Interessen der Luffahrtunternehmen zu bringen ist.

## **Antrag Nr. C 201 - KV Rhein-Neckar**

### **Zwangsadoptionen in der SBZ/DDR aufklären**

In der Zeit der sozialistischen Diktatur in Ostdeutschland hat nach heutigem Kenntnisstand das herrschende Regime immer wieder Eltern, die die ideologische Ausrichtung des Regimes nicht teilten, aus politischen Gründen die Kinder entzogen und es Regimeanhängern ermöglicht, diese zu adoptieren. So sollte die Erziehung der Kinder zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ sichergestellt sowie die nicht konformen Eltern sanktioniert werden. Zusätzlich zu diesen zum Teil bekannten Fällen haben manche Frauen, die nicht mit der Ideologie des Regimes übereinstimmten und deren in der ehemaligen DDR geborene Kinder für tot erklärt wurden, den Verdacht, dass diese Kinder tatsächlich noch leben. Ihre Sorge ist, dass die damaligen staatlichen Stellen ihr Kind ihnen unmittelbar nach der Geburt weggenommen und zur Adoption freigegeben haben. Grund hierfür ist, dass ihnen die toten Kinder nicht gezeigt wurden bzw. die offiziellen Darstellungen Ungereimtheiten enthalten. Auch wenn bislang – soweit ersichtlich – keine Fälle dieser Art nachgewiesen werden konnten, müssen die berechtigten Fragen dieser Mütter und Eltern aufgeklärt werden. Denn jeder einzelne derartige Fall, jeder einzelne Verdacht ist einer zu viel.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 201 anzunehmen.

Fast 30 Jahre nach dem Ende des DDR-Unrechtsstaates muss der gesamtdeutsche Staat den Herausforderungen gerecht werden, die sich aus der Aufarbeitung dieses vielleicht letzten Kapitels von DDR-Unrecht ergeben. Es besteht die Gefahr, dass Unterlagen vernichtet werden oder leibliche Eltern versterben, bevor sie diese existentiellen Fragen haben aufklären können. Aus unserer Sicht ist es daher dringend erforderlich, dass diesen leiblichen Eltern geholfen wird, Antworten auf ihre Fragen zu finden und die Schicksale der ihnen entzogenen Kinder aufzuklären. Umgekehrt wollen wir helfen, in dieser Zeit geborene Kinder dafür zu sensibilisieren, dass auch sie unter Umständen ohne ihr Wissen adoptiert wurden. Um diesen Prozess zu begleiten, bedarf es rechtlicher Regelungen.

Die CDU Deutschlands tritt deshalb dafür ein, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel:

1. das Leid der Betroffenen von Zwangsadoptionen in der ehemaligen SBZ/DDR als politische Opfer anzuerkennen,
2. zu prüfen, inwieweit die bestehenden rechtlichen Grundlagen für die Betroffenen von Zwangsadoptionen in der ehemaligen SBZ/DDR, insbesondere für zwangsweise adoptierte Kinder und deren leiblichen Eltern verbessert werden können, die Umstände der Adoption aufzuarbeiten,
3. eine zentrale Vermittlungsstelle beim Bund einzurichten, die als zentraler Ansprechpartner für leibliche Eltern wie auch möglicherweise zwangsadoptierte Kinder dienen soll,
4. die Schaffung einer DNA-Datenbank zu prüfen, damit auch solche Fälle aufgeklärt werden können, bei denen Unterlagen nicht oder nicht mehr vorhanden sind. Die Datenbank soll der Erfassung leiblicher Eltern und möglicherweise adoptierter Kinder auf freiwilliger Basis dienen und über ein Internetportal niedrigschwellig zugänglich sein;
5. zu prüfen, ob und ggf. welche Verbesserungen im Rahmen der bestehenden Rehabilitierungsgesetze vorgenommen werden können, um etwaige Entschädigungsmöglichkeiten für die Betroffenen von Zwangsadoptionen in der SBZ/DDR zur Anwendung zu bringen,
6. die wissenschaftliche Forschung zu diesem Thema zu ermöglichen; dies umfasst auch die Prüfung ggf. erforderlicher Gesetzesänderungen,
7. die Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema zu stärken.

## **Antrag Nr. C 202 - KV Rhein-Neckar**

### **Förderung des Ehrenamts ausbauen**

Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt sind Grundpfeiler unseres Gemeinwesens. In unserem Land engagieren sich viele Millionen Menschen ehrenamtlich. Mit diesem Engagement leisten sie Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen, vor denen Deutschland steht. Besonders im ländlichen Raum und insbesondere in den Städten und Gemeinden, die von einem starken Bevölkerungsrückgang betroffen sind, ist ehrenamtliches Engagement eine tragende Säule der Gemeinschaft.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 60, C 119, C 186 und C 202 gemeinsam zu behandeln, in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die Förderung des Ehrenamts gehört zu den fundamentalen Anliegen christlich demokratischer Politik. Seitdem die CDU regiert, wurden die steuerlichen Rahmenbedingungen für

Die Förderung des Ehrenamts in seiner ganzen Breite war und ist ein Herzensanliegen der CDU-Deutschlands. Wir sind nicht der Auffassung, dass der Staat im Zweifelsfall klüger ist als die Bürgerinnen und Bürger und dass er im Zweifelsfall besser weiß, wo ehrenamtliches Engagement gut und angebracht und wo es schlecht und überflüssig ist. Davon unterscheidet sich unser Denken grundlegend. Aufgabe des Staates sollte es nicht sein, den Bürgerinnen und Bürgern die Art ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit vorzuschreiben, sie zu belehren, zu erziehen, anders oder besser zu machen. Unser Ansatz besteht vielmehr darin, den Bürgerinnen und Bürgern einen Rahmen zur Verfügung zu stellen, in dem sie ihr ehrenamtliches Engagement bestmöglich verwirklichen können. Unser Ansatz ist nicht der Bevormundungsstaat, sondern der Respekt vor der Unterschiedlichkeit menschlicher Lebensentwürfe. Ehrenamtliches Engagement wollen wir deshalb nicht über ausgewählte Projekte, sondern in seiner Vielfalt fördern.

Die CDU Deutschlands tritt aus diesem Grund dafür ein:

- die Freigrenze von 35.000 auf 45.000 EUR erhöhen, die gemeinnützige Vereine von der Körperschafts- und Gewerbebesteuer freistellt, die aus ihrem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb lediglich geringe Einnahmen erzielen;
- die Freigrenze zur Umsatzsteuer, mit der abzugsfähige Vorsteuerbeträge pauschal mit einem Durchschnittssatz von 7 Prozent des steuerpflichtigen Gesamtumsatzes berechnet werden können, von 35.000 auf 45.000 Euro anzuheben;
- das Ehrenamt durch eine Anhebung der Übungsleiterpauschale von 2.400 auf 3.000 EUR steuerlich zu entlasten; von einer solchen Anhebung werden insbesondere Trainerinnen und Trainer sowie Ausbilderinnen und Ausbilder in einer großen Zahl von Vereinen und Organisationen profitieren;
- die Ehrenamtspauschale von 720 Euro auf 840 EUR zu erhöhen: Dies kommt vielen anderen in gemeinnützigen Vereinen ehrenamtlich engagierten Personen, wie etwa Schriftführern oder Kassenwarten, zugute. Im Einklang mit der Erhöhung der Ehrenamtspauschale wollen wir auch die Haftungsbeschränkungen erweitern, die wir zu Gunsten der Vorstände und Vereinsmitglieder auf Bundesebene eingeführt haben.

## Antrag Nr. C 203 - KV Rhein-Neckar

### Ausreisepflicht konsequent durchsetzen

Wer am Ende eines geordneten Asylverfahrens nicht als schutzberechtigt anerkannt wird, muss zeitnah in sein Heimatland zurückkehren. Dabei setzen wir auf die Pflicht zur freiwilligen Ausreise. Doch, wo erforderlich, müssen wir die Ausreisepflicht auch mit Zwang durchsetzen.

Dem steht entgegen, dass in vielen Ländern mangels Rechtsgrundlage keine richterliche Durchsuchungsanordnung für Wohnungen zum Zwecke der Rückführung eines ausreisepflichtigen Ausländers erlassen werden kann.

In den Verwaltungsvollstreckungsgesetzen des Bundes und zahlreicher Länder findet sich keine solche Ermächtigungsgrundlage. Ebenso fehlt es im Polizeirecht mancher Länder an einer Norm, die die Durchsuchung der Wohnung zum genannten Zweck ermöglicht.

bürgerschaftliches Engagements verbessert, die Aufwandsentschädigungen erhöht, ehrenamtlich Tätige und Vereine von Bürokratie entlastet und Haftungserleichterungen beschlossen. Die CDU steht auch weiterhin an der Seite der ehrenamtlich Engagierten und will das Ehrenamt weiter stärken.

Die CDU Deutschlands tritt aus diesem Grund dafür ein:

- die Freigrenze zu erhöhen, die gemeinnützige Vereine von der Körperschafts- und Gewerbebesteuer freistellt, die aus ihrem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb lediglich geringe Einnahmen erzielen;
- die Freigrenze zur Umsatzsteuer, mit der abzugsfähige Vorsteuerbeträge pauschal mit einem Durchschnittssatz von 7 Prozent des steuerpflichtigen Gesamtumsatzes berechnet werden können, anzuheben;
- das Ehrenamt durch eine Anhebung der Übungsleiterpauschale steuerlich zu entlasten; von einer solchen Anhebung würden insbesondere Trainerinnen und Trainer sowie Ausbilderinnen und Ausbilder in einer großen Zahl von Vereinen und Organisationen profitieren;
- die Ehrenamtspauschale zu erhöhen: Dies käme vielen anderen in gemeinnützigen Vereinen ehrenamtlich engagierten Personen, wie etwa Schriftführern oder Kassenwarten, zugute. Im Einklang mit der Erhöhung der Ehrenamtspauschale wollen wir auch die Haftungsbeschränkungen erweitern, die wir zu Gunsten der Vorstände und Vereinsmitglieder auf Bundesebene eingeführt haben.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 203 anzunehmen.

Bei der Durchsetzung der Ausreisepflicht wollen wir jedoch nicht darauf warten müssen, dass der Ausreisepflichtige seine Wohnung verlässt. Die CDU Deutschlands tritt deshalb dafür ein, durch Bundesgesetz eine Rechtsgrundlage für eine Durchsuchung der Wohnung zum Zwecke des Auffindens des Ausreisepflichtigen zu schaffen.

### **Antrag Nr. C 204 - KV Rhein-Neckar**

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass die Klimaschutzziele Deutschlands nicht mit teuren Einzelmaßnahmen sondern mit Emissionsrechten für den gesamten CO<sub>2</sub> Ausstoß erreicht werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 204 in folgender Fassung anzunehmen:

Wir sind davon überzeugt, dass sich nationale und internationale Klimaschutzziele durch eine möglichst umfassende und grenzüberschreitende Bepreisung der Emission von Treibhausgasen deutlich effizienter und mit weniger Wettbewerbsverzerrung erreichen lassen als durch teure – oft nur nationale – Einzelmaßnahmen.

### **Antrag Nr. C 205 - KV Rhein-Neckar**

#### **Einsatz der Bundeswehr in Deutschland bei Terrorlagen**

Die CDU Deutschland setzt sich dafür ein, dass durch Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung die notwendigen Voraussetzungen für den Einsatz der Bundeswehr, einschließlich mit militärischen Mitteln, innerhalb Deutschlands geschaffen werden, um terroristische Bedrohungen in Deutschland abzuwenden, unsere demokratischen Institutionen und die Zivilbevölkerung vor etwaigen Terroranschlägen zu schützen oder im Falle eines Terroranschlags auf Ersuchen deutscher politischer Organe durch andere EU-Mitgliedstaaten innerhalb des deutschen Hoheitsgebiets auch mit militärischen Mitteln unterstützt zu werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 205 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass die Bundeswehr in besonderen Gefährdungslagen unter Führung der Polizei unterstützend zum Einsatz gebracht werden kann. Dabei wollen wir zunächst den bestehenden Rechtsrahmen ausschöpfen. Bei der Abwehr eines besonders schweren Terrorangriffs kann die Polizei an die Grenzen ihrer Möglichkeiten kommen. Die Bundeswehr soll dann die Polizei unterstützen. Solche Einsätze unter Leitung der Polizei müssen regelmäßig geübt werden.

Ebenso müssen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, damit andere EU-Mitgliedstaaten im Falle eines Terroranschlags auf Ersuchen deutscher politischer Organe innerhalb des deutschen Hoheitsgebiets mit militärischen Mitteln unterstützen können.

### **Antrag Nr. C 206 - KV Rhein-Sieg-Kreis**

#### **Neue Agenda für eine nachhaltigere Entwicklungspolitik Deutschlands**

Europa und Afrika sind Nachbarkontinente, an manchen Stellen nur ein paar Kilometer voneinander getrennt - und doch so weit entfernt. Während in Afrika 600 Millionen Menschen ohne Strom sind, ringen wir in Deutschland um die Energiewende. Afrika ist der drittgrößte Kontinent unserer Erde mit der jüngsten

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 206 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament zu überweisen.



Bevölkerung aller Kontinente. Am Beginn des 21. Jahrhunderts stehen die 54 Staaten Afrikas vor vielen Herausforderungen. Das schnelle Bevölkerungswachstum ist nur ein Grund dafür, dass in bestimmten Regionen die Lebensbedingungen durch Trinkwasserknappheit und Krankheiten schwieriger werden. Es sind der eingeschränkte Zugang zu natürlichen Ressourcen sowie die Kontrolle einiger weniger über gewinnbringende Rohstoffe, die ein großes Konfliktpotenzial bergen. Zudem erschweren die Politisierung ethnischer und religiöser Zugehörigkeiten und das häufige Fehlen funktionierender staatlicher Strukturen die nachhaltige Entwicklung des drittgrößten Kontinents. Zugleich ist Afrika der Kontinent der Chancen! Elf der zwanzig am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt findet man zwischen dem Kap Blanc in Tunesien und dem Kap der guten Hoffnung in Südafrika. Im Jahr 2035 verfügt der Kontinent über das größte Arbeitskräftepotenzial der Welt.

Gute und gerechte Chancen zur persönlichen Entwicklung, zu Glück und Erfolg stehen jedem Menschen zu und sind Ausfluss seiner Würde. In vielen Ländern Afrikas sind diese Ziele für die meisten Menschen unerreichbar. Einige wesentliche Ursachen dafür hängen in der globalisierten Welt auch mit unserem Verhalten zusammen: Viele Zusammenhänge lassen sich aufzeigen, in denen unser Wohlstand auch auf unfairen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ländern Afrikas beruht. Außerdem hat die Flüchtlingskrise gezeigt: Wenn es nicht gelingt, die Probleme vor Ort zu lösen, werden viele junge Menschen aus Afrika zu uns kommen – mehr als wir gut in unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft oder unseren Arbeitsmarkt integrieren können.

Wir wissen: Nur mit Afrika zusammen lösen wir die globalen Herausforderungen der Zukunft, die da lauten: Ernährung, Energie, Klimawandel und Kampf gegen den Terrorismus. Afrikas und Europas Entwicklung bedingen einander und entscheiden über die Zukunft beider Kontinente

Daher müssen wir trotz beschränkter Mittel und Budgets mit einer nachhaltigen und auf den Nachbarkontinent Afrika konzentrierten Entwicklungspolitik dafür sorgen, dass vor allem junge Afrikanerinnen und Afrikaner Perspektiven in ihren Heimatländern finden. Wir dürfen jedoch mit unserer Politik keine falschen Erwartungen wecken – weder in Europa noch in Afrika. Benötigt werden Millionen neue und gut bezahlte Jobs in Afrika, um den Migrationsdruck nach Europa zu mindern und Prosperität in den afrikanischen Ländern zu fördern. Hilfe für Afrika heißt deshalb vor allem Hilfe in Afrika.

Wir fordern deshalb im Rahmen des „Marshallplans mit Afrika“ eine neue Agenda für eine nachhaltigere Entwicklungspolitik Deutschlands, die sich vor allem auf den Nachbarkontinent Afrika konzentriert und bei deren Umsetzung die nachfolgenden fünf Eckpunkte bevorzugt berücksichtigt werden. Es sollen vor allem diejenigen afrikanischen Staaten von der Agenda profitieren,

- in denen insbesondere Rechtssicherheit und Korruptionsbekämpfung gewährleistet sind. Weder ausländische noch einheimische Unternehmer investieren da, wo geschossen wird und Korruption Blüten treibt. Für jeden Bürger erreichbare unabhängige Gerichte, eine objektive, rechtmäßig handelnde Verwaltung und Polizei sind die beste Gewähr dafür, dass gute Geschäftsideen auch umgesetzt werden können; zugleich sind sie der beste Schutz des Bürger gegenüber dem Staat ebenso wie gegenüber vermeintlich stärkeren Vertragspartnern,
- die ausreichend Mittel für Bildung (15–20 Prozent des Haushalts) und Gesundheitsversorgung (15 Prozent) bereit- und gleichberechtigt Zugang für Frauen und Mädchen sicherstellen. Die Dynamik einer jungen Gesellschaft kann Auslöser wirtschaftlicher Entwicklung sein. Junge Menschen in Afrika brauchen hierfür Zugang zu Bildung und Ausbildung. Sie sind über Internet gut darüber informiert, welche Chancen junge Menschen in Europa haben.

Sie fordern für sich zu Recht die gleichen Chancen. Deshalb müssen sich alle Maßnahmen daran messen lassen, inwieweit sie neue Zukunftsperspektiven für Afrikas Jugend schaffen. Den Dreiklang Bildung, Ausbildung und Arbeit gilt es zum Schwerpunkt unserer Zusammenarbeit auszubauen. Eine gute Bildung und Gesundheitsversorgung ist Voraussetzung dafür, dass sich Familien zu weniger Kindern entscheiden, denen dann bessere Chancen geboten werden können. Dies kann maßgeblich zu einer verträglicheren Gesundheitsentwicklung beitragen,

- die besonders vom Klimawandel bedroht sind. Sieben der zehn durch den Klimawandel am meisten gefährdeten Staaten befinden sich in Afrika. Dennoch werden fossile Brennstoffe in Subsahara-Afrika mit rund 21 Milliarden US-Dollar im Jahr subventioniert. Fördermaßnahmen im Rahmen der Agenda müssen deshalb z.B. an Subventionsabbau geknüpft werden. Auf diese Weise könnten afrikanische Staaten nicht nur die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Wirtschaft schaffen, sondern auch zusätzliche Mittel für die Entwicklungsfinanzierung mobilisieren, um Biodiversität und Ökosysteme des Kontinents zu erhalten,
- die unter Hunger und Armut leiden Investitionen in die Landwirtschaft wurden viel zu lange vernachlässigt. Kostbare Devisen fließen unnötig in die Deckung des Grundbedarfs. Der Agrarsektor, in dem circa 70 Prozent der Bevölkerung tätig sind, trägt nur 30 Prozent zur Wertschöpfung bei. Die Menschen im ländlichen Raum dürfen nicht zum Verlierer der Globalisierung, werden. Wir brauchen daher dringend neue Wege für nachhaltige agrarische Wertschöpfungsketten und eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort,
- die bereit sind, in dezentrale Energielösungen für eine schnelle und effektive Versorgung des ländlichen Raums zu investieren. Dies schafft Arbeitsplätze und ermöglicht Wertschöpfung vor Ort, indem z.B. Anlagen zur Gewinnung von Energie aus Solar-, Wind-, Biomasse- oder Wasserenergie durch Dorfgemeinschaften oder Genossenschaften aufgebaut und betrieben werden.
- Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung deshalb insbesondere auf, in der Entwicklungszusammenarbeit auf nationaler wie auf europäischer Ebene dafür zu sorgen bzw. nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass
- faire Handelsabkommen geschlossen werden, die sich vor allem daran orientieren, dass Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Afrika entstehen können. Exportüberschüsse europäischer Staaten nach Afrika, die – teilweise mit subventionierten Produkten, die hier nicht marktfähig sind – dort das Entstehen eigener nachhaltiger Produktion wirtschaftlich erschweren, müssen gestoppt werden,
- Hilfe bei der Festigung rechtsstaatlicher Strukturen stärker in den Mittelpunkt der Entwicklungszusammenarbeit gestellt wird. Dabei kommt der Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit (IRZ) besondere Bedeutung zu,
- Investitionen deutscher/europäischer Unternehmen in jeder Hinsicht, insbesondere durch staatliche Bürgschaften auch für innovativere Geschäfte gefördert werden. Partnerschaftliche Beteiligungen deutscher/europäischer mit einheimischen Unternehmern sollen dabei besonders berücksichtigt werden,
- Verstärkte Zusammenarbeit zwischen afrikanischen, deutschen Hochschulen

und deutscher Unternehmen beim Aufbau von sog. Business Akademien und Business Campi innerhalb afrikanischer Hochschulen zur Förderung des afrikanischen Unternehmertums,

- finanzielle Mittel im Rahmen der ODA-Quote (= Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am BIP, z.Zt. 0,7 Prozent) bereitgestellt werden, um sinnvolle Projekte der Entwicklungszusammenarbeit zu finanzieren und den Ländern, die entsprechend den oben genannten Kriterien zu substantziellen Fortschritten bereit sind, beim Abbau wirtschaftlich erdrückender Schulden zu helfen.

## **Antrag Nr. C 207 - KV Schwerin**

Abschaffung Solidaritätszuschlag bis 2021

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 46, C 81, C 96, C 118, C 165, C 188 und C 207 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands will den Solidaritätszuschlag bis Ende 2021 vollständig abschaffen. Dabei halten wir am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne neue Schulden fest.

## **Antrag Nr. C 208 - KV Steglitz-Zehlendorf**

### **Erweiterte Abschiebehaft**

Die CDU Deutschlands wird in ihrem Wahlprogramm zur Europawahl 2019 fordern, dass die europäischen Regelungen zur Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer reformiert werden. Dabei soll darauf verzichtet werden, alle Aspekte des Asylrechts gleichzeitig neu zu regeln. Die Uneinigkeit in zu vielen Fragen verlangsamt die notwendige Erweiterung der Abschiebehaft im europäischen Recht.

Die Voraussetzungen unter denen derzeit ein ausreisepflichtiger Ausländer in Abschiebehaft genommen werden kann, ergeben sich aus Art. 15 RL 2008/115/EG. Die Mitgliedsstaaten dürfen Abschiebehaft danach nur verhängen, um die Rückkehr des Ausreisepflichtigen vorzubereiten oder die Abschiebung durchzuführen. Darüber hinaus muss ein Haftgrund vorliegen. Ein solcher kann insbesondere Fluchtgefahr oder die Umgehung oder die Behinderung der Abschiebung sein. Die Haftdauer muss so kurz wie möglich bemessen sein und darf sechs Monate nicht überschreiten.

Dieser rechtliche Rahmen hat sich in der Vergangenheit, wenn es um die Abschiebung straffälliger Ausländer geht, als zu eng erwiesen. Es gibt eine relativ kleine Gruppe meist männlicher Ausreisepflichtiger, deren Nichtausreise die Sicherheit gefährdet und dadurch den öffentlichen Diskurs bestimmen. Diese Personengruppe begeht häufig Straftaten bis zu ihrer Abschiebung.

Eine Möglichkeit, sie bis zur Abschiebung in Abschiebehaft zu nehmen, besteht bisher nicht. Denn die Richtlinie 2008/115/EG erlaubt Abschiebehaft nur zum Zwecke der (unmittelbaren) Vorbereitung bzw. Durchführung der Abschiebung, sieht einen Haftgrund der Gefährlichkeit des Ausländers nicht vor und begrenzt die Abschiebehaft schließlich auf maximal sechs Monate. Dieser Rechtszustand sollte nicht länger hingenommen werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 208 anzunehmen.

Wir fordern daher, die Schaffung der rechtlichen Möglichkeit, ausreisepflichtige Straftäter ohne weiteres bis zur Vollstreckung ihrer Ausreisepflicht in Haft zu nehmen. Dazu soll am besten eine einheitliche unmittelbar geltende Grundverordnung geschaffen werden. Hierzu ist erforderlich:

- die Schaffung eines Haftgrundes für alle ausreisepflichtigen Ausländer, die im Bundesgebiet bereits wegen erheblicher Straftaten verurteilt wurden, aber nicht in Haft sind. Als erheblich gelten insbesondere alle Körperverletzungs- und schwere Eigentumsdelikte, Betäubungsmittelstraftaten sowie alle Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung.

- die Verpflichtung der zuständigen Behörde, den Ausländer bei Vorliegen des Haftgrundes und nach Ablauf der Ausreisepflicht ohne Weiteres (also insbesondere ohne dass die Abschiebung unmittelbar bevorsteht) in Haft zu nehmen.

- die Streichung der sechs-Monatsgrenze für die Abschiebehaft für Ausländer, die wegen des genannten Haftgrundes in Haft genommen werden. Bei diesen Personen soll die Abschiebehaft fort dauern können, bis sie entweder abgeschoben worden sind oder ein Gericht festgestellt hat, dass von ihnen keine Gefährlichkeit mehr ausgeht.

Der derzeit diskutierte Entwurf zur Änderung der Richtlinie 2008/115/EG schafft nur teilweise Abhilfe und geht nicht weit genug. Er sieht zwar einen Haftgrund der Gefahr für die öffentliche Sicherheit, Ordnung oder die nationale Sicherheit vor. Im Übrigen soll es aber bei der Zwecksetzung der Abschiebehaft (Vorbereitung und Durchführung der Rückkehr) und der Hafthöchstdauer von 6 Monaten verbleiben.

## **Antrag Nr. C 209 - KV Trier-Saarburg**

### **Energiesteuern senken – Bürger mit steigenden Energiekosten nicht alleine lassen!**

Der Bund verbucht derzeit Steuereinnahmen in Rekordhöhe. Für 2017 wurden insgesamt 309,1 Milliarden eingenommen, die Schätzung für 2018 geht von 321,3 Milliarden aus und die aktuellen Zahlen vom September liegen schon bei 236,2 Milliarden, wobei die prognostizierte Steigerung von 3,9 % für 2018 mit 5,8% bereits weit überschritten wurde, wodurch die Zahlen für das Gesamtjahr 2018 wohl noch besser ausfallen werden. Es wäre damit an der Zeit Stellschrauben zu finden, wie wir den Menschen im Land wieder mehr Geld in der eigenen Tasche belassen können. Die andauernde Krise im Nahen Osten und die wirtschaftlichen Turbulenzen der letzten Jahre lassen den Ölpreis stetig ansteigen.

Der Weltmarkt im Flüssiggasbereich mit dem großen Abnehmer China und die Energiewende, die Gaskraftwerke auf Grund geringerer CO<sub>2</sub> Emissionen nun bevorzugt, lassen auch die Gaspreise immer weiter ansteigen. Gleichzeitig erhebt der Staat auf die Energieträger hohe Steuern in Form von Energiesteuer und Mehrwertsteuer. Insgesamt werden hier jährlich alleine mit der Energiesteuer 40 Milliarden Euro eingenommen, die Mehrwertsteuer wird, da prozentual berechnet, sogar immer höher mit den steigenden Preisen. Gerade vor den Wintermonaten, in denen die Nachfrage die Preise weiter in die Höhe treibt, haben viele Haushalte mit den steigenden Kosten zu kämpfen. Sowohl für Eigenheimbesitzer als auch für Mieter würden hier Entlastungen gleichermaßen wirken, da beide die Nebenkosten ihrer Wohnung zu tragen

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 209 an den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern zu überweisen.

haben. Dadurch würde der Anteil der Wohnkosten für Stadtbewohner, wie für Landbewohner gleichermaßen gesenkt, während viele Initiativen wie die Mietpreisbremse und sozialer Wohnungsbau bei der Wohnkostenreduzierung häufig nur einseitig wirken. In Zeiten gefüllter Staatskassen und sprudelnder Steuereinnahmen wäre es ein gutes Signal die Bürger nicht mit dem Problem steigender Energiekosten alleine zu lassen.

Die CDU Deutschland fordert daher die Bundesregierung auf, die Energiesteuern für den Bereich der Heizenergieträger Heizöle, Gase und Kohle im Sinne eines Ausgleichs der hohen Preissteigerungen zu senken.

Beschlossen beim Kreisvorstand der CDU Trier-Saarburg am 01.10.2018

### **Antrag Nr. C 210 - KV Unna**

Bei der Erstellung des nächsten Grundsatzprogramms der CDU Deutschlands wird die Programmkommission darauf achten, die christdemokratischen Forderungen klar, knapp und verständlich zu formulieren. Das Grundsatzprogramm soll der Allgemeinheit überschaubar vermitteln, wofür die CDU steht.

Eine zweite Fassung wird in leichter Sprache erstellt.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 210 in folgender Fassung anzunehmen:

Bei der Erstellung des nächsten Grundsatzprogramms der CDU Deutschlands wird darauf geachtet, die christdemokratischen Forderungen klar, knapp und verständlich zu formulieren. Das Grundsatzprogramm soll der Allgemeinheit überschaubar vermitteln, wofür die CDU steht.

Eine Fassung des Grundsatzprogramms wird in leichter Sprache erstellt.

### **Antrag Nr. C 211 - KV Vechta**

#### **Dorfentwicklung im ländlichen Raum ermöglichen!**

Die Bundesregierung wird aufgefordert

1. sich für eine praxisnahe Ausgestaltung der GIRL Regelungen bzw. TA Luft für die Dorfentwicklung im ländlichen Raum einzusetzen;
2. konkret darauf hinzuwirken, dass Deutschland Ausnahmeregelungen bezogen auf die Geruchsemissionen in landwirtschaftlich geprägten Regionen schafft;
3. sich dafür einzusetzen, dass im Baurecht eine neue Baugebietskategorie „Ländliches Gebiet“ geschaffen wird.

Vorbild sollte dabei das kürzlich geschaffene „Urbane Gebiet“ gemäß § 6 a BauNVO sein. Damit könnte den Städte und Gemeinden im ländlichen Raum die Möglichkeit gegeben werden, flexibler vor Ort zu planen und das Miteinander von Wohnen und landwirtschaftlicher Entwicklung zu erleichtern.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 211 anzunehmen.

### **Antrag Nr. C 212 - KV Vechta**

#### **Beschäftigung von Flüchtlingen**

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag

Die CDU Deutschlands ist der Auffassung, dass die Beschäftigung von Flüchtlingen oder anderen Zuwanderern gerade in kleinen und mittleren Unternehmen einen erheblichen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels leisten kann. Gleichzeitig ist die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung mit viel Kontakt zur Mitte der Gesellschaft das anerkannt beste Mittel, um Integration zu einem Erfolg zu machen. Bestehende bürokratische Hindernisse müssen daher schnellstmöglich aufgehoben werden. So müssen etwa flexible Möglichkeiten zur Anpassung der Aus- und Weiterbildungsdauer, wenn schon Vorkenntnisse vorhanden sind, deutlich ausgebaut werden. Auch die Arbeitsagenturen sollten hier aktiv auf Unternehmen mit ausgeschriebenen offenen Stellen zugehen und sie unbürokratisch hinsichtlich der Beschäftigung von Flüchtlingen beraten. Der Bund muss dafür zusätzliche Mittel und ggf. auch zusätzliches Personal in speziellen Beratungsstellen zur Verfügung stellen.

## Antrag Nr. C 213 - KV Vechta

### Flexibilisierung der bisherigen Arbeitszeitgesetze

Die CDU Deutschlands setzt sich für eine Flexibilisierung der bisherigen Arbeitszeitgesetze mit Augenmaß ein, die die Einrichtung insbesondere familienfreundlicher und praxisnaher Arbeitszeitmodelle einschließlich des Home-Office erleichtert. Konkret sollte die reguläre Höchstarbeitszeit von derzeit acht Stunden pro Tag auf 40 Stunden pro Woche geändert werden. Die notwendige ununterbrochene Ruhezeit von derzeit elf Stunden ist zudem um eine Klausel zu ergänzen, die diese auf neun Stunden reduziert, sofern die Arbeit jenseits des eigentlichen Arbeitsplatzes stattfindet und von dieser Verkürzung keine Sicherheitsgefährdung ausgeht. Insbesondere ist dabei sicherzustellen, dass kleine und mittlere Unternehmen nicht bereits durch gesetzliche Regelungen wie die Bindung an Tarifverträge gegenüber Großkonzernen benachteiligt werden.

## Antrag Nr. C 214 - KV Vechta

### Sozialen Wohnungsbau finanziell unterstützen

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, den Sozialen Wohnungsbau sowie die Soziale Wohnraumförderung wieder finanziell zu unterstützen. Kommunale Organisationen müssen durch Zuschüsse höherer Ebenen in die Lage versetzt werden, nicht nur zahlenmäßig mehr Wohnraum schaffen zu können, sondern diesen auch ansprechend zu gestalten. Das schlechte Image, das sozialer Wohnraumförderung zuweilen anhaftet, gilt es, schnellst möglich zu beheben.

C 212 in folgender Fassung anzunehmen:

### Beschäftigung von Flüchtlingen

Die CDU Deutschlands ist der Auffassung, dass auch die Beschäftigung von Flüchtlingen oder anderen Zuwanderern gerade in kleinen und mittleren Unternehmen in Teilen helfen kann, dem Fachkräftemangel in Deutschland zu begegnen. Die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist mit viel Kontakt zur Mitte der Gesellschaft das beste Mittel, um Integration zu einem Erfolg zu machen. Bestehende bürokratische Hindernisse müssen daher schnellstmöglich aufgehoben werden. So müssen etwa flexible Möglichkeiten zur Anpassung der Aus- und Weiterbildungsdauer, wenn schon Vorkenntnisse vorhanden sind, deutlich ausgebaut werden. Damit darf jedoch keine Aufenthaltsverfestigung verbunden sein. Auch die Arbeitsagenturen sollten hier aktiv auf Unternehmen mit ausgeschriebenen offenen Stellen zugehen und sie unbürokratisch hinsichtlich der Beschäftigung von Flüchtlingen beraten.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 112 und C 213 gemeinsam zu behandeln, in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die CDU Deutschlands setzt sich für eine Flexibilisierung der bisherigen Arbeitszeitgesetze mit Augenmaß ein. Dafür wollen wir echte Freiräume in den Betrieben ermöglichen und trotzdem klare Leitplanken setzen. Wir wollen einen Rahmen schaffen, in dem Unternehmen, Beschäftigte und die Tarifpartner den vielfältigen Wünschen und Anforderungen in der Arbeitszeitgestaltung gerecht werden können.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 214 als erledigt zu betrachten.

## Antrag Nr. C 215 - KV Wesel

### Krähenplage bekämpfen

Die große Anzahl von Krähen, insbesondere von Saatkrähen, führt an vielen Orten zu erheblichen Problemen. Straßen, Markplätze, Friedhöfe, Schulhöfe und Wege, selbst Biergärten und viele andere beliebte Treffpunkte mit altem Baumbestand sind mit großen Krähenkolonien bevölkert. Der Lärm und die großen Mengen an Kot führen zu Umweltbelastungen, die auch gesundheitsgefährdend sein können. Im Internet finden sich viele Einträge mit schlimmen Beispielen über Belästigungen, die die Bürgerinnen und Bürger zu ertragen haben. Hinzu kommt, dass Rabenvögel als Nesträuber zum Rückgang anderer Vogelarten erheblich beitragen.

Die CDU Deutschland fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, sich mit dem Problem zu befassen, damit Lösungen gefunden werden, die zu einer Beendigung der landesweiten Krähenplage führen.

## Antrag Nr. C 216 - Auslandsverband Brüssel

### Europahymne

Zum Schluss jedes Bundesparteitages der CDU Deutschlands wird nach dem Deutschlandlied die Europahymne gespielt.

Die CDU Deutschlands steht in der Tradition Konrad Adenauers und Helmut Kohls. Sie ist die Partei der deutschen und europäischen Einheit. Keine andere Partei in Deutschland steht mehr für den europäischen Einigungsgedanken als die Christlich Demokratische Union.

Es ist guter Brauch, dass wir jeden Bundesparteitag gemeinsam mit dem Deutschlandlied beschließen. Als gestaltende politische Kraft im europäischen Einigungsprozess sollten wir künftig auch die Europahymne gemeinsam singen, so wie es bei unserer bayerischen Schwesterpartei CSU schon seit vielen Jahren üblich ist.

## Antrag Nr. C 217 - Auslandsverband Brüssel

### EVP-Logo auf Wahlplakaten 2019

Die CDU Deutschlands wird im Europawahlkampf 2019 zusätzlich zum Logo der CDU das Logo der Europäischen Volkspartei (EVP) auf Plakaten, im Internet und auf anderen Werbematerialien verwenden. Das Wahlprogramm der EVP sollte auf Deutsch und Englisch an sichtbarer Stelle auf der Internetseite der CDU abrufbar sein. Außerdem sollte der Spitzenkandidat der EVP für die Europawahl 2019 sichtbarer Teil des CDU-Europawahlkampfes sein.

Im Vorfeld des Europawahlkampfes sollten CDU-Funktionsträger und ehrenamtliche CDU-Wahlkampfhelfer über die grundlegende Funktionsweise und das Wahlprogramm der EVP informiert und geschult werden.

Im Rahmen des Europawahlkampfes sollten wir uns als CDU zu den Erfolgen der EVP-geführten Europäischen Kommission bekennen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 215 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 13 und C 216 gemeinsam zu behandeln, in folgender Fassung anzunehmen und an den Generalsekretär zu überweisen.

### Europahymne

Der Generalsekretär soll prüfen, ob künftig anlassbezogen, bei bestimmten Veranstaltungen der CDU als der gestaltenden politischen Kraft im europäischen Einigungsprozess neben dem Deutschlandlied auch die Europahymne gespielt wird.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 217 anzunehmen.

## **Antrag Nr. C 218 - Auslandsverband Brüssel**

### **Schengen erhalten – temporäre Grenzkontrollen beenden**

Die CDU Deutschlands fordert, die im September 2015 eingeführten Grenzkontrollen an den drei bayerisch-österreichischen Grenzübergängen nahe Salzburg, im Inntal und bei Passau nicht über den bei der Europäischen Kommission bereits notifizierten Zeitraum hinaus zu verlängern.

Die Schaffung des Schengenraums mit seinen offenen Binnengrenzen ist ein Meilenstein der europäischen Integration. Bürger und Wirtschaftstreibende in ganz Europa und besonders in den Grenzregionen profitieren davon massiv.

Grund für die vorübergehende Einführung von ständigen Kontrollen an bestimmten Grenzübergängen nach September 2015 war der verstärkte Zustrom von Flüchtlingen und Migranten in den Schengenraum.

Allerdings sind die ständigen Kontrollen an den drei bayerisch-österreichischen Grenzübergängen vor allem von symbolischem Wert. Das Ende dieser Kontrollen wäre ein klares Zeichen für Freizügigkeit im Schengenraum als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

Nur mit einem wirksamen Schutz der Schengen-Außengrenzen gegen illegale Migration wird es gelingen, die Freizügigkeit innerhalb des Schengenraums dauerhaft zu erhalten. Eine Stärkung des gemeinsamen EU-Grenzschutzes sowie der gemeinsamen EU-Asylpolitik stellen einen wichtigen Beitrag zur Lösung dar.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 218 abzulehnen.

## **Antrag Nr. C 219 - Auslandsverband Brüssel**

### **Umweltplakette EU-weit vereinheitlichen**

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, die nationalen Umweltplaketten für Kraftfahrzeuge zukünftig durch eine einheitliche europäische Umweltplakette zu ersetzen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 219 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 220 - der Mitglieder Alexander Mitsch, Hinrich Rohbohm, Peter Scholze und weiteren 497 Mitgliedern**

### **Sonderparteitag "Asyl und Einwanderung"**

Es wird beantragt, im Jahr 2019 einen Sonderparteitag zum Thema "Asyl und Einwanderung" durchzuführen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 220 abzulehnen.

## **Antrag Nr. C 221 - der Mitglieder Alexander Mitsch, Hinrich Rohbohm, Peter Scholze und weiteren 497 Mitgliedern**

### **Globaler Pakt für Migration**

Der Bundesparteitag fordert die Bundeskanzlerin auf, den „Globalen Pakt für Migration“ seitens der Bundesrepublik Deutschland nicht vor einer Beratung und Beschlussfassung in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU und im Bundestag unterschreiben zu lassen.

Die Antragskommission empfiehlt, angesichts der zum Zeitpunkt des Versands der Broschüre bereits für den 27.11.2018 vereinbarten Beratung und Beschlussfassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie anschließenden Behandlung im Deutschen Bundestag, den Antrag



C 221 als erledigt zu betrachten.

## **Antrag Nr. C 222 - der Mitglieder Alexander Mitsch, Hinrich Rohbohm, Peter Scholze und weiteren 497 Mitgliedern**

### **Umsetzung Optionspflicht**

Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand der CDU auf, im ersten Quartal 2019 einen Zeitplan zu entwickeln, wie der Beschluss des Bundesparteitags der CDU vom Dezember 2016 zur Optionspflicht („Beschränkung Doppelpass“) umgesetzt werden kann.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 198 und C 222 in folgender Fassung anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die CDU Deutschlands bekräftigt ihre im gemeinsamen Regierungsprogramm von CDU und CSU zum Ausdruck gebrachte Ablehnung einer generellen doppelten Staatsangehörigkeit. Sie setzt sich weiterhin dafür ein, dass Mehrstaatigkeit grundsätzlich vermieden werden und nur im Ausnahmefall möglich sein sollte. Sie bittet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, einen Zeitplan für entsprechende Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts in der laufenden Legislaturperiode zu entwickeln.

## **Antrag Nr. C 223 - der Mitglieder Alexander Mitsch, Hinrich Rohbohm, Peter Scholze und weiteren 497 Mitgliedern**

### **Mitgliederbefragungen**

Die CDU Deutschlands setzt eine Satzungskommission ein, die dem nächsten Bundesparteitag nachstehenden Änderungsantrag vorlegt:

§ 6a wird wie folgt geändert:

Der Bundesverband hat Mitgliederbefragungen in folgenden Fällen durchzuführen:

1. Auf Antrag von mindestens 500 Mitgliedern zu relevanten Sachfragen.
2. Auf Beschluss des Bundesvorstands. Der Bundesvorstand soll bei wesentlichen politischen Inhalten über die nicht bereits die Bundesfraktion entschieden hat, eine Befragung der Mitglieder durchführen.
3. Auf Antrag von zwei Landesverbänden.
4. Zur Wahl des Parteivorsitzenden.
5. Zum Abschluss von Koalitionsverträgen.
6. Bei Änderungen des Grundsatzprogramms der CDU

Hierbei soll es den Mitgliedern ermöglicht werden, auf Wunsch online teilzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 223 an den Bundesvorstand zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 224 - der Mitglieder Alexander Mitsch, Hinrich Rohbohm, Peter Scholze und weiteren 497 Mitgliedern**

### **Delegierte Bundesparteitag**

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag

Die CDU Deutschlands setzt eine Satzungskommission ein, die dem nächsten Bundesparteitag nachstehenden Änderungsantrag vorlegt:

C 224 abzulehnen.

§28 des Statuts der CDU Deutschlands wird wie folgt geändert:

Die Delegierten für den Bundesparteitag werden ausschließlich auf Kreisparteitagen gewählt. Haupt- und nebenberufliche Mitarbeiter der Partei – auf allen Ebenen – sind als Delegierte nicht wählbar.

### **Antrag Nr. C 225 - der Mitglieder Alexander Mitsch, Hinrich Rohbohm, Peter Scholze und weiteren 497 Mitgliedern**

#### **Amtszeitbegrenzung des Bundeskanzlers**

Die CDU/CSU Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen, der eine Begrenzung der Amtszeit des deutschen Bundeskanzlers auf maximal zwei Legislaturperioden festschreibt.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 225 abzulehnen.

### **Antrag Nr. C 226 - der Mitglieder Alexander Mitsch, Hinrich Rohbohm, Peter Scholze und weiteren 497 Mitgliedern**

#### **Mitgliederparteitage**

Die CDU Deutschlands setzt eine Satzungskommission ein, die dem nächsten Bundesparteitag nachstehenden Änderungsantrag zum CDU-Statut vorlegt:

Kreisparteitage und Bezirksparteitage sind grundsätzlich mitgliederoffen durchzuführen. Bei dort stattfindenden Wahlen sind alle Mitglieder stimmberechtigt. Dieses Stimmrecht soll auch online ausgeübt werden können.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 226 abzulehnen.

**31. Parteitag der CDU Deutschlands**

**7. bis 8. Dezember, Hamburg Messe**

**CDU**

**Leitfragen zum neuen**

**Grundsatzprogramm der CDU**

**Antrag Nr. D 1 - Bundesvorstand**

1. **Antrag: Leitfragen zum neuen Grundsatzprogramm der CDU**  
Wir als CDU Deutschlands wollen ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten. Der erste Schritt dazu war die Zuhör-Tour von April bis September 2018. Tausende Mitglieder haben mitgemacht und ihre Fragen und Ideen eingebracht. Die Anliegen der CDU-Mitglieder sind alle aufgenommen und in Leitfragen zusammengefasst worden. Die Mitglieder, Parteigliederungen und Vereinigungen sollen nun bis zum 30. Juni 2019 Vorschläge für die Antworten auf die Leitfragen machen. Sie können eine oder mehrere Leitfragen beantworten. Die Vorschläge sollen den Leitfragen und innerhalb der Leitfragen jeweils den Unterfragen zugeordnet werden, damit durch die Vorschläge eine gute Grundlage für den Austausch von Argumenten während der Programmklausuren und Programmdebatten im Herbst 2019 geschaffen wird.
- Die Gliederung der Leitfragen und Unterfragen ist noch nicht gleichbedeutend mit der Gliederung des neuen Grundsatzprogramms. Welche Kapitel in welcher Reihenfolge das Grundsatzprogramm haben wird, wird im Diskussionsprozess entschieden.
- Gordian S.: „Wie lässt sich unser christlich-konservatives Wertebild mit der modernen Gesellschaft verbinden?“  
Uwe B.: „Christliches Menschenbild, der Mensch muss im Mittelpunkt stehen; Wir wollen Dinge möglich machen und nicht verhindern; Den Menschen im Land Freiheiten geben; klare Regeln, auf Basis unserer Werte, die umgesetzt werden müssen.“
1. Wie gestalten wir als starke Volkspartei der Mitte erfolgreiche Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes?
    - 1.1. Wie prägt das christliche Menschenbild unsere Politik?
    - 1.2. Was verstehen wir unter Freiheit und Eigenverantwortung?
    - 1.3. Wie gelingt Solidarität?
    - 1.4. Wie leben wir Gerechtigkeit?
    - 1.5. Was ist konservativ, was ist christlich-sozial, was ist liberal?
    - 1.6. Wie verstehen wir Subsidiarität?
    - 1.7. Mit welchem Anspruch und mit welcher Haltung blicken wir in die Zukunft?
    - 1.8. Wie können wir auch künftig eine erfolgreiche und attraktive Volkspartei bleiben?
    - 1.9. Welche Rahmenbedingungen unserer politischen Arbeit müssen wir ändern, um mehr Frauen, mehr junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund für das Engagement in der CDU zu gewinnen?
    - 1.10. Wie gehen wir in der CDU miteinander um und wie treffen wir gemeinsame Entscheidungen?
    - 1.11. Wie führen wir die Auseinandersetzungen im politischen Wettbewerb?
    - 1.12. Was bedeuten für uns politische Verantwortung und politische Führung?

Zur Ziffer 1 gehören die Anträge D 1 bis D 6 und D 8 bis D 14

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge D 1 bis D 4, D 6, D 8, D 9 und D 11 bis D 14 in folgender Fassung anzunehmen:

1.

**Antrag: Leitfragen zum neuen Grundsatzprogramm der CDU**

Wir als CDU Deutschlands wollen ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten. Der erste Schritt dazu war die Zuhör-Tour von April bis September 2018. Tausende Mitglieder haben mitgemacht und ihre Fragen und Ideen eingebracht. Die Anliegen der CDU-Mitglieder sind alle aufgenommen und in Leitfragen zusammengefasst worden.

Die Mitglieder, Parteigliederungen und Vereinigungen sollen nun bis zum 30. Juni 2019 Vorschläge für die Antworten auf die Leitfragen machen. Sie können eine oder mehrere Leitfragen beantworten. Die Vorschläge sollen den Leitfragen und innerhalb der Leitfragen jeweils den Unterfragen zugeordnet werden, damit durch die Vorschläge eine gute Grundlage für den Austausch von Argumenten während der Programmklausuren und Programmdebatten im Herbst 2019 geschaffen wird.

Die Gliederung der Leitfragen und Unterfragen ist noch nicht gleichbedeutend mit der Gliederung des neuen Grundsatzprogramms. Welche Kapitel in welcher Reihenfolge das Grundsatzprogramm

haben wird, wird im Diskussionsprozess entschieden.

*Gordian S.: „Wie lässt sich unser christlich-konservatives Wertebild mit der modernen Gesellschaft verbinden?“*

*Uwe B.: „Christliches Menschenbild, der Mensch muss im Mittelpunkt stehen; Wir wollen Dinge möglich machen und nicht verhindern; Den Menschen im Land Freiheiten geben; klare Regeln, auf Basis unserer Werte, die umgesetzt werden müssen.“*

**1. Wie gestalten wir als starke Volkspartei der Mitte erfolgreiche Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes?**

- 1.1. Was verstehen wir unter dem christlichen Menschenbild, wie prägt es unsere Politik und wie leben wir das „C“?
- 1.2. Was verstehen wir unter Freiheit und Eigenverantwortung?
- 1.3. Wie gelingt Solidarität?
- 1.4. Wie leben wir Gerechtigkeit?
- 1.5. Was ist konservativ, was ist christlich-sozial, was ist liberal?
- 1.6. Wie verstehen wir Subsidiarität?
- 1.7. Mit welchem Anspruch und mit welcher Haltung blicken wir in die Zukunft?
- 1.8. Was macht unser Selbstverständnis als Volkspartei aus und wie

- können wir auch künftig attraktiv und erfolgreich sein?
- 1.9. Welche Rahmenbedingungen und Strukturen unserer politischen Arbeit müssen wir ändern, um mehr Frauen, mehr junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund für das Engagement in der CDU zu gewinnen?
- 1.10. Wie gehen wir in der CDU miteinander um und wie treffen wir gemeinsame Entscheidungen?
- 1.11. Wie führen wir die Auseinandersetzungen im politischen Wettbewerb und wie grenzen wir uns von anderen Parteien ab?
- 1.12. Was bedeuten für uns politische Verantwortung und politische Führung?

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 7 bei Ziffer 9 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 5 aus systematischen Gründen unberücksichtigt zu lassen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 10 abzulehnen.

## **Antrag Nr. D 2 - BV Junge Union**

Zeile 41

Nach den Worten: „...attraktive Volkspartei bleiben?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Sind unsere Parteistrukturen noch aktuell?“

### **Antrag Nr. D 3 - BV Junge Union**

Zeile 41

Nach den Worten: „...attraktive Volkspartei bleiben?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie schaffen wir es (junge) mobile Mitglieder in unsere Parteiarbeit einzubinden?“

### **Antrag Nr. D 4 - BV Junge Union**

Zeile 41

Nach den Worten: „...attraktive Volkspartei bleiben?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie schaffen wir es besser Persönlichkeiten für Mandate auf allen Ebenen zu gewinnen?“

### **Antrag Nr. D 5 - BV Junge Union**

Zeile 52

Nach den Worten: „...politische Führung?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie sieht die Parteifinanzierung von morgen aus?“

### **Antrag Nr. D 6 - KV Leer**

Zeile 47 bis 48

Nach dem Satz:

„Wie gehen wir in der CDU miteinander um und wie treffen wir gemeinsame Entscheidungen?“

soll folgender Satz angefügt werden:

„Wie "leben" wir das "C" in unserer Partei und schaffen dafür gute Rahmenbedingungen?“

### **Antrag Nr. D 7 - KV Leer**

Zeile 52

Nach den Worten: „Was bedeuten für uns politische Verantwortung und politische Führung?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie schützen wir werdendes/ungeborenes Leben? Wie ermöglichen wir zum Ende des Lebens ein würdiges Sterben?“

### **Antrag Nr. D 8 - KV Main-Tauber**

Zeile 40 f

Streiche:

„Wie können wir auch künftig eine erfolgreiche und attraktive Volkspartei bleiben?“

Setze:

„Was kennzeichnet unser Selbstverständnis als „Volkspartei“, und wie können wir damit auch künftig erfolgreich sein?“

### **Antrag Nr. D 9 - KV Main-Tauber**

Zeile 47

Nach den Worten: „...CDU zu gewinnen.“

soll folgender Text eingefügt werden:

„1.9. Welche neuen Formate der Beteiligung und der Willensbildung müssen wir als Partei entwickeln, um Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen zur Mitwirkung einzuladen?“

### **Antrag Nr. D 10 - KV Main-Tauber**

Zeile 48

Nach den Worten: „...gemeinsame Entscheidungen?“

soll eine neue Ziffer eingefügt werden:

„Wie verhalten wir uns als CDU zum europaweiten Trend weg von den herkömmlichen Parteien, hin zur politischen Bewegung?“

### **Antrag Nr. D 11 - KV Main-Tauber**

Zeile 50

Nach den Worten: „...politischen Wettbewerb?“



soll folgender Satz eingefügt werden:

„, und wie grenzen wir uns von anderen Parteien ab?“

### **Antrag Nr. D 12 - KV Rhein-Erft**

Zeilen 29 bis 30

Streiche:

„Wie prägt das christliche Menschenbild unsere Politik?“

Setze:

„Was verstehen wir unter dem christlichen Menschenbild und wie prägt es unsere Politik?“

### **Antrag Nr. D 13 - KV Rhein-Erft**

Zeilen 40 bis 41

Streiche:

„Wie können wir auch zukünftig eine erfolgreiche und attraktive Volkspartei bleiben?“

Setze:

„Welche Eigenschaften machen uns auch zukünftig zu einer attraktiven Volkspartei?“

### **Antrag Nr. D 14 - KV Rhein-Erft**

Zeilen 47 bis 48

Streiche:

„Wie gehen wir in der CDU miteinander um und wie treffen wir gemeinsame Entscheidungen?“

Setze:

„Wie gehen wir in der CDU miteinander um und wie gelingt es möglichst viele Mitglieder an Entscheidungsprozessen zu beteiligen?“

### **Antrag Nr. D 15 - Bundesvorstand**

- 53 **2.**  
54 **Detlef K.: „Eigenverantwortlichkeit wieder stärker betonen,**  
55 **Selbstständigkeit stärken.“**  
56 **2. Wie gelingt ein Leben in Eigenverantwortung?**  
57 **2.1. Wie schaffen wir die richtige Balance zwischen der**  
58 **Verantwortung des Einzelnen und gesellschaftlicher**

Zur Ziffer 2 gehören die Anträge D 15 und D 17 bis D 20 sowie D 25 und D 74

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge D 15, D 17, D 18 und D 20 in folgender Fassung

- 59 **Solidarität?**  
60 **2.2. Wie ermutigen wir die Bürger zur Übernahme von**  
61 **mehr Eigenverantwortung?**  
62 **2.3. Wie schaffen wir mehr Raum für Freiheit der Bürger,**  
63 **in der Familie, in der Nachbarschaft und in der**  
64 **Freizeit?**  
65 **2.4. Wo setzt die Freiheit der Bürger dem Handeln des**  
66 **Staates Grenzen?**  
67 **2.5. Welche Rechte und Pflichten hat der Staat gegenüber**  
68 **den Bürgern?**  
69 **2.6. Welche Rechte und Pflichten haben die Bürger**  
70 **gegenüber Staat und Gesellschaft?**  
71 **2.7. Was können Bürger für die Gemeinschaft tun?**  
72 **2.8. Wie kann der Gemeinsinn durch einen Dienst für die**  
73 **Gesellschaft gestärkt werden?**  
74 **2.9. Wie kann die öffentliche Verwaltung ein moderner,**  
75 **zukunftsorientierter und verlässlicher Dienstleister**  
76 **für die Bürger bleiben?**  
77 **2.10. Wie kann unnötige Bürokratie abgebaut werden?**  
78 **2.11. Welche Chancen bietet die Digitalisierung für die**  
79 **Beziehung zwischen Bürgern und Staat?**  
80 **2.12. Wie sorgen wir für mehr Subsidiarität im politischen**  
81 **Alltag – in den Kommunen, in den Ländern, im Bund**  
82 **und in der EU?**

anzunehmen:

**2.**

*Detlef K.: „Eigenverantwortlichkeit wieder stärker betonen, Selbstständigkeit stärken.“*

**2. Wie verbinden wir Freiheit und Verantwortung?**

- 2.1. Wie schaffen wir die richtige Balance zwischen der Verantwortung des Einzelnen und gesellschaftlicher Solidarität?
- 2.2. Wie ermutigen wir die Bürger zur Übernahme von mehr Eigenverantwortung und wie ermöglichen wir diese?
- 2.3. Wie schaffen wir mehr Raum für Freiheit der Bürger, in der Familie, in der Nachbarschaft und in der Freizeit?
- 2.4. Wo setzt die Freiheit der Bürger dem Handeln des Staates Grenzen?
- 2.5. Welche Rechte und Pflichten hat der Staat gegenüber den Bürgern?
- 2.6. Welche Rechte und Pflichten haben die Bürger gegenüber Staat und Gesellschaft?
- 2.7. Was können Bürger für die Gemeinschaft tun?
- 2.8. Wie kann der Gemeinsinn durch einen Dienst für die Gesellschaft gestärkt werden?
- 2.9. Wie kann die öffentliche Verwaltung ein moderner,

- zukunftsorientierter und  
verlässlicher Dienstleister für  
die Bürger bleiben?
- 2.10. Wie kann unnötige Bürokratie  
abgebaut werden?
- 2.11. Welche Chancen bietet die  
Digitalisierung für die  
Beziehung zwischen Bürgern  
und Staat?
- 2.12. Wie sorgen wir für Subsidiarität  
im politischen Alltag – in den  
Kommunen, in den Ländern, im  
Bund und in der EU?

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag  
D 16 bei Ziffer 11 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge  
D 25 und D 74 durch Beschlussfassung zu Ziffer 2  
als erledigt zu betrachten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag  
D 19 abzulehnen.

## **Antrag Nr. D 16 - KV Leer**

Zeile 77

Nach den Worten: "Wie kann unnötige Bürokratie abgebaut werden?"

soll folgender Text eingefügt werden:

"Welche Maßnahmen können wir zur Beschleunigung von Planungsprozessen ergreifen?"

## **Antrag Nr. D 25 - KV Leer**

Zeile 101

Nach den Worten: „Wie soll unsere Bundeswehr aufgestellt sein?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie stehen wir zu einer allgemeinen Dienstpflicht?“

**Antrag Nr. D 17 - KV Main-Tauber**

Zeile 56

Streiche:

„2. Wie gelingt ein Leben in Eigenverantwortung?“

Setze:

„2. Wie verbinden wir Freiheit und Verantwortung?“

**Antrag Nr. D 74 - KV Main-Tauber**

Zeile 385

Nach den Worten: „...Neue Länder weiter?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„11.13. Wie fördern wir einen lebendigen Föderalismus, und wie gewinnen wir gemeinsam Stärke aus föderaler Vielfalt?“

**Antrag Nr. D 18 - KV Rhein-Erft**

Zeilen 60 bis 61

Streiche:

„Wie ermutigen wir die Bürger zur Übernahme von mehr Eigenverantwortung?“

Setze:

„Wie schaffen wir Rahmenbedingungen um den Bürgern mehr Eigenverantwortung zu ermöglichen?“

**Antrag Nr. D 19 - KV Rhein-Erft**

Zeile 71

Streiche:

„Was können Bürger für die Gemeinschaft tun?“

Setze:

„Welche Rolle hat der einzelne Bürger in der Gemeinschaft?“

**Antrag Nr. D 20 - KV Rhein-Erft**

Zeilen 80 bis 82

Streiche:

„Wie sorgen wir für mehr Subsidiarität im politischen Alltag – in den Kommunen, in den Ländern, im Bund und in der EU?“

Setze:

„Wie viel Subsidiarität ist im politischen Alltag- in den Kommunen, in den Ländern, im Bund und in der EU- erforderlich und wie fördern wir diese?“

## Antrag Nr. D 21 - Bundesvorstand

- 83 3.  
84 **Thomas S.: „Sicherheit, Ordnung und Wohlstand müssen die**  
85 **Leitideen der CDU sein.“**  
86 **Christoph B.: „Wie können wir die Innere Sicherheit verbessern,**  
87 **ohne Grundrechte zu verletzen und ohne Polizeistaat zu erhalten?“**  
88 **3. Wie gelingt ein Leben in Sicherheit?**  
89 3.1. **Wie stehen für uns Freiheit und Sicherheit**  
90 **zueinander?**  
91 3.2. **Wie stellen wir sicher, dass Recht und Gesetz schnell**  
92 **und konsequent durchgesetzt werden?**  
93 3.3. **Wie machen wir den Staat schlagkräftiger im Kampf**  
94 **gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität?**  
95 3.4. **Wie unterstützen wir unsere Polizei und die anderen**  
96 **Sicherheitsbehörden?**  
97 3.5. **Was erwarten wir von einer verlässlichen Justiz?**  
98 3.6. **Wie begegnen wir Cyber-Gefahren?**  
99 3.7. **Wie stärken wir die äußere Sicherheit Deutschlands**  
100 **und Europas?**  
101 3.8. **Wie soll unsere Bundeswehr aufgestellt sein?**  
102 3.9. **Mit welchen Partnern und in welchen Bündnissen**  
103 **wollen wir gemeinsam zu mehr Sicherheit in Europa**  
104 **und der Welt beitragen?**  
105 3.10. **Welche Verantwortung haben wir für die Sicherheit**  
106 **außerhalb Europas?**  
107 3.11. **Wie begleiten wir eine Entwicklung, die**  
108 **Lebensperspektiven in Afrika schafft?**  
109 3.12. **Wie treten wir wirksam auf der Welt für gute**  
110 **Regierungsführung, Menschenrechte, Demokratie,**  
111 **Rechtsstaatlichkeit und Religionsfreiheit ein, um**  
112 **unser Leben insgesamt sicherer zu machen?**

Zur Ziffer 3 gehören die Anträge D 21 bis D 24 und D 26 bis D 29

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge D 21 bis D 24 und D 26 bis D 29 in folgender Fassung anzunehmen:

3.  
*Thomas S.: „Sicherheit, Ordnung und Wohlstand müssen die Leitideen der CDU sein.“*  
*Christoph B.: „Wie können wir die Innere Sicherheit verbessern, ohne Grundrechte zu verletzen und ohne Polizeistaat zu erhalten?“*
- 3. Wie gelingt ein Leben in Sicherheit?**
- 3.1. Wie stehen für uns Freiheit und Sicherheit zueinander?
- 3.2. Wie stellen wir sicher, dass Recht und Gesetz schnell und konsequent durchgesetzt werden?
- 3.3. Wie machen wir die Sicherheitsarchitektur des Staates schlagkräftiger im Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität?
- 3.4. Wie unterstützen wir unsere Polizei und die anderen Sicherheitsbehörden?

- 3.5. Was erwarten wir von einem starken Rechtsstaat und einer verlässlichen Justiz?
- 3.6. Wie begegnen wir Cyber-Gefahren?
- 3.7. Wie stärken wir die äußere Sicherheit Deutschlands und die gemeinsame Sicherheit in Europa?
- 3.8. Wie soll unsere Bundeswehr aufgestellt sein?
- 3.9. Mit welchen Partnern und in welchen Bündnissen wollen wir gemeinsam zu mehr Sicherheit in Europa und der Welt beitragen?
- 3.10. Welche Verantwortung haben wir für die Sicherheit außerhalb Europas?
- 3.11. Wie tragen wir zu einer Entwicklung bei, die für mehr Menschen bessere Lebens- und Bleibeperspektiven in Afrika schafft?
- 3.12. Wie treten wir wirksam auf der Welt für gute Regierungsführung, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Religionsfreiheit ein, um unser Leben insgesamt sicherer zu machen?

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 25 bei Ziffer 2 zu behandeln.

**Antrag Nr. D 22 - BV Junge Union**

Zeile 92

Nach den Worten: „und konsequent durchgesetzt werden?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Ist unsere aktuelle Sicherheitsarchitektur im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung noch zeitgemäß?“

**Antrag Nr. D 23 - LV Hessen**

Zeilen 99 ff

Nach den Worten: „Wie stärken wir die äußere Sicherheit Deutschlands und Europas?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Sind wir zur Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands und Europas bereit, unsere eigene Souveränität ganz oder teilweise zurückzustellen?“

**Antrag Nr. D 24 - LV Hessen**

Zeile 107 f

Nach den Worten: „Wie begleiten wir eine Entwicklung, die Lebensperspektiven in Afrika schafft?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie können wir wirksam Armutsmigration aus Ländern Asiens und Afrika nach Deutschland und Europa begrenzen?“

**Antrag Nr. D 25 - KV Leer**

Zeile 101

Nach den Worten: „Wie soll unsere Bundeswehr aufgestellt sein?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie stehen wir zu einer allgemeinen Dienstpflicht?“

**Antrag Nr. D 26 - KV Main-Tauber**

Zeile 94

Nach den Worten: „...und organisierte Kriminalität?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„3.4. Wie stärken wir den Rechtsstaat gegen Rechtsmissbrauch, und wie sichern wir die Funktionsfähigkeit und Wehrhaftigkeit des Rechtsstaats?“

### **Antrag Nr. D 27 - KV Rhein-Erft**

Zeilen 107 bis 108

Streiche:

„Wie begleiten wir eine Entwicklung, die Lebensperspektiven in Afrika schafft?“

Setze:

„Wie begleiten wir eine Entwicklung, die bessere Lebensperspektiven in Afrika, Süd-Ost Europa und dem Nahen Osten schafft?“

### **Antrag Nr. D 28 - KV Rheingau-Taunus**

Zeilen 99 bis 100

Streiche:

„Wie stärken wir die äußere Sicherheit Deutschlands und Europas?“

Setze:

„Sind wir zur Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands und Europas bereit, unsere eigene Souveränität ganz oder teilweise zurückzustellen?“

### **Antrag Nr. D 29 - KV Rheingau-Taunus**

Zeilen 107 bis 108

Streiche:

„Wie begleiten wir eine Entwicklung, die Lebensperspektiven in Afrika schafft?“

Setze:

„Wie können wir wirksam Armutsmigration aus Ländern Asiens und Afrika nach Deutschland und Europa begrenzen?“

### **Antrag Nr. D 30 - Bundesvorstand**

113 4.  
114 **Albert P.: „Wie können wir gewährleisten, dass Deutschland auch**  
115 **noch in 30 Jahren eine wirtschaftliche Supermacht ist?“**

Zur Ziffer 4 gehören die Anträge D 30 bis D 32,  
D 34 und D 37 sowie D 52



- 116 **4. Wie gestalten wir ein wirtschaftlich erfolgreiches und sozial**  
 117 **sicheres Leben?**  
 118 **4.1. Worin bestehen für uns heute und in Zukunft**  
 119 **wirtschaftlicher Erfolg, Wachstum, Wohlstand und**  
 120 **gutes Leben?**  
 121 **4.2. Wie stellen wir die Weichen, dass die Soziale**  
 122 **Marktwirtschaft in Deutschland auch in Zukunft**  
 123 **erfolgreich ist?**  
 124 **4.3. Wie sichern wir, dass die Menschen von ihrer Arbeit**  
 125 **ein gutes Leben führen können?**  
 126 **4.4. Wie sichern wir Fachkräfte für eine dauerhaft**  
 127 **leistungsfähige Wirtschaft?**  
 128 **4.5. Wie spornen wir Leistung und Gründergeist an?**  
 129 **4.6. Wie befördern wir, dass Forschung und Innovation**  
 130 **erfolgreich in Geschäftsmodelle mit Wertschöpfung**  
 131 **in Deutschland umgesetzt werden?**  
 132 **4.7. Wie erreichen wir eine sichere, bezahlbare und**  
 133 **saubere Energieversorgung?**  
 134 **4.8. Wie leitet uns die Soziale Marktwirtschaft bei der**  
 135 **Digitalisierung der Arbeitswelt?**  
 136 **4.9. Wie führen wir die Sozialpartnerschaft in eine**  
 137 **erfolgreiche Zukunft?**  
 138 **4.10. Wie stellen wir auch künftig solide Finanzen sicher?**  
 139 **4.11. Wie stärken wir faire Handelsbeziehungen mit**  
 140 **unseren Partnern weltweit?**  
 141 **4.12. Wie festigen wir die globale Wettbewerbsfähigkeit**  
 142 **Europas?**

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge D 30 bis D 32, D 34 und D 37 sowie D 52 in folgender Fassung anzunehmen:

**4.**

*Albert P.: „Wie können wir gewährleisten, dass Deutschland auch noch in 30 Jahren eine wirtschaftliche Supermacht ist?“*

**4. Wie gestalten wir ein wirtschaftlich erfolgreiches und sozial sicheres Leben?**

- 4.1. Worin bestehen für uns heute und in Zukunft wirtschaftlicher Erfolg, Wachstum, Wohlstand und gutes Leben?
- 4.2. Wie stellen wir die Weichen, dass die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland auch in Zukunft erfolgreich ist?
- 4.3. Wie sichern wir, dass die Menschen von ihrer Arbeit ein gutes Leben führen können?
- 4.4. Wie sichern wir im internationalen Wettbewerb die Gewinnung von Fachkräften für eine dauerhaft leistungsfähige Wirtschaft?
- 4.5. Wie spornen wir Leistung und Gründergeist an und wie sichern wir die Zukunft des deutschen Mittelstands?
- 4.6. Wie befördern wir, dass Forschung und Innovation erfolgreich in Geschäftsmodelle mit Wertschöpfung in Deutschland

- umgesetzt werden?
- 4.7. Wie erreichen wir eine sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung?
- 4.8. Wie leitet uns die Soziale Marktwirtschaft bei der Digitalisierung der Arbeitswelt und welche Chancen sowie Risiken sehen wir in der Arbeitswelt der Zukunft?
- 4.9. Wie führen wir die Sozialpartnerschaft in eine erfolgreiche Zukunft?
- 4.10. Wie stellen wir auch künftig solide Finanzen sicher?
- 4.11. Wie stärken wir faire Handelsbeziehungen mit unseren Partnern weltweit?
- 4.12. Wie festigen wir die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas?

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge D 33, D 35, D 38 und D 39 bei Ziffer 7 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 36 bei Ziffer 5 zu behandeln.

## **Antrag Nr. D 52 - BV CDA**

Zeile 215

Nach den Worten: „... für die digitale Welt weiter?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„6.13. Welche Risiken birgt der technologische Wandel in der Berufswelt und wie schützen wir auch in Zukunft die Gesundheit der Menschen?“

**Antrag Nr. D 31 - BV Junge Union**

Zeile 142

Nach dem Wort: „...Europas?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie halten wir exzellente Köpfe in Deutschland bzw. schaffen es sie aus dem Ausland zurück zu gewinnen?“

**Antrag Nr. D 32 - BV Junge Union**

Zeile 142

Nach dem Wort: „...Europas?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie schaffen wir es im internationalen Kampf um Fachkräfte zu bestehen?“

**Antrag Nr. D 33 - LV Hessen**

Zeilen 118 ff

Nach den Worten: Worin besteht für uns heute und in Zukunft wirtschaftlicher Erfolg, Wachstum, Wohlstand und gutes Leben?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie verhindern wir in Zukunft eine übermäßige Belastung unserer Kinder mit Schulden, Steuern und Sozialabgaben?“

**Antrag Nr. D 34 - KV Main-Tauber**

Zeile 135

Nach den Worten: „... Digitalisierung der Arbeitswelt?“

soll folgender Satz eingefügt werden:

„... und welche Chancen sehen wir in der Arbeitswelt der Zukunft?“

**Antrag Nr. D 35 - KV Main-Tauber**

Zeile 135

Nach den Worten: „... Digitalisierung der Arbeitswelt?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„4.9. Wie beantworten wir als CDU gesellschaftliche Anforderungen an eine

moderne Zeitpolitik?“

### **Antrag Nr. D 36 - KV Rhein-Erft**

Zeilen 126 bis 127

Streiche:

Wie sichern wir Fachkräfte für eine dauerhaft leistungsfähige Wirtschaft?“

Setze:

„Wie fördern wir die Gewinnung sowie die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften für eine Dauerhaft leistungsfähige Wirtschaft?“

### **Antrag Nr. D 37 - KV Rhein-Erft**

Zeile 142

Nach den Worten: „...Europas?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„4.13. Wie unterstützen wir den Mittelstand als Wachstums-, Innovations- und Beschäftigungsmotor in Deutschland dabei sich auch in Zukunft im europäischen und globalen Wettbewerb zu behaupten?“

### **Antrag Nr. D 38 - KV Rhein-Erft**

Zeile 142

Nach den Worten: „...Europas?“

soll folgender Text angefügt werden:

„4.13. Welche Neustrukturierungen im Renten- und Gesundheitssystem sind erforderlich, um auch in Zukunft unter Berücksichtigung des demografischen Wandels eine angemessene Soziale Absicherung zu gewährleisten.“

### **Antrag Nr. D 39 - KV Rheingau-Taunus**

Zeilen 118 bis 120

Streiche:

„Worin besteht für uns heute und in Zukunft wirtschaftlicher Erfolg, Wachstum, Wohlstand und gutes Leben?“

Setze:

„Wie verhindern wir in Zukunft eine übermäßige Belastung unserer Kinder mit

Schulden, Steuern und Sozialabgaben?“

## Antrag Nr. D 40 - Bundesvorstand

- 143 5.  
144 **Carolin K., CDU Live 22.5.: „Die wichtigste Investition in unsere**  
145 **Zukunft ist die Bildung künftiger Generationen.“**  
146 **Leonard P.: „Wir müssen überlegen, welche Bildungsinhalte wir vor**  
147 **den Herausforderungen der Zeit priorisieren.“**  
148 **5. Wie garantieren wir ordentliche Bildung und exzellente**  
149 **Forschung?**  
150 5.1. **Wie verstehen wir Bildung auf der Grundlage des**  
151 **christlichen Menschenbildes?**  
152 5.2. **Wie sähen ideale Schulen aus Sicht der CDU aus?**  
153 5.3. **Was sollen frühkindliche Bildung und Schulen**  
154 **vermitteln und was nicht?**  
155 5.4. **Wie können wir dem Leistungsprinzip in der Bildung**  
156 **Geltung verschaffen?**  
157 5.5. **Wie gelingt es uns, die Qualität des Unterrichts so zu**  
158 **verbessern, dass mehr Kinder zu**  
159 **Bildungsaufsteigern werden?**  
160 5.6. **Welche Verantwortung tragen Eltern einerseits und**  
161 **Kinderbetreuungsstätten und Schulen andererseits**  
162 **für die Entwicklung von Kindern?**  
163 5.7. **Wie gestalten wir zentrale und föderale Elemente der**  
164 **Bildungspolitik?**  
165 5.8. **Wie stärken wir die berufliche Bildung und die**  
166 **Weiterbildung und wie garantieren wir die**  
167 **Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher**  
168 **Bildung?**  
169 5.9. **Wie müssen wir unsere Universitäten, Hochschulen**  
170 **und Forschungseinrichtungen weiterentwickeln,**  
171 **damit sie zukunftsfähig bleiben?**  
172 5.10. **Wie sichern wir Technologieoffenheit und**  
173 **Forschungsfreiheit?**  
174 5.11. **An welchen ethischen Maßstäben soll sich**  
175 **Forschung orientieren und wie stellen wir dies**  
176 **sicher?**  
177 5.12. **Wie begleiten wir bioethische Entscheidungen**  
178 **politisch?**

Zur Ziffer 5 gehören die Anträge D 36, D 40 bis D 42 und D 44 bis D 49

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge D 40, D 41 und D 46 bis D 48 in folgender Fassung anzunehmen:

5.  
*Carolin K., CDU Live 22.5.: „Die wichtigste Investition in unsere Zukunft ist die Bildung künftiger Generationen.“*  
*Leonard P.: „Wir müssen überlegen, welche Bildungsinhalte wir vor den Herausforderungen der Zeit priorisieren.“*
- 5. Wie garantieren wir ordentliche Bildung und exzellente Forschung?**
- 5.1. Wie verstehen wir Bildung auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes?
- 5.2. Wie sähen ideale Schulen aus Sicht der CDU aus?
- 5.3. Was sollen frühkindliche Bildung und Schulen vermitteln und was nicht?
- 5.4. Wie können wir dem Leistungsprinzip in der Bildung Geltung verschaffen?
- 5.5. Wie gelingt es uns, die Qualität des Unterrichts so zu verbessern, dass mehr Kinder zu Bildungsaufsteigern werden und dass Inklusion und Integration in unserem Schulsystem funktionieren?

- 5.6. Welche Verantwortung tragen Eltern einerseits und Kinderbetreuungsstätten und Schulen andererseits für die Entwicklung von Kindern?
- 5.7. Wie gestalten wir zentrale und föderale Elemente der Bildungspolitik und wie schaffen wir vergleichbare Bildungsstandards?
- 5.8. Wie stärken wir die berufliche Bildung und die Weiterbildung und wie garantieren wir die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung?
- 5.9. Wie müssen wir unsere Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen weiterentwickeln, damit sie zukunftsfähig bleiben?
- 5.10. Wie sichern wir Technologieoffenheit und Forschungsfreiheit?
- 5.11. An welchen ethischen Maßstäben soll sich Forschung orientieren und wie stellen wir dies sicher?
- 5.12. Wie begleiten wir bioethische Entscheidungen politisch?

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge D 43 und D 50 bei Ziffer 7 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 36 durch Beschlussfassung zu Ziffer 5 als erledigt zu betrachten.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge

**Antrag Nr. D 41 - BV Junge Union**

Zeile 164

Nach dem Wort: „...Bildungspolitik?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie schaffen wir vergleichbare Bildungsstandards?“

**Antrag Nr. D 42 - LV Hessen**

Zeilen 155 ff

Streiche:

„Wie können wir dem Leistungsprinzip in der Bildung Geltung verschaffen?“

Setze:

„Wie fördern wir Exzellenz und herausragende Leistungen in Schule, Hochschule und beruflicher Ausbildung?“

**Antrag Nr. D 43 - LV Hessen**

Zeilen 160 ff

Nach den Worten: Welche Verantwortung tragen Eltern einerseits und Kinderbetreuungsstätten und Schulen andererseits für die Entwicklung von Kindern?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie unterstützen und fördern wir die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern in der Familie?“

**Antrag Nr. D 44 - KV Leer**

Zeile 178

Nach den Worten: „... politisch?“

soll folgender Satz eingefügt werden:

„ insbesondere Fragen wie (verändernde) Eingriffe in den Gencode des Menschen, Präimplantationsdiagnostik, Gentechnik allgemein und weitere.“

**Antrag Nr. D 45 - KV Main-Tauber**

Zeilen 163 f

Streiche:

„5.7. Wie gestalten wir zentrale und föderale Elemente der Bildungspolitik?“

Setze:

„5.7. Wie wollen wir föderale Vielfalt in unserem Bildungswesen leben und gestalten?“

### **Antrag Nr. D 46 - KV Rhein-Erft**

Zeile 164

Nach den Worten: „...Bildungspolitik?“

soll folgender Satz eingefügt werden:

„und stellen dabei einheitliche Strukturen und Standards in ganz Deutschland sicher?“

### **Antrag Nr. D 47 - KV Rhein-Erft**

Zeile 178

Nach den Worten: „...politisch?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„5.13 Wie fördern wir Inklusion in der schulischen- akademischen und beruflichen Bildung?“

### **Antrag Nr. D 48 - KV Rhein-Erft**

Zeile178

Nach den Worten: „...politisch?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„5.13 Welche Rahmenbedingungen wollen wir schaffen, um eine schnellere und bessere Integration von Zuwanderern in unser Schulsystem zu ermöglichen?“

### **Antrag Nr. D 36 - KV Rhein-Erft**

Zeilen 126 bis 127

Streiche:

Wie sichern wir Fachkräfte für eine dauerhaft leistungsfähige Wirtschaft?“

Setze:



„Wie fördern wir die Gewinnung sowie die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften für eine Dauerhaft leistungsfähige Wirtschaft?“

## Antrag Nr. D 49 - KV Rheingau-Taunus

Zeilen 155 bis 156:

Streiche:

„Wie können wir dem Leistungsprinzip in der Bildung Geltung verschaffen?“

Setze:“

Wie fördern wir Exzellenz und herausragende Leistungen in Schule, Hochschule und beruflicher Ausbildung?“

## Antrag Nr. D 50 - KV Rheingau-Taunus

Zeilen 160 bis 162

Streiche:

„Welche Verantwortung tragen Eltern einerseits und Kinderbetreuungsstätten und Schulen andererseits für die Entwicklung von Kindern?“

Setze:

„Wie unterstützen und fördern wir die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern in der Familie?“

## Antrag Nr. D 51 - Bundesvorstand

- 179 **6.**  
 180 **Ingo P.: „Wann und wie bereitet sich unser Staat auf die zukünftige**  
 181 **technologische Entwicklung (Roboterisierung, in Data Mining, der**  
 182 **Datenbanken etc.) und deren gewaltige gesellschaftliche**  
 183 **Entwicklungen/Veränderungen vor?“**  
 184 **Sven M.: „Am meisten liegt mir am Herzen was unsere Partei für**  
 185 **Zukunftskonzepte zum Thema Digitalisierung anbietet. Welche**  
 186 **Strategien hat die Partei zu den Strukturwandeln auf dem**  
 187 **Arbeitsmarkt? Wie werden Forschung und Innovation zur**  
 188 **Digitalisierung gefördert?“**  
 189 **6. Wie gestalten wir den technologischen Wandel zum Wohle der**  
 190 **Menschen?**  
 191 **6.1. Wie treiben wir Zukunftstechnologien voran, um das**  
 192 **Leben der Menschen zu verbessern?**  
 193 **6.2. Wie bringen wir Deutschland beim digitalen Wandel**  
 194 **an die Spitze?**  
 195 **6.3. Wie schaffen wir eine Kultur für kreative und**  
 196 **disruptive Ideen?**  
 197 **6.4. Wie treiben wir die Digitalisierung industrieller**

Zur Ziffer 6 gehören die Anträge D 51, D 53 und D 54

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 51 anzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 52 bei Ziffer 4 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge D 53 und D 54 abzulehnen.

198		<b>Prozesse voran?</b>
199	<b>6.5.</b>	<b>Wie entwickeln wir durch Aus- und Weiterbildung die Fähigkeiten für die digitale Welt der Zukunft?</b>
200		
201	<b>6.6.</b>	<b>Wie fördern wir verantwortlich die Nutzung von maschinellem Lernen und Künstlicher Intelligenz?</b>
202		
203	<b>6.7.</b>	<b>Welche ethischen Maßstäbe gelten für den technologischen Wandel?</b>
204		
205	<b>6.8.</b>	<b>Welche Rahmenbedingungen und Regeln wollen wir der digitalen Welt geben?</b>
206		
207	<b>6.9.</b>	<b>Wie gelingt eine moderne Datenpolitik?</b>
208	<b>6.10.</b>	<b>Wie bewahren wir politische Gestaltungsfähigkeit vor dem Hintergrund dynamischen, technologisch getriebenen Wandels?</b>
209		
210		
211	<b>6.11.</b>	<b>Wie kann der Staat digitale Innovationen zum Wohl der Bürger nutzen?</b>
212		
213	<b>6.12.</b>	<b>Wie entwickeln wir einen internationalen und europäischen Rechtsrahmen sowie einheitliche Standards für die digitale Welt weiter?</b>
214		
215		

## **Antrag Nr. D 52 - BV CDA**

Zeile 215

Nach den Worten: „... für die digitale Welt weiter?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„6.13. Welche Risiken birgt der technologische Wandel in der Berufswelt und wie schützen wir auch in Zukunft die Gesundheit der Menschen?“

## **Antrag Nr. D 53 - LV Hessen**

Zeilen 191 ff

Nach den Worten: „Wie treiben wir Zukunftstechnologien voran, um das Leben der Menschen zu verbessern?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie sichern wir uns Spitzenplätze in der Chemie-, Pharma- und Maschinenbauindustrie?“

## **Antrag Nr. D 54 - KV Rheingau-Taunus**

Zeilen 191 bis 192

Streiche:

„Wie treiben wir Zukunftstechnologien voran, um das Leben der Menschen zu verbessern?“

Setze:

„Wie sichern wir uns Spitzenplätze in der Chemie-, Pharma- und

Maschinenbauindustrie?“

**Antrag Nr. D 55 - Bundesvorstand**

- 216 7.  
217 **Bernhard C.:** „Die Zunahme älterer und damit auch kränkerer  
218 **Menschen und der Rückgang an ärztlichem, pflegerischem und**  
219 **therapeutischem Personal erfordern Überlegungen zu neuen**  
220 **Formen der Gesundheitsversorgung. Im Sinne der**  
221 **Generationengerechtigkeit müssen wir Antworten auf die Frage der**  
222 **Versorgung und Lebensgestaltung der älteren Menschen finden**  
223 **und jungen Menschen und Familien eine Zukunftsperspektive bei**  
224 **tolerabler finanzieller steuerlicher Belastung geben.“**  
225 **Kerstin S.:** „Was versteht die CDU unter Familie? Wie positioniert  
226 sich die CDU auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes in  
227 der Diskussion um sozialetische Fragen?“
- 228 7. **Wie unterstützen wir jeden Einzelnen und die Familien in allen**  
229 **Lebensabschnitten?**
- 230 7.1. **Wie gelingt es uns, auf der Grundlage des**  
231 **christlichen Menschenbildes die Bedürfnisse der**  
232 **Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen zu**  
233 **berücksichtigen?**
- 234 7.2. **Welchen Stellenwert haben Ehe und Familie für**  
235 **unsere Gesellschaft?**
- 236 7.3. **Wie schaffen wir gute Rahmenbedingungen, damit**  
237 **Familien ihren Beruf, die Kindererziehung und die**  
238 **Pflege von Angehörigen erfolgreich unter einen Hut**  
239 **bringen können?**
- 240 7.4. **Wie ermöglichen wir Eltern und Familien, sich nach**  
241 **ihren Wünschen und Bedürfnissen für eine**  
242 **Aufteilung der Erwerbs-, Betreuungs- und**  
243 **Erziehungsarbeit zu entscheiden?**
- 244 7.5. **Wie richten wir Familienpolitik am Wohl der Kinder**  
245 **aus und wie unterstützen wir Alleinerziehende und**  
246 **deren Kinder?**
- 247 7.6. **Welche Verantwortung haben Eltern und Staat bei der**  
248 **Erziehung, Förderung und Betreuung der Kinder?**
- 249 7.7. **Was macht eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik**  
250 **aus?**
- 251 7.8. **Wie sähe ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem**  
252 **aus CDU-Perspektive aus?**
- 253 7.9. **Was bedeutet für uns menschliche Pflege und wie**  
254 **stellen wir sie sicher?**
- 255 7.10. **Wie gewährleisten wir ein gutes Leben im Alter?**
- 256 7.11. **Wie gestalten wir eine zukunftssichere Rentenpolitik?**
- 257 7.12. **Wie verhalten sich Gerechtigkeit innerhalb der**  
258 **Generationen und Gerechtigkeit zwischen den**  
259 **Generationen zueinander?**

Zur Ziffer 7 gehören die Anträge D 33, D 35, D 38,  
D 39, D 43, D 50 und D 55 bis D 57

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge  
D 55 und D 56 in folgender Fassung  
anzunehmen:

7.  
*Bernhard C.:* „Die Zunahme älterer und damit  
auch kränkerer Menschen und der Rückgang  
an ärztlichem, pflegerischem und  
therapeutischem Personal erfordern  
Überlegungen zu neuen Formen der  
Gesundheitsversorgung. Im Sinne der  
Generationengerechtigkeit müssen wir  
Antworten auf die Frage der Versorgung und  
Lebensgestaltung der älteren Menschen  
finden und jungen Menschen und Familien  
eine Zukunftsperspektive bei tolerabler  
finanzieller steuerlicher Belastung geben.“  
*Kerstin S.:* „Was versteht die CDU unter  
Familie? Wie positioniert sich die CDU auf der  
Grundlage des christlichen Menschenbildes in  
der Diskussion um sozialetische Fragen?“
7. **Wie unterstützen wir jeden Einzelnen  
und die Familien in allen  
Lebensabschnitten?**
- 7.1. **Wie gelingt es uns, auf der**  
Grundlage des christlichen  
Menschenbildes die  
Bedürfnisse der Menschen in  
unterschiedlichen  
Lebenssituationen zu  
berücksichtigen?

- 7.2. Welchen Stellenwert haben Ehe und Familie für unsere Gesellschaft?
- 7.3. Wie schaffen wir gute Rahmenbedingungen, damit Familien ihren Beruf, die Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen erfolgreich unter einen Hut bringen können?
- 7.4. Wie ermöglichen wir Eltern und Familien, sich nach ihren Wünschen und Bedürfnissen für eine Aufteilung der Erwerbs-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit zu entscheiden?
- 7.5. Wie richten wir Familienpolitik am Wohl der Kinder aus, ermöglichen Teilhabe aller und wie unterstützen wir Alleinerziehende und deren Kinder?
- 7.6. Welche Verantwortung haben Eltern und Staat bei der Erziehung, Förderung und Betreuung der Kinder?
- 7.7. Was macht eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik aus?
- 7.8. Wie sähe ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem aus CDU-Perspektive aus?
- 7.9. Was bedeutet für uns menschliche Pflege und wie stellen wir sie sicher?

- 7.10. Wie gewährleisten wir ein gutes Leben im Alter?
- 7.11. Wie gestalten wir eine zukunftssichere Rentenpolitik?
- 7.12. Wie verhalten sich Gerechtigkeit innerhalb der Generationen und Gerechtigkeit zwischen den Generationen zueinander?

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge D 33, D 35, D 38, D 39, D 43 und D 50 durch Beschlussfassung zu Ziffer 7 als erledigt zu betrachten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 57 abzulehnen.

## **Antrag Nr. D 56 - BV CDA**

Zeile 243

Nach den Worten: „...Erziehungsarbeit zu entscheiden?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„7.5. Wie ermöglichen wir Bildung und Teilhabe für alle Kinder?“

## **Antrag Nr. D 33 - LV Hessen**

Zeilen 118 ff

Nach den Worten: Worin besteht für uns heute und in Zukunft wirtschaftlicher Erfolg, Wachstum, Wohlstand und gutes Leben?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie verhindern wir in Zukunft eine übermäßige Belastung unserer Kinder mit Schulden, Steuern und Sozialabgaben?“

## **Antrag Nr. D 43 - LV Hessen**

Zeilen 160 ff

Nach den Worten: Welche Verantwortung tragen Eltern einerseits und Kinderbetreuungsstätten und Schulen andererseits für die Entwicklung von Kindern?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie unterstützen und fördern wir die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern in der Familie?“

### **Antrag Nr. D 57 - KV Main-Tauber**

Zeile 243

Nach den Worten: „...Erziehungsarbeit zu entscheiden?“

soll folgender Satz eingefügt werden:

„, und wie sichern wir diese Wahlfreiheit?“

### **Antrag Nr. D 35 - KV Main-Tauber**

Zeile 135

Nach den Worten: „...Digitalisierung der Arbeitswelt?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„4.9. Wie beantworten wir als CDU gesellschaftliche Anforderungen an eine moderne Zeitpolitik?“

### **Antrag Nr. D 38 - KV Rhein-Erft**

Zeile 142

Nach den Worten: „...Europas?“

soll folgender Text angefügt werden:

„4.13. Welche Neustrukturierungen im Renten- und Gesundheitssystem sind erforderlich, um auch in Zukunft unter Berücksichtigung des demografischen Wandels eine angemessene Soziale Absicherung zu gewährleisten.“

### **Antrag Nr. D 39 - KV Rheingau-Taunus**

Zeilen 118 bis 120

Streiche:

„Worin besteht für uns heute und in Zukunft wirtschaftlicher Erfolg, Wachstum, Wohlstand und gutes Leben?“

Setze:

„Wie verhindern wir in Zukunft eine übermäßige Belastung unserer Kinder mit Schulden, Steuern und Sozialabgaben?“

**Antrag Nr. D 50 - KV Rheingau-Taunus**

Zeilen 160 bis 162

Streiche:

„Welche Verantwortung tragen Eltern einerseits und Kinderbetreuungsstätten und Schulen andererseits für die Entwicklung von Kindern?“

Setze:

„Wie unterstützen und fördern wir die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern in der Familie?“

**Antrag Nr. D 58 - Bundesvorstand**

- 260 **8.**  
 261 **Nicole S.: „Wie definiert die CDU Integration? Jeder versteht etwas**  
 262 **anderes darunter. Wollen wir Anpassung oder Akzeptanz oder**  
 263 **andere Kulturen und Werte?“**  
 264 **Wolf K.: „Was hält eine vielfältige Gesellschaft zusammen?“**  
 265 **Tanja B.: „Unsere Partei muss Antworten auf den schwindenden**  
 266 **gesellschaftlichen Zusammenhalt finden.“**  
 267 **8. Wie halten wir unsere Gesellschaft zusammen?**  
 268 **8.1. Wie stärken wir einen respektvollen Umgang**  
 269 **miteinander in unserem Land?**  
 270 **8.2. Welche Verantwortung tragen Unternehmen,**  
 271 **Gewerkschaften, Verbände, Institutionen und**  
 272 **Interessengruppen für den Zusammenhalt?**  
 273 **8.3. Wie gelingt übergreifende und sachliche**  
 274 **Kommunikation in der politischen Öffentlichkeit?**  
 275 **8.4. Welche Verantwortung haben klassische und soziale**  
 276 **Medien für die Gesellschaft?**  
 277 **8.5. Wie schaffen wir Identität und Zusammenhalt in**  
 278 **unserer vielfältigen und individualisierten**  
 279 **Gesellschaft?**  
 280 **8.6. Welchen Beitrag leisten Kultur und Sport für den**  
 281 **Zusammenhalt?**  
 282 **8.7. Wie begeistern wir Menschen, für das Gemeinwohl**  
 283 **einzutreten?**  
 284 **8.8. Wie fördern wir Verständnis füreinander und**  
 285 **Ausgleich zwischen den Generationen?**  
 286 **8.9. Wie wirken wir sozialer Isolation und Einsamkeit**  
 287 **entgegen?**  
 288 **8.10. Wie gelingt Integration, was müssen wir dafür tun**  
 289 **und was einfordern?**  
 290 **8.11. Wie fördern wir vertraute Lebensumfelder und intakte**  
 291 **Nachbarschaften?**  
 292 **8.12. Wie stärken wir das Vertrauen in die repräsentative**  
 293 **Demokratie und den Parlamentarismus?**

Zur Ziffer 8 gehören die Anträge D 58 und D 59

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge D 58 und D 59 in folgender Fassung anzunehmen:

**8.***Nicole S.: „Wie definiert die CDU Integration?**Jeder versteht etwas anderes darunter.**Wollen wir Anpassung oder Akzeptanz oder andere Kulturen und Werte?“**Wolf K.: „Was hält eine vielfältige Gesellschaft zusammen?“**Tanja B.: „Unsere Partei muss Antworten auf den schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalt finden.“***8. Wie halten wir unsere Gesellschaft zusammen?**

- 8.1. Wie stärken wir einen respektvollen Umgang miteinander in unserem Land?
- 8.2. Welche Verantwortung tragen Unternehmen, Gewerkschaften, Verbände, Institutionen und Interessengruppen für den

Zusammenhalt?

- 8.3. Wie gelingt übergreifende und sachliche Kommunikation in der politischen Öffentlichkeit?
- 8.4. Welche Verantwortung haben klassische und soziale Medien für die Gesellschaft?
- 8.5. Wie schaffen wir Identität und Zusammenhalt in unserer vielfältigen und individualisierten Gesellschaft?
- 8.6. Welchen Beitrag leisten Kultur und Sport für den Zusammenhalt?
- 8.7. Wie begeistern wir Menschen, für das Gemeinwohl einzutreten?
- 8.8. Wie fördern wir Verständnis füreinander und Ausgleich zwischen den Generationen?
- 8.9. Wie wirken wir sozialer Isolation und Einsamkeit entgegen?
- 8.10. Wie gelingt Integration, was müssen wir dafür tun und was einfordern?
- 8.11. Wie fördern wir vertraute Lebensumfelder und intakte Nachbarschaften?
- 8.12. Wie stärken wir das Vertrauen in die repräsentative Demokratie und den Parlamentarismus und welchen Beitrag kann hierfür politische Bildung leisten?



**Antrag Nr. D 59 - KV Main-Tauber**

Zeile 293

Nach den Worten: „...den Parlamentarismus?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„8.13. Wie stärken wir republikanische Tugenden, staatsbürgerliche Verantwortung und politische Bildung?“

**Antrag Nr. D 60 - Bundesvorstand**

- 294 **9.**  
 295 **Jens L.: „Wir sollen uns klar zu unseren Normen und Werten**  
 296 **bekennen, weltoffen sein.“**  
 297 **Ulrike K.: „Wie können wir sicherstellen, dass unsere**  
 298 **Wertegemeinschaft weiterhin Bestand hat und nicht durch andere**  
 299 **Lebensgewohnheiten eingeschränkt wird?“**  
 300 **Magdalena B.: „Inwiefern sollen Traditionen und Werte bewahrt**  
 301 **werden (Identität mit der heimatlichen Kultur) und ebenso eine**  
 302 **Modernisierung stattfinden?“**  
 303 **9. Was sind unsere Werte, die Deutschland prägen und wie leben**  
 304 **wir sie?**  
 305 **9.1. Wie stärken wir die Werte, die uns in Deutschland**  
 306 **einen?**  
 307 **9.2. Was macht uns in Deutschland aus und**  
 308 **unterscheidet uns von anderen?**  
 309 **9.3. Welche Werte wollen wir bewahren und wo ist**  
 310 **Veränderung nötig?**  
 311 **9.4. Wie ist gesellschaftlicher Pluralismus ohne**  
 312 **Beliebigkeit möglich?**  
 313 **9.5. Welche Rolle spielt die christliche Prägung in unserer**  
 314 **Zeit?**  
 315 **9.6. Wie schützen wir menschliches Leben vom Anfang**  
 316 **bis zum Ende?**  
 317 **9.7. Wie stehen Staat und Religion zueinander?**  
 318 **9.8. Welche Werte leiten uns bei der Ordnung und**  
 319 **Steuerung von Zuwanderung und Migration?**  
 320 **9.9. Wie prägt uns unsere deutsche Geschichte?**  
 321 **9.10. Wie sieht ein aufgeklärter Patriotismus aus?**  
 322 **9.11. Welche Werte verbinden und prägen uns in Europa?**  
 323 **9.12. Was bedeutet es, Teil des Westens zu sein?**

Zur Ziffer 9 gehören die Anträge D 7 und D 60 bis D 65

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge D 60 bis D 65 in folgender Fassung anzunehmen:

- 9.**  
*Jens L.: „Wir sollen uns klar zu unseren Normen und Werten bekennen, weltoffen sein.“*  
*Ulrike K.: „Wie können wir sicherstellen, dass unsere Wertegemeinschaft weiterhin Bestand hat und nicht durch andere Lebensgewohnheiten eingeschränkt wird?“*  
*Magdalena B.: „Inwiefern sollen Traditionen und Werte bewahrt werden (Identität mit der heimatlichen Kultur) und ebenso eine Modernisierung stattfinden?“*  
**9. Was sind unsere Werte, die Deutschland prägen und wie leben wir sie?**  
 9.1. Wie stärken wir die Werte, die uns in Deutschland einen?  
 9.2. Was macht uns in Deutschland aus, unterscheidet uns von anderen und was erwarten wir von Menschen, die die

- deutsche Staatsbürgerschaft anstreben?
- 9.3. Welche Werte wollen wir bewahren und wo ist Veränderung nötig?
- 9.4. Was verstehen wir unter Heimat und wie ist gesellschaftlicher Pluralismus ohne Beliebigkeit möglich?
- 9.5. Welche Rolle spielt die christliche Prägung in unserer Zeit?
- 9.6. Wie schützen wir menschliches Leben vom Anfang bis zum Ende?
- 9.7. Wie stehen Staat und Religion zueinander?
- 9.8. Welche Werte leiten uns bei der Ordnung und Steuerung von Zuwanderung und Migration?
- 9.9. Wie prägt uns unsere deutsche Geschichte?
- 9.10. Was verstehen wir unter Patriotismus?
- 9.11. Welche Werte verbinden und prägen uns in Europa?
- 9.12. Was bedeutet es, Teil des Westens zu sein?

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 7 durch Beschlussfassung zu Ziffer 9 als erledigt zu betrachten.

## Antrag Nr. D 61 - LV Hessen

Streiche: „Wie sieht ein aufgeklärter Patriotismus aus?“

Setze: „Wie sieht Patriotismus aus?“

### **Antrag Nr. D 62 - LV Hessen**

Zeile 321:

Nach den Worten: Wie sieht ein aufgeklärter Patriotismus aus?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Was erwarten wir an Verbundenheit zu unserem Land, bevor wir die deutsche Staatsangehörigkeit vergeben?“

### **Antrag Nr. D 63 - KV Leer**

Zeile 314

Nach den Worten: „Welche Rolle spielt die Christliche Prägung in unserer Zeit?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie geht unsere Gesellschaft mit den Werten von Menschen um, die aus anderen Kulturen mit einem anderen Wertekanon zu uns kommen und unter uns leben?“

### **Antrag Nr. D 7 - KV Leer**

Zeile 52

Nach den Worten: „Was bedeuten für uns politische Verantwortung und politische Führung?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie schützen wir werdendes/ungeborenes Leben? Wie ermöglichen wir zum Ende des Lebens ein würdiges Sterben?“

### **Antrag Nr. D 64 - KV Main-Tauber**

Zeile 312

Nach den Worten: „...Beliebigkeit möglich?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„9.5. Was verstehen wir als CDU unter „Heimat“?“

**Antrag Nr. D 65 - KV Rheingau-Taunus**

Zeile 321

Streiche:

„Wie sieht ein aufgeklärter Patriotismus aus?“

Setze:

„Wie sieht Patriotismus aus?“

**Antrag Nr. D 66 - Bundesvorstand**

- 324 **10.**  
 325 **Erik W.: „Wie gehen wir mit den Ressourcen der Welt angesichts**  
 326 **einer wachsenden Bevölkerung um? Wie regeln wir die Ansprüche**  
 327 **der Menschen nach immer mehr?“**  
 328 **10. Wie bewahren wir unsere Heimat und unsere Natur?**  
 329 **10.1. Welche Verpflichtungen haben wir für die Bewahrung**  
 330 **der Schöpfung?**  
 331 **10.2. Wie bringen wir wirtschaftlichen Wohlstand, Klima-**  
 332 **und Umweltschutz sowie eine wachsende**  
 333 **Weltbevölkerung erfolgreich unter einen Hut?**  
 334 **10.3. Wie gestalten wir eine wirtschaftlich erfolgreiche,**  
 335 **moderne und ressourcenschonende Landwirtschaft?**  
 336 **10.4. Wie werden wir unserer Verantwortung gegenüber**  
 337 **Tieren als Mitgeschöpfen gerecht?**  
 338 **10.5. Wie gestalten wir einen erfolgreichen Natur- und**  
 339 **Artenschutz?**  
 340 **10.6. Wie ermöglichen wir eine gesunde Ernährung und**  
 341 **fördern den nachhaltigen Umgang mit**  
 342 **Lebensmitteln?**  
 343 **10.7. Wie kann vernetzte und digitale Mobilität zu höherer**  
 344 **Effizienz und einer besseren Umwelt- und**  
 345 **Klimabilanz beitragen?**  
 346 **10.8. Wie schützen wir das Klima ohne den**  
 347 **wirtschaftlichen Wohlstand zu gefährden?**  
 348 **10.9. Wie gelingt die gemeinsame europäische und**  
 349 **internationale Gestaltung von Umwelt- und**  
 350 **Klimaschutz?**  
 351 **10.10. Welche marktwirtschaftlichen Elemente können in**  
 352 **den Dienst der Ökologie gestellt werden?**  
 353 **10.11. Wie können moderne Technologien und Innovationen**  
 354 **dazu beitragen, Umweltprobleme zu lösen?**  
 355 **10.12. Wie bringen wir mehr Natur in die Städte?**

Zur Ziffer 10 gehören die Anträge D 66 bis D 71

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge D 66, D 68, D 69 und D 71 in folgender Fassung anzunehmen:

- 10.**  
*Erik W.: „Wie gehen wir mit den Ressourcen der Welt angesichts einer wachsenden Bevölkerung um? Wie regeln wir die Ansprüche der Menschen nach immer mehr?“*  
**10. Wie bewahren wir die Natur als Lebensgrundlage der Menschheit?**  
 10.1. Welche Verpflichtungen haben wir für die Bewahrung der Schöpfung?  
 10.2. Wie werden wir angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung unserer globalen Verantwortung für ressourcenschonendes Handeln gerecht?  
 10.3. Wie gestalten wir eine wirtschaftlich erfolgreiche, moderne und ressourcenschonende Landwirtschaft?

- 10.4. Wie werden wir unserer Verantwortung gegenüber Tieren als Mitgeschöpfen gerecht?
- 10.5. Wie gestalten wir einen erfolgreichen Natur- und Artenschutz?
- 10.6. Wie ermöglichen wir eine gesunde Ernährung und fördern den nachhaltigen Umgang mit Lebensmitteln?
- 10.7. Wie kann vernetzte und digitale Mobilität zu höherer Effizienz und einer besseren Umwelt- und Klimabilanz beitragen?
- 10.8. Wie schützen wir das Klima ohne den wirtschaftlichen Wohlstand zu gefährden und wie gestalten wir den Strukturwandel?
- 10.9. Wie gelingt die gemeinsame europäische und internationale Gestaltung von Umwelt- und Klimaschutz?
- 10.10. Welche marktwirtschaftlichen Elemente können in den Dienst der Ökologie gestellt werden?
- 10.11. Wie können moderne Technologien und Innovationen dazu beitragen, Umweltprobleme zu lösen?
- 10.12. Wie bringen wir mehr Natur in die Städte?

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge D 67 und D 70 abzulehnen.

**Antrag Nr. D 67 - KV Leer**

Zeile 347

Nach den Worten: „Wie schützen wir das Klima ohne den wirtschaftlichen Wohlstand zu gefährden?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie schützen wir unsere Küsten und die in unseren Küstenregionen lebenden Menschen vor Hochwasser und ermöglichen Ihnen, auch in ferner Zukunft trotz steigendem Meeresspiegels in ihrer angestammten Heimat zu leben und zu arbeiten? Wie lösen wir die Zielkonflikte im küstennahen Ökosystem?“

**Antrag Nr. D 68 - KV Main-Tauber**

Zeile 328

Streiche: „unsere Heimat und“

**Antrag Nr. D 69 - KV Rhein-Erft**

Zeilen 331 bis 333

Streiche:

„Wie bringen wir wirtschaftlichen Wohlstand, Klima- und Umweltschutz sowie eine wachsende Weltbevölkerung erfolgreich unter einen Hut?“

**Antrag Nr. D 70 - KV Rhein-Erft**

Zeilen 336 bis 337

Streiche:

„Wie werden wir unserer Verantwortung gegenüber Tieren als Mitgeschöpfen gerecht?“

Setze:

„Welche Bedeutung hat der Tierschutz für uns?“

**Antrag Nr. D 71 - KV Rhein-Erft**

Zeile 355

Nach den Worten: „...Natur in die Städte?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„10.13 Wie gestalten wir den Strukturwandel im Bereich fossiler Energieträger

ohne den betroffenen Regionen die wirtschaftliche Lebensgrundlage zu entziehen?“

## Antrag Nr. D 72 - Bundesvorstand

- 356 11.  
357 **Alfons B.: „Wie organisieren wir die Versorgung der Menschen im**  
358 **ländlichen Raum? Arzt, Pflege, haushaltsnahe Dienstleistungen, wo**  
359 **kommen die hierfür benötigten Arbeitskräfte her?“**  
360 **11. Wie schaffen wir Bedingungen für ein gutes Leben in Stadt und**  
361 **Land?**  
362 **11.1. Wie verstehen wir Gleichwertigkeit der**  
363 **Lebensverhältnisse?**  
364 **11.2. Wie sorgen wir für gleichwertige Lebensverhältnisse**  
365 **in ganz Deutschland?**  
366 **11.3. Wie bleiben die ländlichen Regionen attraktiv?**  
367 **11.4. Wie machen wir Lust auf Heimat?**  
368 **11.5. Wie gestalten wir gute Infrastrukturen angesichts des**  
369 **demografischen Wandels und**  
370 **Wanderungsbewegungen zwischen Stadt und Land?**  
371 **11.6. Wie sichern wir guten Zugang zu allen Leistungen**  
372 **der Daseinsvorsorge?**  
373 **11.7. Wie gestalten wir zeitgemäße Mobilität?**  
374 **11.8. Wie schaffen wir Rahmenbedingungen für**  
375 **bezahlbaren Wohnraum?**  
376 **11.9. Wie stellen wir Digitalisierung und**  
377 **marktwirtschaftliche Ansätze in den Dienst**  
378 **gleichwertiger Lebensverhältnisse?**  
379 **11.10. Wie nutzen wir das Innovationspotential der**  
380 **Metropolen und des ländlichen Raums für unsere**  
381 **ganze Gesellschaft?**  
382 **11.11. Wie gelingt es Städten, Gemeinden und Landkreisen**  
383 **neue und kreative Lösungen für konkrete Probleme**  
384 **zu finden?**  
385 **11.12. Wie stärken wir die Neue Länder weiter?**

Zur Ziffer 11 gehören die Anträge D 16, D 72 und D 73 sowie D 78

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 72 anzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 74 bei Ziffer 2 zu behandeln.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge D 16 sowie D 78 durch Beschlussfassung zu Ziffer 11 als erledigt zu betrachten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 73 abzulehnen.

## Antrag Nr. D 73 - KV Leer

Zeile 385

Nach den Worten: „Wie stärken wir die "Neuen Länder" weiter?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Ist der Solidaritätszuschlag noch erforderlich?“

## Antrag Nr. D 16 - KV Leer

Zeile 77

Nach den Worten: "Wie kann unnötige Bürokratie abgebaut werden?“

soll folgender Text eingefügt werden:

"Welche Maßnahmen können wir zur Beschleunigung von Planungsprozessen ergreifen?"

## Antrag Nr. D 78 - KV Leer

Zeile 402

Nach den Worten: „...für die Europäische Union an?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie sichern wir unser Modell der kommunalen Selbstverwaltung, ermöglichen den Einfluß der Bürgerinnen und Bürger vor Ort auf die Gestaltung ihrer Heimat?“

## Antrag Nr. D 74 - KV Main-Tauber

Zeile 385

Nach den Worten: „...Neue Länder weiter?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„11.13. Wie fördern wir einen lebendigen Föderalismus, und wie gewinnen wir gemeinsam Stärke aus föderaler Vielfalt?“

## Antrag Nr. D 75 - Bundesvorstand

- 386 12.  
387 Lara K.: „Deutschland soll mehr Verantwortung in der Welt  
388 übernehmen. Wie kann das geschehen: Steigerung  
389 Rüstungsausgaben, Sitz im UN-Sicherheitsrat?“  
390 Bruno W.: „Zukunftsfähigkeit Europas? Wie attraktiv sind unsere  
391 europäischen Werte noch - vor allem bei Jugendlichen? Wer ist  
392 innerhalb der EU noch verlässlich für uns?“  
393 12. Wie arbeiten wir erfolgreich in Europa und mit internationalen  
394 Partnern zusammen?  
395 12.1. Welche nationalen Interessen hat Deutschland?  
396 12.2. Wie setzen wir die Erfolgsgeschichte der  
397 Europäischen Idee fort?  
398 12.3. Mit welchen Zielen entwickeln wir die Europäische  
399 Union weiter?  
400 12.4. Welche Balance zwischen gemeinschaftlichem und  
401 zwischenstaatlichem Handeln streben wir für die  
402 Europäische Union an?  
403 12.5. Wie wollen wir das transatlantische Verhältnis  
404 gestalten?  
405 12.6. Wie gestalten wir unsere Russland- und China-  
406 Politik?  
407 12.7. Welche Rolle soll Deutschland in der Welt

Zur Ziffer 12 gehören die Anträge D 75 bis D 77 und D 79 bis D 82

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge D 75 bis D 77 und D 79 bis D 82 in folgender Fassung anzunehmen:

### 12.

*Lara K.: „Deutschland soll mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Wie kann das geschehen: Steigerung Rüstungsausgaben, Sitz im UN-Sicherheitsrat?“*  
*Bruno W.: „Zukunftsfähigkeit Europas? Wie attraktiv sind unsere europäischen Werte noch - vor allem bei Jugendlichen? Wer ist*



- 408 übernehmen und mit welchen strategischen Partnern  
409 wollen wir dieser Rolle gerecht werden?  
410 **12.8. Wie stärken wir die bestehenden multilateralen**  
411 **Strukturen und wo müssen diese weiterentwickelt**  
412 **werden?**  
413 **12.9. Wie sehen wir die Zukunft der NATO?**  
414 **12.10. Brauchen wir auch neue Formate der internationalen**  
415 **Zusammenarbeit, um eine bessere und friedlichere**  
416 **Welt zu gestalten?**  
417 **12.11. Wie können wir weltweit wirkungsvoller für den**  
418 **Schutz von Demokratie und Menschenrechten**  
419 **eintreten?**  
420 **12.12. Welches Image Deutschlands wollen wir in der Welt**  
421 **ausstrahlen?**

*innerhalb der EU noch verlässlich für uns?“*

**12. Wie arbeiten wir erfolgreich in Europa  
und mit internationalen Partnern  
zusammen?**

- 12.1. Welche nationalen Interessen hat Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik?
- 12.2. Wie setzen wir die Erfolgsgeschichte der Europäischen Idee fort?
- 12.3. Mit welchen Zielen entwickeln wir die Europäische Union weiter?
- 12.4. Welche Balance zwischen gemeinschaftlichem und zwischenstaatlichem Handeln sowie nationaler Eigenständigkeit streben wir für die Europäische Union an?
- 12.5. Wie wollen wir das transatlantische Verhältnis gestalten und wie festigen wir das Band der Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland?
- 12.6. Wie gestalten wir unsere Russland- und China-Politik?
- 12.7. Welche Rolle soll Deutschland in der Welt übernehmen und mit welchen strategischen Partnern wollen wir dieser Rolle gerecht werden?
- 12.8. Wie stärken wir die bestehenden multilateralen

- Strukturen und wo müssen diese weiterentwickelt werden?
- 12.9. Wie sehen wir die Zukunft der NATO?
- 12.10. Brauchen wir auch neue Formate der internationalen Zusammenarbeit, um eine bessere und friedlichere Welt zu gestalten?
- 12.11. Wie können wir weltweit wirkungsvoller für den Schutz von Demokratie und Menschenrechten eintreten?
- 12.12. Wie wollen wir das Ansehen und das Bild Deutschlands in der Welt weiter verbessern und stärken?

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 78 bei Ziffer 11 zu behandeln.

## **Antrag Nr. D 76 - BV Junge Union**

Zeile 421

Nach dem Wort: „...ausstrahlen?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Fördern wir die Verbreitung der deutschen Sprache im Ausland ausreichend?“

## **Antrag Nr. D 77 - LV Hessen**

Zeilen 403 ff

Nach den Worten: „Wie wollen wir das transatlantische Verhältnis gestalten?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie festigen und erneuern wir das alte Band der Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland?“

**Antrag Nr. D 78 - KV Leer**

Zeile 402

Nach den Worten: „...für die Europäische Union an?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„Wie sichern wir unser Modell der kommunalen Selbstverwaltung, ermöglichen den Einfluß der Bürgerinnen und Bürger vor Ort auf die Gestaltung ihrer Heimat?“

**Antrag Nr. D 79 - KV Leer**

Zeilen 400 bis 402

Streiche:

„Welche Balance zwischen gemeinschaftlichem und zwischenstaatlichem Handeln streben wir für die Europäische Union an?“

Setze:

„Welche Balance zwischen gemeinschaftlichem und zwischenstaatlichem Handeln sowie nationaler Eigenständigkeit streben wir für die Europäische Union an?“

**Antrag Nr. D 80 - KV Rhein-Erft**

Zeile 395

Nach dem Wort: „...Deutschland?“

soll folgender Text eingefügt werden:

„in der Außen- und Sicherheitspolitik?“

**Antrag Nr. D 81 - KV Rhein-Erft**

Zeilen 420 bis 421

Streiche:

„12.12. Welches Image Deutschlands wollen wir in der Welt ausstrahlen?“

**Antrag Nr. D 82 - KV Rheingau-Taunus**

Zeilen 403 bis 404

Streiche:

„Wie wollen wir das transatlantische Verhältnis gestalten?“

Setze:

„Wie festigen und erneuern wir das alte Band der Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland?“

**31. Parteitag der CDU Deutschlands**

**7. bis 8. Dezember, Hamburg Messe**

**CDU**

**Anpassung von § 22 Statut an die  
Vorgaben der DS-GVO**

**Antrag Nr. E 1 - Bundesvorstand**

1 1.  
2 **Änderungen von § 22 Statut der CDU zur Anpassung an die DS-GVO**

3 **§ 22 Statut der CDU wird wie folgt neu gefasst:**

4 1. Die Überschrift des § 22 sowie Absatz 1 werden neu  
5 gefasst:  
6 „§ 22 Zentrale Mitgliederdatei (ZMD), Verarbeitung  
7 personenbezogener Daten, Nachweis und Anerkennung der  
8 Mitgliederzahl  
9 (1) Die CDU Deutschlands sowie ihre Gebietsverbände,  
10 Vereinigungen und Sonderorganisationen verarbeiten die  
11 personenbezogenen Daten bzw. besonderen personenbezogenen  
12 Daten ihrer Mitglieder, Spender, Interessenten und weiterer Dritter  
13 gemäß den Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung und der  
14 nationalen Datenschutzgesetze, in ihrer jeweils geltenden Fassung,  
15 in einer gemeinsamen Zentralen Mitgliederdatei (ZMD) und weiteren  
16 gemeinsamen Datenverwaltungssystemen.“

17 2. Absatz 2 wird neu gefasst und ersetzt den bisherigen  
18 Absatz 3:  
19 „(2) Die Verarbeitung in diesen Systemen ist nur für Zwecke der  
20 Arbeit der Partei sowie ihrer Gebietsverbände, Vereinigungen und  
21 Sonderorganisationen zulässig.“

22 3. Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst:  
23 „(3) Die Daten werden von den berechtigten Gliederungsebenen in  
24 gemeinsamer Verantwortung im Rahmen der rechtmäßigen  
25 Tätigkeiten bzw. auf der Grundlage einer Einwilligung, eines  
26 Vertrages oder im Rahmen der Interessenabwägung verarbeitet. Als  
27 berechnete Gliederungsebene gelten der jeweils zuständige Kreis-,  
28 Bezirks-, Landes- und der Bundesverband. Näheres regelt die vom  
29 Bundesvorstand zu erlassende Datenschutzordnung über eine  
30 gemeinsame Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 26  
31 Datenschutz-Grundverordnung, die Bestandteil des Statuts der CDU  
32 wird.“

33 4. Absatz 4 wird neu eingefügt:  
34 „(4) Zu den rechtmäßigen Tätigkeiten der CDU gehören z. B. der  
35 Nachweis der Mitgliedschaft, der Versand von Einladungen zu  
36 satzungsgemäßen und sonstigen Veranstaltungen – auch auf dem  
37 elektronischen Weg –, die Aufstellung von Kandidaten, die  
38 Information der Mitglieder, der Aufruf zu Kampagnen und  
39 Wahlkämpfen, die Ausstellung von Spenden- und  
40 Beitragsquittungen, die Spenderbetreuung, sowie die  
41 Mitgliederbetreuung, -bindung und -rückgewinnung.“

42 5. Absatz 5, ehemals Abs. 1:  
43 „(5) Der Nachweis des Mitgliederbestandes erfolgt nach den  
44 Unterlagen der ZMD. Der zuständigen Kreisgeschäftsführerin bzw.  
45 dem zuständigen Kreisgeschäftsführer oder einem dazu vom  
46 Kreisvorstand benannten Beauftragten obliegt das unverzügliche  
47 Erfassen, die Anpassung oder Veränderung und die Sperrung der

Zur Ziffer 1 gehört der Antrag E 1

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag E 1  
in folgender Fassung anzunehmen:

**1.  
Änderungen von § 22 Statut der CDU  
zur Anpassung an die DS-GVO**

§ 22 Statut der CDU wird wie folgt neu  
gefasst:

1. Die Überschrift des § 22 sowie  
Absatz 1 werden neu gefasst:  
„§ 22 Zentrale Mitgliederdatei (ZMD),  
Verarbeitung personenbezogener  
Daten, Nachweis und Anerkennung  
der Mitgliederzahl  
(1) Die CDU Deutschlands sowie ihre  
Gebietsverbände, Vereinigungen und  
Sonderorganisationen verarbeiten die  
personenbezogenen Daten bzw.  
besonderen personenbezogenen  
Daten ihrer Mitglieder, Spender,  
Interessenten und weiterer Dritter  
gemäß den Regelungen der  
Datenschutz-Grundverordnung und  
der nationalen Datenschutzgesetze, in  
ihrer jeweils geltenden Fassung, in  
einer gemeinsamen Zentralen  
Mitgliederdatei (ZMD) und weiteren  
gemeinsamen  
Datenverwaltungssystemen.“

2. Absatz 2 wird neu gefasst und  
ersetzt den bisherigen Absatz 3:  
„(2) Die Verarbeitung in diesen  
Systemen ist nur für Zwecke der  
Arbeit der Partei sowie ihrer  
Gebietsverbände, Vereinigungen und  
Sonderorganisationen zulässig.“

3. Absatz 3 wird wie folgt neu  
gefasst:  
„(3) Die Daten werden von den  
berechtigten Gliederungsebenen in  
gemeinsamer Verantwortung im  
Rahmen der rechtmäßigen Tätigkeiten

48 Mitgliederdaten in der ZMD.

49 6. Absatz 6, ehemals Abs. 2 inhaltlich unverändert:  
50 „(6) Die Mitgliederzahl eines Verbandes wird nur dann anerkannt,  
51 wenn die jeweils festgesetzten Beitragsanteile an den  
52 nächsthöheren Verband gezahlt worden sind.“

bzw. auf der Grundlage einer Einwilligung, eines Vertrages oder im Rahmen der Interessenabwägung verarbeitet. Als berechnete Gliederungsebene gelten der jeweils zuständige Kreis-, Regions-, Bezirks- und Landesverband, die CDU in Niedersachsen sowie der Bundesverband. Näheres regelt die vom Bundesvorstand zu erlassende Datenschutzordnung über eine gemeinsame Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 26 Datenschutz-Grundverordnung, die Bestandteil des Statuts der CDU wird.“

4. Absatz 4 wird neu eingefügt:  
„(4) Zu den rechtmäßigen Tätigkeiten der CDU gehören z. B. der Nachweis der Mitgliedschaft, der Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen und sonstigen Veranstaltungen – auch auf dem elektronischen Weg-, die Aufstellung von Kandidaten, die Information der Mitglieder, der Aufruf zu Kampagnen und Wahlkämpfen, die Ausstellung von Spenden- und Beitragsquittungen, die Spenderbetreuung, sowie die Mitgliederbetreuung, -bindung und -rückgewinnung.“

5. Absatz 5, ehemals Abs. 1:  
„(5) Der Nachweis des Mitgliederbestandes erfolgt nach den Unterlagen der ZMD. Der zuständigen Kreisgeschäftsführerin bzw. dem zuständigen Kreisgeschäftsführer oder einem dazu vom Kreisvorstand benannten Beauftragten obliegt das unverzügliche Erfassen, die Anpassung oder Veränderung und die Sperrung der Mitgliederdaten in der ZMD.

6. Absatz 6, ehemals Abs. 2 inhaltlich unverändert:  
„(6) Die Mitgliederzahl eines Verbandes wird nur dann anerkannt, wenn die jeweils festgesetzten

**Beitragsanteile an den nächsthöheren  
Verband gezahlt worden sind.“**